

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021: Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung

Schneider, Sebastian H.; Eger, Jens; Sassenhagen, Nora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, S. H., Eger, J., & Sassenhagen, N. (2021). *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021: Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung*. Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-72756-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



MEINUNGSMONITOR ENTWICKLUNGSPOLITIK 2021

*Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre
Wirkung auf die öffentliche Meinung
2021*

Der DEval-Meinungsmonitor 2021 befasst sich mit fünf zentralen Fragestellungen: (1) Wie häufig und wie wird über das Themenfeld Entwicklungspolitik in den Medien berichtet? (2) Welche Wirkung haben in den Medien genutzte Argumente für und gegen EZ auf die Einstellung der Bevölkerung zum Themenfeld? (3) Welche Wirkung haben Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten auf die Einstellung zum Themenfeld? (4) Welche Rolle spielen moralische Argumente und verschiedene Dimensionen von Moral für die Einstellung zum Themenfeld? (5) Welche Erwartungen haben die Bürger*innen an die EZ? Darüber hinaus wird beleuchtet, wie sich die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik und zu konkreten entwicklungspolitischen Maßnahmen während der Corona-Pandemie entwickelt hat.

MEINUNGSMONITOR ENTWICKLUNGSPOLITIK 2021

*Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre
Wirkung auf die öffentliche Meinung
2021*

IMPRESSUM

Verfasst von

Dr. Sebastian H. Schneider
Jens Eger
Nora Sassenhagen

Verantwortlich

Dr. Martin Bruder

Gestaltung Umschlag

MedienMélange:Kommunikation!, Hamburg
www.medienmelange.de

Lektorat

Silvia Richter, mediamondi, Berlin
www.mediamondi.de

Bildnachweis

Titelseite: MedienMélange, Hamburg

Bibliografische Angabe

Schneider, S. H., J. Eger und N. Sassenhagen
(2021), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik
2021. Medieninhalte, Informationen, Appelle und
ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung*,
Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Druck

Bonifatius, Paderborn

© Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2021

ISBN 978-3-96126-129-1 (gebundene Ausgabe)
ISBN 978-3-96126-142-0 (PDF, Version 2)

Herausgeber

Deutsches Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval)
Fritz-Schäffer-Straße 26
53113 Bonn, Germany

Tel: +49 (0)228 33 69 07-0

E-Mail: info@DEval.org

www.DEval.org

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der
Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
mandatiert, Maßnahmen der deutschen
Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und
nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten.

Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu
bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame
Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und die
Transparenz zu den Ergebnissen zu erhöhen.

In der Reihe „Meinungsmonitor Entwicklungspoli-
tik“ verfasst das DEval regelmäßig Analysen über
die Einstellungen der Bevölkerung zu Entwick-
lungspolitik und -zusammenarbeit sowie zu
globaler nachhaltiger Entwicklung.

Der vorliegende Bericht ist auch auf der DEval-
Website als PDF-Download verfügbar unter:
www.deval.org/de/evaluierungsberichte.html

Der Onlineanhang zum Bericht ist unter
<https://bit.ly/3aM82YW> abrufbar.

Anfragen nach einer gebundenen Ausgabe richten
Sie bitte an: info@DEval.org

ERRATUM: Zu diesem Bericht liegt ein Erratum vor. Die vorliegende Fassung wurde am 5.05.2021 korrigiert. Das Erratum finden Sie zusammen mit dem Bericht unter dem folgenden Link:

<http://www.deval.org/de/evaluierungsberichte.html>

DANKSAGUNG

Das Evaluierungsteam wurde von zahlreichen Personen und Organisationen unterstützt, denen wir danken möchten.

Besonderer Dank gilt allen Mitgliedern der Referenzgruppe, die uns mit fachlichem und praktischem Wissen unterstützt haben. Die Gruppe setzte sich aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem Deutschen Volkshochschul-Verband International (DVV International), Engagement Global, der KfW Entwicklungsbank, dem Eine Welt Netz NRW, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), der Kindernothilfe, dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) und der Deutschen Welthungerhilfe zusammen.

Prof. Dr. Bernd Schlipphak (Universität Münster) möchten wir für seine hervorragenden inhaltlichen und methodischen Hinweise als externer Peer-Reviewer ebenfalls unseren Dank aussprechen.

Für die Bereitstellung der Daten des *Development Engagement Lab* (DEL) danken wir Prof. Dr. Jennifer Hudson (University College London), Prof. Dr. David Hudson (University of Birmingham) und Paolo Morini (University College London).

Weiterhin gilt unser Dank unseren Kolleg*innen am DEval, die das Studienteam kontinuierlich in jeder Phase kompetent und engagiert unterstützt haben und so einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Abschluss der Studie geleistet haben. Dies gilt insbesondere für Jörg Faust und Line Winterhoff, die den Bericht als interne Peer-Reviewer begleitet haben, sowie Caroline Orth, Roxana Bitá, Anna Sach, Luisa Sarro, Jelana Vajen und Jonas Volle.

Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021 Auf einen Blick



Entwicklungspolitik in den Medien

Entwicklungspolitik ist medial nur wenig präsent:

Unter 0,5 % der TV-Berichterstattung befasst sich mit Entwicklungspolitik.



Wenn in Printmedien über EZ berichtet wird, dann häufig in Zusammenhang mit den Themen Flucht, Wirtschaft und Krieg.

Wie wirken Argumente für und gegen EZ auf die Einstellung zu EZ?



Berichte über die Wirkungslosigkeit von EZ oder Korruption können die Unterstützung für EZ verringern.



Berichte über den Beitrag von EZ zur Bekämpfung globaler Herausforderungen können negative Effekte verhindern.



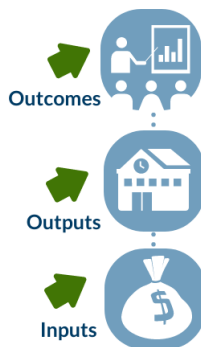
Positive Argumente zur Wirksamkeit und Relevanz von EZ hingegen nicht oder kaum beeinflussen.



Die Wirkung von Wirksamkeitsinformationen

Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten führen zu einer besseren Bewertung von EZ-Projekten und erhöhen die Wirksamkeitseinschätzung von EZ.

Die Bevölkerung sieht Informationen zu Begünstigten und Outcomes der Projekte als besonders wichtig an.



Moral als Fundament der EZ-Unterstützung

Moralische Appelle können die Unterstützung für EZ beeinflussen.

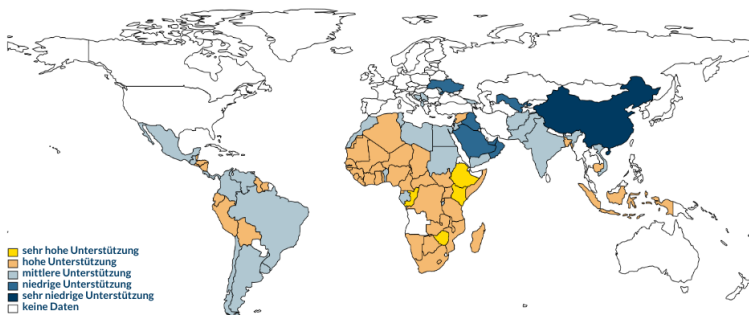
Ob und wie moralische Argumente wirken hängt mit dem moralischen „Kompass“ der Bürger*innen zusammen.

Sie haben aber auch unbeabsichtigte Wirkungen (z.B. Reaktanz) und sollten deshalb mit Vorsicht eingesetzt werden.

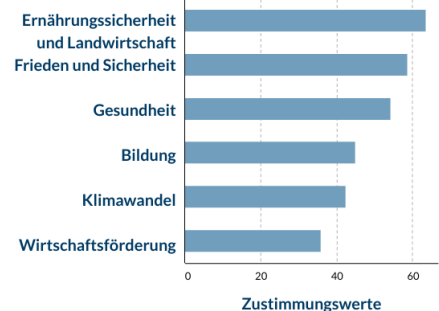


Die Erwartungen der Bevölkerung an EZ

Länder in Subsahara-Afrika werden als besonders unterstützenswert wahrgenommen.



Traditionelle Sektoren der EZ - Ernährungssicherung und Landwirtschaft - erfahren hohe Unterstützung



ZUSAMMENFASSUNG

Hintergrund, Motivation und Fragestellungen

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich 2015 auf die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung verständigt, um globale Herausforderungen – etwa die Bekämpfung von Hunger und Armut, den Kampf gegen den Klimawandel, die Verbesserung von Bildungschancen, die Förderung von Frieden und Rechtsstaatlichkeit und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit – zu bewältigen. Die Agenda 2030 dient staatlichen und zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Akteuren als Rahmen. Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) werden in diesem Zusammenhang als Maßnahmen zur Bewältigung globaler Herausforderungen positioniert, die die Bekämpfung von Armut und Hunger beinhalten, aber in ihrer Zielformulierung deutlich darüber hinausgehen. Für dieses breite Verständnis von Entwicklungspolitik ist es wichtig, dass die Bevölkerung staatliches Engagement im Bereich von Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger globaler Entwicklung mehrheitlich unterstützt – nicht zuletzt, weil es sich um steuerfinanzierte Maßnahmen handelt. Erkenntnisse zur öffentlichen Meinung gegenüber Entwicklungspolitik sind daher für entwicklungspolitische Planungs- und Entscheidungsprozesse, für die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit relevant.

Vor diesem Hintergrund gibt der DEval-Meinungsmonitor 2021 entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen Feedback zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber Entwicklungspolitik. Damit liefert er ihnen Orientierungswissen, um das Politikfeld und die Kommunikation mit der Bevölkerung auf Basis solider Informationen zu gestalten. Die Publikation schließt an den Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 und den Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019 an, in denen die Einstellung der Bevölkerung zu EZ und nachhaltiger Entwicklung (2018) beziehungsweise die Mediennutzung mit Blick auf internationale Nachrichten und weltweite Armut (2019) untersucht wurden.

Im Meinungsmonitor 2021 werden in fünf Kapiteln folgende Fragestellungen untersucht:

1. Welche Informationen zu Entwicklungspolitik stehen der Bevölkerung über die Medien zur Verfügung? (Kapitel 2)
2. Wie wirken sich in den Medien genutzte Argumente für und gegen EZ auf die Einstellung der Bevölkerung zu EZ aus? (Kapitel 3)
3. Welche Wirkung haben spezifische Informationen zur Wirksamkeit von EZ auf die Einstellung der Bevölkerung zu EZ? (Kapitel 4)
4. Wie wirken moralische Appelle, und welche Rolle spielen moralische Überzeugungen für die Unterstützung von EZ? (Kapitel 5)
5. Was erwartet die Bevölkerung von EZ? (Kapitel 6)

Diese Fragestellungen wurden bislang für Deutschland noch nicht untersucht – oder die verfügbaren Daten und Studien sind veraltet. Auch für andere EZ-Geberstaaten liegen bisher nur wenige Beiträge vor, die sich einzelnen dieser Fragestellungen widmen.

Datenbasis

Als Datenbasis für die Analysen dienen quantitative Inhaltsanalysen von TV-Nachrichtensendungen, Printmedien und dem Kurznachrichtendienst Twitter sowie bevölkerungsrepräsentative Umfrageexperimente. Ergänzend werden Befragungsdaten des *Development Engagement Lab* (DEL) genutzt.

Ergebnisse

Welche Relevanz hat Entwicklungspolitik in den Medien?

Die Medieninhaltsanalysen in Kapitel 2 zeigen, dass Entwicklungspolitik absolut und anteilig betrachtet in den Medien nur eine geringe Rolle spielt. Während der ersten Monate der Corona-Pandemie Anfang 2020 ging die Aufmerksamkeit, die TV-Nachrichten und Beiträge in Printmedien auf das Themenfeld richteten, weiter zurück. Auf Twitter konnte dieser negative Trend allerdings nicht beobachtet werden. Insgesamt legen

die Ergebnisse nahe, dass die mediale Berichterstattung nicht dazu führen dürfte, dass die Bevölkerung dem Thema Entwicklungspolitik große Aufmerksamkeit schenkt. Die Themenfelder, an die entwicklungspolitische Inhalte anknüpfen, variieren zwischen den untersuchten Mediengattungen. Flucht und Migration spielen jedoch in allen drei Gattungen (TV, Print, Twitter) eine wichtige Rolle. In TV-Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender und in Zeitungsartikeln wird Entwicklungspolitik häufig im Zusammenhang mit Krieg und Konflikt erwähnt. Auf Twitter tritt Entwicklungspolitik häufig mit Bezug zu Klimawandel und Epidemien auf. Dabei befasst sich die Berichterstattung in TV-Nachrichten und Printmedien hauptsächlich mit staatlichen und internationalen politischen Akteuren. Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich sind hingegen stärker auf Twitter präsent. Die Tonalität der Berichterstattung über Entwicklungspolitik fällt in der regionalen Presse positiver aus als in der überregionalen. Letztere berichtet in der Tendenz eher neutral. Auf Twitter wird hingegen mit positiverer Tonalität über das Themenfeld kommuniziert. Ausschläge nach unten und oben im Kontext medienwirksamer Ereignisse lassen sich über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg sowohl für Printmedien als auch für Twitter feststellen.

Wie wirken Argumente für und gegen EZ auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber EZ?

Kapitel 3 präsentiert Ergebnisse aus experimentellen Studien, die zeigen, dass Argumente gegen EZ die Unterstützung für EZ beeinflussen können. Insbesondere Argumente bezüglich Korruption oder mangelnder Wirksamkeit der EZ haben einen negativen Einfluss auf die Unterstützung der EZ sowie die Zustimmung zum EZ-Etat im Bundeshaushalt. Diese negativen Effekte treten aber nicht gleichmäßig in der gesamten Bevölkerung auf. Personen, die EZ generell unterstützen, reagieren zum Teil schwächer auf EZ-kritische Argumente als EZ-Kritiker, das heißt, ihre Unterstützung für EZ sinkt durch den Kontakt mit EZ-kritischen Argumenten kaum. Positive Argumente, die die Wirksamkeit und Relevanz von EZ betonen, können die Einstellung zum Themenfeld hingegen nicht oder kaum beeinflussen. In diesem Punkt unterscheiden sich die Ergebnisse von vorherigen Studien, nach denen positive Argumente sich auch positiv auf die Einstellung der Bevölkerung zur EZ auswirken. Insgesamt legen die Ergebnisse der Untersuchung nahe, dass es – zumindest mit den im Umfrageexperiment genutzten Argumenten – nur schwer möglich ist, die Unterstützung für EZ durch entsprechende Argumente zu erhöhen. Allerdings kann die negative Wirkung von Argumenten gegen EZ – etwa von Hinweisen auf Korruption – zumindest abgefedert werden, wenn auf die generelle Relevanz der EZ für die Bewältigung globaler Herausforderungen – wie Klimawandel oder Fluchtbewegungen – verwiesen wird.

Welche Wirkung haben spezifische Informationen zur Wirksamkeit von EZ auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber EZ?

In Kapitel 4 wurde in einem Umfrageexperiment untersucht, wie sich Informationen zu Inputs („Wie viel Geld wurde für eine EZ-Maßnahme ausgegeben?“), Outputs („Welche Maßnahmen wurden durchgeführt?“) und Outcomes („Welche Wirkung hat eine EZ-Maßnahme erzielt?“) auf die Bewertung eines EZ-Projekts, die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ sowie die Unterstützung der EZ auswirken. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: (1) Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten können dazu beitragen, dass die Bevölkerung solche Projekte positiver bewertet. Dabei scheinen Informationen zu Outputs und Outcomes wichtiger zu sein als Informationen zu Inputs. (2) Sowohl Informationen zu Outputs und Outcomes als auch solche zu Inputs können dazu beitragen, dass die Bevölkerung die Wirksamkeit von EZ besser bewertet. (3) Hinsichtlich der generellen EZ-Unterstützung finden sich vereinzelt positive – wenngleich auch nur schwache – Effekte der vorgelegten Informationen. Die Unterstützung für EZ dürfte daher stärker durch generelle Haltungen und Voreinstellungen gegenüber dem Politikfeld beeinflusst werden. Darüber hinaus zeigen die Daten, dass die Bevölkerung bei der Bewertung eines EZ-Projekts am meisten Wert auf Informationen zu den Begünstigten und den Wirkungen des Projekts legt.

Wie wirken moralische Appelle, und welche Rolle spielen moralische Überzeugungen für die Unterstützung von EZ?

In Kapitel 5 wurde erfasst, inwiefern moralische Appelle die Unterstützung für EZ beeinflussen, ob die Wirkung moralischer Appelle von verschiedenen Grunddimensionen von Moral abhängt und in welchem generellen Zusammenhang die verschiedenen Grunddimensionen von Moral und die Unterstützung von EZ stehen. Die Ergebnisse zeigen, dass starke moralische Appelle zu Ablehnung in der Bevölkerung führen können. Diese Ablehnung wiederum könnte die Unterstützung für EZ gefährden.

Unabhängig von moralischen Appellen verdeutlichen die Ergebnisse die Relevanz von Moral für die Unterstützung von EZ. Es zeigen sich signifikante Zusammenhänge zwischen verschiedenen Grunddimensionen der Moral und EZ-Unterstützung: Während die Dimensionen der Fairness und insbesondere der Fürsorge in einem positiven Zusammenhang mit EZ-Unterstützung stehen, besteht ein negativer Zusammenhang zwischen Loyalität und Autorität und der Unterstützung von EZ. Spezifische Appelle, die an einzelne Grunddimensionen von Moral appellieren, haben nur eine begrenzte Wirkung. Es gibt vereinzelt Hinweise, dass es gelingen könnte, durch gezielte Appelle beispielsweise den negativen Zusammenhang zwischen Loyalität und EZ-Unterstützung umzukehren.

Was erwartet die Bevölkerung von EZ?

Die Ergebnisse aus Kapitel 6 zeigen, dass die Unterstützung der Bürger*innen für EZ je nach Partnerland variiert. Im Einklang mit früheren Studien sind das Armuts- und Korruptionsniveau dabei die entscheidenden Faktoren: Hohe Armut in einem Land geht mit höherer Unterstützung einher, ein hohes Ausmaß an vermunteter Korruption mit niedrigerer Unterstützung. Gleichzeitig wird EZ mit Ländern, in denen die Bevölkerung mehrheitlich muslimischen Glaubens ist, weniger unterstützt. Dieser sogenannte *Muslim bias* ist aus früheren Studien in den USA bekannt. Bei Menschen, die sich für das Themenfeld Entwicklungspolitik interessieren, ist er deutlich geringer ausgeprägt als bei Menschen, die sich wenig oder gar nicht für das Thema interessieren. Auch das Niveau der staatlichen Fragilität in Partnerländern hat Einfluss darauf, ob EZ mit spezifischen Partnerländern unterstützt wird. Dabei ist entscheidend, welche Dimension von Fragilität vorherrscht: Während schwache staatliche Kapazitäten, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, dazu führen, dass EZ mit den jeweiligen Partnerländern eher unterstützt wird, zeigt sich ein negativer Effekt, wenn die Bevölkerung des Partnerlandes ihrer Regierung nicht vertraut (fehlende Legitimität der Regierung) oder wenn die Regierung des Partnerlandes nicht das Gewaltmonopol innehat (fehlende Autorität).

Sollen sich die Bürger*innen für konkrete Partnerländer der EZ entscheiden, zählen Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo zu den Ländern, mit denen eine Zusammenarbeit am stärksten befürwortet wird. Saudi-Arabien, der Irak, China und die Ukraine sind die Länder, mit denen eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit am wenigsten Unterstützung erfährt. Die Sektoren der Zusammenarbeit, die von der Bevölkerung als am unterstützenswertesten eingestuft werden, sind Ernährungssicherung und Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit. Als weniger unterstützenswert wahrgenommen werden die Sektoren Wirtschaftsförderung und Klimawandel.

Implikationen für Entwicklungspolitik und EZ

Aus den Ergebnissen dieses Berichts ergeben sich vier übergreifende Implikationen für entwicklungspolitische Akteure:

1. Die Zusammenarbeit mit Influencern in sozialen Medien und die Verknüpfung von EZ mit „Megathemen“ wie Klimawandel oder Fluchtursachenbekämpfung bieten das Potenzial, die Aufmerksamkeit für Entwicklungspolitik in der Bevölkerung zu steigern. Dabei gilt es zu beachten, dass das mittel- und langfristig angelegte Zielsystem von Entwicklungspolitik und EZ nicht zu Lasten kurzfristiger Outcomes in den Hintergrund rückt. Wichtig ist zudem, das Themenfeld Entwicklungspolitik für die Bürger*innen erfahrbarer zu machen und an ihre Alltagserfahrungen anzudocken. Entscheidende Ansatzpunkte sind hier der nachhaltige Konsum sowie eine Kommunikation, die persönliche Erfahrungen der Bürger*innen mit EZ aufgreift, etwa nach Auslandsaufenthalten und Freiwilligendiensten in Partnerländern oder im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Initiativen.

2. Argumente zu Korruption und zu mangelnder Wirksamkeit von EZ können die Unterstützung für EZ senken. Positive Argumente, Informationen und moralische Appelle zeigen hingegen kaum Potenzial, die generelle Unterstützung für EZ substantiell zu erhöhen. Um mittelfristig die Chance auf eine Steigerung der Unterstützung zu erhöhen und Gegenargumente angemessen in den Kontext zu stellen, erscheint eine Kommunikationsarbeit zielführend, bei der die Wirkungen von EZ in den Vordergrund gerückt und zugleich deren Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen aufgezeigt wird. Dies soll der Bevölkerung ermöglichen, die tatsächliche Wirksamkeit von EZ realistisch einzuordnen. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wiederum sollte die vorhandenen Risiken und Herausforderungen für die Wirksamkeit von EZ transparent benennen. Dabei sollte sie die komplexen Abwägungsentscheidungen, die EZ-Akteure treffen müssen, und die Rahmenbedingungen, in denen sie agieren, deutlich kommunizieren. Auch hier sollte die übergeordnete Rolle, die EZ in der Bewältigung globaler Herausforderungen einnimmt, stets mit dargestellt werden.
3. Es besteht ein Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Bevölkerung an die EZ, die von einem Narrativ der Fürsorge und Hilfe geprägt sind, und dem Selbstverständnis vieler EZ-Akteure, bei dem eine partnerschaftliche globale Entwicklung und die Bewältigung globaler Herausforderungen im Mittelpunkt stehen. Die Aufgabe der EZ-Akteure besteht nun darin, Anknüpfungspunkte an das vorhandene Narrativ zu schaffen, ohne die mit dem eigenen Selbstverständnis verknüpften Zielsetzungen zu vernachlässigen. Konsistent die Zusammenhänge zu betonen, die zwischen Armutsbekämpfung einerseits und der Bewältigung globaler Herausforderungen und der Schaffung stabiler staatlicher Strukturen andererseits bestehen, könnte mittelfristig dazu beitragen.
4. Informationen zu Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger globaler Entwicklung wirken häufig auf verschiedene Gruppen in der Bevölkerung unterschiedlich. Was bei einer Bevölkerungsgruppe den gewünschten Effekt hat, kann bei einer anderen Gruppe nicht-intendierte Wirkungen hervorrufen. Ein Beispiel hierfür sind stark moralisch begründete Argumente, die zwar in manchen Bevölkerungsgruppen Anklang finden, in anderen Gruppen jedoch zu einer Gegenreaktion führen können. Diese komplexen Wirkungszusammenhänge sollten besonders in der entwicklungspolitischen Kommunikation stets berücksichtigt werden. Quantitative und qualitative empirische Daten können helfen, Fehler zu vermeiden und die Wirksamkeit entwicklungspolitischer Kommunikations- und Bildungsarbeit zu steigern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass versucht werden soll, allen in der Bevölkerung vertretenen Meinungen gerecht zu werden. Die eigenen normativen Überzeugungen beziehungsweise das eigene entwicklungspolitische Selbstverständnis sollten weiterhin den Maßstab für die Kommunikation mit der Bevölkerung bilden.

Ausblick

Dieser Bericht ist Teil der DEval-Reihe „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik“. Der nächste Bericht der Reihe erscheint voraussichtlich 2022.

INHALT

Impressum.....	iv
Danksagung.....	v
Zusammenfassung.....	vi
Inhalt.....	xi
Abkürzungen und Akronyme.....	xvii
Glossar	xix
1. Einleitung.....	1
1.1 Aufbau des Berichts.....	4
2. Welche Relevanz hat Entwicklungspolitik in den Medien?.....	9
2.1 Wie häufig werden Entwicklungspolitik, EZ und Humanitäre Hilfe angesprochen?.....	12
2.1.1 In Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen TV-Sender kommt EZ nur selten vor.....	13
2.1.2 Auch in Printmedien kommen Beiträge mit Bezug zur EZ nur vergleichsweise selten vor.....	14
2.1.3 Auf Twitter: anteilig geringe Anzahl EZ-bezogener Beiträge mit punktuellen Ausschlägen.....	16
2.1.4 Häufigkeit im Vergleich.....	18
2.2 An welche Themen knüpft die Berichterstattung an?.....	18
2.2.1 TV-Nachrichten: Krieg und Konflikt sowie Flucht und Migration als wichtige Anknüpfungsthemen.....	19
2.2.2 Printmedien: Flucht, Wirtschaft und Krieg stellen wichtige Anknüpfungsthemen dar ...	20
2.2.3 Twitter: Häufige Anknüpfungsthemen sind Flucht, Klima und Epidemien.....	21
2.2.4 Anknüpfungsthemen im Vergleich.....	22
2.3 Welche Akteure sind in der Berichterstattung vertreten?.....	22
2.3.1 Akteure in TV-Nachrichten: nationale sowie internationale staatliche politische Akteure werden häufig erwähnt.....	22
2.3.2 Akteure in Printmedien: nationale sowie internationale staatliche politische Akteure werden häufig genannt.....	23
2.3.3 Akteure auf Twitter: stärkere Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure.....	25
2.3.4 Akteure im Vergleich.....	30
2.4 Welche Tonalität hat die entwicklungspolitische Berichterstattung?.....	30
2.4.1 Tonalität der Berichterstattung in Printmedien: neutrale Berichterstattung in überregionalen Zeitungen, leicht positive in Regionalzeitungen.....	31
2.4.2 Tonalität der Kommunikation auf Twitter: schwach positiv im Durchschnitt mit punktuellen negativen und positiven Ausschlägen.....	32
2.4.3 Tonalität im Vergleich.....	33

2.5	Zusammenfassung.....	33
3.	Wie wirken Argumente für und gegen EZ auf die Einstellung gegenüber der EZ?	35
3.1	Die Wirkung von Argumenten für und gegen EZ in den Medien – ein Umfrageexperiment	37
3.1.1	Die Betonung von Korruptionsrisiken senkt die Zustimmung zum EZ-Etat im Bundeshaushalt.....	41
3.1.2	Die Betonung von Wirkungsproblemen verringert die Wahrnehmung von EZ als wirksam	42
3.1.3	Besonders Personen mit geringer EZ-Unterstützung reagieren negativ auf EZ-kritische Argumente	44
3.2	Exkurs: Anteil der Personen, die über die Medien mit dem Thema Entwicklungspolitik in Kontakt kommen.....	47
3.3	Zusammenfassung.....	48
4.	Welche Wirkung haben Informationen über die Wirksamkeit von EZ auf die Einstellung gegenüber der EZ?	50
4.1	Die Wirkung von Wirksamkeitsinformationen – ein Umfrageexperiment.....	52
4.1.1	Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes führen zu einer besseren Bewertung des beschriebenen Projekts.....	54
4.1.2	Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes führen zu einer besseren Einschätzung der Wirksamkeit von EZ.....	56
4.1.3	Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes haben keine relevanten Effekte auf die EZ-Unterstützung.....	57
4.2	Relevanz von Informationen zu EZ-Projekten.....	59
4.3	Zusammenfassung.....	61
5.	Wie wirken moralische Appelle, und welche Rolle spielen moralische Überzeugungen für die Unterstützung von EZ?	62
5.1	Moral als Fundament der Unterstützung von EZ	63
5.2	Die Wirkung moralischer Appelle.....	65
5.2.1	Die Wirkung moralischer Appelle hängt von grundlegenden Dimensionen von Moral ab.....	66
5.2.2	Spezifische Appelle eignen sich nur begrenzt, um Bürger*innen gezielt zu erreichen....	69
5.3	Zusammenfassung.....	73
6.	Was erwartet die Bevölkerung von der EZ?.....	74
6.1	Hohe Wirkung und EZ als Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung als überzeugende Argumente für EZ	76
6.2	Die Erwartungen der Bevölkerung an EZ – ein Conjoint-Experiment.....	77
6.2.1	Länderpräferenzen – Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo gelten als besonders unterstützenswert, Saudi-Arabien, Irak, China und die Ukraine als am wenigsten unterstützenswert.....	78
6.2.2	Hohe Armut, geringe Korruption und eine mehrheitlich christliche Bevölkerung sind entscheidende Faktoren dafür, ob EZ mit einem Land unterstützt wird	80

6.2.3	EZ-Interessierte und EZ-Unterstützende legen besonderen Wert auf Bedarfsorientierung und stellen Eigeninteressen in den Hintergrund	82
6.2.4	Ernährungssicherung, Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit sind die als am unterstützenswert eingeschätzten Sektoren.....	84
6.2.5	Fragile Staaten gelten als besonders unterstützenswert	85
6.3	Zusammenfassung.....	87
7.	Was implizieren die Ergebnisse für die Entwicklungspolitik und EZ?.....	88
7.1	Implikationen	89
7.2	Ausblick.....	95
8.	Literatur	96
9.	Anhang.....	105
9.1	Anhang Kapitel 2	106
9.2	Anhang Kapitel 5	107
9.2.1	Dimensionen der Moral in der deutschen Bevölkerung.....	107
9.3	Anhang Kapitel 6	110
9.4	Studienteam und Mitwirkende	115
9.5	Zeitplan der Studie	116

Abbildungen

Abbildung 1	Wichtigste gesellschaftliche und politische Themen im Zeitverlauf.....	6
Abbildung 2	Öffentliche Meinung zu EZ während der Corona-Pandemie.....	7
Abbildung 3	Besorgtheit über die Lage in Entwicklungsländern und Unterstützung für staatliche EZ..	8
Abbildung 4	Häufigkeit der Berichterstattung über EZ und Humanitäre Hilfe in TV-Nachrichten.....	14
Abbildung 5	Häufigkeit der Berichterstattung über EZ und Humanitäre Hilfe in Printmedien.....	16
Abbildung 6	Häufigkeit von Tweets mit Bezug zu EZ und Humanitärer Hilfe im Zeitverlauf.....	17
Abbildung 7	Anknüpfungsthemen in TV-Nachrichten, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren..	19
Abbildung 8	Anknüpfungsthemen in Printartikeln, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren.....	20
Abbildung 9	Anknüpfungsthemen in Tweets, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren.....	21
Abbildung 10	In den TV-Nachrichten vertretene Akteure	23
Abbildung 11	Akteure (Organisationen) in der Berichterstattung von Printmedien	24
Abbildung 12	Aktivste Twitter-Accounts hinsichtlich entwicklungspolitischer Inhalte.....	26
Abbildung 13	Aktivste Twitter-Accounts nach Thema.....	27
Abbildung 14	Twitter-Accounts mit dem meisten Engagement der Nutzer*innen	28
Abbildung 15	Beispiele für Tweets mit hohem Engagement der Nutzer*innen.....	29
Abbildung 16	Beispiele für Tweets mit positiver und negativer Tonalität.....	30
Abbildung 17	Tonalität der Berichterstattung in Printmedien.....	31
Abbildung 18	Tonalität der Beiträge („Tweets“) auf Twitter	33
Abbildung 19	Wirkung von Haushaltsinformationen und Argumenten für und gegen EZ auf die generelle Unterstützung für EZ.....	41
Abbildung 20	Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Zustimmung zum EZ-Etat.....	42
Abbildung 21	Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Wirksamkeitseinschätzung von EZ	43
Abbildung 22	Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Zustimmung zum EZ-Etat in Abhängigkeit von EZ-Unterstützung vor dem Experiment	45
Abbildung 23	Wirkung des Arguments „Bedarf“ auf die Wirksamkeitseinschätzung von EZ in Abhängigkeit von EZ-Unterstützung vor dem Experiment	46
Abbildung 24	Wirkung des Arguments „Herausforderungen + Wirkungslosigkeit“ auf die Zustimmung zum EZ-Etat in Abhängigkeit von politischer Orientierung	47
Abbildung 25	Anteil der Befragten, die bereits einen Artikel zum Themenfeld EZ gelesen haben	48
Abbildung 26	Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die Projektbewertung.....	55
Abbildung 27	Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ.	57
Abbildung 28	Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die EZ-Unterstützung.....	58
Abbildung 29	Relevanz der Informationen zu EZ-Projekten für die Befragten.....	60
Abbildung 30	Zustimmung zu moralischen Aussagen in Bezug auf EZ.....	64
Abbildung 31	Unterstützung von EZ je nach Zustimmung zu den fünf Moraldimensionen	68

Abbildung 32	Wirkung der Appelle in Abhängigkeit von Fürsorge-Ausprägung auf die moralische Bewertung der Appelle.....	69
Abbildung 33	Einfluss der Moraldimension auf die Wirkung des entsprechenden moralischen Appells	72
Abbildung 34	Zustimmung zu Motiven für EZ.....	76
Abbildung 35	Beispiel des durchgeführten Conjoint-Experiments	78
Abbildung 36	Weltkarte zur Unterstützung von EZ mit Partnerländern	79
Abbildung 37	Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land.....	81
Abbildung 38	Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land – eine Subgruppenanalyse in Abhängigkeit von Interesse an EZ	83
Abbildung 39	Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land – eine Subgruppenanalyse in Abhängigkeit von Unterstützung für EZ.....	84
Abbildung 40	Weltkarte zu Unterstützung von EZ in einzelnen Sektoren nach Partnerländern	85
Abbildung 41	Zusammenhang zwischen persönlichen Eigenschaften der Befragten und der Unterstützung von EZ mit fragilen Staaten.....	86
Abbildung 42	Personen in der Berichterstattung der Printmedien.....	106
Abbildung 43	Moraldimensionen in der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich.....	107
Abbildung 44	Interkorrelation der einzelnen Moraldimensionen.....	108
Abbildung 45	Zustimmung zu den fünf Moraldimensionen nach politischer Orientierung	109

Tabellen

Tabelle 1	Übersicht zu Berichten des DEval-Meinungsmonitors Entwicklungspolitik.....	3
Tabelle 2	Datenbasis der Medieninhaltsanalyse für unterschiedliche Mediengattungen.....	12
Tabelle 3	Experimentalgruppen zur Wirkung von Argumenten für und gegen EZ.....	39
Tabelle 4	Experimentalgruppen zur Wirkung von Informationen zur Wirksamkeit von EZ.....	53
Tabelle 5	Wirkung der Appelle auf moralische Bewertung, EZ-Unterstützung und Reaktanz.....	65
Tabelle 6	Moraldimensionen in der Theorie der moralischen Grundlagen (TMG).....	66
Tabelle 7	Formulierungen des Umfrageexperiments zur Wirkung moralischer Appelle.....	71
Tabelle 8	Erwartungen an EZ im Kontext fragiler Staatlichkeit – Zustimmungswerte.....	110

Kästen

Kasten 1	COVID-19 und die Einstellung zum Themenfeld Entwicklungspolitik.....	5
Kasten 2	Zentrale Ergebnisse Kapitel 2.....	10
Kasten 3	Datenbasis für die Analyse von TV-Nachrichten.....	11
Kasten 4	Datenbasis für die Analyse von Printmedien.....	15
Kasten 5	Datenbasis für die Analyse von Twitter-Beiträgen („Tweets“).....	18
Kasten 6	Zentrale Ergebnisse Kapitel 3.....	36
Kasten 7	Umfrageexperimente.....	38
Kasten 8	Datenbasis der Umfrageexperimente.....	40
Kasten 9	Zentrale Ergebnisse Kapitel 4.....	51
Kasten 10	Zentrale Ergebnisse Kapitel 5.....	63
Kasten 11	Theorie der moralischen Grundlagen – ein differenzierter Blick auf Moral.....	67
Kasten 12	Zentrale Ergebnisse Kapitel 6.....	75
Kasten 13	Aufbau des Conjoint-Experiments.....	77
Kasten 14	Dimensionen von Fragilität.....	82
Kasten 15	Rolle und Limitationen von Befunden zur öffentlichen Meinung.....	93

ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME

AAT	Aid Attitudes Tracker
AfD	Alternative für Deutschland
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union Deutschlands
DAC	Development Assistance Committee der OECD
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DEL	Development Engagement Lab
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDP	Freie Demokratische Partei
Fifa	Fédération Internationale de Football Association
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HC	Heteroskedasticity-consistent
IFEM	Institut für empirische Medienforschung
ILO	International Labour Organization
IS	Islamischer Staat
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NER	Named-entity recognition
NGO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLS	Ordinary Least Squares
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SDG	Sustainable Development Goal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TMG	Theorie der moralischen Grundlagen
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USA	United States of America
Unicef	United Nations Children's Fund
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
WEIRD	westlich, ausgebildet, industrialisiert, reich und demokratisch
WFP	World Food Programme

WHO	World Health Organization
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wide Fund for Nature
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

GLOSSAR¹

Einstellungen

Einstellungen können als zusammenfassende Bewertung von konkreten Objekten (zum Beispiel Autos), Personen (zum Beispiel Angela Merkel) oder gesellschaftlichen Gruppen (zum Beispiel Geflüchtete) verstanden werden (Bohner und Wänke, 2009, S. 5). Sie dienen der Informationsverarbeitung und Organisation von Wissen (Raatz, 2016, S. 76). Zudem erleichtern sie die Navigation in der Umwelt: „Einstellungen beeinflussen die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen, was wir denken und wie wir handeln“ (Maio und Haddock, 2009, S. 4; Raatz, 2016, S. 65). Die Sozialpsychologie unterscheidet zwischen kognitiver, affektiver und konativer Einstellungsdimension (zum Beispiel Eagly und Chaiken, 1993).

Einstellungen spielen eine wichtige Rolle für menschliche Reaktionen und damit für das Verhalten, obgleich ihre Vorhersagekraft für tatsächliches Verhalten in vielen Fällen schwach ist (*Attitude-Behaviour Gap*). Dies gilt insbesondere, wenn allgemeine Einstellungen zu breiten Themen erforscht werden und das untersuchte Verhalten abstrakt beziehungsweise unspezifisch ist (Ajzen und Fishbein, 2005). Der Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten ist komplex (Bohner und Wänke, 2009, S. 5) und wird von der Stärke und Konsistenz der Einstellungen, den direkten Erfahrungen mit dem Einstellungsobjekt, subjektiven und wahrgenommenen Normen, dem sozialen Umfeld sowie der Verhaltensintention beeinflusst.

Einstellungen zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sind keine einfachen, direkt beobachtbaren Merkmale, die durch eine oder sehr wenige Fragen erfasst werden können (Bae und Kim, 2016). Aufgrund der Kombination aus Komplexität und geringer Bedeutung im Alltag ist vielmehr davon auszugehen, dass die Einstellungen oder Wahrnehmungen ambivalent oder gar inkonsistent sind. So könnten beispielsweise trotz allgemeiner Unterstützung der EZ gleichzeitig Zweifel an ihrer Wirksamkeit bestehen. Ebenso können Menschen EZ generell unterstützen, der Ausgabe von Steuermitteln dafür jedoch nicht zustimmen. Sowohl an individuelle als auch an aggregierte Einstellungen darf deshalb nicht der Maßstab fachlicher Genauigkeit oder logischer Konsistenz angelegt werden. Aggregierte Einstellungen in Form von Mittel- oder Prozentwerten etwa im Vergleich von Bevölkerungsgruppen sind deshalb als Tendenzaussagen oder öffentliches Meinungsbild zu bewerten, die oftmals im Zeitverlauf stabil sind (Erikson und Tedin, 2011, S. 93–94). Substanzliche Veränderungen im Aggregat deuten auf eine Veränderung der öffentlichen Meinung hin.

Unterschieden werden muss zwischen spezifischen politischen Einstellungen, etwa zu einer politischen Maßnahme, und der politischen Orientierung (oder auch Ideologie) eines Individuums. Letztere umfasst zentrale Werte, Normen und allgemeinere politische Einstellungen, die auf die Gestaltung einer Gesellschaft abzielen (Erikson und Tedin, 2011, S. 72). Erfasst wird die politische Orientierung in der Regel durch die Selbstpositionierung auf einer Skala mit den Endpunkten „links“ und „rechts“ beziehungsweise im angelsächsischen Raum „*liberal*“ und „*conservative*“ (Jost et al., 2009).

Einstellungsmessungen und ihre Interpretation

Viele Merkmale, die in dieser Studie von Interesse sind, lassen sich nicht problemlos als manifestes Merkmal erfassen. Einstellungen zu EZ oder moralischer Verpflichtung sind im Gegensatz zu Einkommen, Bildungsabschluss oder Alter latente Merkmale, die durch die Vorlage von Aussagen oder Zustimmungsfragen – sogenannte Items – auf einem Fragebogen ermittelt werden müssen. Die Analyse von Befragungsdaten wie denen des *Development Engagement Lab* stellt eine Herausforderung dar, da relevante Merkmale auf Basis des vorliegenden Datenmaterials messbar gemacht, also operationalisiert werden müssen. Für spezifische Fragestellungen muss deshalb im Folgenden oftmals auf Einzelitems – also einzelne Aussagen oder Fragen – zurückgegriffen werden. Sofern die Datenlage es jedoch zulässt, werden sogenannte Likert-Skalen berechnet (Likert, 1932). Das heißt, über die Antworten zu mehreren Items wird für jede befragte Person der Mittelwert

¹ Das Glossar wurde aus dem Meinungsmonitor 2018 (Schneider und Gleser, 2018) übernommen und geringfügig angepasst.

der Zustimmung berechnet, was eine verlässlichere Messung des jeweiligen Konstrukts ermöglicht. Dies trifft jedoch nur zu, wenn die Items ein einzelnes latentes Merkmal abbilden (Eindimensionalität) und im Durchschnitt einen starken Zusammenhang aufweisen (Konsistenz beziehungsweise Reliabilität; dazu einfürend Moosbrugger und Kelava, 2012). Zur Bestimmung der Konsistenz wird die Kennzahl Cronbach's Alpha verwendet. In der Literatur wird häufig ein Schwellenwert von 0,7 für akzeptable Konsistenz genannt.

Messungen, die auf solchen Einzelitems oder Einstellungsskalen beruhen, sind schwieriger zu interpretieren als Messungen manifester Merkmale. Deutet beispielsweise ein Mittelwertvergleich des Einkommens zwischen Männern und Frauen auf einen Unterschied von 500 Euro hin, bedarf die statistische Interpretation keiner weiteren Diskussion.² Bei einer Einstellungsmessung, die etwa ergibt, dass sich Personen mit Abitur in ihrer Unterstützung der EZ um 0,3 Skaleneinheiten von Personen mit Hauptschulabschluss unterscheiden, sind die Schlüsse hingegen weniger offensichtlich.

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik

In diesem Bericht werden als „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZ) alle Maßnahmen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure der Industrieländer sowie internationaler Organisationen verstanden, die auf die Förderung der politischen und sozioökonomischen Lebensbedingungen in den sogenannten Entwicklungsländern abzielen.³ Als „offizielle“ Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – *Official Development Assistance* (ODA) – im engeren Sinne werden dagegen nur Leistungen und Aktivitäten staatlicher Stellen eingestuft, die mit dem Hauptziel eingesetzt werden, die wirtschaftliche, soziale und ökologische nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu fördern (siehe dazu zum Beispiel Faust, 2016, S. 338–339; Stockmann, 2016, S. 425–431).

Staatliche EZ wird bilateral zwischen Staaten sowie über multilaterale Organisationen umgesetzt, aber auch über zivilgesellschaftliche Organisationen, die staatliche Mittel für die Durchführung von Projekten erhalten. Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die diese aus eigenen Mitteln (zum Beispiel Spenden) finanzieren, sind ebenfalls Teil der EZ in einem generelleren Sinn, werden aber nicht der ODA zugerechnet.

Begrifflich wird zudem häufig zwischen struktureller, auf mittel- und langfristige Wirkungen ausgerichteter, EZ und Humanitärer Hilfe in Not- und Krisensituationen unterschieden. Mit der „Übergangshilfe“ steht der Entwicklungspolitik zudem ein Instrument zur Verfügung, um in Not- und Krisensituationen die Resilienz und die Entwicklungskapazitäten der betroffenen Menschen und Institutionen gezielt zu stärken und damit eine Brücke zwischen Humanitärer Hilfe und struktureller EZ zu schlagen.

Aufgrund der Komplexität des Themas, dem Zusammenspiel von Handlungsfeldern, unterschiedlichen ministeriellen Zuständigkeiten und der Vielzahl an entwicklungspolitischen Akteuren kann in der Bevölkerung kein differenziertes Verständnis dieser Begrifflichkeiten vorausgesetzt werden. Bei der Erfassung der öffentlichen Meinung zu diesem Themenkomplex muss daher in manchen Fällen mit Begriffen gearbeitet werden, die mit dem Alltagsverständnis der Bevölkerung übereinstimmen, jedoch nicht das Selbstverständnis einzelner oder mehrerer entwicklungspolitischer Akteure widerspiegeln. In den Befragungen für diese Studie wurde beispielsweise der in der Bevölkerung und den Medien gängige Begriff „Entwicklungshilfe“ verwendet, um die langfristige Dimension der EZ zu erfragen (siehe dazu Schneider und Gleser, 2018, S. 20). Die deutsche Regierung und viele Entwicklungsorganisationen verwenden hingegen den in der Öffentlichkeit weniger geläufigen Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“. Damit bringen sie zum Ausdruck, dass Länder, Organisationen, Gemeinden oder Individuen, mit denen sie entwicklungspolitisch zusammenarbeiten, nicht als Empfänger von Hilfsleistungen, sondern als gleichberechtigte Partner betrachtet werden.

² Die gesellschaftliche Bedeutung hingegen bedarf einer Diskussion. Ebenso müssen weitere Merkmale berücksichtigt werden, zum Beispiel (Berufs-)Bildung, ausgeübter Beruf, Alter und Beschäftigungsverhältnis.

³ Diese Begriffsbestimmung wurde – geringfügig verändert – aus Schneider et al. (2019, S. 4–5) übernommen.

In der Bevölkerung wird Entwicklungszusammenarbeit zudem häufig mit „Bekämpfung der weltweiten Armut“ gleichgesetzt. Entsprechend konzentrieren sich Teile der Befragung auf diesen Aspekt. Die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik hingegen beziehen sich auf die verschiedenen Dimensionen von Entwicklung, wie sie in der umfassenden Agenda 2030 und deren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs; siehe Vereinte Nationen, 2015) festgelegt sind. Daraus leiten sich Maßnahmen ab, die nicht allein auf Armutsbekämpfung fokussiert sind, sondern in Ländern des globalen Südens die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz sowie staatliche Strukturen und Demokratie und Frieden fördern sollen.

In der vorliegenden Studie wird „Entwicklungspolitik“ vereinfacht als übergeordnetes Handlungsfeld verstanden; „EZ“ meint konkrete Maßnahmen, um zu wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung im globalen Süden beizutragen. Dabei ist es unerheblich, ob staatliche oder zivilgesellschaftliche Organisationen diese Maßnahmen verantworten. Sofern in den verwendeten Bevölkerungsbefragungen diesbezügliche Spezifizierungen erfolgten, wird dies im Text kenntlich gemacht.

Regressionsanalyse

Regressionsanalysen stellen eine weitverbreitete statistische Methode dar, um Zusammenhänge zwischen einer abhängigen und einer oder mehreren unabhängigen Variablen zu analysieren (einführend Backhaus et al., 2011). Die abhängige Variable, zum Beispiel die allgemeine Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit, wird dabei durch ein Bündel an individuellen Merkmalen wie Soziodemografie und politischer Orientierung geschätzt. Die Regressionskoeffizienten geben hier bei quantitativen Merkmalen an, um wie viele Messseinheiten sich die Unterstützung der EZ unter Kontrolle der übrigen Merkmale durchschnittlich verändert, wenn sich die jeweilige unabhängige Variable – etwa das Alter – um eine Einheit verändert. Bei kategorialen Variablen wie Geschlecht, Bildungsabschluss oder Experimentalgruppe werden sogenannte Dummy-Variablen verwendet, deren Koeffizient den durchschnittlichen Unterschied in der allgemeinen Unterstützung der EZ einer Merkmalsausprägung (zum Beispiel „Abitur“) zu einer vorher festgelegten Vergleichskategorie (zum Beispiel „Hauptschulabschluss“ oder die „Kontrollgruppe“ in einem Experiment) angibt. Die Tabellen in den Hauptkapiteln dieser Studie zeigen aus Gründen besserer Verständlichkeit nur die Richtung und statistische Signifikanz des Zusammenhangs (siehe Glossareintrag „Statistische Signifikanz“). Die numerischen Ergebnisse der Regressionsanalysen finden sich stets im Anhang.

Die Kennzahl R^2 (Determinationskoeffizient genannt) gibt darüber hinaus an, welchen Anteil der Streuung der abhängigen Variable das Modell erklärt. Diese Kennzahl kann zwar als Indikator für die Modellgüte betrachtet werden, sollte jedoch aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren, die auf Einstellungen und Verhalten wirken, nicht zu voreiligen Schlüssen verleiten. Wichtiger sind die Befunde zu Signifikanz und Substanz der einzelnen Koeffizienten (siehe Glossareintrag „Statistische Signifikanz“). Ist im Bericht von einer logistischen Regression die Rede, so wird das zuvor beschriebene Prinzip auf eine zweistufige kategoriale abhängige Variable übertragen, beispielsweise die Nutzung einer bestimmten Form bürgerschaftlichen Engagements (ja/nein). Die Interpretation der Koeffizienten wird in diesem Fall komplexer. Vereinfacht lassen sie sich als Veränderungen der Eintrittswahrscheinlichkeit des untersuchten Ereignisses (zum Beispiel erfolgtes Engagement) bei Veränderung der unabhängigen Merkmale um eine Einheit interpretieren.

Statistische Signifikanz

Um zu überprüfen, ob ein Zusammenhang oder Unterschied statistisch relevant, also signifikant ist, kommen Signifikanztests zum Einsatz. Fällt der p-Wert unter den in den Sozialwissenschaften häufig genutzten kritischen Schwellenwert von 0,05, so wird ein Zusammenhang oder Unterschied als signifikant betrachtet (Bryman, 2016, S. 347). Der p-Wert bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, den in der Stichprobe gefundenen Zusammenhang oder einen noch größeren Zusammenhang zu beobachten, wenn die Nullhypothese gültig wäre, also kein Zusammenhang vorläge (Goodman, 2008, S. 136). Vereinfacht ausgedrückt ist der Befund mit nur geringer Wahrscheinlichkeit dem Zufall geschuldet, und die Nullhypothese kann verworfen werden. Bei p-Werten unter 0,10 (also 10 %) wird ebenfalls ein Zusammenhang aufgezeigt, jedoch auf die größere Unsicherheit über die Ablehnung der Nullhypothese hingewiesen. Bei p-Werten über 0,10 wird die Nullhypothese schließlich beibehalten.

Aus Signifikanz darf allerdings nicht auf Substanz geschlossen werden, denn mit großen Stichproben werden auch sehr kleine Befunde signifikant. Signifikanz bedeutet zwar, dass hier mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Effekt vorliegt. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Effekt sehr klein ist, kann es jedoch sein, dass er in der Realität nur von geringer Bedeutung ist. Substanz ist deshalb separat zu prüfen. Darüber hinaus darf von einem statistisch signifikanten Befund nicht vorbehaltlos auf Ursächlichkeit (auch als Kausalität bezeichnet) geschlossen werden, da bei Verwendung von Querschnittsdaten weder die zeitliche Reihenfolge von Ursache und Wirkung noch der Einfluss nicht erhobener Merkmale kontrolliert werden kann (z. B. Gangl, 2010). Querschnittsdaten sind Daten, mit denen zum selben Zeitpunkt sowohl unabhängige Variablen – wie die politische Orientierung – als auch abhängige Variablen – wie die Einstellung zur EZ – erhoben werden. In vielen Fällen ist deshalb eine umgekehrte Wirkungsrichtung oder eine gemeinsame Ursache von unabhängiger und abhängiger Variable nicht auszuschließen. Die in der Studie verwendeten Umfrageexperimente stellen jedoch eine Ausnahme dar, da die unabhängige Variable durch die zufällige Einteilung in verschiedene Experimentalgruppen gezielt variiert wird. Hier ist eine kausale Interpretation zulässig.

Stichprobenfehler

Die präsentierten Analysen beruhen auf einer Stichprobe, was zu einer statistischen Unsicherheit der berichteten Anteils- und Mittelwerte führt. So gaben zum Beispiel von 1.000 Befragten einer fiktionalen Zufallsstichprobe 20 Prozent an, im vergangenen Jahr an eine EZ-Organisation gespendet zu haben. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent liegt der Prozentwert in der Gesamtbevölkerung etwa zwischen 17,5 und 22,5 Prozent (Konfidenzintervall).⁴ Erhöht sich der Stichprobenumfang auf 5.000 Befragte, liegt der Wert zwischen 18,8 und 21,1 Prozent. Grundsätzlich geht man bei einer Stichprobe von 1.000 Befragten bei einem dichotomen Merkmal wie „ja/nein“ oder „dafür/dagegen“ davon aus, dass der Stichprobenfehler ± 3 beträgt (Erikson und Tedin, 2011, S. 30–31). Hohe Anteilswerte um 50 Prozent weisen breitere Konfidenzintervalle auf als kleine. Um Text und Abbildungen nicht zu überfrachten, enthält dieser Bericht in der Regel keine Konfidenzintervalle, gibt jedoch stets die Beobachtungszahl an.

⁴ Zur Berechnung siehe <http://eswf.uni-koeln.de/lehre/stathome/statcalc/v2202.htm>.

1. EINLEITUNG

Flucht und Migration, Klimawandel, Hunger und Armut, zunehmende Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaat, Kriege und Konflikte sowie die Covid-19-Pandemie machen nicht vor nationalen Grenzen halt und stellen die globale Staatengemeinschaft vor große Herausforderungen (BMZ, 2020a). Gleichzeitig lassen sich Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge und eine Krise des Multilateralismus beobachten: So haben sich die USA unter der Trump-Administration aus internationalen Organisationen und Abkommen zurückgezogen, und China tritt zunehmend selbstbewusst als weltpolitischer Akteur auf (siehe dazu zum Beispiel Copelovitch et al., 2020).

In dieser Konstellation agieren entwicklungspolitische Akteure. Sie positionieren Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) als Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen, was deutlich über ein Verständnis von EZ als Maßnahme zur Bekämpfung von Hunger und Armut hinausgeht (siehe zum Beispiel BMZ, 2020a). Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) stellt hierbei einen zentralen normativen Bezugspunkt dar (Vereinte Nationen, 2015). Gleichzeitig spielen auch nationale beziehungsweise wirtschaftliche Eigeninteressen der Geberländer eine Rolle für entwicklungspolitische Maßnahmen (zum Beispiel Riddell, 2007, Kapitel 6).

Mit Blick auf dieses breite Verständnis von Entwicklungspolitik wird es als wichtig angesehen, dass die Bevölkerung staatliches Engagement im Bereich von Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger globaler Entwicklung mehrheitlich unterstützt – nicht zuletzt, weil es sich um steuerfinanzierte Maßnahmen handelt (Czaplinska, 2007, S. 6). Aber auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beziehungsweise zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Akteure benötigen öffentliche Unterstützung – einerseits, weil sie staatliche Mittel zur Durchführung von EZ-Maßnahmen erhalten (Dreher et al., 2012b; Verbrugge und Huyse, 2020), und andererseits, weil sie sich auch durch Spenden aus der Bevölkerung finanzieren. Um Transparenz zu schaffen und Rechenschaft abzulegen beziehungsweise um für ihre Maßnahmen Unterstützung zu erhalten, haben demnach sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Akteure ein Interesse daran, entwicklungspolitische Aktivitäten in die Öffentlichkeit zu tragen.

In diesem Zusammenhang kann es für EZ-Akteure hilfreich sein, die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger Entwicklung kontinuierlich zu beobachten und zu erfassen, welche Faktoren das Meinungsbild der Bevölkerung beeinflussen. In Deutschland zeigen bisherige Studien eine günstige Ausgangslage für entwicklungspolitische Akteure auf: Die Bevölkerung unterstützt die EZ, wenngleich ein eher unscharfes Verständnis von EZ vorherrscht und Vorbehalte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bestehen (Schneider und Gleser, 2018). Dies betrifft insbesondere die Vermutung, dass EZ-Mittel durch Korruption in sogenannten Entwicklungsländern verloren gehen.

Es lassen sich jedoch mindestens zwei zentrale Wissenslücken feststellen, die für Deutschland in der Forschung bislang kaum oder gar nicht thematisiert wurden:

1. Welche Informationen zu Entwicklungspolitik und EZ stehen der Öffentlichkeit leicht zugänglich zur Verfügung?
2. Welche Effekte haben wahrgenommene Informationen auf Einstellungen zur EZ?

Die erste Frage knüpft an die DEval-Meinungsmonitore 2018 und 2019 an (siehe Tabelle 1). Diese beiden Berichte haben gezeigt, dass die Bevölkerung Verbesserungen bei einschlägigen Entwicklungsindikatoren wie etwa der Armutsquote oder der Kindersterblichkeit mehrheitlich nicht wahrnimmt und dass sie die Ausgaben für die EZ überschätzt (Schneider und Gleser, 2018). Sie haben aber auch gezeigt, dass die Bevölkerung die Berichterstattung zu weltweiter Armut registriert und sich für Nachrichten zu internationalen Themen interessiert (Schneider et al., 2019). Um zu verstehen, wie dieser scheinbare Widerspruch zustande kommt, muss untersucht werden, welche Informationen der Bevölkerung leicht zugänglich sind. Auch wenn nachhaltiger Konsum eine Brücke zwischen dem alltäglichen Leben der Bürger*innen und Entwicklungspolitik schlägt, ist das Themenfeld für die meisten Menschen in ihrem Alltag nur selten direkt erfahrbar. Daher kommt der medialen Berichterstattung ein hoher Stellenwert zu. Sie bietet Informationen zum Thema „Entwicklungspolitik und EZ“, aber auch zur weltpolitischen Lage im Allgemeinen und zur Lage in Entwicklungsländern im Speziellen. Auch für die entwicklungspolitische Kommunikations- und Bildungsarbeit ist mediale Berichterstattung ein wichtiges und reichweitenstarkes Instrument, um die Bürger*innen zu erreichen. Sie umfasst neben klassischen Medienformaten wie TV-Nachrichten und Tageszeitungsmeldungen auch soziale Medien.

Die zweite Frage zielt auf die direkte Wirkung der bereitgestellten Informationen ab. Hierzu zählen unter anderem Informationen zur Wirkung und zum Aufwand für EZ-Projekte, zur Wirkung von häufig und besonders medial verwendeten Argumenten für und gegen EZ und zur Wirkung moralischer Appelle. Während der DEval-Meinungsmonitor und zahlreiche akademische Publikationen bislang weitgehend auf zeitlich relativ stabile Einflussfaktoren eingegangen sind, die auf entwicklungspolitisch relevante Einstellungen wirken – zum Beispiel soziodemografische Merkmale oder die politische Orientierung –, blieb bisher offen, welche Rolle konkrete Informationen für die Einstellungsbildung spielen (für Ausnahmen siehe unter anderem Bayram und Holmes, 2019; Dietrich et al., 2019; Gilens, 2001; Hurst et al., 2017; Scotto et al., 2017; Wood, 2018). Dabei kommt einerseits die zuvor bereits angesprochene Berichterstattung in den Medien infrage; andererseits spielen auch Informationsmaterialien und -kampagnen eine Rolle, die direkt von entwicklungspolitischen Akteuren bereitgestellt werden, beispielsweise im Zuge von entwicklungspolitischer Bildungs- oder Kommunikationsarbeit. Zu letzteren zählen insbesondere Informationen über den Aufwand für und die Wirksamkeit von entwicklungspolitischen Maßnahmen.

Damit thematisiert der vorliegende Bericht Forschungslücken, die die Analysen des Meinungsmonitors 2018 aufgezeigt haben. Während die Bevölkerung die Wirksamkeit der EZ kritisch beurteilt, bleibt bislang die Frage unbeantwortet: *Woran macht die Bevölkerung die Wirksamkeit der EZ fest?* In Anbetracht des großen Stellenwerts des Themas „*aid effectiveness*“ in der Entwicklungspolitik wird deshalb untersucht, wie die Bevölkerung auf Informationen zu „Input“, „Output“ und „Outcome“ der EZ, wie sie oftmals von EZ-Akteuren verwendet werden, reagiert.

In der Kommunikation über Entwicklungszusammenarbeit nutzen EZ-Akteure neben Informationen zur Wirksamkeit häufig auch moralische Appelle – beispielsweise zur Spendenakquise. Das Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber Entwicklungsländern steht zudem in einem engen Zusammenhang mit einer Reihe von EZ-bezogenen Einstellungen und Formen des Engagements. Ob und wie moralische Appelle die Einstellung zur EZ beeinflussen und inwieweit die Wirkung dieser Appelle von den Ausprägungen unterschiedlicher Grunddimensionen von Moral abhängt, wurde bisher noch nicht wissenschaftlich analysiert. Beide Fragen sind von hoher Relevanz. Auch wenn wir wissen, dass das Gefühl einer moralischen Verpflichtung und die Unterstützung für EZ in einem positiven Zusammenhang stehen, darf daraus nicht automatisch abgeleitet werden, dass moralische Appelle die Unterstützung und das Engagement der Bevölkerung steigern, denn Bürger*innen könnten aufgrund ihres variierenden „moralischen Kompasses“ unterschiedlich auf solche Appelle reagieren. Moralische Appelle könnten auch Gegenreaktionen hervorrufen und so zu nicht-intendierten Wirkungen wie beispielsweise einer geringeren Unterstützung von EZ führen. Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragestellungen behandelt: (1) *Welche Wirkung haben moralische Appelle auf die Unterstützung von EZ?* (2) *In welchem Zusammenhang stehen verschiedene Moraldimensionen mit der Unterstützung der EZ?* (3) *Ist es möglich, Bürger*innen mit gezielten moralischen Appellen besser zu erreichen?*

Tabelle 1 **Übersicht zu Berichten des DEval-Meinungsmonitors Entwicklungspolitik**

Meinungsmonitor 2018 (Schneider und Gleser, 2018)	Meinungsmonitor 2019 (Schneider et al., 2019)	Meinungsmonitor 2021 (vorliegender Bericht)
<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Informationen zu Einstellungen, Wissen und Engagement der Bevölkerung im Feld Entwicklungspolitik/EZ 	<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Informationen zu Mediennutzung und -wahrnehmung 	<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Informationen zu Entwicklungspolitik/EZ in den Medien • Wirkung von Informationen • Erwartungen an EZ • Öffentliche Meinung zu EZ während der Corona-Pandemie

Quelle: eigene Darstellung.

Eng damit verzahnt ist die Frage, *welche Rolle konkrete Eigenschaften von Entwicklungsländern für die Unterstützung von EZ mit Blick auf die jeweiligen Partnerländer spielen*. Im Sommer 2019 wurde das BMZ beispielsweise in den Medien scharf für die weiterhin geleistete Entwicklungshilfe an China kritisiert (siehe zum Beispiel Focus, 2019). Ähnliche Kritik kam im Herbst 2011 auf, als trotz des beginnenden Bürgerkriegs in Syrien weiterhin EZ-Mittel in das Land flossen (zum Beispiel Süddeutsche Zeitung, 2011). Analog könnte die Bevölkerung ihre Unterstützung auch davon abhängig machen, mit welchem Partnerland kooperiert wird. Dabei könnte zum einen der konkrete Bedarf der Bevölkerung vor Ort eine Rolle spielen, zum anderen aber auch die politisch-gesellschaftliche Situation im Partnerland. Einerseits dürften gerade jene Länder, die als besonders fragil eingestuft werden (siehe zum Beispiel Ferreira, 2017), auf Zusammenarbeit mit EZ-Geberstaaten angewiesen sein; andererseits könnte die Bevölkerung in Geberstaaten besonders große Vorbehalte gegenüber EZ haben, wenn die Regierung im Partnerland Gesetze nicht durchsetzen kann, ein hohes Maß an Korruption herrscht oder die Regierung von der Bevölkerung mehrheitlich nicht anerkannt wird, wenn also Merkmale von fragiler Staatlichkeit vorherrschen.

1.1 Aufbau des Berichts

Den zuvor skizzierten Fragestellungen widmet sich der vorliegende Bericht in sieben Kapiteln. Nach dieser Einleitung, in der separat das Thema COVID-19 und die öffentliche Meinung zum Thema Entwicklungspolitik beleuchtet wird (Schneider et al., 2020, 2021), wird in Kapitel 2 das Informationsumfeld der Bevölkerung betrachtet. Dabei wird untersucht, wie häufig, in Zusammenhang mit welchen Themen beziehungsweise Akteuren und in welcher Tonalität in der Medienlandschaft Deutschlands über Entwicklungspolitik und EZ im Zeitverlauf berichtet wurde. Dabei wird zwischen Beiträgen in TV-Nachrichten, Tages- und Wochenzeitungen und sozialen Medien (Twitter) unterschieden. In Kapitel 3 wird daran anknüpfend die Wirkung medial vermittelter Informationen untersucht, indem analysiert wird, wie sich in den Medien und öffentlichen Diskussionen häufig genutzte Argumente für und gegen EZ auf die EZ-bezogenen Einstellungen der Bevölkerung auswirken. In Kapitel 4 wird erfasst, ob und wie sich Informationen zur Wirksamkeit entwicklungspolitischer Projekte und zu finanziellen Aufwendungen für solche Projekte auf die Einstellungen zum Themenfeld EZ auswirken. Kapitel 5 zeigt, inwiefern moralische Appelle die Unterstützung von EZ beeinflussen können und welche Rolle moralische Abwägungen für die Unterstützung spielen. Kapitel 6 befasst sich damit, welche Partnerländer die Bürger*innen als besonders unterstützenswert wahrnehmen und von welchen Eigenschaften diese Wahrnehmung abhängt. Der Bericht schließt mit Implikationen für die entwicklungspolitische Praxis (Kapitel 7). Zusätzlich wird in Kasten 1 beleuchtet, wie sich die öffentliche Meinung zu Entwicklungspolitik während der Corona-Pandemie darstellte.

Durch diese Analysen liefert der DEval-Meinungsmonitor Akteuren in der EZ erstens Rückmeldungen über die Einstellung der Öffentlichkeit zu Entwicklungspolitik und EZ. Die Studie möchte dadurch zu einem Feedback-Loop zwischen Bevölkerung und entwicklungspolitischen Entscheidungstragenden beitragen und diesen weiter ausbauen. Zweitens stellt der Meinungsmonitor EZ-Akteuren Orientierungswissen für strategische Planungs- und Entscheidungsprozesse sowie für die Kommunikations- und Bildungsarbeit bereit.

Kasten 1 COVID-19 und die Einstellung zum Themenfeld Entwicklungspolitik

Die Corona-Situation beeinflusst das Leben aller Menschen und stellt eine – Grenzen überschreitende – gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Herausforderung dar. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind nationale wie auch internationale Zusammenarbeit und Solidarität erforderlich. Besonders sogenannte Entwicklungsländer sind von den wirtschaftlichen Folgen der Krise bedroht. Die Weltbank prognostiziert, dass das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika von 2,4 Prozent im Jahr 2019 auf durchschnittlich -2,1 Prozent sinken wird, wobei die Prognosen für die Länder Angola, Nigeria und Südafrika mit -5,1 Prozent besonders negativ ausfallen (Calderon et al., 2020, S. 43). Eine Studie in Uganda bestätigt diesen Befund und zeigt, dass Maßnahmen im Zuge des Lockdowns die Geschäftsaktivitäten um fast 50 Prozent reduziert haben, wobei Klein- und Kleinstunternehmen besonders stark betroffen sind (Lakuma und Sunday, 2020). In den Ländern Senegal, Mali und Burkina Faso hat etwa jede vierte Person im Zuge der Corona-Pandemie ihre Anstellung verloren, rund die Hälfte aller Befragten einer Studie musste Einkommensverluste verzeichnen (Balde et al., 2020). Die gesundheitlichen Folgen fallen hingegen bislang weniger drastisch aus (zum Beispiel Lakemann et al., 2020; Mbow et al., 2020).

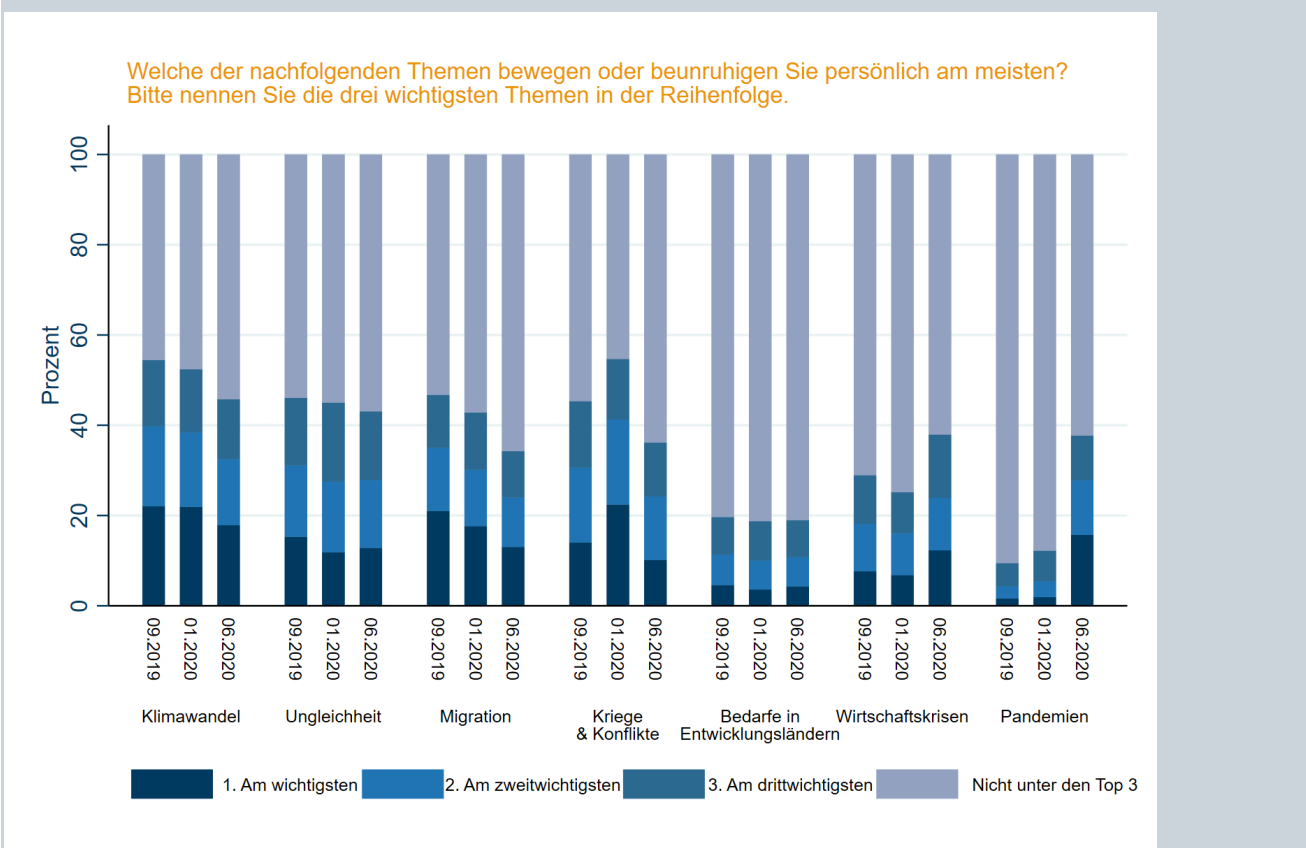
Trotz dieser gravierenden Auswirkungen besteht die Gefahr, dass durch die Pandemie die öffentliche Aufmerksamkeit für entwicklungspolitische Themen sinkt, da sie beispielsweise durch die mediale Berichterstattung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland und Europa überlagert wird. Umgekehrt könnte die grenzüberschreitende Pandemie den Menschen in „westlichen“ Ländern verdeutlichen, wie stark die einzelnen Staaten und Erdteile miteinander verwoben sind, beziehungsweise könnte sie die Empathie gegenüber den Menschen in Entwicklungsländern fördern (siehe zum Beispiel Bayram und Holmes, 2019). Dadurch könnten sich auch Einstellungen zur EZ verändern. Im Folgenden wird deshalb untersucht, ob sich die Problemwahrnehmung der Bevölkerung während der Pandemie verschoben hat und wie sie sich zu konkreten EZ-Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, aber auch zu EZ generell positioniert.

Die Ergebnisse dreier DEL-Befragungen vor und während der Pandemie zeigen zunächst, dass die Anzahl der Personen, die durch Pandemien und Epidemien beunruhigt sind, von Anfang 2020 bis Mitte 2020 deutlich gestiegen ist.⁵ Während im September 2019 und Januar 2020 jeweils etwa 10 Prozent der Befragten angegeben hatten, dass das Thema Pandemien und Epidemien sie bewegt oder beunruhigt, waren es im Juni 2020 38 Prozent der Befragten, die eine entsprechende Beunruhigung äußerten (siehe Abbildung 1).⁶ Dieses Ergebnis stimmt mit Medieninhaltsanalysen überein, die zeigen, dass die Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 die Berichterstattung in den Nachrichten dominierte (siehe zum Beispiel IFEM, 2020). Ein ambivalentes Signal sendet der Befund, dass sich die wahrgenommene Beunruhigung zu den Bedarfen in Entwicklungsländern (Bildung, medizinische Versorgung, sauberes Trinkwasser und Hunger) im Zuge der Corona-Situation nicht verändert hat; sie wird in allen drei Untersuchungen von knapp 20 Prozent der Befragten genannt. Die Tatsache, dass diese Länder besonders von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in Mitleidenschaft gezogen werden, scheint also nicht in das Bewusstsein der Bevölkerung gelangt zu sein.

⁵ Für weitere Informationen zu den in diesem Kasten genutzten Daten *siehe Kapitel 1 im Onlineanhang*.

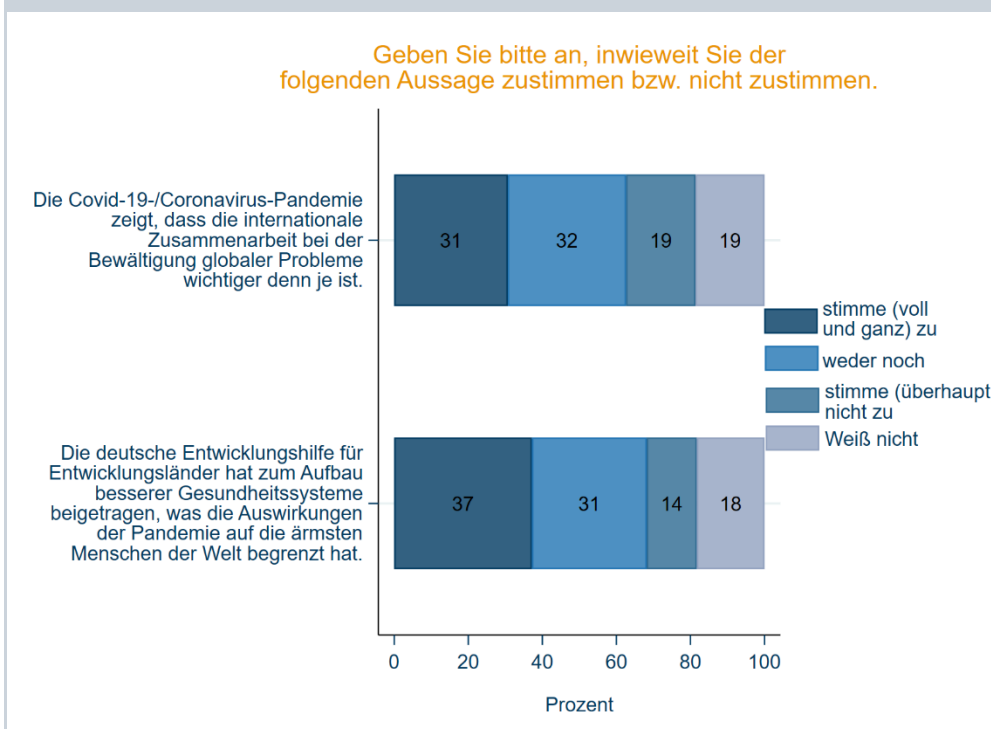
⁶ Auch die Befragungen des ZDF-Politbarometers zeigen, dass die Bevölkerung insbesondere in der Phase des Lockdowns ab Mitte März 2020 die Corona-Pandemie als das wichtigste politische Problem in Deutschland einstufte (Politbarometer, 2020). Bei den Befragungen zwischen Ende März und Mitte Mai lag der Anteil jener, die Corona nannten, jeweils bei etwa 80 Prozent.

Abbildung 1 Wichtigste gesellschaftliche und politische Themen im



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: DEL-Befragungen September/Oktober 2019 (N = 6.004; Panelbefragung), Januar 2020 (N = 1.141), Juni 2020 (N = 1.025). Prozentwerte unter 5 werden aus Gründen der Übersicht nicht dargestellt.

Fragt man direkt nach Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie, stimmen jedoch über 30 Prozent der Teilnehmenden einer DEL-Befragung im Juli 2020 folgender Aussage zu: „Die Covid-19-Pandemie zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Probleme wichtiger ist denn je“ (siehe Abbildung 2). 37 Prozent der Befragten bescheinigen der EZ eine präventive Wirkung und stimmen der Aussage „Die deutsche Entwicklungshilfe für Entwicklungsländer hat zum Aufbau besserer Gesundheitssysteme beigetragen, was die Auswirkungen der Pandemie auf die ärmsten Menschen der Welt begrenzt hat“ zu. Auch die Daten des Projekts COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO), in welchem das DEval als Partner für das Themenfeld Entwicklungspolitik fungiert, deuten darauf hin, dass die Bevölkerung Deutschlands EZ-Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie grundsätzlich unterstützt, jedoch Vorbehalte hat, wenn es um Schuldenerlasse, Hilfen für die Wirtschaft sowie Geflüchtete in Entwicklungsländern geht (Schneider et al., 2020).

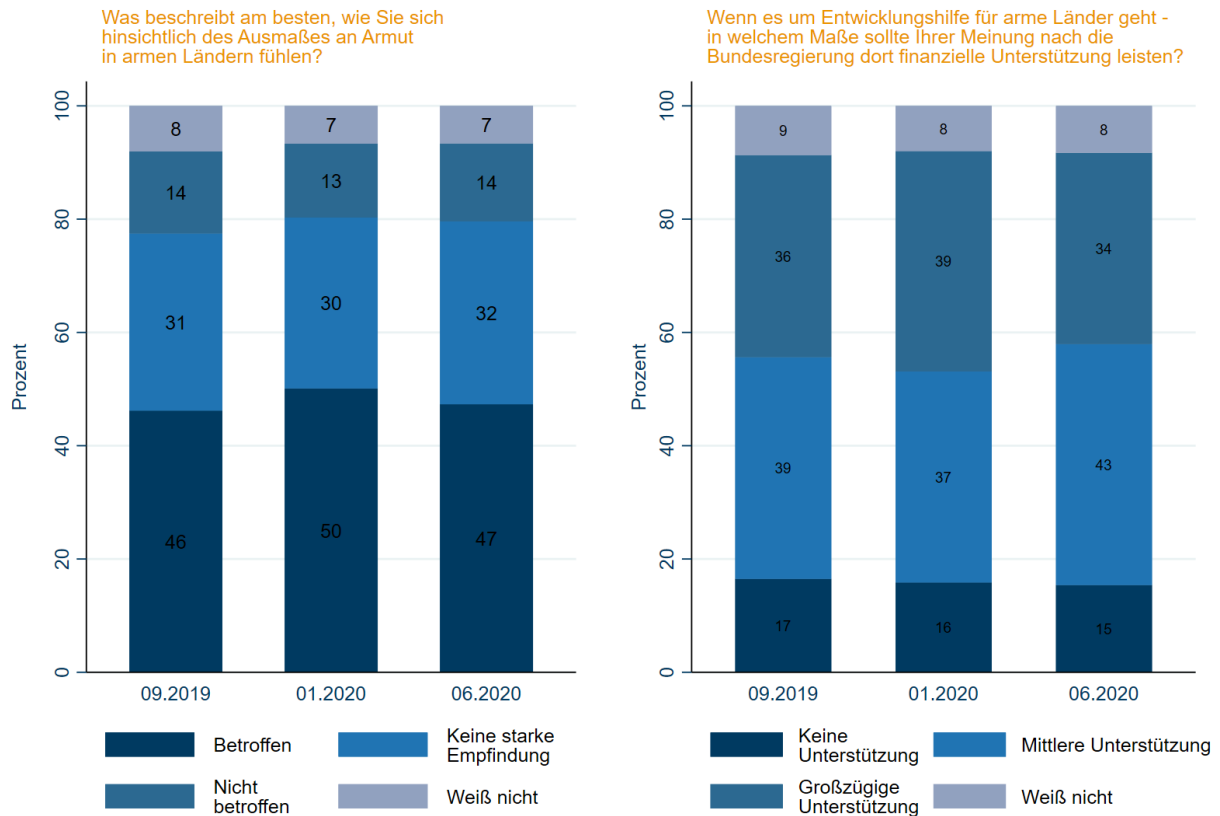
Abbildung 2 Öffentliche Meinung zu EZ während der Corona-Pandemie

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: DEL-Befragung Juli 2020 (N = 2.012).

Mit Blick auf allgemeine EZ-relevante Einstellungen wird deutlich, dass sich der Anteil der Befragten, die sich vom Ausmaß der Armut in Entwicklungsländern betroffen fühlen, über die drei Befragungen hinweg nicht sonderlich verändert (siehe Abbildung 3).⁷ Ein leicht negativer Trend zeigt sich bei der Unterstützung für staatliche EZ. Auch hier ist der Anteil der Personen, die angeben, dass die Bundesregierung Entwicklungsländer großzügig unterstützen sollte, leicht zurückgegangen – von 39 Prozent auf 34 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Personen, die eine mittlere Unterstützung befürworten, um 6 Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil der Personen, die „keine Unterstützung“ befürworten, konstant geblieben ist. Der Anteil der Personen, die der EZ skeptisch gegenüberstehen und keine staatlichen Mittel für Entwicklungsländer ausgeben möchten, ist damit unverändert niedrig. Aktuelle Untersuchungen zeigen darüber hinaus, dass zumindest in Deutschland gesundheitliche und wirtschaftliche Sorgen nicht mit geringerer Unterstützung für EZ einhergehen (Schneider et al., 2020, 2021). Im Gegenteil: Gesundheitliche Sorgen stehen in einem positiven, wenn auch schwachen Zusammenhang mit der Befürwortung verstärkter EZ-Maßnahmen während der Pandemie (Schneider et al., 2020).

⁷ Bei der Formulierung dieser Frage handelt es sich um eine Standardformulierung zur Erfassung der EZ-Unterstützung, die beispielsweise in den DEL-Befragungen genutzt wird. Gleichzeitig entspricht die Formulierung der Antwortkategorien („sehr großzügig“) nicht dem aktuellen Selbstverständnis vieler EZ-Akteure und lässt eine Interpretation im Sinne von „gönnerhaft“ und nicht im Sinne von „wohl durchdachte Ausgaben von Steuergeldern“ oder „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zu. Diese Interpretationsmöglichkeit der Antwortkategorie sollte bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Abbildung 3 Besorgtheit über die Lage in Entwicklungsländern und Unterstützung für staatliche



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: DEL-Befragungen September/Oktober 2019 (N = 6.004; Panelbefragung), Januar 2020 (N = 1.141), Juni 2020 (N = 1.025).

Insgesamt nimmt die Bevölkerung internationale Zusammenarbeit als wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wahr und spricht ihr durch den Ausbau des Gesundheitssystems eine präventive Wirkung in Hinsicht auf die Auswirkungen der Pandemie zu. Zudem nimmt die allgemeine Unterstützung für EZ während der Corona-Pandemie leicht ab, ohne dass daraus bisher eine verstärkte klare Ablehnung von EZ resultieren würde. Daher gilt es, die öffentliche Meinung zum Themenfeld weiterhin zu beobachten, vorhandene Bedarfe in Entwicklungsländern sowie entsprechende EZ-Maßnahmen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie weiter zu kommunizieren und die Relevanz von EZ zur Bewältigung dieser globalen Herausforderung – die von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird (siehe Schneider et al., 2020) – in den Diskurs einzubringen.

2. WELCHE RELEVANZ HAT ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DEN MEDIEN?

Kasten 2 Zentrale Ergebnisse Kapitel 2

- Der Anteil an Inhalten mit entwicklungspolitischem Bezug ist in allen untersuchten Medien (Zeitraum TV und Printmedien: 2012–2020; Twitter: 05/2019 – 06/2020) gering.
- Während der ersten Monate der Corona-Pandemie im Jahr 2020 wird über Entwicklungspolitik und EZ durchschnittlich weniger häufig berichtet als in den anderen betrachteten Zeiträumen.
- Thematisch knüpft die Berichterstattung in allen drei untersuchten Medienformaten häufig an Flucht und Migration an, in TV-Nachrichten und Printmedien auch an Krieg und Konflikt.
- Auf Twitter werden im untersuchten Zeitraum konstant Inhalte mit entwicklungspolitischem Bezug geteilt. Größere Aufmerksamkeit erhalten jedoch häufig Beiträge mit kontroversen oder skandalisierenden Inhalten.
- In der Berichterstattung sind im betrachteten Zeitraum staatliche und internationale Akteure (zum Beispiel Europäische Union, Vereinte Nationen) im Vergleich zu zivilgesellschaftlichen Akteuren prominenter vertreten.
- Der Ton der Berichterstattung fällt in überregionalen Zeitungen im untersuchten Zeitraum neutral bis leicht positiv aus. Berichte in regionalen Zeitungen sowie die Kommunikation auf Twitter fallen geringfügig positiver aus.

Entwicklungspolitik und EZ sind für die meisten Menschen in Deutschland Themen, mit deren konkreter Umsetzung und Wirkungen sie – wie mit außenpolitischen Themen generell – im Alltag nur selten persönlich in Kontakt kommen (siehe dazu auch Maurer und Reinemann, 2006, S. 144–145). Dies schließt nicht aus, dass beispielsweise über den Konsum fair gehandelter und nachhaltig produzierter Waren entwicklungspolitische Themen im Alltag erlebbar werden. Konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen und deren Auswirkungen sind für die meisten Bürger*innen jedoch nicht Teil des Alltags. Dadurch unterscheidet sich Entwicklungspolitik deutlich von Politikfeldern wie Soziales, Gesundheit oder Bildung, deren Auswirkungen im täglichen Leben der Bevölkerung persönlich erfahrbar sind (siehe dazu auch Wimmer, 2003, S. 339). Das Bild der Bevölkerung von Entwicklungspolitik und EZ ist entsprechend diffus und der Kenntnisstand dazu generell eher gering (unter anderem Milner und Tingley, 2013; Riddell, 2007, Kapitel 7; Schneider und Gleser, 2018; Scotto et al., 2017). Vor diesem Hintergrund kommt der medialen Darstellung von Entwicklungspolitik und EZ eine wichtige Rolle für die Informationsvermittlung und politische Meinungsbildung zu (zum Beispiel Baum und Potter, 2008; Hoewe und Peacock, 2020).

Bislang haben nur wenige Studien die Medienpräsenz von Entwicklungspolitik und EZ untersucht. Fohrbeck et al. (1983), Bieth (2012) und Brunswick Consulting (2018) untersuchten die Berichterstattung deutscher Medien mit unterschiedlicher Methodik und kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Entwicklungspolitik beziehungsweise EZ ein mediales Nischenthema darstellt und einen geringen Stellenwert in der allgemeinen Berichterstattung einnimmt.⁸ Fohrbeck et al. (1983) berichten für 1982/1983, dass der Anteil an der Berichterstattung in (über-)regionalen Zeitungen und in der „Tagesschau“ bei 0,2 bis 0,4 Prozent lag. Als Selektionskriterium beziehungsweise thematischer Anknüpfungspunkt für die Berichterstattung dienten oftmals Katastrophen, Krisen und Konflikte, aber auch klima- und sicherheitspolitische Interessen, (inter-)nationale Entwicklungsagenden sowie Konferenzen und Interviews mit Journalist*innen und Redakteur*innen (Bieth, 2012). In diesen Interviews wurden die Komplexität und Langfristigkeit der Entwicklungspolitik und ihrer Maßnahmen als Herausforderung für die mediale Vermittlung betont. Problematisch sahen die interviewten Journalist*innen und Redakteur*innen, dass oftmals mittels Personalisierung und in Form von Fallbeispielen berichtet werde, während strukturelle Probleme in den Entwicklungsländern und der EZ zu wenig beleuchtet würden.

⁸ Fohrbeck et al. (1983) und das Brunswick-Institut (2018) verwenden Varianten der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse, Bieth (2012) nutzt Interviews mit Journalist*innen und Redakteur*innen unterschiedlicher Medien.

In sozialen Medien wie Facebook und Twitter sind Analysen entwicklungspolitischer Inhalte noch seltener zu finden.⁹ Wie der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019 (Schneider et al., 2019) jedoch gezeigt hat, haben auch soziale Medien eine gewisse Relevanz als Informations- und Nachrichtenquelle, insbesondere für Jüngere. Eine Gegenüberstellung von traditionellen und neuen Medien zeigt, dass der entwicklungspolitische Diskurs stärker in den sozialen Medien und dort vermehrt auf Twitter stattfindet (Brunswick, 2018). Dominiert wird er dort vor allem von Akteuren aus Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen.¹⁰

Aktuelle Zahlen zu absoluten und relativen Anteilen entwicklungspolitischer und EZ-bezogener Berichterstattung liegen bisher nicht vor. Gleiches gilt für Betrachtungen über einen längeren Zeitraum. Das vorliegende Kapitel möchte diese Lücke schließen, indem untersucht wird, welche Informationen über den Themenkomplex Entwicklungspolitik und EZ der Bevölkerung über gängige mediale Kanäle zur Verfügung stehen. Folgende Aspekte stehen dabei im Zentrum des Interesses:

1. Wie häufig wird über Entwicklungspolitik und EZ in deutschen Medien berichtet?
2. An welche Themen dockt die Berichterstattung an?
3. Welche staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure werden in der Berichterstattung erwähnt?
4. Wie veränderte sich die Berichterstattung im Zeitraum von 2012 bis 2020?

Der Fokus liegt auf TV-Nachrichten, (über-)regionalen Zeitungen und sozialen Medien am Beispiel des Kurznachrichtendienstes Twitter. Dabei handelt es sich um die wichtigsten Informationsquellen für Nachrichten zum politischen Weltgeschehen (siehe dazu Schneider et al., 2019).¹¹ In Tabelle 2 finden sich Details zur verwendeten Datenbasis. Die methodischen Details werden im Online-Anhang dokumentiert.

Kasten 3 Datenbasis für die Analyse von TV-Nachrichten

Für die Analysen der Inhalte von Fernsehnachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender (ARD-„Tagesschau“, ARD-„Tagesthemen“, ZDF-„heute“, ZDF-„heute-journal“) wurden Daten des Medienanalyse-Instituts Media Tenor genutzt. In dessen Datensatz sind Sendungen nach einem vorgegebenen Schema durch geschulte Codierer*innen codiert. Die Codiereinheit bilden dabei akteursbezogene Aussagen. Bei den Akteuren kann es sich um Länder, Personen, Organisationen und Institutionen handeln. In die Analyse gingen 17.656 codierte akteursbezogene Statements beziehungsweise 1.859 Beiträge im Zeitraum 01.01.2012 bis 30.06.2020 ein, die entweder den Themenkomplex Entwicklungspolitik und EZ oder Humanitäre Hilfe betrafen oder aber zusätzlich in Beiträgen zu Entwicklungspolitik und EZ angesprochen wurden.

⁹ Infolge der Ereignisse um das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica (siehe dazu Hu, 2020) wurden Analysen sozialer Medien und ihrer Inhalte durch striktere Reglementierung eingeschränkt. Daher musste im Rahmen des vorliegenden Berichts auf eine Analyse von Inhalten mit entwicklungspolitischem Bezug auf Facebook verzichtet werden.

¹⁰ Hinzu kommt der generellere Befund, dass in der Auslandsberichterstattung in Printmedien und im Fernsehen die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – also oftmals Entwicklungs- und Schwellenländer – im Vergleich zu den EU-Staaten, anderen europäischen Staaten und Nordamerika deutlich seltener erwähnt werden (Maurer und Reinemann, 2006, S. 148–149; Wimmer, 2003). Auch hier stechen wieder Krisen, Konflikte, Naturkatastrophen und politisch-gesellschaftliche Probleme (unter anderem Korruption, Menschenrechtsverletzungen) als zentrale, negativ konnotierte Themen hervor, wenngleich sich auch positive „Frames“ wie Fortschritt und Entwicklung oder Wirtschaftswachstum finden (Maurer und Reinemann, 2006, S. 150–151; Nothias, 2018; Wimmer, 2003). Scott (2015) weist allerdings darauf hin, dass bei Analysen zur Darstellung Afrikas in britischen und US-amerikanischen Medien oftmals nur sehr wenige, spezifische Medien, bestimmte Länder sowie eng umrissene Zeiträume und Ereignisse untersucht werden. Vor diesem Hintergrund könne die generalisierende Schlussfolgerung, dass primär negativ und im Kontext von Krisen über Afrika berichte werde, unzulässig sein.

¹¹ Radiokanäle, Nachrichtenwebsites sowie weitere soziale Medien können aufgrund eines fehlenden systematischen Datenzugangs in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 2 Datenbasis der Medieninhaltsanalyse für unterschiedliche Mediengattungen

	TV-Nachrichten	Printmedien	Soziale Medien
Datenquelle	Media Tenor	LexisNexis	Meltwater
Analysierte Medien	ARD-„Tagesschau“ (20 Uhr), ARD-„Tagesthemen“, ZDF-„heute“ (19 Uhr), ZDF-„heute-journal“	Überregional: „Bild“, „Die Welt“, „Die Zeit“, „FAZ“, „Süddeutsche Zeitung“, „taz“ Regional: „Nordwest-Zeitung“, „Nürnberger Nachrichten“, „Rheinische Post“, „Sächsische Zeitung“	Twitter
Zeitraum	01.01.2012 – 30.06.2020	01.01.2012 – 30.06.2020	01.05.2019 – 30.06.2020
Beobachtungseinheit	Textstellen (akteursbezogene Statements)	Artikel	Beitrag (Tweet)
Methodik	Quantitative Inhaltsanalyse durch geschulte Codierer*innen	Suchwortgestützte Identifikation der relevanten Artikel/quantitative Analyse mittels Wörterbuch und <i>named-entity recognition</i> ¹²	Suchwortgestützte Identifikation der relevanten Beiträge/quantitative Analyse mittels Wörterbuch und <i>named-entity recognition</i>
Anzahl Beobachtungen	1.859 Beiträge, 17.656 codierte akteursbezogene Statements	29.463 Artikel	225.517 Tweets ¹³

Quelle: eigene Darstellung. Die regionalen Zeitungen wurden anhand ihrer Auflagenzahl sowie ihrer Verfügbarkeit in der Datenbank in die Analyse einbezogen. Bei den sozialen Medien beschränken die rechtlichen Rahmenbedingungen die sinnvoll analysierbaren Medien sowie den verfügbaren Zeitraum. Die suchwortgestützte Identifikation verwendet für Zeitungsartikel und Twitter eine identische Liste an Suchwörtern, die sowohl einschlägige Begriffe wie „Entwicklungspolitik“ oder „Entwicklungshilfe“ als auch die Namen verschiedener staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen enthält. Details zur Methodik finden sich in Kapitel 2 im Onlineanhang.

2.1 Wie häufig werden Entwicklungspolitik, EZ und Humanitäre Hilfe angesprochen?

Um zu ermitteln, welchen Stellenwert Entwicklungspolitik in der medialen Berichterstattung einnimmt, muss zunächst erfasst werden, wie häufig über das Themenfeld Entwicklungspolitik berichtet wird. Diese Analyse hilft dabei einzuordnen, wie oft die Bevölkerung die Gelegenheit hat, mit entwicklungspolitischen Inhalten und Informationen über die Medien in Berührung zu kommen.

¹² Hierbei handelt es sich um ein automatisiertes Verfahren, um die Namen von Personen, Organisationen, Institutionen und Marken in großen Textmengen zu erkennen. Dieses Verfahren berücksichtigt auch unterschiedliche Schreibweisen und Abkürzungen.

¹³ Zu bedenken ist, dass Nutzer*innen auf Twitter rückwirkend Tweets entfernen können und der Nachrichtendienst rückwirkend Tweets oder gesamte Accounts löschen kann, beispielsweise wenn diese gegen Nutzungsregeln verstoßen. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Zahl der identifizierten Tweets mit Bezug zum Themenfeld bei einer erneuten Abfrage geringfügig verändert.

2.1.1 In Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen TV-Sender kommt EZ nur selten vor

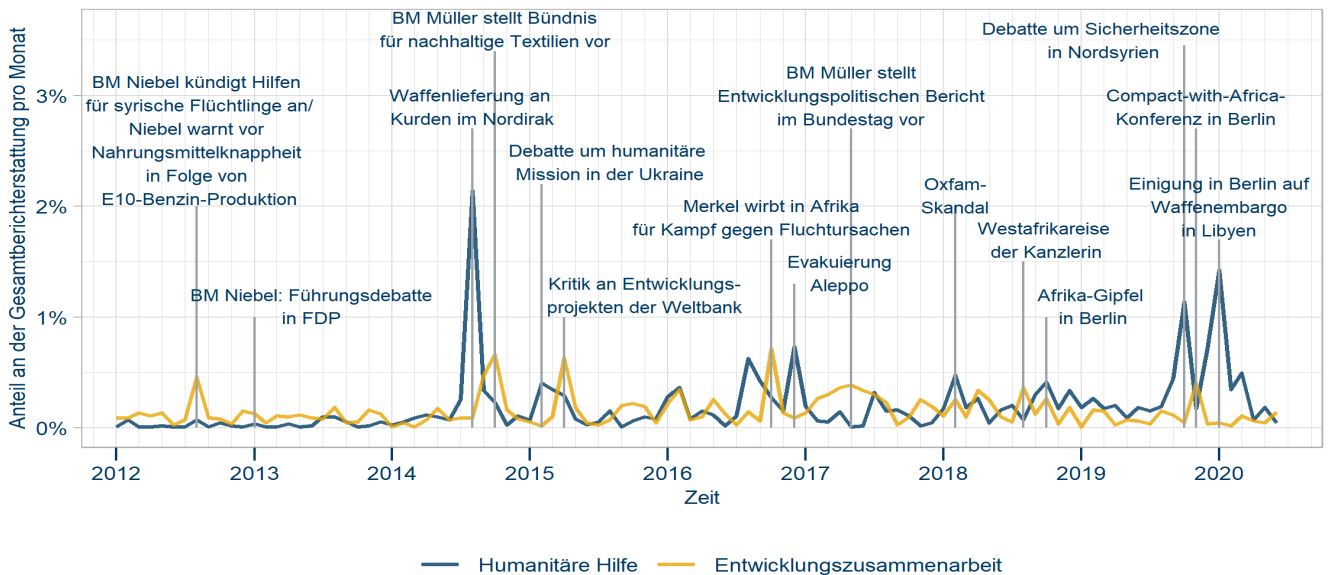
Abbildung 4 zeigt die Häufigkeit der Berichterstattung über EZ und Humanitäre Hilfe in den wichtigsten Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen TV-Sender, die für einen Großteil der Bevölkerung die wichtigste Nachrichtenquelle darstellen (Schneider et al., 2019, S. 11). Sie verdeutlicht, dass EZ-bezogene Nachrichten – dargestellt durch die gelbe Linie – im betrachteten Zeitraum von Januar 2012 bis Juni 2020 nur einen geringen Anteil der monatlichen Gesamtberichterstattung ausmachten. Die Anteilswerte bewegen sich in der Regel zwischen etwa 0,0 und 0,5 Prozent; nur in seltenen Fällen überschreiten sie 0,5 Prozent. Auch in den ersten Monaten der Corona-Pandemie ab Februar/März 2020 fielen die Anteile gering aus, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits diskutiert wurde, inwiefern Entwicklungsländer besonders von den Folgen der Pandemie betroffen sein könnten (zum Beispiel ILO, 2020; WHO, 2020). Die weiterhin geringe mediale Relevanz des Themenfeldes dürfte jedoch darauf zurückzuführen zu sein, dass die Berichterstattung anteilig stärker als ohnehin üblich auf Deutschland, das (benachbarte) europäische Ausland und die USA ausgerichtet war (siehe zur Schwerpunktsetzung in der Auslandsberichterstattung auch Maurer und Reinemann, 2006, S. 147–148). Hinzukommen dürften auch Behinderungen der journalistischen Arbeit durch Reiseeinschränkungen.

Stärkere Ausschläge der Zeitreihe korrespondieren in aller Regel damit, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu entwicklungspolitischen Themen äußerte. Ferner lassen sich seit etwa Mitte 2014 vermehrt geringfügig stärkere Ausschläge in der Häufigkeit EZ-bezogener Berichterstattung beobachten; EZ erfuhr also phasenweise vermehrt Aufmerksamkeit. Eine generell ansteigende Aufmerksamkeit der TV-Nachrichten für EZ lässt sich in den vergangenen Jahren nicht erkennen.

Für Humanitäre Hilfe (blaue Linie) lässt sich ein ähnliches Gesamtmuster erkennen, die Anteilswerte pendeln auch hier im Normalfall zwischen 0,0 und etwa 0,5 Prozent. Im Zeitraum schwerwiegender Humanitärer Krisen wie etwa im Zuge spezifischer Eskalationen des militärischen Konflikts in Syrien überschritt der Anteilswert Ende 2019 die Schwelle von einem Prozent. Im Falle der Diskussion um Waffenlieferungen an Kurd*innen im Nordirak wurde sogar ein Anteil von zwei Prozent überschritten. Im Vergleich zur Berichterstattung über „klassische“ EZ zeigen die Ergebnisse, dass Humanitäre Hilfe punktuell das Potenzial hat, prominent in den Medien in Erscheinung zu treten.

Aggregiert man die einzelnen codierten Statements zu Beiträgen, ergeben sich im Schnitt pro Monat rund zehn Beiträge in TV-Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender, die EZ in irgendeiner Weise thematisieren; das Minimum lag bei einem Beitrag, das Maximum bei 42 Beiträgen pro Monat. Bei etwa 1.750 Beiträgen im gesamten Untersuchungszeitraum in den vier analysierten Nachrichtensendungen ergibt dies einen durchschnittlichen Anteil von 0,6 Prozent an allen Beiträgen.¹⁴ Für die Humanitäre Hilfe liegt der Durchschnitt bei 13 Beiträgen pro Monat, das Minimum bei einem Beitrag und das Maximum bei 126 Beiträgen. Dies entspricht einem durchschnittlichen Anteil von 0,7 Prozent an allen Beiträgen eines Monats.

¹⁴ Der Vergleichswert wurde anhand der Zahlen zu Beiträgen in den Sendungen „Tagesschau“, „Tagesthemen“, „heute“ und „heute journal“ des InfoMonitors der Zeitschrift „Media Perspektiven“ ermittelt (Krüger, 2013, 2014, 2015; Krüger und Zapf-Schramm, 2016, 2017, 2018). In die Zahlen fließen auch Berichte zu Wetter und Sport ein.

Abbildung 4 Häufigkeit der Berichterstattung über EZ und Humanitäre Hilfe in TV-Nachrichten

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Media-Tenor-Daten für den Zeitraum 01.01.2012–30.6.2020. Dargestellt sind die Anteile der Themen „EZ“ (gelb) und „Humanitäre Hilfe“ (blau) an der monatlichen Gesamtberichterstattung in „Tagesschau“, „Tagesthemen“, „heute“ und „heute-journal“. Für die Berechnung der Anteilswerte wurden die zu den jeweiligen Themenfeldern codierten Statements in Bezug zur Gesamtzahl an codierten Statements pro Monat gesetzt. BM = Bundesminister.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass weder EZ noch Humanitäre Hilfe besonders stark in den TV-Nachrichten thematisiert werden, vor allem vor dem Hintergrund, dass alle analysierten Sendungen in der Regel an jedem Tag im Jahr ausgestrahlt werden. Dies steht in Einklang mit einer älteren Studie, die für die ARD-„Tagesschau“ im Juni 1982 einen Anteil an entwicklungspolitischer Berichterstattung von 0,3 Prozent auswies (Fohrbeck et al., 1983, S. 10).

2.1.2 Auch in Printmedien kommen Beiträge mit Bezug zur EZ nur vergleichsweise selten vor

Abbildung 5 zeigt, dass in den untersuchten überregionalen Zeitungen im Zeitraum von 2012 bis 2020 im Regelfall monatlich durchschnittlich zwischen 150 und 200 Artikel erschienen sind, die das Themenfeld Entwicklungspolitik und EZ in irgendeiner Form ansprechen (gelbe Linie).¹⁵ In den ersten Monaten der Corona-Pandemie erreicht die Zeitreihe ein Minimum an Berichten. Hier dürften wieder eine starke Fokussierung auf Deutschland, Europa und die USA sowie Reiseeinschränkungen für Journalist*innen eine Rolle gespielt haben. Ausschläge der Zeitreihe nach oben zeigen sich besonders in Monaten, in denen relevante entwicklungspolitische Ereignisse stattfanden – beispielsweise die Bekanntgabe einer gemeinsamen Initiative zur Bekämpfung von Mangelernährung Ende 2013, die Ankündigung des nachhaltigen Textilbündnisses im Herbst 2014 oder die Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im September 2015. Im Zeitraum dieser Ereignisse liegt die Anzahl der Artikel bei etwa 250. Unter Berücksichtigung des Umstands, dass mit Ausnahme der Wochenzeitung „Die Zeit“ alle überregionalen Zeitungen mindestens an sechs Tagen pro Woche erscheinen, müssen die ermittelten Zahlen als gering bewertet werden.

¹⁵ Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass die Ausschläge der Zeitreihen aufgrund der absoluten Zahlen im Vergleich zu den Anteilswerten für die TV-Nachrichten in Abbildung 5 deutlich größer ausfallen. Eine Ermittlung der Anzahl sämtlicher Artikel in den analysierten Zeitungen pro Monat ist aufgrund des begrenzten Datenzugangs technisch nicht möglich.

Kasten 4 Datenbasis für die Analyse von Printmedien

Als Ausgangspunkt für die Analyse von Printmedien diente die LexisNexis-Pressedatenbank, die einen Zugang zu den Volltexten zahlreicher deutschsprachiger Zeitungen und Magazine bietet. Aus dieser wurden die wichtigsten überregionalen Tageszeitungen sowie die vier auflagenstärksten regionalen Zeitungen in Deutschland ausgewählt und mittels einer Suchwortliste, die sowohl einschlägige Begriffe wie „Entwicklungspolitik“, „Entwicklungshilfe“ und „EZ“ als auch Organisationsnamen wie „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) oder „Welthungerhilfe“ enthält, relevante Artikel ermittelt (29.463 Artikel im Zeitraum 1.1.2012 bis 30.6.2020).¹⁶ Ausgehend von dieser Datenbasis wurden die Anzahl der Artikel im Zeitverlauf dargestellt, die in den Artikeln erwähnten Themen und Akteure (Personen, Organisationen) durch automatisierte Inhaltsanalysen identifiziert sowie die Tonalität (das sogenannte Sentiment) ermittelt. In manchen Artikeln wird EZ auch gemeinsam mit Humanitärer Hilfe angesprochen. Zudem sind die in der Suchwortliste enthaltenen NGOs oftmals sowohl in der EZ als auch in der Humanitären Hilfe aktiv. Eine präzise Abgrenzung zwischen EZ und Humanitärer Hilfe ist deshalb nicht möglich.

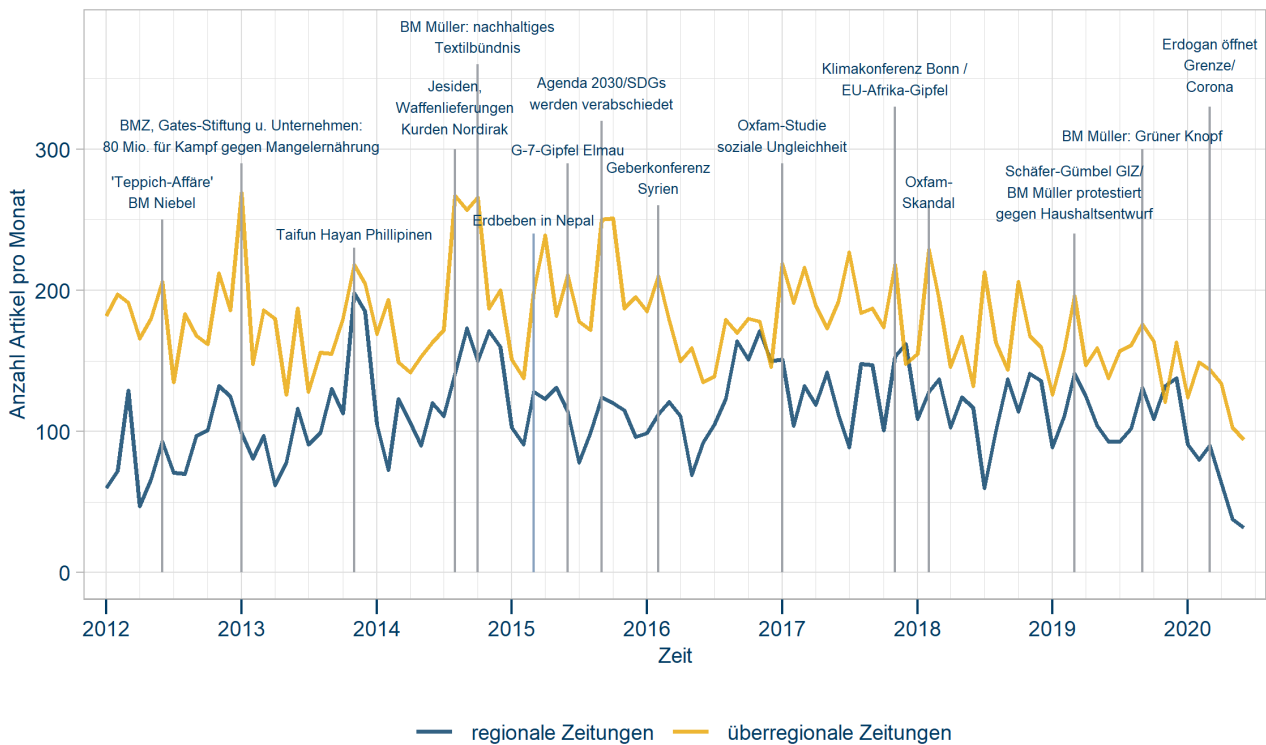
Für die vier ausgewählten regionalen Zeitungen – dargestellt durch die blaue Linie in Abbildung 5 – lässt sich ein in weiten Teilen ähnlicher zeitlicher Verlauf erkennen wie für die überregionalen Zeitungen. Die Anzahl der monatlichen Artikel variiert im Schnitt zwischen 75 und 125; in einigen Monaten schlagen die Zeitreihen nach oben oder unten aus. Auch bei den regionalen Zeitungen sinkt die Anzahl der EZ-bezogenen Beiträge in den ersten Monaten der Corona-Pandemie ab Februar/März 2020 auf ein Minimum.¹⁷

Zur Illustration der Artikelzahlen: Im März 2020 – dem Monat, in dem die Bundesregierung das öffentliche Leben durch die Corona-Maßnahmen einschränkte – wurden in den untersuchten überregionalen Zeitungen 144 Artikel mit Bezug zum Thema Entwicklungspolitik und EZ bei rund 20.900 Artikeln insgesamt veröffentlicht, in den regionalen Zeitungen wurden 90 Artikel zum Thema Entwicklungspolitik und EZ bei circa 34.900 Artikeln insgesamt publiziert. Dies entspricht 0,7 Prozent beziehungsweise 0,3 Prozent der Gesamtberichterstattung.¹⁸

¹⁶ Die Online-Angebote der untersuchten Zeitungen wurden dabei nicht miteinbezogen.

¹⁷ Die Interpretation, dass überregionale Zeitungen häufiger als regionale Zeitungen Artikel mit Bezug zu Entwicklungspolitik und EZ veröffentlichen, ist nicht zulässig, da für die Analysen lediglich vier wichtige regionale Zeitungen ausgewählt wurden.

¹⁸ Zur Berechnung der Vergleichszahl wurden für den Monat März 2020 über die LexisNexis-Datenbank alle Artikel in den ausgewerteten Zeitungen ermittelt, welche die in der deutschen Sprache am häufigsten genutzten Wörter „die“, „der“ und „und“ enthalten.

Abbildung 5 Häufigkeit der Berichterstattung über EZ und Humanitäre Hilfe in Printmedien

Überregionale Zeitungen: Bild, Die Welt (inkl. WAS), Die Zeit (inkl. Magazin), FAZ (inkl. FAS), SZ, taz
 Regionale Zeitungen: Nordwest-Zeitung, Nürnberger Nachrichten, Rheinische Post, Sächsische Zeitung

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: suchwortgestützte Abfrage der LexisNexis-Pressdatenbank für den Zeitraum 01.01.2012 – 30.6.2020. Dargestellt ist die absolute Anzahl an Artikeln, in denen mindestens eines der Suchwörter gefunden wurde. Für Details zu den enthaltenen Printmedien, den für diese zur Verfügung stehenden Zeiträumen sowie den verwendeten Suchwörtern siehe Abschnitt 2.1 im Online-Anhang.

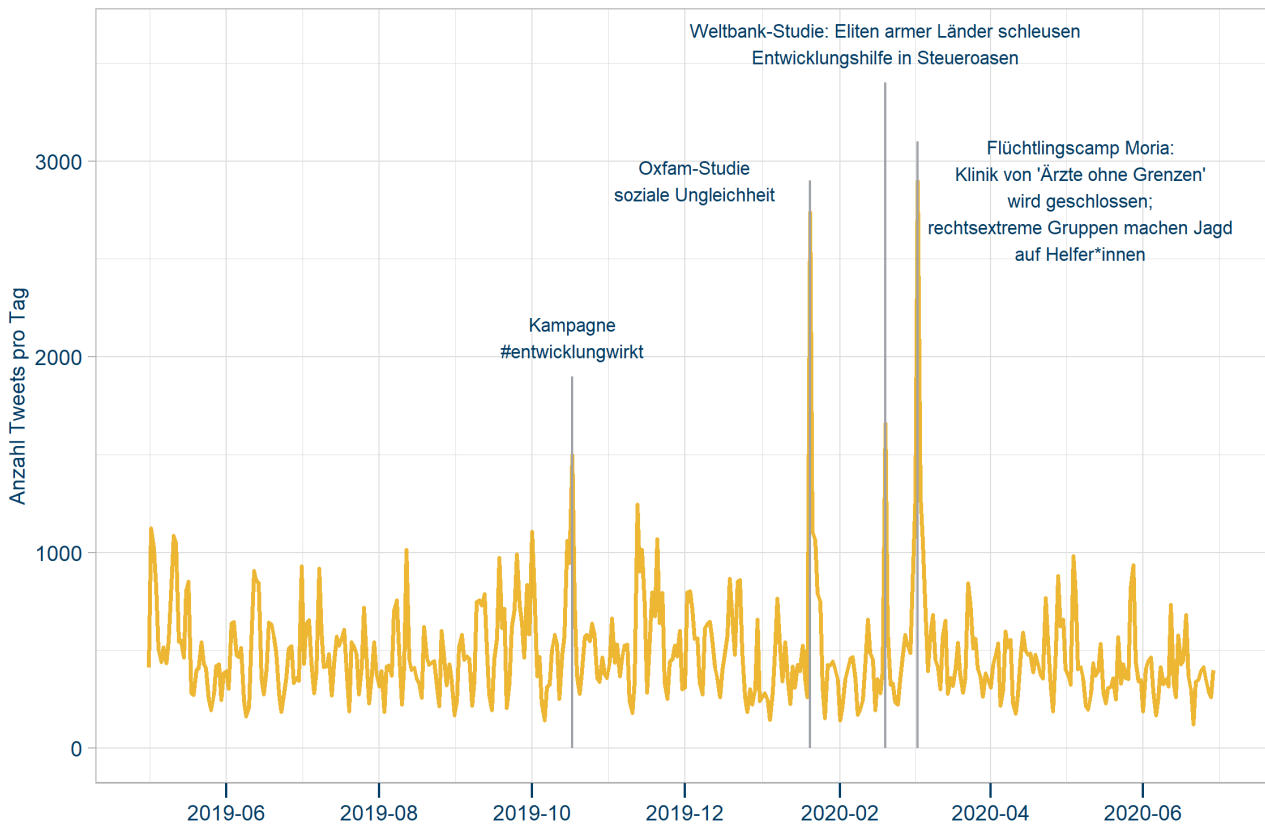
Besonders häufig berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) mit im Durchschnitt 57,7 Beiträgen pro Monat über das Themenfeld „Entwicklungspolitik und EZ“, gefolgt von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) mit durchschnittlich 40,5 Beiträgen und der „Tageszeitung“ (taz) mit 35,1 Beiträgen. In der „Bild“ erscheinen im Mittel hingegen monatlich lediglich zehn Artikel mit Bezug zum Themenfeld.

2.1.3 Auf Twitter: anteilig geringe Anzahl EZ-bezogener Beiträge mit punktuellen Ausschlägen

Besonders für junge Erwachsene und Jugendliche stellen soziale Medien eine wichtige Informationsquelle dar (siehe zum Beispiel Schneider et al., 2019). Die Nutzer*innenstruktur von sozialen Netzwerkplattformen und insbesondere des Kurznachrichtendienstes Twitter weicht deutlich von der Struktur der Gesamtbevölkerung ab (Hölig, 2018; für andere Länder Barberá und Rivero, 2015; Mellon und Prosser, 2017). Obwohl Twitter nicht repräsentativ für die Bevölkerung ist, hat die Plattform Relevanz für öffentliche Diskussionen. Dies zeigt sich darin, dass Printmedien und TV auf ausgewählte Tweets eingehen und umgekehrt Tweets die Berichterstattung dieser Medien thematisieren (siehe dazu zum Beispiel Jungherr, 2019). Eine Analyse von Twitter erlaubt es folglich zu untersuchen, wie über entwicklungspolitische Themen in sozialen Medien kommuniziert wird. Zudem ermöglicht sie es, Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Kommunikation zu ermitteln, da über soziale Medien einfacher entwicklungspolitische Inhalte vermittelt werden können als über traditionelle Medien.

Auf Twitter werden im Schnitt pro Tag rund 490 deutschsprachige Tweets abgesetzt, die das Themenfeld Entwicklungspolitik und EZ betreffen oder von Akteuren aus diesem Feld stammen.¹⁹ Wie Abbildung 6 zeigt, schwankt dieser Wert im Zeitverlauf deutlich; das Minimum im untersuchten Zeitraum liegt bei 122 Tweets, das Maximum bei 2.897 Tweets. Für die ersten Monate der Corona-Pandemie ab Februar/März 2020 lässt sich keine systematische Veränderung der Zeitreihe im Vergleich zum vorausgehenden Zeitraum erkennen. Da an einem durchschnittlichen Wochentag etwa 500.000 deutschsprachige Tweets aus Deutschland veröffentlicht werden, müssen die beobachteten Zahlen als gering eingestuft werden.²⁰

Abbildung 6 Häufigkeit von Tweets mit Bezug zu EZ und Humanitärer Hilfe im Zeitverlauf



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater-Daten für Twitter für den Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Dargestellt ist die Anzahl an Tweets pro Tag.

Der höchste Ausschlag ist im Zusammenhang mit der Lage im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos Anfang des Jahres 2020 zu beobachten, gefolgt von der Oxfam-Studie zu sozialer Ungleichheit Anfang 2020 (Coffey et al., 2020). Weitere wesentliche Ausschläge lassen sich für den Start der Kampagne „Entwicklung wirkt“ im Oktober 2019 sowie für die Berichterstattung zu einer Weltbank-Studie (Andersen et al., 2020) im Februar 2020 beobachten, die den Transfer von EZ-Mitteln in sogenannte Steueroasen durch Eliten in Partnerländern thematisierte.

¹⁹ Es handelt sich dabei um Tweets von Personen des öffentlichen Lebens, von Organisationen sowie von Privatpersonen. Die Reichweite der Tweets wird in dieser Analyse nicht berücksichtigt.

²⁰ Hierfür wurde stichprobenartig über die Meltwater-Plattform für zufällige Wochentage im Kalenderjahr 2020 das gesamte Aufkommen an Tweets in deutscher Sprache und von Accounts aus Deutschland abgefragt. Die Anzahl bewegte sich zwischen rund 400.000 und 600.000 Tweets.

Kasten 5 Datenbasis für die Analyse von Twitter-Beiträgen („Tweets“)

Ausgangspunkt für die Analyse des Kurznachrichtendienstes Twitter ist die Media-Monitoring-Plattform Meltwater, die eine Schnittstelle zu Twitter anbietet. Über diese Schnittstelle wurden anhand derselben Suchwortliste wie bei den Printmedien, ergänzt um die Twitter-Accounts der in der Liste enthaltenen Organisationen (unter anderem BMZ, GIZ, Welthungerhilfe, Oxfam), relevante Beiträge („Tweets“) ermittelt (225.517 Tweets im Zeitraum 1.5.2019 bis 30.6.2020). Analog zur Analyse der Printmedien wurde die Anzahl der Tweets im Zeitverlauf dargestellt; zudem wurden die in den Tweets erwähnten Themen und Akteure (Personen, Organisationen) durch automatisierte Inhaltsanalysen (Wörterbücher, *named-entity recognition*) identifiziert und die Tonalität (sogenanntes Sentiment) ermittelt. Hinzu kommen Auswertungen der Aktivität einzelner Twitter-Accounts sowie das aus deren Inhalten resultierende Engagement der Nutzer*innen (zum Beispiel Weiterleiten, Kommentieren oder „Gefällt mir“-Angaben). Auch für Tweets gilt, dass EZ und Humanitäre Hilfe simultan angesprochen werden können und eine eindeutige Abgrenzung entsprechend nicht möglich ist.

2.1.4 Häufigkeit im Vergleich

Insgesamt lässt sich über die untersuchten Beiträge in TV-Nachrichten und Tages- und Wochenzeitungen sowie auf Twitter hinweg festhalten, dass das Thema Entwicklungspolitik und EZ im Verhältnis zum Gesamtaufkommen der Beiträge nur wenig Aufmerksamkeit erfährt. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass soziale Netzwerke die Chance bieten, eine breitere Öffentlichkeit mit entwicklungspolitischen Informationen oder Kampagnen zu erreichen. Bisher ist dies in den Daten für Twitter jedoch nur ansatzweise ersichtlich; die Ausschläge im Winter 2019 und Frühjahr 2020 deuten aber auf das hohe Potenzial hin (siehe hierzu auch Zhao et al., 2011).

Auch die Themen, durch die EZ temporär vermehrt Aufmerksamkeit erfährt, sind über alle drei Mediengattungen hinweg gleich. Auffallend ist jedoch, dass auf Twitter einzelne Ereignisse, aber auch Kampagnen und Studien das Potenzial haben, punktuell eine höhere Reichweite zu erzielen. Dies zeigt sich in den etwas stärkeren „Peaks“ in den Daten.

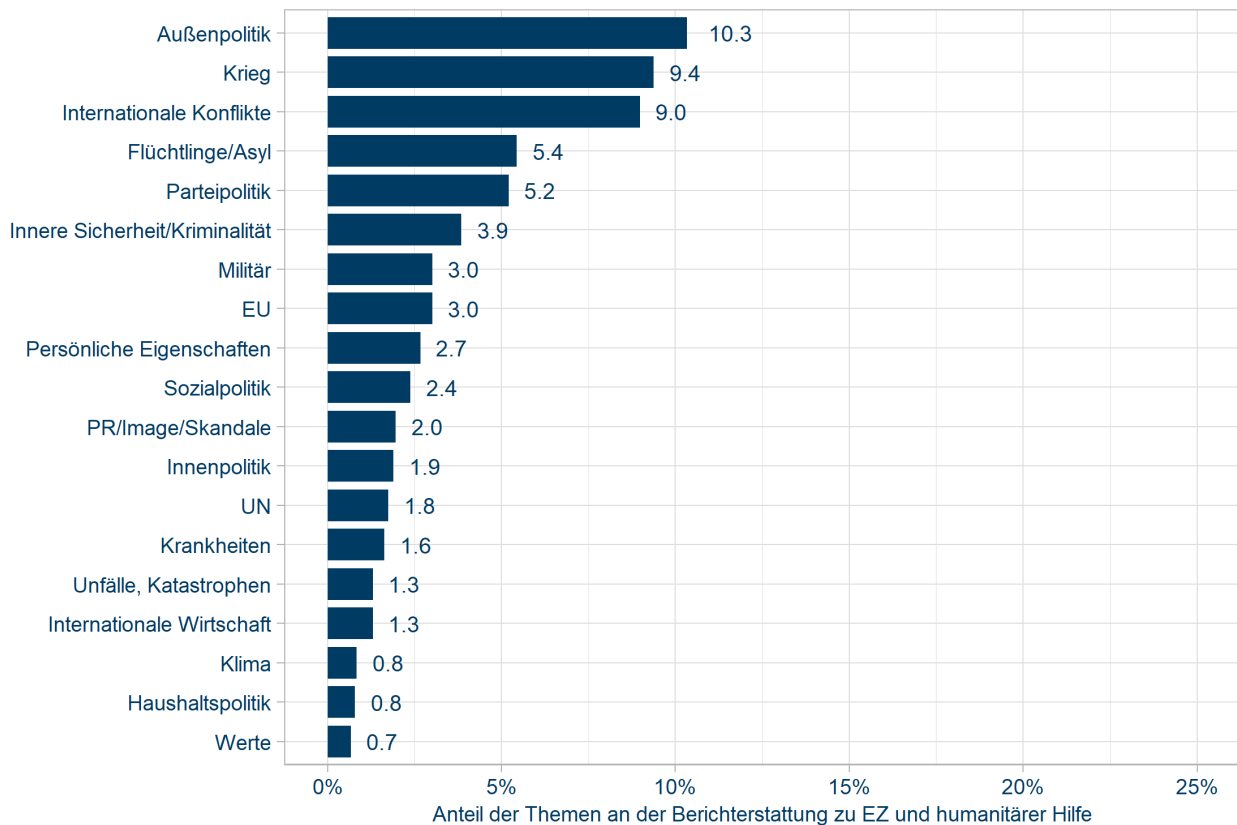
Die Analyse der TV-Berichterstattung zeigt, dass EZ im Vergleich zu Humanitärer Hilfe medial etwas weniger Aufmerksamkeit erfährt. Gleichzeitig muss betont werden, dass die Aufmerksamkeit für Humanitäre Hilfe überwiegend in negativen Ereignissen, etwa militärischen Konflikten, begründet ist.

2.2 An welche Themen knüpft die Berichterstattung an?

Wie die bisherigen Ergebnisse zeigen, erfährt EZ als solche in den Medien nur wenig Aufmerksamkeit. Daher stellt sich die Frage, welche Themen potenzielle Anknüpfungspunkte bieten. Um dieser Frage nachzugehen, wurde erfasst, über welche weiteren Themen im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik und EZ berichtet wird. Im Hinblick auf das eng mit Entwicklungspolitik und EZ verflochtene Thema „weltweite Armut“ hat der Meinungsmonitor 2019 gezeigt, dass die Bevölkerung Deutschlands das Thema besonders im Kontext von Kriegen und Konflikten, Flucht und Migration, Klimawandel und Naturkatastrophen wahrnimmt (Schneider et al., 2019, S. 36).

2.2.1 TV-Nachrichten: Krieg und Konflikt sowie Flucht und Migration als wichtige Anknüpfungsthemen

Abbildung 7 Anknüpfungsthemen in TV-Nachrichten, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Media-Tenor-Daten für den Zeitraum 01.01.2012 – 30.06.2020. Dargestellt sind die in Beiträgen zu EZ/Humanitärer Hilfe zusätzlich angesprochenen Themen. Ein Beitrag kann aufgrund der Codierung von aktorsbezogenen Aussagen mehrere Themen ansprechen. Eine klare Trennung von EZ und Humanitärer Hilfe ist in diesem Fall nicht möglich. Das Kategoriensystem wurde vom Datenanbieter entwickelt.

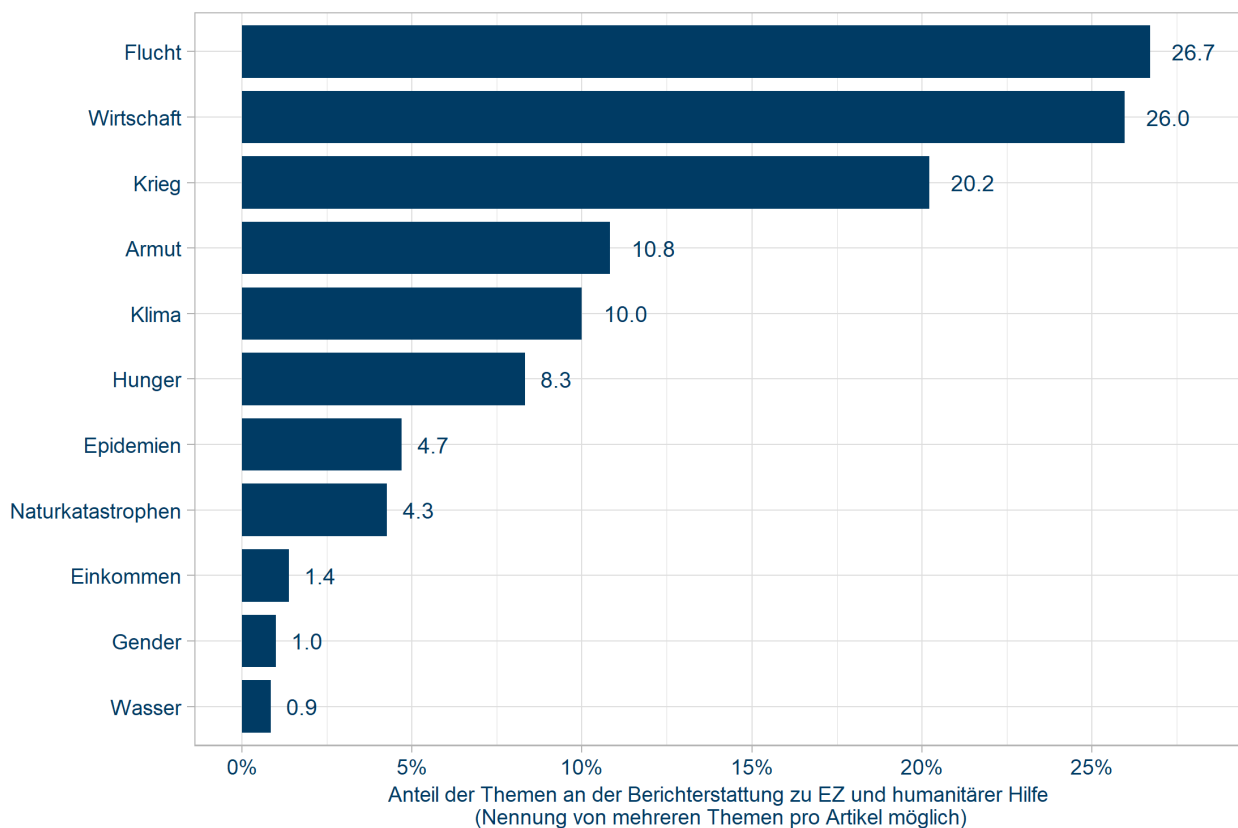
Für TV-Nachrichten zeigt Abbildung 7, dass jeweils etwa neun Prozent der Beiträge, die Entwicklungspolitik/EZ oder Humanitäre Hilfe erwähnen, zusätzlich auch Krieg oder internationale Konflikte thematisieren; circa fünf Prozent thematisieren Flucht/Asyl. Hinzu kommen die Themen Innere Sicherheit/Kriminalität mit vier Prozent und Militär mit einem Anteil von rund 3 Prozent. Krankheiten und Klima werden mit etwas mehr als einem Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent deutlich seltener thematisiert.

Darüber hinaus fällt in Abbildung 7 auf, dass in TV-Nachrichten in knapp über fünf Prozent der codierten Beitragsstellen die Kategorie „Parteipolitik“ thematisiert wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Vertreter*innen unterschiedlicher Parteien bei einem entwicklungspolitisch relevanten Thema zu Wort kommen können (zum Beispiel bei der Diskussion des entwicklungspolitischen Etats im Bundeshaushalt). Der mit rund zehn Prozent hohe Anteil der Kategorie „Außenpolitik“ resultiert vor allem daher, dass in Beiträgen häufig die Beziehung Deutschlands zu einem bestimmten Land oder die Beziehung zwischen Ländern angesprochen wird.

2.2.2 Printmedien: Flucht, Wirtschaft und Krieg stellen wichtige Anknüpfungsthemen dar

Für die untersuchten Printmedien zeigt sich ein ähnliches Bild – die Berichterstattung knüpft an vergleichbare Themen wie in den TV-Nachrichten an. In den analysierten Printmedien dominierten im untersuchten Zeitraum von 2012 bis 2020 die Themen „Flucht“ und „Wirtschaft“ als Bezugspunkte zur EZ – mit rund 27 Prozent beziehungsweise 26 Prozent (Abbildung 8). Weitere häufige Anknüpfungsthemen waren „Krieg“ mit etwa 20 Prozent, „Armut“ (11 %), „Klima“ (10 %) und „Hunger“ (8 %). Die Berichterstattung im Zusammenhang mit Epidemien lag bei circa fünf Prozent und die Berichterstattung mit Bezug zu Naturkatastrophen bei rund vier Prozent. Die weiteren Themen spielten keine bedeutende Rolle.²¹

Abbildung 8 Anknüpfungsthemen in Printartikeln, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: suchwortgestützte Abfrage der LexisNexis-Pressdatenbank für den Zeitraum 01.01.2012 – 30.06.2020. Die Themenkategorien wurden mittels separater Wörterbücher codiert. Sofern im Artikel ein passendes Schlüsselwort gefunden wurde, wurde der Artikel dem jeweiligen Thema zugeordnet. Beiträge konnten folglich mehreren Themen zugeordnet werden. Für Details zu den enthaltenen Printmedien, den für diese zur Verfügung stehenden Zeiträumen sowie den für die Wörterbücher verwendeten Suchwörtern siehe Kapitel 2 im Onlineanhang.

²¹ Dabei muss jedoch sowohl für Printmedien als auch Twitter berücksichtigt werden, dass einzelne Beiträge beziehungsweise Tweets mehreren Themen zugeordnet werden können. Beispielsweise kann EZ-bezogene Berichterstattung als Hauptthema Flucht oder Krieg behandeln und dabei Querbezüge zu den Nebenthemen Armut oder Wirtschaft herstellen. Aussagen über die Gewichtung der jeweiligen Themen innerhalb eines Artikels sind jedoch mit der verwendeten Methodik nicht möglich. Das automatisierte Verfahren prüft lediglich, ob bestimmte Begriffe in einem Beitrag erwähnt werden. Dies erklärt auch das höhere Niveau der Prozentwerte in der Analyse der Printbeiträge im Vergleich zur Analyse der TV-Nachrichten. In letzterer wird lediglich eine begrenzte Anzahl der in einem Beitrag erwähnten Themen codiert.

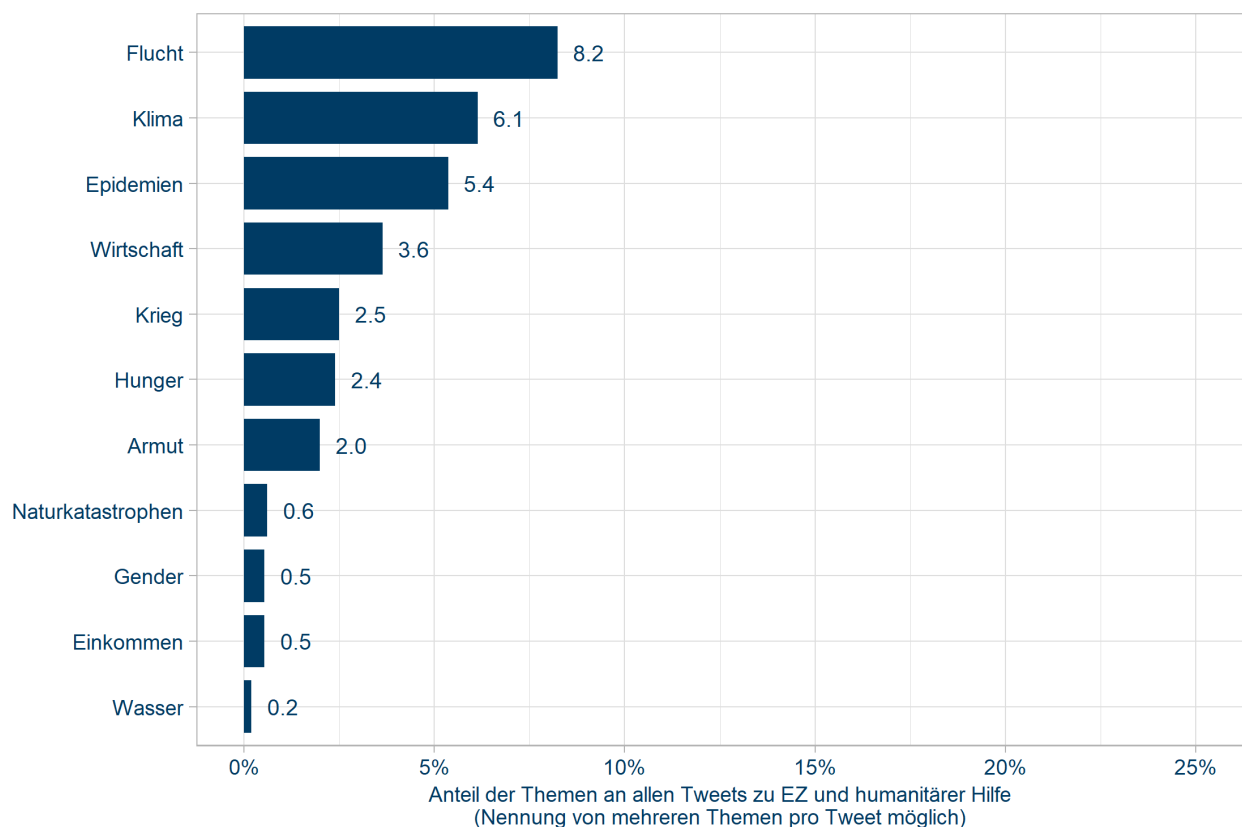
Auch im Falle der Berichterstattung in Printmedien deuten die Daten darauf hin, dass der Bevölkerung häufig EZ-bezogene Informationen im Zusammenhang mit Krisen oder Konflikten zur Verfügung stehen. Zu denken ist etwa an die Lage in Syrien und dem Irak sowie die damit zusammenhängende sogenannte europäische Flüchtlingskrise 2015. Dieser Befund stimmt mit älteren inhaltsanalytischen Studien (Fohrbeck et al., 1983) und Ergebnissen aus Interviews mit Journalist*innen und Redakteur*innen (Bieth, 2012) überein.

2.2.3 Twitter: Häufige Anknüpfungsthemen sind Flucht, Klima und Epidemien

Für die Beiträge auf Twitter zeigt sich ein leicht unterschiedliches Bild. Zu beachten ist jedoch, dass der Untersuchungszeitraum hier auf Mai 2019 bis Juni 2020 begrenzt ist. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass Twitter mit besonders kurzen Beiträgen (maximal 280 Zeichen) arbeitet, die entwicklungspolitische Themen auch ohne explizite Nennung von Schlüsselwörtern ansprechen oder aber Links und multimediale Inhalte enthalten können (Bilder, Videos, Animationen). Diese können aufgrund der Methodik keinem Thema zugeordnet werden.

Im Zeitraum Mai 2019 bis Juni 2020 war in Tweets auf der Plattform des Kurznachrichtendienstes Twitter das Thema „Flucht“ mit rund acht Prozent das am häufigsten genannte Thema mit entwicklungspolitischem Bezug (Abbildung 9). Weitere prominente Themen in Tweets mit entwicklungspolitischem Bezug waren „Klima“ (6 %), „Epidemien“ (5,5 %) und „Wirtschaft“ (circa 3,5 %). Das Thema „Krieg“, welches in den beiden anderen Mediengattungen prominent vertreten war, findet auf Twitter nur wenig Beachtung (2,5 %). „Hunger“ und „Armut“ – beides zentrale Themen innerhalb der EZ – werden jeweils nur in rund zwei Prozent der Tweets mit EZ-Bezug erwähnt. Am Ende der Rangfolge liegen die Themen „Naturkatastrophen“, „Gender“, „Einkommen“ und „Wasser“ mit Anteilen von jeweils deutlich unter einem Prozent.

Abbildung 9 Anknüpfungsthemen in Tweets, die EZ oder Humanitäre Hilfe thematisieren



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater-Daten für Twitter für den Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Die Themenkategorien wurden mittels separater Wörterbücher codiert. Sofern im Tweet ein passendes Schlüsselwort gefunden wurde, wurde der Tweet dem jeweiligen Thema zugeordnet. Beiträge können mehreren Themen zugeordnet werden oder aber auch keines der vorgegebenen Themen behandeln. Details zu den verwendeten Wörterbüchern finden sich in Abschnitt 2.2 im Onlineanhang.

Die im Vergleich zu den übrigen Themen starke Dominanz des Themas „Flucht“ lässt sich durch ein erhöhtes Aufkommen an Tweets im Zusammenhang mit den Ereignissen im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos Anfang des Jahres 2020 erklären. In diesem Zeitraum waren sowohl staatliche und zivilgesellschaftliche EZ-Akteure als auch Akteure aus Politik und dem (national-)konservativen und rechtspopulistischen Spektrum zum Thema Flucht auf Twitter aktiv. Der hohe Anteil an EZ-bezogenen Tweets, die Epidemien erwähnen, kann auf den Anfang der Corona-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 zurückgeführt werden.

2.2.4 Anknüpfungsthemen im Vergleich

Insgesamt kann festgehalten werden, dass über alle drei untersuchten Mediengattungen hinweg Entwicklungspolitik und EZ besonders im Zusammenhang mit Flucht und Migration sowie in TV-Nachrichten und Printmedien im Zusammenhang mit Krieg und Konflikt thematisiert wird. Auf Twitter werden Kriege und Konflikte hingegen seltener genannt. Berichterstattung im Zusammenhang mit der globalen Herausforderung Klimawandel findet sich stärker in Printmedien und auf Twitter. Ähnliches gilt für Berichte in Zusammenhang mit Epidemien. Hier ist jedoch erneut auf den deutlich kürzeren Untersuchungszeitraum der Twitter-Analyse zu verweisen, der dazu führt, dass durch das „Megathema“ Corona-Pandemie ab spätestens März 2020 in der Gesamtbetrachtung das Thema „Epidemien“ anteilig stärker hervorsteht.

2.3 Welche Akteure sind in der Berichterstattung vertreten?

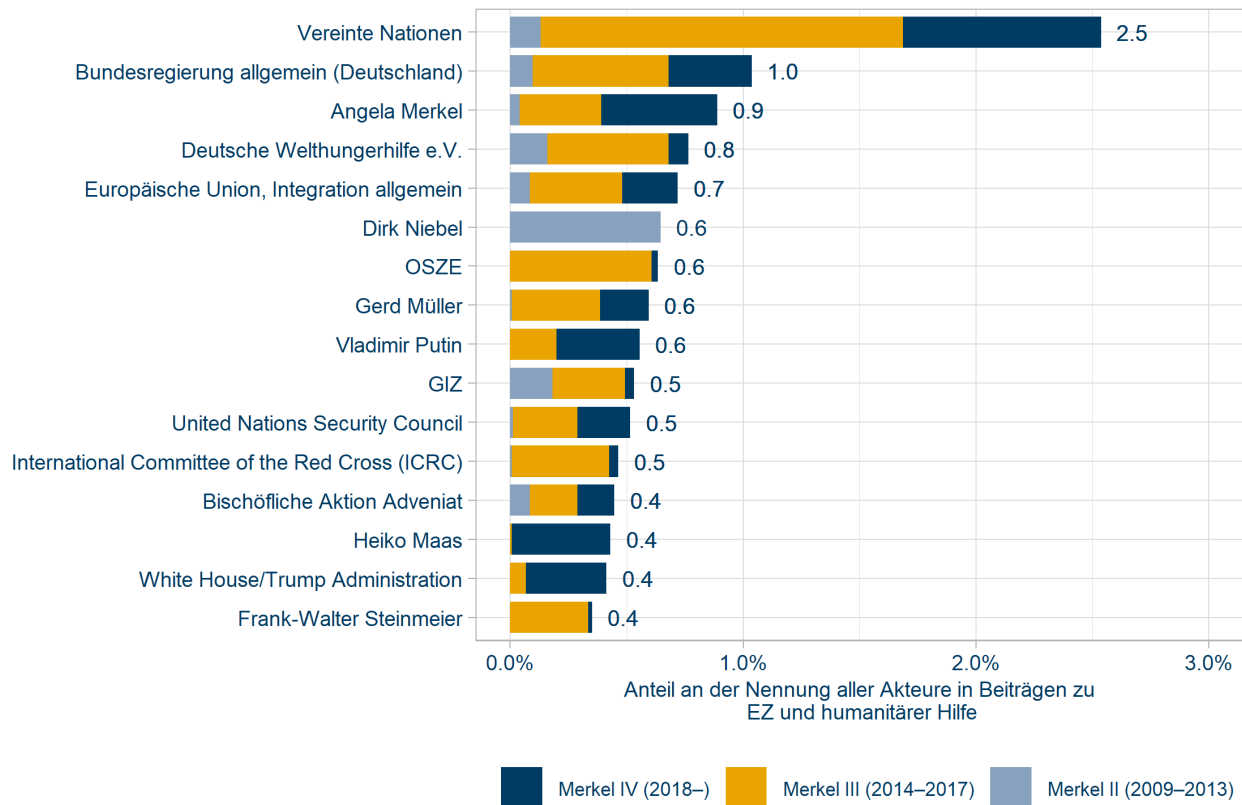
Nicht nur die Themen, sondern auch die Akteure – Personen, Organisationen, Institutionen –, die im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik, EZ und humanitärer Hilfe in den Medien auftreten, sind von Interesse. Diesbezügliche Erkenntnisse bieten ebenfalls Ansatzpunkte, Entwicklungspolitik zu vermitteln, etwa über die Zusammenarbeit mit Akteuren, die in der medialen Berichterstattung sichtbar sind.

2.3.1 Akteure in TV-Nachrichten: nationale sowie internationale staatliche politische Akteure werden häufig erwähnt

In EZ-bezogener Berichterstattung in den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen TV-Sender kommen, wie in Abbildung 10 dargestellt, besonders häufig die Vereinten Nationen und die Europäische Union sowie die Bundesregierung und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie einzelne Minister*innen beziehungsweise Politiker*innen aus Deutschland vor (unter anderem die SPD-Außenminister Heiko Maas, Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel).²² Die beiden Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP, 2009–2013) und Gerd Müller (CSU; seit 2013) machen jeweils circa 0,6 Prozent der Berichterstattung im untersuchten Zeitraum aus.²³ EZ-Durchführungsorganisationen wie die GIZ oder Nichtregierungsorganisationen wie die Welthungerhilfe werden im Vergleich zu nationalen und internationalen politischen Akteuren selten erwähnt. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass in Fernsehnachrichten auch Aktionen und Spendenaufrufe von Hilfsorganisationen ausgestrahlt werden. Dies erklärt beispielsweise, dass die Bischöfliche Aktion Adveniat in Abbildung 10 genannt wird.

²² An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die genannten Personen im Zeitverlauf ihre Ämter und Positionen wechseln. So war Ursula von der Leyen (CDU) beispielsweise zu Beginn des Untersuchungszeitraums bis 2013 Ministerin für Arbeit und Soziales und von 2013 bis 2019 Ministerin für Verteidigung. Seit 2019 ist sie Präsidentin der Europäischen Kommission.

²³ Zu beachten ist dabei, dass von der Amtszeit Dirk Niebels lediglich die letzten beiden Jahre abgedeckt werden, während Gerd Müllers Amtszeit komplett abgedeckt wird.

Abbildung 10 In den TV-Nachrichten vertretene Akteure

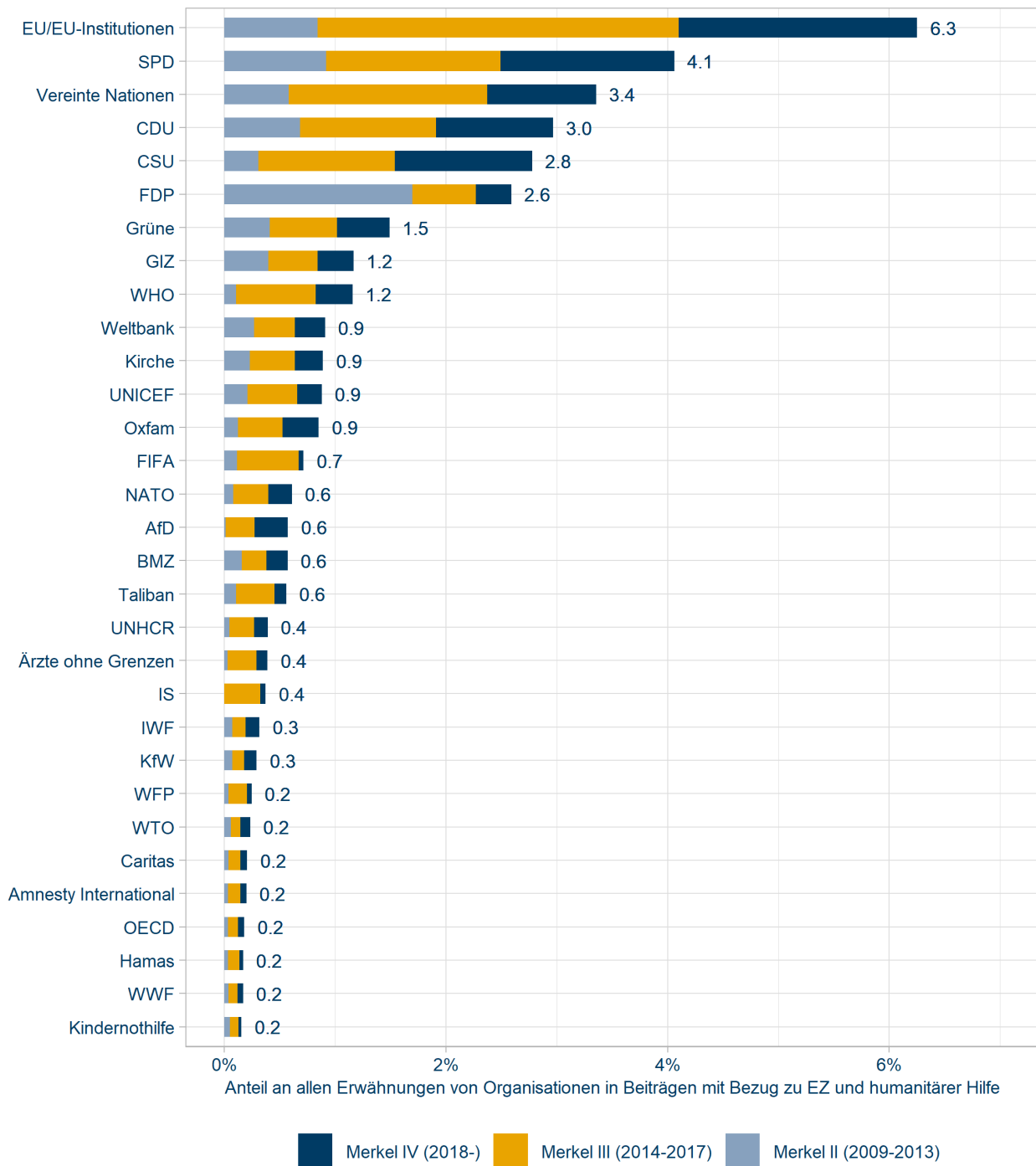
Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Media-Tenor-Daten im Zeitraum 01.01.2012 – 30.06.2020. Die Kategorien wurden vom Datenanbieter festgelegt. Um die unterschiedliche Prominenz der Akteure im Zeitverlauf sichtbar zu machen, wurden die Legislaturperioden des Bundestages mit den entsprechenden Regierungen unter Bundeskanzlerin Merkel farblich kenntlich gemacht. In der Abbildung werden lediglich die am häufigsten genannten Akteure beziehungsweise Organisationen und Institutionen präsentiert.

2.3.2 Akteure in Printmedien: nationale sowie internationale staatliche politische Akteure werden häufig genannt

Für die Akteure in den Printmedien werden Personen und Organisationen separat betrachtet.²⁴ In den Beiträgen zum Themenfeld Entwicklungspolitik und EZ werden erneut Personen aus dem staatlichen beziehungsweise bundespolitischen Bereich am häufigsten erwähnt. An erster Stelle steht dabei Angela Merkel, gefolgt von Dirk Niebel und Gerd Müller (nicht grafisch dargestellt; siehe Abbildung 42 im Anhang). Danach folgen Donald Trump sowie Barack Obama und einige deutsche Bundespolitiker*innen. Auch bei der Interpretation dieser Ergebnisse sollten die verschiedenen Amtszeiten der Politiker*innen berücksichtigt werden.

²⁴ Dies begründet sich dadurch, dass das Verfahren zur Ermittlung der Akteure (sogenannte *named-entity recognition*) Personen und Organisationen in den Textkorpora separat identifiziert.

Abbildung 11 Akteure (Organisationen) in der Berichterstattung von Printmedien



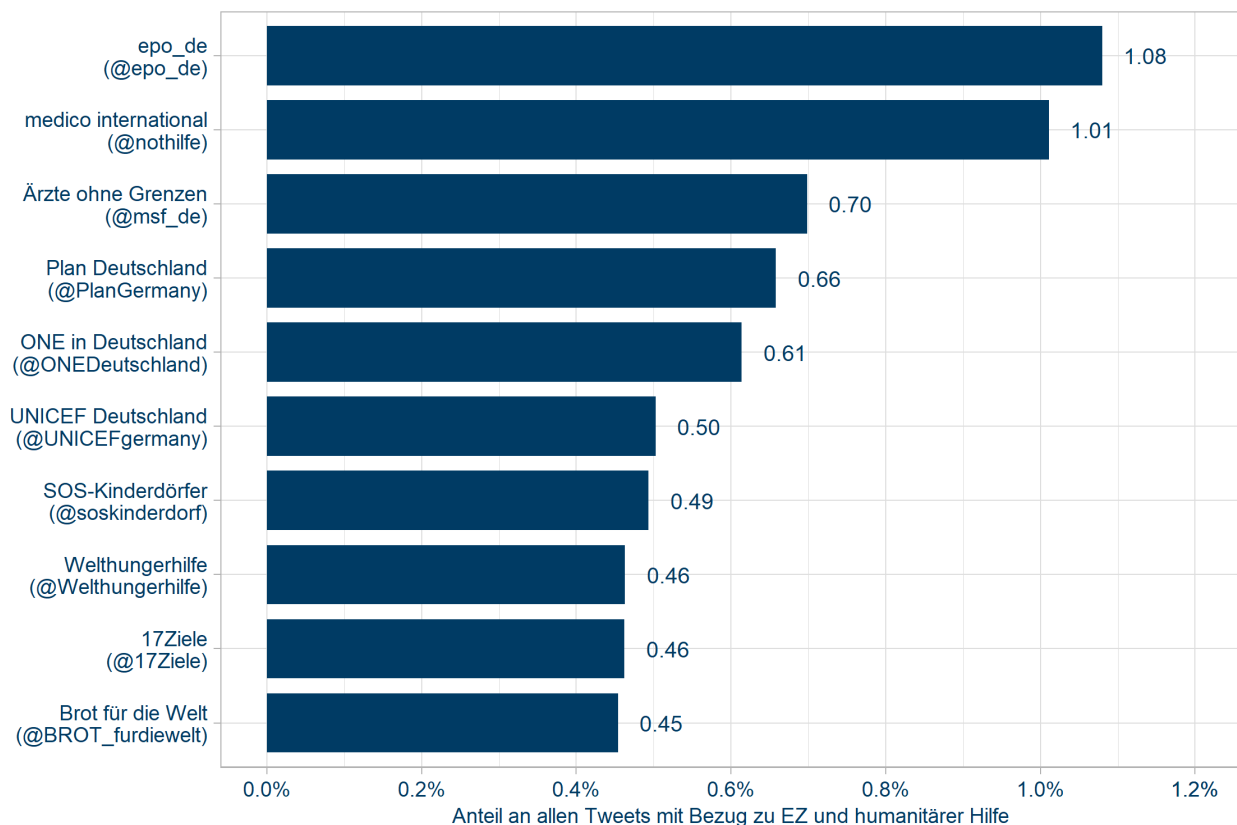
Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: suchwortgestützte Abfrage der LexisNexis-Pressedatenbank für den Zeitraum 01.01.2012 – 30.06.2020. Die Organisationen wurden mittels des Pakets spacyR in der Softwareumgebung R aus den zum Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ identifizierten Artikeln extrahiert. Um die unterschiedliche Prominenz der Akteure im Zeitverlauf sichtbar zu machen, wurden die Legislaturperioden des Bundestages mit den entsprechenden Regierungen unter Bundeskanzlerin Merkel farblich kenntlich gemacht. Für Details zu den enthaltenen Printmedien, den für diese zur Verfügung stehenden Zeiträumen sowie den verwendeten Suchwörtern siehe Kapitel 2 im Onlineanhang.

Von allen in den Artikeln genannten Organisationen beziehungsweise Institutionen werden mit etwas mehr als sechs Prozent die EU und ihre Institutionen (zum Beispiel EU-Kommission) am häufigsten erwähnt, gefolgt von der SPD mit circa vier Prozent und den Vereinten Nationen mit knapp über drei Prozent sowie anderen politischen Parteien in Deutschland (siehe Abbildung 11).²⁵ Erst mit etwas Abstand folgen die GIZ sowie verschiedene multilaterale Akteure (zum Beispiel WHO, Weltbank, Unicef). Der Anteil an Nennungen verschiedener NGOs in den Artikeln mit entwicklungspolitischem Bezug fällt gering aus. Am häufigsten wird die Entwicklungs- und Hilfsorganisation Oxfam – mit einem Anteil von rund 0,9 Prozent – genannt.

2.3.3 Akteure auf Twitter: stärkere Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure

Der Kurznachrichtendienst Twitter unterscheidet sich deutlich von TV-Nachrichten und der Berichterstattung in Printmedien, da EZ-Akteure und anderen Nutzer*innen hier selbst Inhalte erstellen. Diese Inhalte werden zum Teil von traditionellen Medien aufgegriffen. In diesem Zusammenhang ist vor allem interessant, (1) welche EZ-bezogenen Twitter-Accounts generell besonders viele Tweets erstellen, (2) welche Accounts zu spezifischen Themen besonders aktiv sind und (3) wie viele Menschen ein Tweet in sozialen Netzwerken erreicht. Dies ist anhand des sogenannten Engagements ersichtlich: Tweets mit einem hohen Engagement sind besonders reichweitenstark. Daher ist es besonders interessant, welche Tweets und welche Twitter-Accounts generell ein hohes Engagement – Retweets, Kommentare, „Gefällt mir“-Angaben – der Nutzer*innen verbuchen. Dadurch lassen sich Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit ableiten, etwa im Hinblick auf die interorganisationale Zusammenarbeit zu bestimmten Themen. Abbildung 12 und Abbildung 13 bieten Antworten auf diese Fragen.

²⁵ Der hohe Anteil der in den Artikeln genannten Parteien im Vergleich zu den Ergebnissen für TV-Nachrichten erklärt sich dadurch, dass für TV-Nachrichten der Fokus auf Akteur*innen (zum Beispiel Regierung, Minister, multilaterale Organisation) liegt, deren Attribut „Parteizugehörigkeit“ – sofern für die jeweiligen Akteur*innen relevant beziehungsweise im Beitrag erwähnt – jedoch nicht gesondert codiert wird.

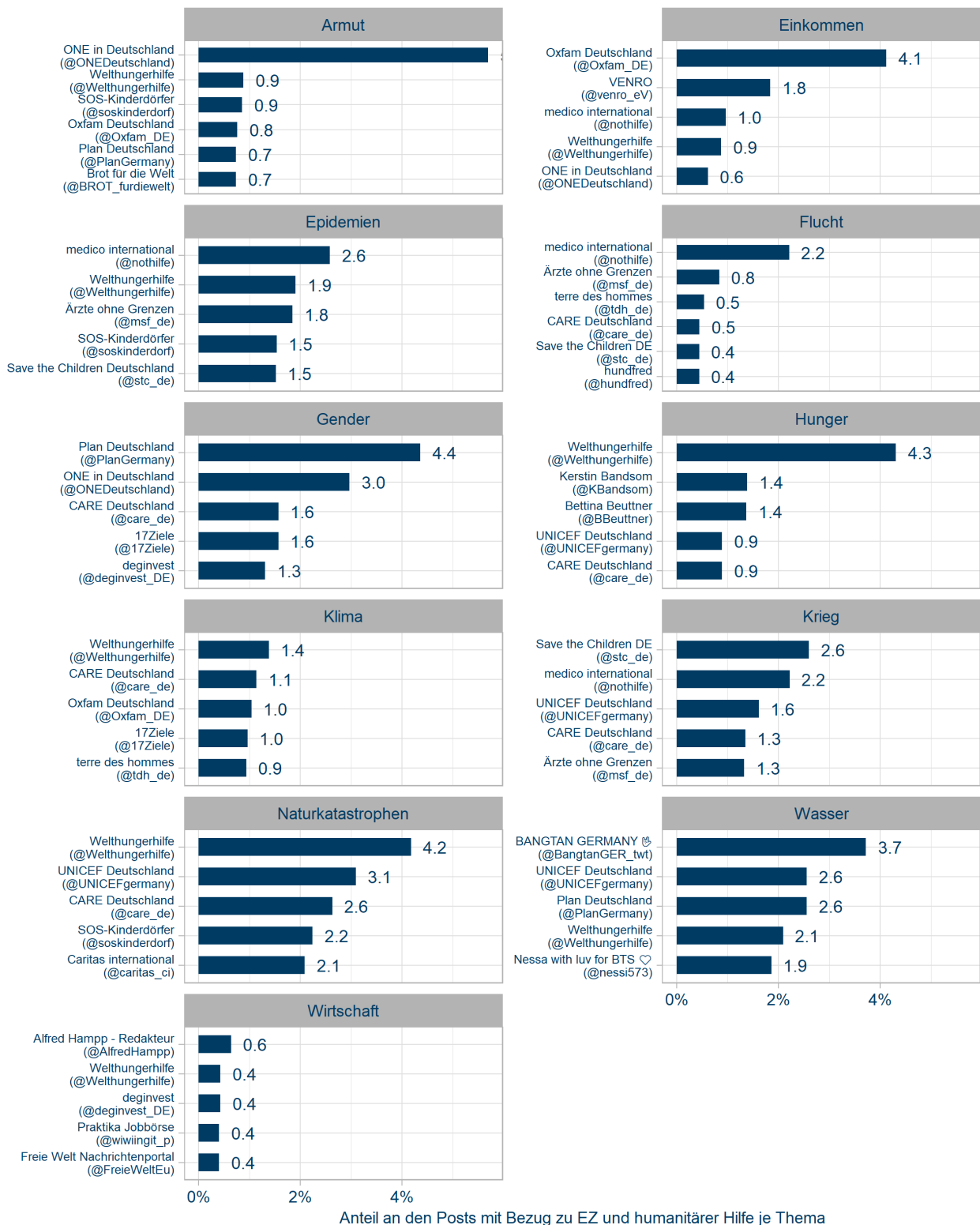
Abbildung 12 Aktivste Twitter-Accounts hinsichtlich entwicklungspolitischer Inhalte

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater-Daten für Twitter im Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Berechnet wurde der Anteil der Tweets eines Twitter-Accounts am Gesamtaufkommen an Tweets mit Bezug zum Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ/Humanitäre Hilfe im untersuchten Zeitraum.

Der aktivste Account mit Bezug zum Thema Entwicklungspolitik, EZ und Humanitäre Hilfe ist der des Portals Entwicklungspolitik online (@epo_de), der im betrachteten Zeitraum die meisten Tweets (2.429) veröffentlicht hat, jedoch mit rund 3.300 Follower*innen nur eine begrenzte Reichweite hat.²⁶ Danach folgen die Accounts einiger NGOs, zum Beispiel von medico international (@nothilfe; circa 11.000 Follower*innen), Ärzte ohne Grenzen (@msf_de; 32.500 Follower*innen) und Plan Deutschland (@PlanGermany; circa 5.000 Follower*innen). Als einziger Akteur aus dem staatlichen Bereich ist der von Engagement Global betreute Account @17Ziele (circa 2.750 Follower*innen), der sich mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) befasst, unter den zehn aktivsten Accounts vertreten. BMZ (@BMZ_Bund; circa 59.000 Follower*innen), GIZ (@giz_gmbh; 56.000 Follower*innen) und KfW Entwicklungsbank (@KfW_FZ; circa 400 Follower*innen) folgen auf den Rängen 14, 22 und 46. Über den reichweitenstärksten Account in Abbildung 12 – gemessen an der Zahl der Follower*innen – verfügt schließlich die Welthungerhilfe (@Welthungerhilfe; circa 149.000 Follower*innen).

²⁶ Sämtliche Angaben zu Follower*innen auf Twitter wurden am 23.9.2020 abgerufen.

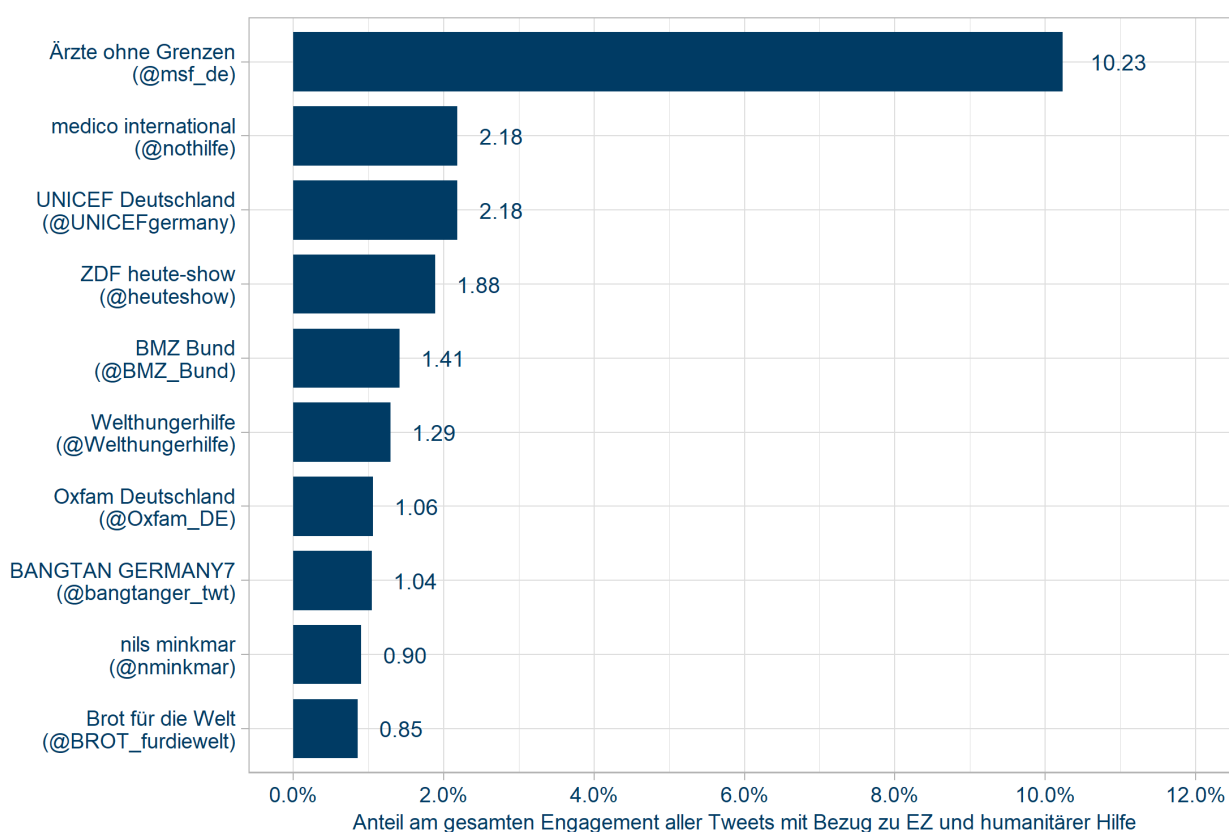
Abbildung 13 Aktivste Twitter-Accounts nach Thema



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater-Daten für Twitter für den Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Dargestellt sind die Anteile der Posts (Tweets) einer Organisation am Gesamtaufkommen der Tweets mit Bezug zu Entwicklungspolitik/EZ/Humanitärer Hilfe, die zusätzlich ein bestimmtes Thema ansprechen. Tweets können auch mehrere solcher Themen behandeln.

Heruntergebrochen auf einzelne Themenfelder mit entwicklungspolitischem Bezug kristallisieren sich in Abbildung 13 für einige der untersuchten Themen besonders aktive Accounts heraus. Für das Thema „Armut“ ist dies beispielsweise One (@ONEDeutschland; circa 54.500 Follower*innen), für das Thema „Einkommen“ Oxfam Deutschland (@Oxfam_DE, circa 43.000 Follower*innen), für das Thema „Hunger“ sind es die Welthungerhilfe sowie die Twitter-Accounts ihrer Mitarbeiterinnen Kerstin Bandsom und Bettina Beuttner und für das Thema „Gender“ Plan Deutschland. Bei den Themen „Naturkatastrophen“, „Klima“ und „Epidemien“ stechen keine Accounts sonderlich hervor. Zu beachten ist, dass Themen wie Einkommen, Gender und Wasser nur einen geringen Anteil am Gesamtaufkommen der Tweets im untersuchten Zeitraum darstellen. Dies wiederum bedeutet, dass die in diesen Themen besonders aktiven Accounts relativ betrachtet weiterhin nur geringe Aufmerksamkeit auf die betroffenen Themen lenken. Für die Aktivität auf Twitter lässt sich insgesamt festhalten, dass die Kommunikation deutlich von NGOs beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Akteuren geprägt wird.

Abbildung 14 Twitter-Accounts mit dem meisten Engagement der Nutzer*innen



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater Twitter-Daten für den Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Dargestellt wird der Anteil der summierten Engagementwerte eines Twitter-Accounts über den untersuchten Zeitraum am summierten Engagement aller für den Zeitraum ermittelten Tweets mit entwicklungspolitischem Bezug. Engagement umfasst dabei Retweets, Zitationen, Kommentare und „Gefällt mir“-Angaben.

Gesondert davon zu betrachten ist das in Abbildung 14 dargestellte Engagement der Follower*innen in Bezug auf die Tweets – wie häufig werden Tweets geteilt (sogenannte Retweets), kommentiert oder mit einem „Gefällt mir“ versehen?²⁷ Hier hebt sich der Account von Ärzten ohne Grenzen deutlich von den übrigen Accounts ab, er erreicht das höchste Engagement im betrachteten Zeitraum. Unter den folgenden Accounts mit dem höchsten Engagement befinden sich neben einigen NGOs auch die Twitter-Accounts des BMZ, der Comedy-

²⁷ Hierzu wurden aus dem Datensatz der mittels einer Suchwortliste identifizierten Tweets die Accounts extrahiert und für diese über den betrachteten Zeitraum der Anteil am Gesamtengagement berechnet.

Sendung ZDF-„heute-show“ (@heuteshow; rund 1 Million Follower*innen) sowie ein deutscher Fan-Account der südkoreanischen Band „BTS“ (@BangtanGER_twt; circa 19.000 Follower*innen). Letzteres scheint auf den ersten Blick merkwürdig, erklärt sich jedoch durch den Umstand, dass die Band seit 2018 an Unicef-Aktivitäten – zum Beispiel gegen Gewalt an Kindern – beteiligt ist, was auf Twitter im untersuchten Zeitraum thematisiert wurde und dementsprechend in die Analyse einging. Dies verdeutlicht, wie Akteure ohne direkten Bezug zum Thema Entwicklungspolitik und EZ Aufmerksamkeit auf das Thema lenken können und dadurch punktuell auch ein normalerweise wenig in das Thema involviertes Publikum erreichen können. Für den BTS-Fan-Account ebenso wie für die ZDF-„heute-show“ ist selbstverständlich zu bedenken, dass sie nur vereinzelt Inhalte mit entwicklungspolitischem Bezug auf Twitter bereitstellen.

Die Kennzahl „Engagement“ kann auch in Bezug zur Anzahl der im Untersuchungszeitraum veröffentlichten Tweets mit EZ-Bezug gesetzt werden. Hierbei platzieren sich vorwiegend die Accounts von Einzelpersonen an der Spitze der Rangfolge, die als eher EZ-fern einzuschätzen sind, jedoch im untersuchten Zeitraum vereinzelt Inhalte mit entwicklungspolitischem Bezug veröffentlicht haben. Das größte Engagement pro Tweet erreicht der dem linken politischen Spektrum zuzuordnende Journalist Stephan Kaufmann (@StephanKaufman1, circa 1.500 Follower*innen). Auf den folgenden Rängen finden sich jedoch auffällig viele Accounts, die dem (national-)konservativen oder rechtspopulistischen politischen Spektrum nahestehen. Dazu zählen sowohl prominente Vertreter*innen der AfD sowie der bayerische Ableger des CDU/CSU-nahen Vereins WerteUnion als auch die Accounts politischer Kommentator*innen (zum Beispiel Linnéa Findeklee – @klee_lina, 15.500 Follower*innen; Niklas Lotz alias Neverforgetniki – @nikitheblogger, 34.500 Follower*innen). Hinzu kommen erneut der bereits oben erwähnte Account der ZDF-„heute-show“, der Account des Webvideoproduzenten iBlali (@iBlali; 1.5 Millionen Follower*innen), der Account des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Malte Grosse-Brömer (@MGrosseBroemer; circa 15.500 Follower*innen) und der Account des Journalisten Nils Minkmar (@nminkmar; circa 21.300 Follower*innen). Allen diesen Accounts ist gemein, dass ihre Tweets mit Bezug zum Themenfeld Entwicklungspolitik und EZ sehr hohes Engagement der Nutzer*innen hervorrufen, ihre Tweets also weiterverbreitet, mit einem „Gefällt mir“ versehen oder kommentiert werden. Dies geschieht vor allem dadurch, dass sie kontrovers diskutierte oder polarisierende Inhalte ansprechen (zum Beispiel EZ im Zusammenhang mit Migration; globale soziale Ungleichheit; deutsche EZ mit China). Abbildung 15 zeigt Beispiele für solche Tweets.

Abbildung 15 Beispiele für Tweets mit hohem Engagement der Nutzer*innen

ZDF heute-show @heuteshow

Einem Prozent der Menschheit gehören laut #Oxfam 45 Prozent des globalen Vermögens. Das ist der Moment, in dem man das Monopoly-Brett für gewöhnlich vom Tisch fegt.

11:09 vorm. · 20. Jan. 2020 · Twitter Web App

582 Retweets 21 Zitierte Tweets 5.630 „Gefällt mir“-Angaben

Prof. Dr. Jörg Meuthen @Joerg_Meuthen

Deutschland leistet dem Land, dessen Panzer hier unten rollen, nach wie vor "Entwicklungshilfe", und zwar in diesem Jahr sage und schreibe 630 Mio. € - während bei uns Rentner öffentliche Abfalleimer nach Pfandflaschen durchwühlen. Merkel macht's möglich!

Peking: China demonstriert Stärke mit größter Waffenschau seiner Geschichte - ... Zum 70. Gründungstag der Volksrepublik hat Chinas Führung mehr Waffen aufgeföhren als je zuvor - eine massive Zurschaustellung des Machtanspruchs. ... welt.de

4:31 nachm. · 1. Okt. 2019 · Twitter Web App

859 Retweets 66 Zitierte Tweets 2.205 „Gefällt mir“-Angaben

Quellen: „heute-show“ (2020), Meuthen (2019).

2.3.4 Akteure im Vergleich

Knapp zusammengefasst finden in TV-Nachrichten und Printmedien vor allem staatliche und internationale politische Akteure Erwähnung. Auffallend ist, dass in Printmedien politische Parteien einen signifikanten Anteil der Berichterstattung einnehmen. NGOs spielen ebenfalls in Printmedien eine etwas größere Rolle als in TV-Nachrichten; dies ist wahrscheinlich in der geringeren thematischen Breite von TV-Nachrichten im Vergleich zu Printmedien begründet.

Besonders aufschlussreich ist der Vergleich zwischen traditionellen Medien (TV und Printmedien) und sozialen Medien (Twitter). Die hier präsenten Akteure unterscheiden sich signifikant. Inhalte auf Twitter werden hauptsächlich durch NGOs erstellt, und auch dort, wo dies nicht der Fall ist, spielen NGOs und andere private Akteure eine größere Rolle. Staatliche Akteure sind demgegenüber weniger präsent, auch wenn beispielsweise die Kanäle des BMZ und der GIZ durchaus reichweitenstark sind.

Festgehalten werden muss jedoch, dass TV-Nachrichten und Zeitungen beziehungsweise deren Onlineangebote für den Großteil der Bevölkerung größere Bedeutung als Quelle für (internationale) Nachrichten haben als soziale Medien (Hölig und Hasebrink, 2020; Schneider et al., 2019). Letztere gewinnen aber weiter an Relevanz.

2.4 Welche Tonalität hat die entwicklungspolitische Berichterstattung?

Die Daten zur Presseberichterstattung beziehungsweise zu Beiträgen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter erlauben es, mittels einer sogenannten Sentiment-Analyse zu untersuchen, ob die Inhalte eine positive, neutrale oder negative Tonalität haben.²⁸ Hierfür wird basierend auf Wörterbüchern die Anzahl der in der deutschen Sprache negativ konnotierten Wörter in einem Text (zum Beispiel Zeitungsartikel, Tweet) von der Anzahl an positiv besetzten Wörtern abgezogen und durch die Gesamtzahl an Wörtern in einem Text geteilt (Rauh, 2018). Überwiegt der Anteil positiver Wörter, fällt der ermittelte Sentiment-Score positiv aus, überwiegt der Anteil negativer Wörter, fällt der Score negativ aus.²⁹ Ist der Anteil positiv und negativ konnotierter Wörter gleich, so nimmt der Sentiment-Score den Wert 0 an.

Abbildung 16 Beispiele für Tweets mit positiver und negativer Tonalität



Quellen: Positive Tonalität: Unicef (2019); negative Tonalität: Welthungerhilfe (2019).

²⁸ Für die Daten zu TV-Nachrichten ist eine solche Analyse nicht möglich, da die vorliegenden Daten Codierungen der Bewertung von Akteuren enthalten, so dass nicht ohne Weiteres eine Tonalität des gesamten Beitrags ermittelt werden kann.

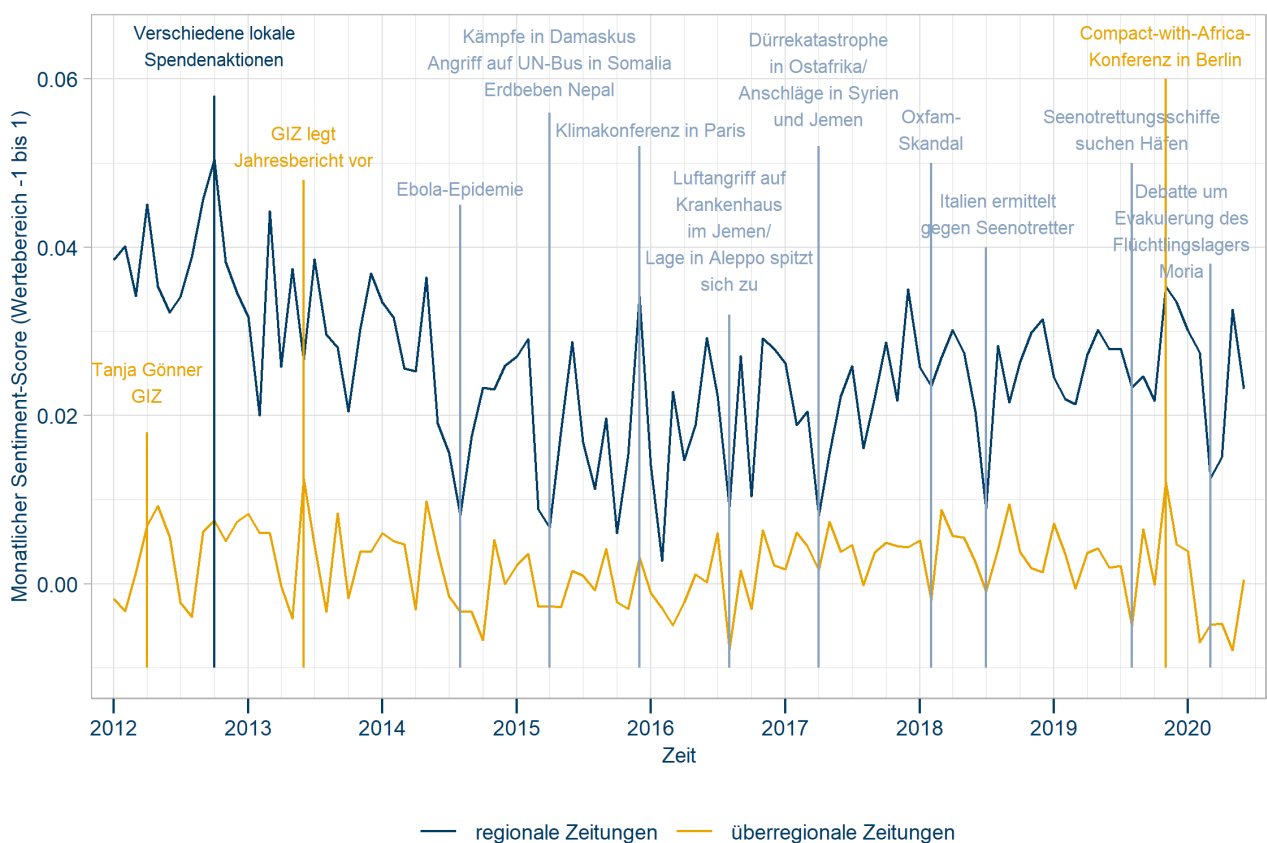
²⁹ Vor der Analyse werden Satzzeichen, Ziffern und sogenannte Stoppwörter (Begriffe, die keine direkte inhaltliche Bedeutung haben, wie Artikel, Konjunktionen, Präpositionen) aus der Analyse entfernt (siehe Grimmer und Stewart, 2013). Das genutzte Verfahren ist in der Lage, Negationen (zum Beispiel „nicht wirksam“) zu ermitteln (Rauh, 2018). Weitere Details finden sich in *Abschnitt 2.2.4 im Onlineanhang*.

Zur Illustration: Ein Sentiment-Score von 0,25 bedeutet beispielsweise, dass der Anteil der positiv besetzten Begriffe um 25 Prozent größer ist als der Anteil der negativen Begriffe (siehe Rauh, 2018, S. 320). Ein Score von -0,25 drückt umgekehrt aus, dass der Anteil negativer Begriffe um 25 Prozent höher ist. Abbildung 16 Abbildung 16 enthält Beispiele für Tweets mit positiver (Tweet links) und negativer (Tweet rechts) Tonalität.

Eine solche Analyse hilft dabei zu verstehen, ob die Informationen zu Entwicklungspolitik, EZ und Humanitärer Hilfe, die der Bevölkerung zur Verfügung stehen, eher positiv oder eher negativ gefärbt sind. Wenngleich zahlreiche Faktoren beeinflussen, wie solche Informationen von der Bevölkerung wahrgenommen werden, dürfte die generelle Tonalität doch eine wichtige Informationskomponente sein, die in die Meinungsbildung einfließt (hierzu einführend Beierlein und Burger, 2019).³⁰

2.4.1 Tonalität der Berichterstattung in Printmedien: neutrale Berichterstattung in überregionalen Zeitungen, leicht positive in Regionalzeitungen

Abbildung 17 Tonalität der Berichterstattung in Printmedien



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: suchwortgestützte Abfrage der LexisNexis-Pressedatenbank für den Zeitraum 01.01.2012 – 30.06.2020. Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Sentiment-Scores im Zeitverlauf für regionale und überregionale Zeitungen. Blaues Label: themenbezogene Spitze der Tonalität in regionalen Zeitungen. Gelbes Label: Spitze in überregionalen Zeitungen. Graublauer Label: Spitze in beiden Gruppen.

³⁰ Zu nennen sind beispielsweise der konkrete Sender und die individuelle Einstellung zu diesem, Vorwissen zum Thema, Verständlichkeit des Inhalts oder die wiederholte Verfügbarkeit des jeweiligen Inhalts (siehe zum Beispiel Beierlein und Burger, 2019; Chong und Druckman, 2007; Wood, 2000).

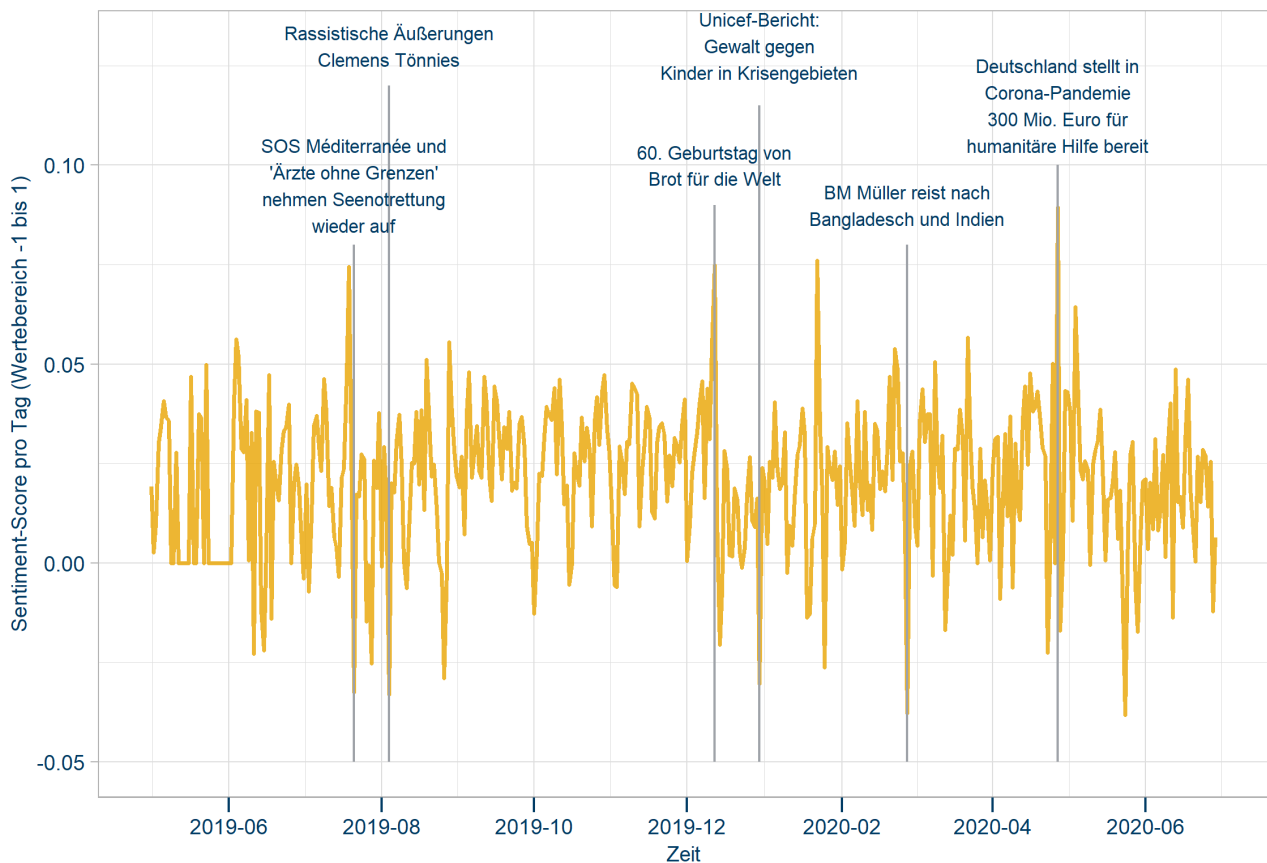
In Abbildung 17 wird deutlich, dass die überregionalen Zeitungen über die Zeit hinweg relativ neutral über das Themenfeld berichten (gelbe Linie). Die durchschnittlichen Sentiment-Scores – als Ausdruck der durchschnittlichen Tonalität der Berichterstattung pro Monat – bewegen sich stets sehr nahe an der Nulllinie. Deutlichere positive Ausschläge lassen sich in Zeiträumen beobachten, in denen das BMZ oder die GIZ in medial relevante Ereignisse involviert waren (Personalveränderung, Jahresberichte, Konferenz). Die Tonalität der Berichterstattung in den vier betrachteten Regionalzeitungen (blaue Linie) fällt hingegen im Durchschnitt stets schwach positiv aus und liegt zudem stets über dem Durchschnitt der überregionalen Zeitungen. Dies dürfte vor allem auf größere Anteile an Berichten über lokale Initiativen (zum Beispiel Spendenmaßnahmen) zurückzuführen sein. Für beide Zeitungsarten lässt sich schließlich erkennen, dass in den ersten Monaten der Corona-Pandemie im Februar/März 2020 die Tonalität der Berichterstattung im Vergleich zu den vorherigen Monaten etwas negativer ausfiel.

2.4.2 Tonalität der Kommunikation auf Twitter: schwach positiv im Durchschnitt mit punktuellen negativen und positiven Ausschlägen

Für den Kurznachrichtendienst Twitter fallen die Sentiment-Scores im betrachteten Zeitraum durchschnittlich geringfügig positiver aus (siehe Abbildung 18). Vereinzelt lassen sich deutliche Ausschläge nach unten und oben beobachten. Diese finden sich oftmals im Zeitraum von Ereignissen, die deutlich positiv (zum Beispiel Jubiläen von NGOs) oder negativ (zum Beispiel rassistische Äußerungen des Unternehmers Clemens Tönnies oder Berichte internationaler Entwicklungsorganisationen über steigende Gewalt gegen Kinder) besetzt sind.³¹ Vereinzelt spielen auch gezielte Diffamierungskampagnen eine Rolle, die auf der Basis falscher Informationen versuchen, Organisationen zu schädigen.³² Generell lassen sich die eher positiveren Sentiment-Scores allerdings auch dadurch erklären, dass die Beiträge auf Twitter kürzer und prägnanter sind, in der Regel einen höheren Anteil an bewertenden Begriffen enthalten und oftmals von entwicklungspolitischen Akteuren stammen, die ihre eigene Arbeit in Tweets möglichst positiv darstellen. Zu bedenken ist abschließend, dass die Reichweite der Tweets nicht berücksichtigt wird. Das heißt, die in Abschnitt 2.3.3 erwähnten provozierenden und polarisierenden negativen Tweets einzelner Akteure erhalten in der vorliegenden Analyse kein besonderes Gewicht, obgleich sie bei den Twitter-Nutzer*innen auf größere Resonanz stoßen.

³¹ Clemens Tönnies hat auf einer Veranstaltung im August 2019 sinngemäß die Aussage getätigt, der Bundesentwicklungsminister solle Kraftwerke in Afrika finanzieren, um damit zu verhindern, dass dort Wälder abgeholzt und viele Kinder gezeugt werden (zum Beispiel Spiegel Online, 2019). Diese Aussage wurde sowohl von entwicklungspolitischen Organisationen als auch in Tweets mit entwicklungspolitischen Schlüsselwörtern aufgegriffen und kritisiert, weshalb entsprechende Tweets in den Datensatz für die vorliegende Analyse einfließen.

³² So wurde beispielsweise im Sommer 2019 in sozialen Medien verbreitet, ein in Nepal wegen Kindesmissbrauch verurteilter Mann sei der Chef von Unicef (Mimikama, 2019). Bestätigt werden konnte lediglich, dass die Person in der Vergangenheit eine Hilfsorganisation gegründet und für die Vereinten Nationen gearbeitet hat. Dieser Fall spiegelt sich auch in Abbildung 18 wider.

Abbildung 18 Tonalität der Beiträge („Tweets“) auf Twitter

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater-Daten für Twitter für den Zeitraum 01.05.2019 – 30.06.2020. Angegeben sind die durchschnittlichen Sentiment-Scores pro Tag.

2.4.3 Tonalität im Vergleich

Die Tonalitätsanalyse deutet insgesamt darauf hin, dass überregionale Zeitungen tendenziell in neutraler Sprache über Entwicklungspolitik berichten, während die Tonlage in regionalen Zeitungen positiver ausfällt. Auch für Twitter findet sich eine in der Tendenz positivere Tonlage, die wahrscheinlich in der bewusst positiven Berichterstattung der EZ-Akteure auf diesem Kanal begründet ist. Im Zusammenhang mit Ereignissen von breiterem öffentlichen Interesse lassen sich jedoch deutlichere Ausschläge hin zu einer positiveren oder negativeren Tonlage feststellen.

2.5 Zusammenfassung

Die Analysen lassen sich knapp wie folgt zusammenfassen:

1. In allen drei untersuchten Mediengattungen spielt das Themenfeld Entwicklungspolitik und EZ absolut und anteilig betrachtet nur eine geringe Rolle. Während der ersten Monate der Corona-Pandemie Anfang des Jahres 2020 ging die Aufmerksamkeit, die TV-Nachrichten und Printmedien auf das Themenfeld richteten, leicht zurück. Auf Twitter konnte dies nicht beobachtet werden. Eine steigende Aufmerksamkeit für das Themenfeld lässt sich für keines der analysierten Medien erkennen. Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass die Presseberichterstattung der untersuchten Medien kaum dazu führen dürfte, dass die Aufmerksamkeit für Entwicklungspolitik und EZ steigt.
2. Die dominierenden Anknüpfungsthemen variieren zwischen den untersuchten Mediengattungen. Flucht und Migration spielen jedoch in allen dreien eine wichtige Rolle. In Fernsehnachrichten und Zeitungsartikeln werden Entwicklungspolitik und EZ verhältnismäßig häufig im Zusammenhang mit Krieg und Konflikt erwähnt. Auf Twitter geschieht dies mit Bezug zu Klima und Epidemien. Zu beachten ist dabei jedoch, dass aufgrund des eingeschränkten Datenzugangs ein Zeitraum (01.05.2019 bis 30.06.2020) analysiert wurde,

der sehr durch die öffentliche Diskussion um den Klimawandel („Fridays for Future“) sowie die Corona-Pandemie geprägt war.

3. In der Berichterstattung in TV-Nachrichten und Printmedien überwiegen staatliche und internationale Akteure. Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich prägen hingegen stärker die Kommunikation auf Twitter.
4. Die Tonalität der Berichterstattung über Entwicklungspolitik und EZ fällt in der regionalen Presse positiver aus als in der überregionalen. Letztere berichtet eher neutral. Auf Twitter wird hingegen durchweg mit positiverer Tonalität über das Themenfeld kommuniziert. Ausschläge nach unten und oben im Kontext medienwirksamer Ereignisse lassen sich sowohl für Printmedien als auch für Twitter feststellen.

Die bisherigen Ergebnisse stellen dar, wie in den Medien über EZ berichtet wird. Sie erlauben jedoch keine Rückschlüsse darauf, wie sich innerhalb der Berichterstattung, aber auch in öffentlichen Debatten häufig genutzte Argumente für oder gegen EZ auf die Einstellungen der Bevölkerung zu EZ auswirken. Kapitel 3 bietet hierzu weitere Erkenntnisse.

3. WIE WIRKEN ARGUMENTE FÜR UND GEGEN EZ AUF DIE EINSTELLUNG GEGENÜBER DER EZ?

Kasten 6 Zentrale Ergebnisse Kapitel 3

- Wenn Korruption in den Partnerländern oder die Wirkungslosigkeit von EZ thematisiert wird, kann dies die Unterstützung der Bevölkerung für EZ reduzieren.
- Die negative Wirkung einer Thematisierung von Korruption bleibt aus, wenn zugleich die Bedeutung der EZ bei der Bewältigung globaler Herausforderungen herausgestellt wird.
- Positive Argumente für die EZ beeinflussen die Einstellungen zu EZ nicht.
- Personen, die EZ generell unterstützen, reagieren schwächer auf kritische Argumente, die die Wirksamkeit der EZ thematisieren, als Personen, die EZ grundsätzlich eher ablehnen.

Auch wenn, wie in Kapitel 2 dargestellt, das Themenfeld EZ/Entwicklungspolitik insgesamt geringe mediale Aufmerksamkeit erfährt, stellt sich die Frage, ob und wie Berichte über EZ und darin enthaltene Argumente die öffentliche Meinung beeinflussen können.³³ Reduzieren beispielsweise Argumente gegen EZ, die auf fehlende Wirksamkeit der EZ oder Korruption in den Partnerländern abzielen, die öffentliche Unterstützung? Steigert es umgekehrt die Unterstützung, wenn die Relevanz der EZ für die Bewältigung lokaler und globaler Herausforderungen oder der Bedarf in den Partnerländern herausgestellt wird? Zu bedenken ist dabei, dass solche Argumente den Bürger*innen auch in anderen Kontexten begegnen können, etwa bei Gesprächen in der Familie und im Freundeskreis oder in der Kommunikation politischer Akteure. Gleichzeitig ergibt sich die Frage, ob die Wirkung solcher Argumente davon abhängt, welche Voreinstellungen eine Person zum Thema hat. Reagieren Personen, die der EZ gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt sind, negativ auf EZ-kritische Argumente, stellt dies für die Kommunikation von EZ-Akteuren eine wichtige Herausforderung dar. Reagieren umgekehrt Personen, die EZ grundsätzlich eher ablehnen, mit höherer EZ-Unterstützung oder besserer Einschätzung der EZ-Wirksamkeit auf Argumente für die EZ, besteht hierin eine Chance für EZ-Akteure.

Bevor diesen Fragen nachgegangen werden kann, muss geklärt werden, welche Argumente in den Medien, aber auch in öffentlichen Debatten genutzt werden. Hurst et al. (2017) ermitteln ausgehend von wissenschaftlicher Literatur, Websites und Zeitungsberichten für den US-amerikanischen Kontext zehn zentrale Argumente für und gegen EZ, die die Kosten von EZ, ihre Wirksamkeit, den Bedarf in Entwicklungsländern, nationales Eigeninteresse, Abhängigkeit des Partnerlandes, marktwirtschaftliche Lösungen als Alternativen zur EZ sowie Korruption im Partnerland thematisieren. Brunswick Consulting (2018) identifiziert in einer Auftragsstudie für die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung für Deutschland in etwa ähnliche Argumente, differenziert jedoch beispielsweise bei „Eigeninteresse“ noch einmal zwischen wirtschaftlichen und migrationspolitischen Interessen.

Um zu erfassen, welche Wirkung die oben angeführten Argumente auf die Einstellung zum Themenfeld haben, wurde ein Umfrageexperiment durchgeführt (zum Nutzen von Experimenten in der Medienforschung siehe Nelson et al., 2011). Aus forschungspraktischen Gründen wurden dabei sechs der im vorherigen Abschnitt genannten zentralen Argumente – jeweils drei für und drei gegen EZ – ausgewählt, und zwar anhand ihrer Relevanz für den aktuellen entwicklungspolitischen Diskurs. Als Argumente für EZ wurden die folgenden drei Argumente angeführt:

1. EZ als wichtiger Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen;
2. EZ aus Eigeninteresse zur Bewältigung globaler Herausforderungen;
3. EZ als nötiges Mittel, um Hunger, Armut und Krankheiten in den Partnerländern zu bekämpfen.

Als Argumente gegen EZ dienten die folgenden:

1. EZ hat bisher nur wenig Wirkung im Sinne einer Armutsminderung gezeigt;
2. Große Teil der EZ gehen aufgrund von Korruption in den Empfängerländern verloren;
3. Die Ausgaben für EZ könnten auch für soziale Maßnahmen in Deutschland eingesetzt werden.

³³ Alternativ könnte statt „Argumente“ auch der Begriff „Frames“ genutzt werden (zum Beispiel Chong und Druckman, 2007; Entman, 1993). Da dieser Begriff jedoch zwischen und auch innerhalb der verschiedenen sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Disziplinen unterschiedlich verstanden beziehungsweise gebraucht wird, wird auf dessen Verwendung verzichtet.

Neben diesen drei Argumenten für und gegen EZ wurden ebenfalls drei Szenarien mit jeweils einem positiven und einem negativen Argument gebildet. In diesen wurde jeweils der Beitrag der EZ zur Bewältigung globaler Herausforderungen – gewissermaßen das aktuelle Selbstverständnis vieler EZ-Akteure (siehe zum Beispiel BMZ, 2020a) – kombiniert mit

1. dem vorherrschenden Problem der Korruption;
2. der mangelnden Effektivität im Sinne einer Armutsminderung;
3. dem Ressourcenkonflikt innerhalb Deutschlands und der potenziellen Verwendung der Mittel für Projekte in Deutschland.

3.1 Die Wirkung von Argumenten für und gegen EZ in den Medien – ein Umfrageexperiment

Im Experiment, das für dieses Kapitel durchgeführt wurde, erhielten die Befragten nach dem Zufallsprinzip einen Auszug aus einem konstruierten Zeitungsartikel mit jeweils einem der zuvor genannten Argumente oder einer ihrer Kombinationen (siehe Tabelle 3). Durch die zufällige Zuteilung der Befragten zur Kontrollgruppe oder zu unterschiedlichen Experimental- beziehungsweise *Treatment*-Gruppen kann sichergestellt werden, dass es in den einzelnen Gruppen keine systematischen Unterscheidungen gibt. So kann ausgeschlossen werden, dass Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Gruppen auf die Gruppenzusammensetzung zurückzuführen sind (siehe dazu zum Beispiel Druckman et al., 2011). Vielmehr sind beobachtete Unterschiede zwischen den Gruppen allein auf die unterschiedlichen vorgelegten Informationen zurückzuführen (für eine ausführlichere Erläuterung der Logik experimenteller Forschung siehe Kasten 7).

Der im Experiment präsentierte Artikel basiert auf einer BMZ-Pressemitteilung zum Bundeshaushalt vom März 2020 (BMZ, 2020b). An diese Pressemitteilung wurde jeweils eines der Argumente oder eine der Argument-kombinationen angefügt. Tabelle 3 bietet einen Überblick über die Experimentalgruppen. Anschließend wurden die Befragten gebeten anzugeben, welche Meinung sie zur Höhe des aktuellen EZ-Etats im Bundeshaushalt haben, ob sie staatliches Engagement in der EZ unterstützen und für wie wirksam sie staatliche EZ erachten. So kann untersucht werden, ob die vorgelegten Informationen beziehungsweise Argumente die Unterstützung für das Themenfeld beeinflussen.

Dabei ist davon auszugehen, dass Pro-Argumente die Unterstützung für staatliches Engagement in der EZ erhöhen beziehungsweise Contra-Argumente die Unterstützung mindern (siehe dazu auch die Hypothesen in Hurst et al., 2017), wobei negative Argumente stärkere Wirkungen entfalten könnten (sogenannter *negativity bias*; siehe zum Beispiel Soroka et al., 2019). Generell ist es jedoch wahrscheinlich, dass die Wirkung der Pro- und Contra-Argumente davon abhängt, welche A-priori-Einstellung die Befragten zum Themenfeld EZ haben (sogenanntes *motivated reasoning*; Taber und Lodge, 2006; oder *confirmation bias*; Nickerson, 1998). Personen, die eine positive Einstellung zum Themenfeld aufweisen, könnten positive Argumente höher gewichten als negative. Gleichmaßen könnten Personen, die eine negative Einstellung zum Themenfeld haben, negative Argumente stärker gewichten als positive. In Konsequenz würde dies dazu führen, dass Personen mit kritischer Einstellung zu EZ bei negativen Argumenten noch kritischere Positionen einnehmen und positive Argumente ignorieren, während Personen mit positiver Haltung zu EZ auf positive Argumente mit höherer Unterstützung reagieren und wiederum negative Argumente ausblenden.³⁴

³⁴ Hierzu werden sogenannten Moderationsanalysen durchgeführt, indem in die Regressionsmodelle zur Auswertung des Experiments multiplikative Interaktionsterme zwischen den in Dummy-Variablen zerlegten *Treatment*-Variablen und den vor dem Experiment abgefragten Einstellungen aufgenommen werden. Sind die Interaktionsterme mindestens auf 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant, variiert die Wirkung der jeweiligen Information mit dem untersuchten Einstellungsmerkmal (siehe zum Beispiel Pepinsky, 2018). Bei Erfüllung des 10-Prozent-Niveaus wird davon ausgegangen, dass zumindest eine mit größerer statistischer Unsicherheit verbundene Tendenz in den Daten vorliegt.

Kasten 7 Umfrageexperimente

Umfrageexperimente erlauben es, kausale Zusammenhänge zu identifizieren, indem die Befragten nach dem Zufallsprinzip (in der Sprache experimenteller Forschung „randomisiert“) in gleich große Gruppen eingeteilt und ihnen variierende Informationen („*Treatments*“) vorgelegt werden. Anschließend werden sie nach Einstellungen oder anderen untersuchungsrelevanten Merkmalen („*Outcomes*“) gefragt (für einen Überblick siehe Gaines et al., 2007; Mutz, 2011). Durch die zufällige Zuteilung in Kontroll- und *Treatment*-Gruppe kann erfasst werden, welche Wirkung das jeweilige *Treatment* hat. Gleichzeitig können andere ursächliche Einflüsse in der Regel ausgeschlossen werden, da die zufällige Gruppenzuteilung sicherstellt, dass Unterschiede zwischen den Gruppen vor dem *Treatment* rein zufallsbedingt – und damit bei ausreichend großen Stichproben sehr klein – sind. Dies bietet einen Vorteil gegenüber einfachen, auf Querschnittsdaten beruhenden Zusammenhangsanalysen. In diesen können alternative Erklärungen – wie beispielsweise, dass das angenommene Ursache-Wirkungsverhältnis umgekehrt verläuft – oftmals nicht ausgeschlossen werden. In dieser Studie werden solche experimentellen Designs, die in der Forschung zu EZ-bezogenen Einstellungen in den letzten Jahren zunehmend genutzt werden (siehe zum Beispiel Baker, 2015; Bayram und Holmes, 2019; Dietrich et al., 2019; Dietrich und Winters, 2015; Gilens, 2001; Hurst et al., 2017; Scotto et al., 2017; Wood, 2018; Wood und Hoy, 2018), eingesetzt, um die potenzielle Wirkung der medialen Berichterstattung (Kapitel 3), von Informationen zur Wirksamkeit der EZ (Kapitel 4) oder von moralischen Appellen (Kapitel 5) auf das Meinungsbild der Bürger*innen zu untersuchen. Darüber hinaus wird ein Umfrageexperiment in der vorliegenden Studie eingesetzt, um Erwartungen der Bevölkerung an EZ in Kontexten fragiler Staatlichkeit zu untersuchen (Kapitel 6).

Bei den Umfrageexperimenten stehen einerseits die direkten Wirkungen der vorgelegten Informationen auf die Einstellungen der Bevölkerung im Fokus (sogenannte *Treatment*-Effekte) und andererseits die Frage, ob sich die Wirkung der Informationen anhand bestimmter Merkmale der Befragten unterscheiden (sogenannte Moderationsanalysen). Beispielsweise wäre zu erwarten, dass Personen, die eine besonders negative Einstellung der EZ gegenüber haben, von Informationen über Erfolge developmentspolitischer Maßnahmen weniger überzeugt werden dürften als Personen mit eher neutraler Haltung (zum Beispiel Taber und Lodge, 2006). Zu betonen ist, dass mit den in diesem Bericht genutzten Experimentaldesigns die kurzfristigen Wirkungen auf die EZ-Einstellungen untersucht werden (siehe dazu auch Kasten 15).

Die Logik experimenteller Forschung, die auch bei der Evaluierung von EZ-Maßnahmen eingesetzt wird (dazu Faust, 2020), lässt sich gut an einem stark vereinfachten Beispiel aus der Medizin veranschaulichen: Während der Corona-Pandemie besteht großes öffentliches Interesse an einem Medikament, das die Virenlast bei infizierten Patient*innen reduziert. Angenommen, ein solches Medikament wurde entwickelt und soll auf seine Wirksamkeit überprüft werden. Das Interesse gilt folglich der Wirkung des Medikaments („*Treatment*“) auf die abhängige Variable „Virenlast“, das „*Outcome*“ der Studie. Um diese Wirkung zu untersuchen, werden nach dem Zufallsverfahren Corona-Patient*innen in zwei gleich große Gruppen eingeteilt. Dadurch wird bei ausreichender Gruppengröße sichergestellt, dass sich die Gruppen nicht systematisch unterscheiden, zum Beispiel hinsichtlich des Geschlechts und Alters, aber auch bezüglich weiterer Faktoren, die den Verlauf der Krankheit beeinflussen können (zum Beispiel Vorerkrankungen, Raucher*innen). Die erste Gruppe stellt die *Treatment*-Gruppe dar und erhält das Medikament, die zweite dient als Kontrollgruppe und erhält das Medikament nicht. Anschließend wird nach einer bestimmten Zeit für beide Gruppen die abhängige Variable „Virenlast“ gemessen. Der Unterschied in der Virenlast zwischen der *Treatment*- und der Kontrollgruppe bildet die ursächliche Wirkung, also den *Treatment*-Effekt des Medikaments ab. Ist dieser Unterschied hinreichend groß und statistisch signifikant, sodass ein zufälliges Ergebnis ausgeschlossen werden kann, ist davon auszugehen, dass das Medikament geeignet ist, die Corona-Virenlast zu reduzieren. Zusätzlich kann im Rahmen einer Moderationsanalyse untersucht werden, ob beispielsweise das Medikament bei älteren Patient*innen eine geringere Wirkung entfaltet.

Tabelle 3 Experimentalgruppen zur Wirkung von Argumenten für und gegen EZ

Gruppe	Vorgelegte Information
Kontrollgruppe 1	Keine Information
EZ-Budget	Information zum Bundeshaushalt: Bundesregierung legt Haushaltsausgaben für Entwicklungshilfe fest Die Bundesregierung hat die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2021 beschlossen. Für die Entwicklungshilfe sind 10,88 Milliarden Euro vorgesehen – genauso viel wie für das laufende Haushaltsjahr.
Globale Herausforderungen	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe tragen dazu bei, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen und Fluchtbewegungen nach Europa zu reduzieren.
Eigeninteresse	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe sind dabei auch im Interesse Deutschlands, z.B. im Hinblick auf die Abschwächung der Folgen des Klimawandels oder die Reduzierung von Fluchtbewegungen nach Europa.
Bedarf	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe werden in Entwicklungsländern aufgrund von dort vorherrschendem Hunger, Armut und Krankheiten dringend benötigt.
Wirkungslosigkeit	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe haben bisher nicht geholfen, Armut und Hunger in Entwicklungsländern zu reduzieren.
Korruption	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe gehen zu großen Teilen durch Korruption in den Entwicklungsländern verloren.
<i>Home first</i>	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe könnten auch für soziale Maßnahmen in Deutschland eingesetzt werden.
Herausforderungen + Korruption	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe tragen dazu bei, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen und Fluchtbewegungen nach Europa zu reduzieren. Allerdings gehen die Ausgaben für Entwicklungshilfe zu großen Teilen durch Korruption in den Entwicklungsländern verloren.
Herausforderungen + Wirkungslosigkeit	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe tragen dazu bei, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen und Fluchtbewegungen nach Europa zu reduzieren. Allerdings haben die Ausgaben für Entwicklungshilfe bisher nicht geholfen, Armut und Hunger in Entwicklungsländern zu reduzieren.
Herausforderungen + <i>Home first</i>	Information zum Bundeshaushalt + Die Ausgaben für Entwicklungshilfe tragen dazu bei, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen und Fluchtbewegungen nach Europa zu reduzieren. Allerdings könnten die Ausgaben für Entwicklungshilfe auch für soziale Maßnahmen in Deutschland eingesetzt werden.

Quelle: eigene Darstellung. Die Informationen orientieren sich an Hurst et al. (2017) und Brunswick Consulting (2018). Hinweise auf die Wirkungslosigkeit der EZ und Korruption reduzieren die Unterstützung für EZ

Abbildung 19 zeigt, welche Wirkung die Etat-Information und die in öffentlichen Debatten genutzten Argumente für und gegen EZ auf die generelle Unterstützung von EZ haben. Als Vergleichsgruppe dienen die Befragten, die keinerlei Informationen erhalten haben. Wenn ein Koeffizient (dargestellt durch einen Punkt) rechts der senkrechten orangefarbenen Linie liegt und das Konfidenzintervall (die horizontale Linie) die Nulllinie nicht überschreitet, ist die Unterstützung für EZ der jeweiligen Gruppe statistisch signifikant höher als in der Kontrollgruppe. Liegt ein Koeffizient links der orangefarbenen Nulllinie und überschreitet das Konfidenzintervall die Linie nicht, ist die Unterstützung der jeweiligen Gruppe für EZ statistisch signifikant geringer als in der Kontrollgruppe. Zusätzlich zeigt die Abbildung jeweils den Mittelwert (MW) sowie die Standardabweichung (SD; *standard deviation*) der Unterstützung für EZ aller Befragten einer Gruppe. Je höher der Mittelwert, desto höher die Unterstützung für EZ; je kleiner die Standardabweichung, desto geringer die Unterschiede in der Unterstützung für EZ innerhalb einer Gruppe.

Kasten 8 Datenbasis der Umfrageexperimente

Die Daten für alle in diesem Bericht präsentierten Umfrageexperimente wurden durch das Befragungsinstitut Respondi erhoben. Es handelt sich dabei um quotierte Zufallsstichproben – das heißt, die Stichprobe wurde so gewählt, dass sie der Bevölkerung Deutschlands hinsichtlich der Verteilung von Geschlecht, Bildungsniveau, Alter und Bundesland entspricht – aus dem Befragtenpool (sogenanntes *Online Access Panel*) des Instituts. Die Stichproben entsprechen in der Verteilung des Alters, des Geschlechts, des Bildungsabschlusses und des Bundeslandes anteilig der Bevölkerung Deutschlands bis 75 Jahre. Die Stichprobengröße variiert in Abhängigkeit von der Anzahl der in den Experimenten jeweils vorgelegten Informationen (*Treatments*). Die Experimental- und Kontrollgruppen werden nach dem Zufallsprinzip gebildet, sodass sie sich in der soziodemografischen Zusammensetzung nicht systematisch unterscheiden.

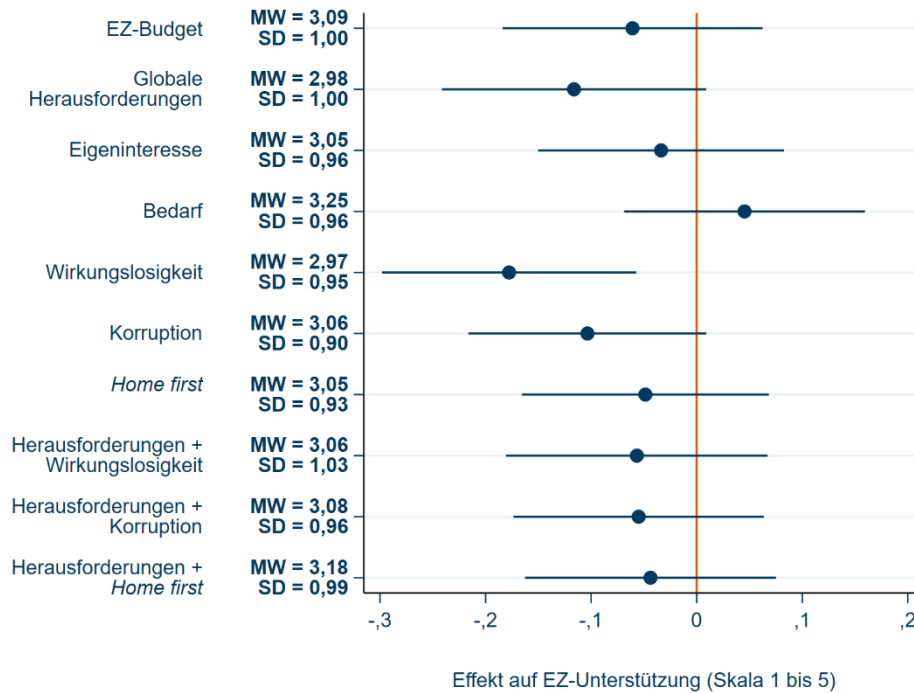
Da mehrere Umfrageexperimente in einer Befragung dazu führen können, dass sich die in den jeweiligen Experimenten präsentierten Informationen wechselseitig beeinflussen und es somit zu Verzerrungen kommen könnte (Gaines et al., 2007; Transue et al., 2009), wurden die Experimente jeweils in separaten Befragungen durchgeführt.

Die Ergebnisse der multivariaten Analyse in Abbildung 19 zeigen, dass die Unterstützung für EZ in der Gruppe, die Informationen zum Bedarf an EZ erhalten hat, am größten ist (MW: 3,09). Allerdings ist sie nicht signifikant höher als in der Kontrollgruppe. Die niedrigste Unterstützung zeigt sich in der Gruppe, die Informationen zur Wirkungslosigkeit von EZ erhalten hat (MW: 2,97; SD: 0,95). In dieser Gruppe ist die Unterstützung signifikant niedriger als in der Kontrollgruppe.³⁵ Etwas überraschend ist, dass die Information zu globalen Herausforderungen tendenziell einen negativen Effekt auf die Einstellung zu EZ hat, handelt es sich hierbei doch um ein Argument, das die Relevanz von EZ betont und somit die Unterstützung von EZ erhöhen sollte.³⁶ Die Betonung des Beitrags von EZ zur Bekämpfung des Klimawandels und der Ursachen für Fluchtbewegungen scheint eine nicht beabsichtigte negative Wirkung zu haben. Eine mögliche Begründung hierfür könnte sein, dass die Befragten den genannten Beitrag nicht der EZ zusprechen oder aber angesichts der angesprochenen Herausforderung mit Pessimismus oder Überforderung reagieren und daher geringere Unterstützung für die EZ äußern. Die Unterstützung aller anderen Gruppen für EZ liegt jeweils zwischen diesen beiden Gruppen und unterscheidet sich nicht signifikant von der Kontrollgruppe.

³⁵ Gleiches gilt für die Gruppe, die Informationen zu Korruption erhalten hat (MW: 3,06; SD: 0,90). Mit einem p-Wert von 0,104 wird das 10-Prozent-Signifikanzniveau jedoch knapp verfehlt. Der Unterschied wird nach gebräuchlichen Signifikanzniveaus also nicht mehr als signifikant beziehungsweise statistisch überzufällig angesehen.

³⁶ Der Unterschied zwischen Kontroll- und Experimentalgruppe ist im Fall der Gruppen „Korruption“ und „Globale Herausforderungen“ lediglich auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant und daher mit höherer statistischer Unsicherheit behaftet.

Abbildung 19 Wirkung von Haushaltsinformationen und Argumenten für und gegen EZ auf die generelle Unterstützung für EZ

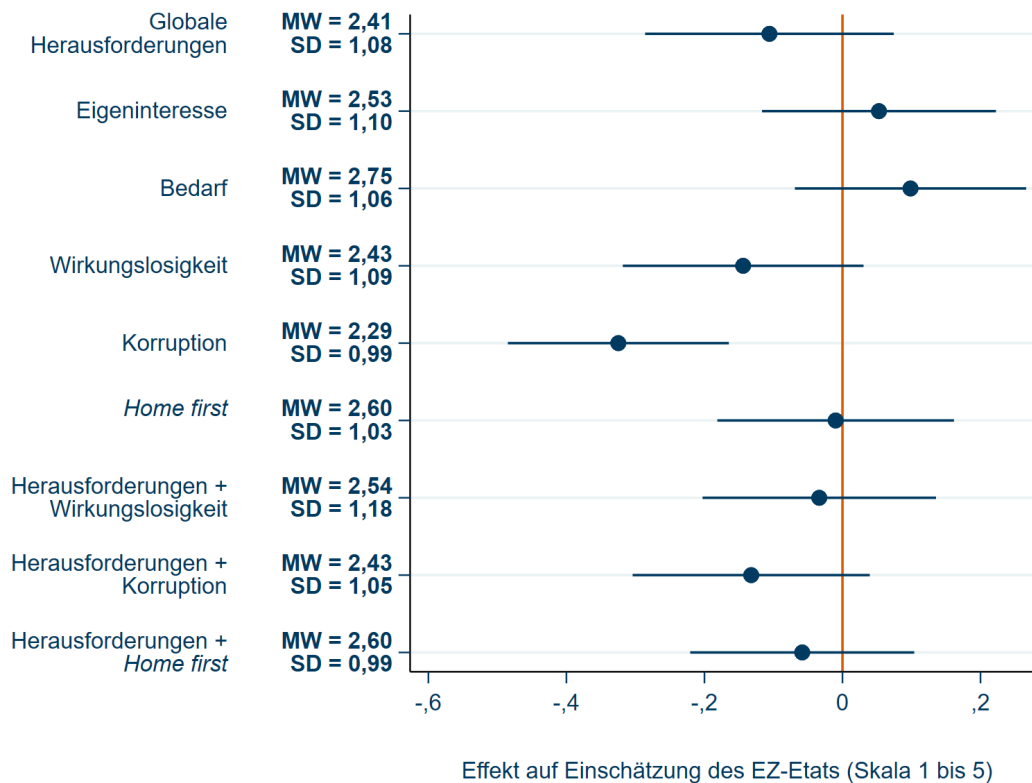


Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.09.2020. $N = 3.008$. Die Abbildung zeigt unstandardisierte Koeffizienten einer OLS-(Ordinary Least Squares-)Regression mit robusten Standardfehlern (Typ HC3) und 95-Prozent-Konfidenzintervallen. Abhängige Variable: Index Unterstützung der EZ (3 Items; Cronbach's Alpha = 0,77). Zusätzlich enthalten sind Alter, Bildung, Geschlecht, Unterstützung der EZ, Wirksamkeitseinschätzung der EZ, Interesse an EZ und politische Orientierung (Rechts-links-Skala). Durch fehlende Angaben der Befragten reduziert sich die Beobachtungszahl auf $N = 2.311$. MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalyse findet sich in Tabelle 12 im Onlineanhang.

3.1.1 Die Betonung von Korruptionsrisiken senkt die Zustimmung zum EZ-Etat im Bundeshaushalt

Die Befragten, die den Hinweis zum Etat für Entwicklungspolitik und gegebenenfalls ein begleitendes Argument erhalten hatten, wurden gefragt, ob der im Zeitungsartikelauszug genannte Etat verändert werden oder gleich bleiben soll.³⁷ Abbildung 20 zeigt, wie sich die Argumente für und gegen EZ auf die Bewertung des EZ-Etats auswirken. Als Vergleichsgruppe fungiert die Gruppe, die nur Informationen über den aktuellen EZ-Etat erhalten hat. Wieder zeigen die Ergebnisse, dass die Unterstützung für den aktuellen EZ-Etat in der Gruppe, die Informationen über den Bedarf an EZ erhalten hat, am größten ist (MW: 2,75; SD: 1,06). Die geringste Unterstützung zeigt sich in der Gruppe, die Informationen zu Korruption in Partnerländern (MW: 2,29; SD: 0,99) erhalten hat. Hier ist die Unterstützung für den aktuellen EZ-Etat im Vergleich zur Kontrollgruppe auch signifikant geringer (MW: 2,57; SD: 1,05).

³⁷ Dies hat zur Folge, dass für diese abhängige Variable keine echte Kontrollgruppe verfügbar ist, da die jeweiligen Befragten zumindest die Information zum Etat erhalten haben.

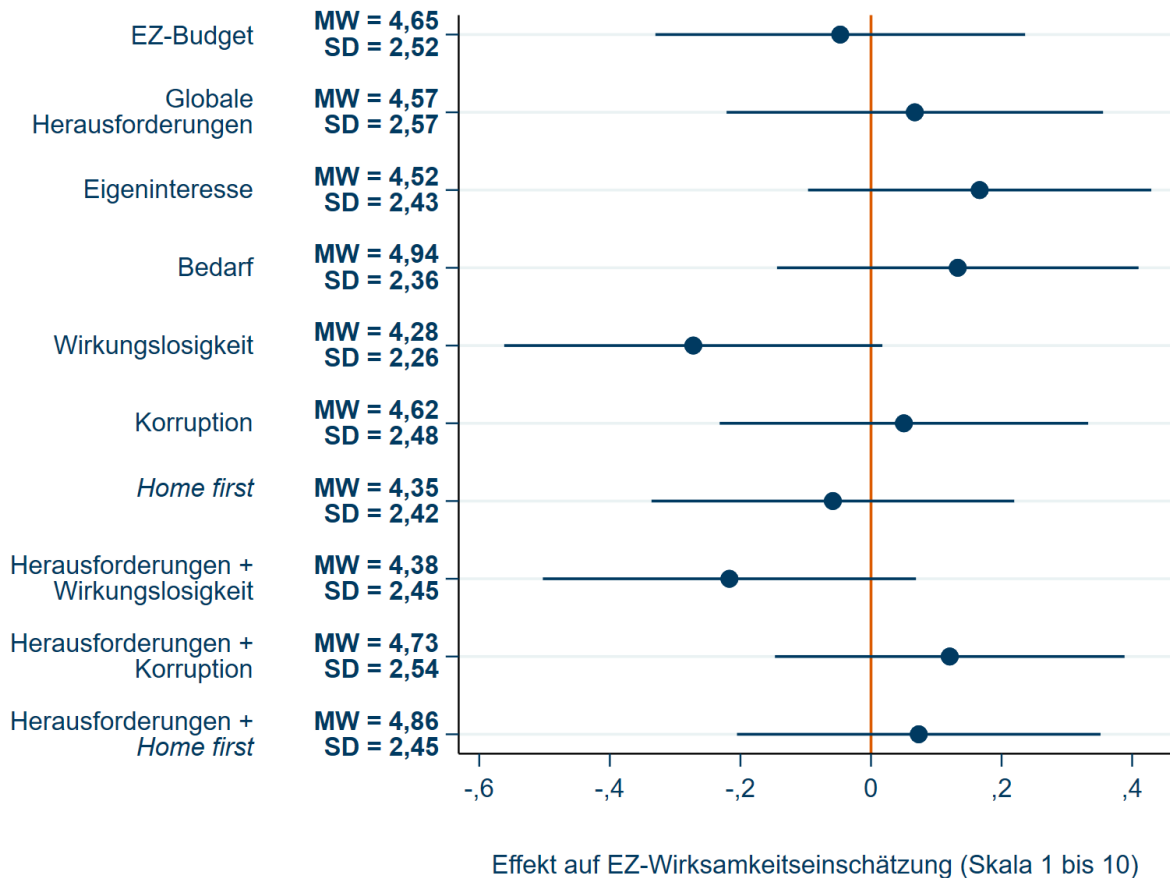
Abbildung 20 Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Zustimmung zum EZ-Etat

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.09.2020. $N = 3.008$. Die Abbildung zeigt eine Regressionsanalyse mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Abhängige Variable: Zustimmung zum Budget (5 Kategorien). Zusätzlich enthalten sind Alter, Bildung, Geschlecht, Unterstützung der EZ (vor dem Experiment), Wirksamkeitseinschätzung der EZ (vor dem Experiment), Interesse an EZ und politische Orientierung (Rechts-links-Skala). Durch fehlende Angaben der Befragten reduziert sich die Beobachtungszahl auf $N = 1.964$. MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalyse findet sich in Tabelle 11 im Onlineanhang.

Interessant ist, dass der negative Effekt des kombinierten Arguments „Herausforderungen + Korruption“ schwächer ausfällt als der ebenfalls negative Effekt des Einzelarguments „Korruption“; die multivariate Analyse zeigt, dass das kombinierte Argument – im Gegenteil zum Argument „Korruption“ – keinen signifikant negativen Effekt auf die Bewertung des EZ-Etats hat. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die negativen Argumente durch einen Verweis auf die Relevanz von EZ im Zusammenhang mit globalen Herausforderungen zumindest teilweise entkräftet werden können. Eine weitere multivariate Analyse bestätigt diese Vermutung (siehe rechte Spalte in *Tabelle 11 im Onlineanhang*). Die Ergebnisse zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen der Gruppe, die Informationen mit einer Thematisierung von Korruption erhalten hat und der Gruppe, die Informationen mit einer Thematisierung von Korruption gepaart mit einer Thematisierung globaler Herausforderungen erhalten hat. Folglich kann der negative Effekt durch die thematische Einbettung abgefedert werden.

3.1.2 Die Betonung von Wirkungsproblemen verringert die Wahrnehmung von EZ als wirksam

Neben ihrem direkten Effekt auf die Unterstützung von EZ können die genannten Argumente die Unterstützung von EZ auch indirekt beeinflussen, indem sie die Wahrnehmung der Wirksamkeit von EZ verändern. Diese ist wiederum ein entscheidender Faktor dafür, ob Personen EZ unterstützen (zum Beispiel Burkot und Wood, 2017; Schneider und Gleser, 2018, S. 27–30).

Abbildung 21 Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Wirksamkeitseinschätzung von EZ

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.9.2020. $N = 3.008$. Regressionsanalyse mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Abhängige Variable: Zustimmung zum Budget (5 Kategorien). Zusätzlich enthalten sind Alter, Bildung, Geschlecht, Unterstützung der EZ (vor dem Experiment), Wirksamkeitseinschätzung der EZ (vor dem Experiment), Interesse an EZ und politische Orientierung (Rechts-links-Skala). Durch fehlende Angaben der Befragten reduziert sich die Beobachtungszahl auf $N = 2.318$. MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalyse findet sich in Tabelle 13 im Onlineanhang.

Um zu erfassen, ob das Wirksamkeitsempfinden der Befragten durch die Informationen beeinflusst wird, sollten sie nach der Lektüre des Textes angeben, ob sie denken, dass die deutsche Regierung im Hinblick auf die Armut in armen Ländern etwas bewirken kann und wie effektiv ihrer Meinung nach im Großen und Ganzen die finanzielle Unterstützung der Regierung für Entwicklungshilfe ist. Hierzu wurde eine Skala von 0 („Sie kann überhaupt nichts bewirken“) bis 10 („Sie kann sehr vieles bewirken“) beziehungsweise von 0 („absolut unwirksam“) bis 10 („sehr wirksam“) verwendet. Beide Fragen wurden anschließend zu einem additiven und auf den Wertebereich 0 bis 10 skalierten Index zusammengefasst. Je stärker dieser Index ausgeprägt ist, desto höher wird die Wirksamkeit der EZ eingeschätzt.

Abbildung 21 stellt dar, inwieweit sich die Wirksamkeitseinschätzung zwischen den einzelnen Gruppen unterscheidet. Als Kontrollgruppe fungiert erneut die Gruppe, die keine Informationen erhalten hat. Die Ergebnisse zeigen, dass lediglich der Verweis auf die Wirkungslosigkeit der EZ mit einer geringeren Wirksamkeitseinschätzung einhergeht.³⁸ In allen anderen Gruppen zeigten sich in der Einschätzung keine Unterschiede zur Kontrollgruppe.

³⁸ Der Unterschied ist jedoch lediglich auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant und daher mit höherer statistischer Unsicherheit behaftet.

3.1.3 Besonders Personen mit geringer EZ-Unterstützung reagieren negativ auf EZ-kritische Argumente

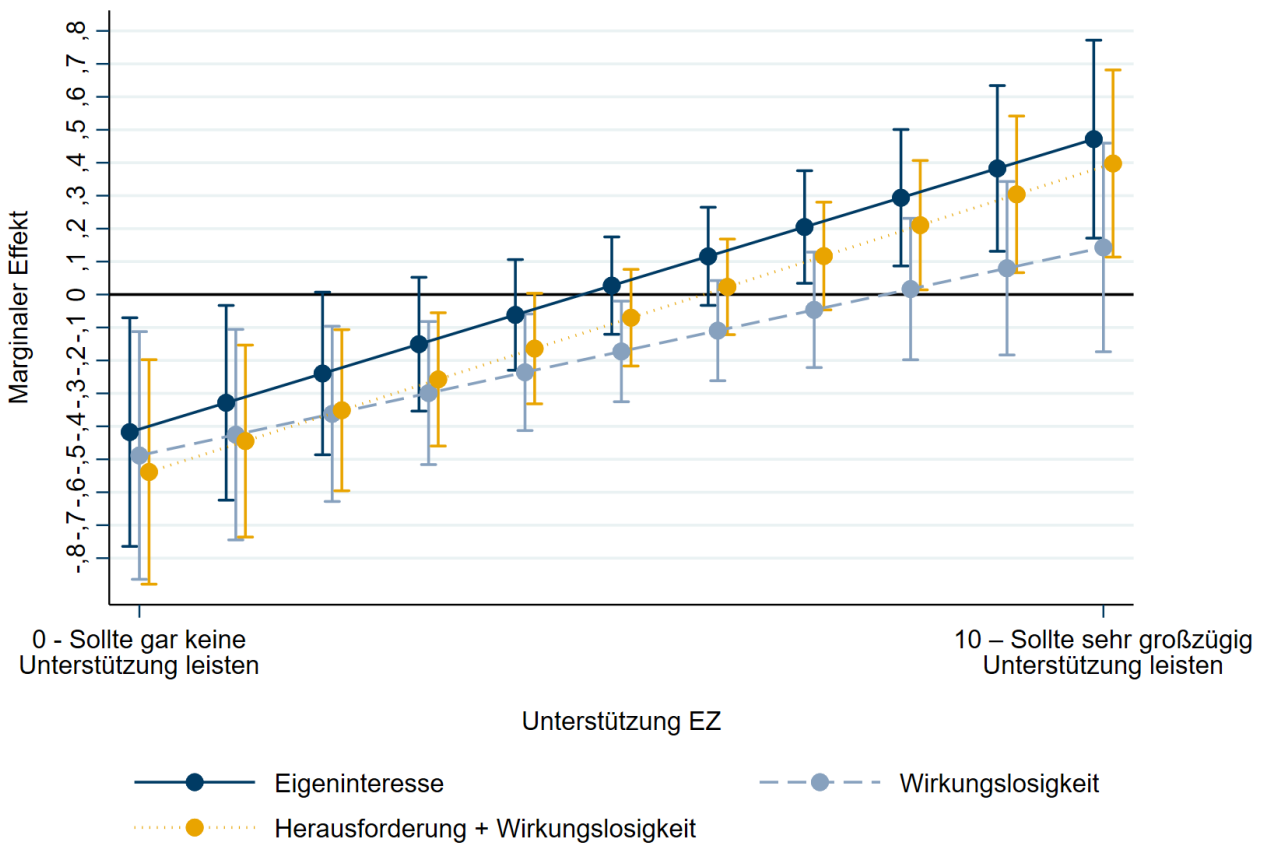
Inwieweit hängen die Effekte der genutzten Argumente auf die Zustimmung zum EZ-Etat von den generellen Einstellungen der Befragten zur EZ ab?³⁹ Abbildung 22 zeigt, dass Personen, die EZ grundsätzlich weniger unterstützen, negativ von den jeweiligen Informationen mit der Thematisierung von „Eigeninteresse“, „Wirkungslosigkeit“ und „Herausforderung + Wirkungslosigkeit“ beeinflusst werden.⁴⁰ Die Zustimmung zum EZ-Etat von Personen mit negativen EZ-Voreinstellungen wird also durch die jeweiligen Argumente stärker negativ beeinflusst als diejenige von Personen mit positiven EZ-Voreinstellungen. Das heißt, selbst das Argument, dass EZ auch im Eigeninteresse Deutschlands sei, wenn es um die Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel und Fluchtbewegungen geht, führt bei Personen, die der EZ grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, nicht zu höherer Unterstützung der EZ. Gleichzeitig veranschaulicht die Abbildung, dass diese negativen Effekte abnehmen, je größer die auf der horizontalen Achse abgetragene generelle Unterstützung für EZ ist. Bei „Eigeninteresse“ (dunkelblaue Punkte und Linie) und „Herausforderung + Wirkungslosigkeit“ (orangefarbene Punkte und Linie) zeigen die Daten sogar, dass der Effekt dieser Argumente positiv ist, wenn Personen gegenüber EZ generell positiv eingestellt sind.

Besonders das Ergebnis zur Wirkung der Themenkombination „Herausforderungen + Wirkungslosigkeit“ (orangefarbene Punkte und Linie in Abbildung 22) ist für entwicklungspolitische Akteure relevant. Es verdeutlicht, dass auch negative Argumente positiv aufgenommen werden können, wenn die Bedeutung der EZ bei der Bewältigung globaler Herausforderungen adäquat in den Kontext gestellt wird. Dies verwundert nicht, schließlich dürften Personen, die EZ generell unterstützen, auch zustimmen, dass sie zur Bewältigung globaler Herausforderungen beiträgt und dies auch dem Eigeninteresse Deutschlands dient, während sie Hinweise auf die Wirkungslosigkeit von EZ weniger stark gewichten. Zudem ist es möglich, dass sie eine gewisse Transparenz zu Herausforderungen und Fehlschlägen der EZ sogar schätzen.

³⁹ Diese sogenannten Moderatoren beziehungsweise Moderationsvariablen wurden vor dem eigentlichen Experiment abgefragt und wurden somit nicht durch die nach dem Zufallsprinzip vorgelegten Informationen beziehungsweise Argumente (*Treatments*) beeinflusst. Die Moderationsanalysen sind in den *Abschnitten 3.2.2 bis 3.2.4 im Onlineanhang* dokumentiert.

⁴⁰ Der Moderationseffekt für die Gruppe „Wirkungslosigkeit“ ist nur auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant und muss somit als unsicherer betrachtet werden.

Abbildung 22 Wirkung von Argumenten für und gegen EZ auf die Zustimmung zum EZ-Etat in Abhängigkeit von EZ-Unterstützung vor dem Experiment

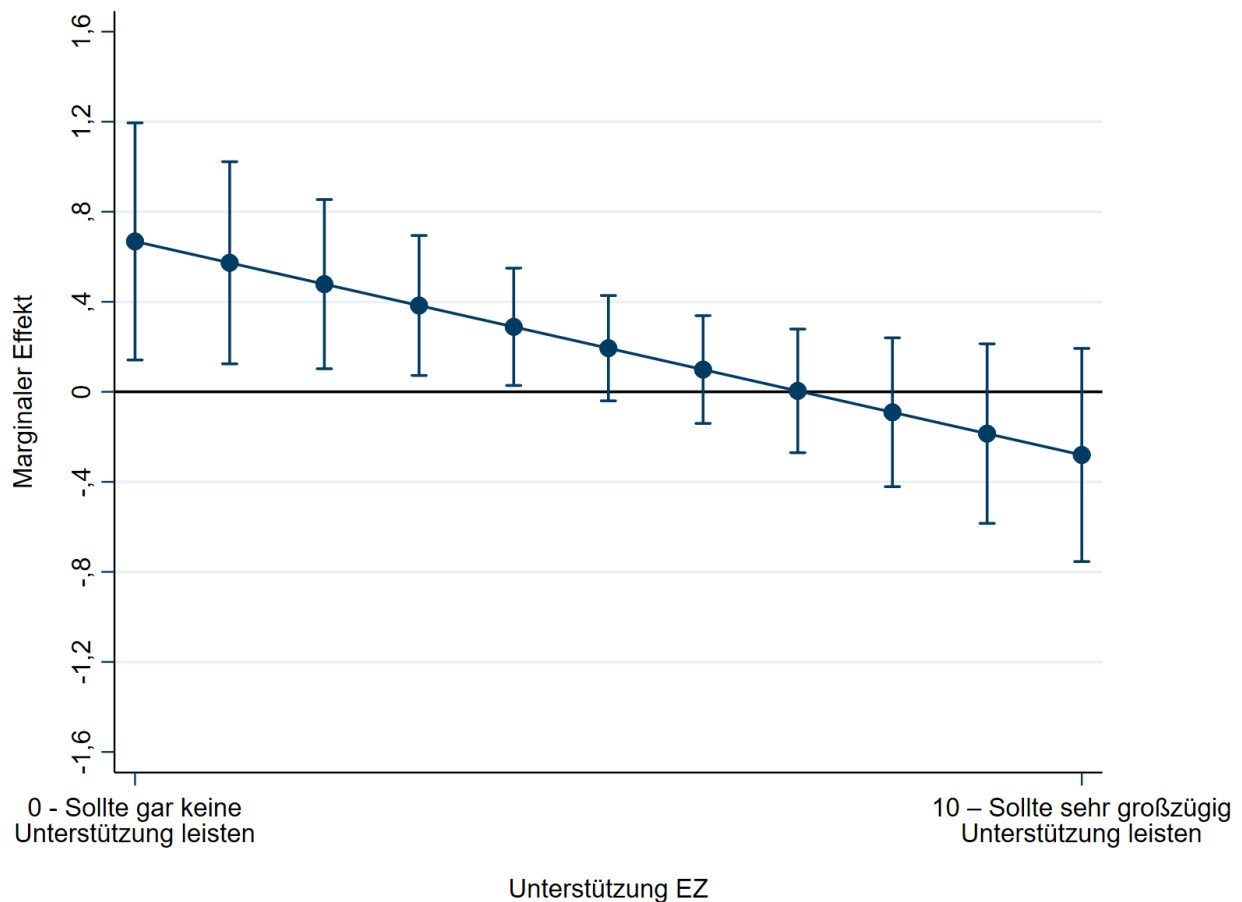


Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.09.2020. $N = 3.008$. Dargestellt sind die marginalen Effekte der Treatments auf die Zustimmung zum EZ-Etat im Bundeshaushalt (5 Antwortkategorien) über den Wertebereich des Moderators „Unterstützung EZ“ (Skala 0–10). Die Analysen nutzen dieselbe Modellspezifikation und enthalten dieselben Kontrollvariablen wie das Abbildung 20 zugrunde liegende Modell zur Ermittlung der durchschnittlichen Treatment-Effekte. Abgetragen sind nur Interaktionsterme, die auf mindestens einem Niveau von 10 Prozent statistisch signifikant sind.

Abbildung 23 zeigt darüber hinaus, dass auch der Effekt des Arguments „Bedarf“ auf die Wirksamkeitseinschätzung von EZ von den Voreinstellungen der Befragten abhängt: Personen, die EZ nicht oder nur wenig unterstützen, schätzen die Wirksamkeit der EZ höher ein, wenn sie darauf hingewiesen werden, dass diese nötig ist, da in den Partnerländern Hunger, Armut und Krankheiten vorherrschen. Bei Personen, die EZ moderat bis stark unterstützen, findet sich dieser Effekt nicht.⁴¹ Zu bedenken ist hierbei, dass es sich bei Letzteren um Personen handelt, die der EZ im Durchschnitt eine höhere Wirkung zuschreiben, während dies bei Personen mit geringer Unterstützung der EZ nicht der Fall ist. Durch Verweise auf den Bedarf könnte folglich die Wirksamkeitseinschätzung bei Personen mit geringer EZ-Unterstützung gesteigert werden.

⁴¹ Der Moderationseffekt erfüllt jedoch nur das 10-Prozent-Signifikanzniveau und ist daher mit größerer statistischer Unsicherheit behaftet.

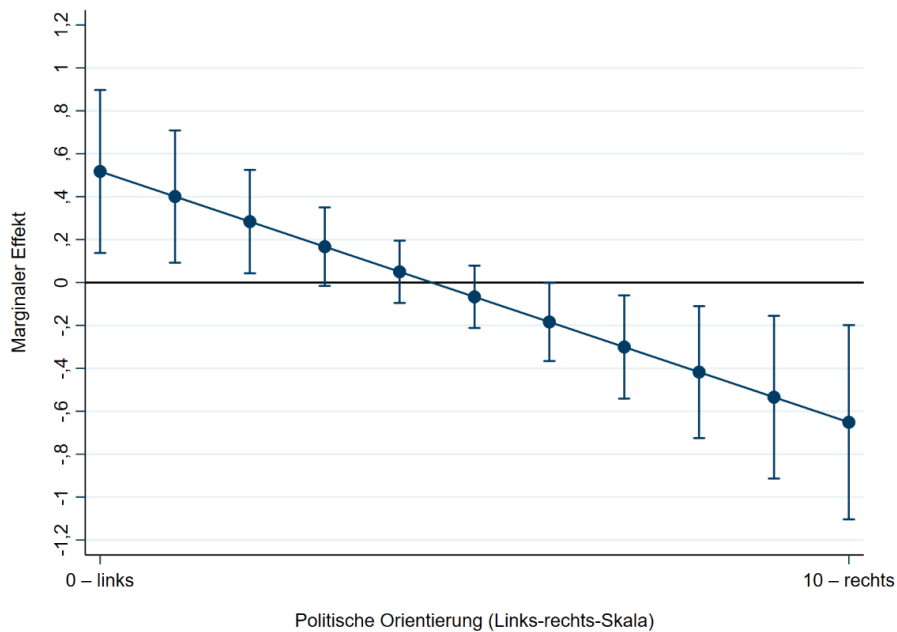
Abbildung 23 Wirkung des Arguments „Bedarf“ auf die Wirksamkeitseinschätzung von EZ in Abhängigkeit von EZ-Unterstützung vor dem Experiment



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 04.09.–10.09.2020. $N = 3.008$. Dargestellt sind die marginalen Effekte der Treatments auf die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ (Index 0 = „niedrige Wirksamkeit“ bis 10 = „hohe Wirksamkeit“) über den Wertebereich des Moderators „Unterstützung EZ“ (Skala 0–10). Die Analysen nutzen dieselbe Modellspezifikation und enthalten dieselben Kontrollvariablen wie das in Abbildung 21 zugrunde liegende Modell zur Ermittlung der durchschnittlichen Treatment-Effekte. Abgetragen sind nur Interaktionsterme, die auf mindestens einem Niveau von 10 Prozent statistisch signifikant sind.

Eine weitere Analyse zeigt, dass der Effekt der Argumente für und gegen EZ von der politischen Orientierung der Befragten auf der klassischen Links-rechts-Skala abhängt. Personen, die sich im politischen Spektrum eher links positionieren, unterstützen EZ sogar mehr, wenn sie Informationen zu „Herausforderungen + Wirkungslosigkeit“ erhalten, wie Abbildung 24 zeigt. Demgegenüber unterstützen Personen, die sich politisch eher rechts positionieren, EZ eher weniger, wenn sie diese Informationen erhalten haben. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die politische Orientierung beeinflusst, wie die angebotenen Informationen wahrgenommen werden (Jost et al., 2009). Während Personen aus dem linken Spektrum Werte wie Fairness und Gleichheit betonen und internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen begrüßen, könnten Personen aus dem rechten beziehungsweise konservativen Spektrum stärkeren Wert auf effiziente und sparsame Haushaltspolitik legen und dementsprechend den Hinweis auf Wirkungslosigkeit stärker gewichten.

Abbildung 24 Wirkung des Arguments „Herausforderungen + Wirkungslosigkeit“ auf die Zustimmung zum EZ-Etat in Abhängigkeit von politischer Orientierung



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.9.2020. $N = 3.008$. Dargestellt sind die marginalen Effekte der Treatments auf die Zustimmung zum EZ-Etat im Bundshaushalt über den Wertebereich des Moderators „politische Orientierung“ (Skala 0 = „links“ bis 10 = „rechts“).

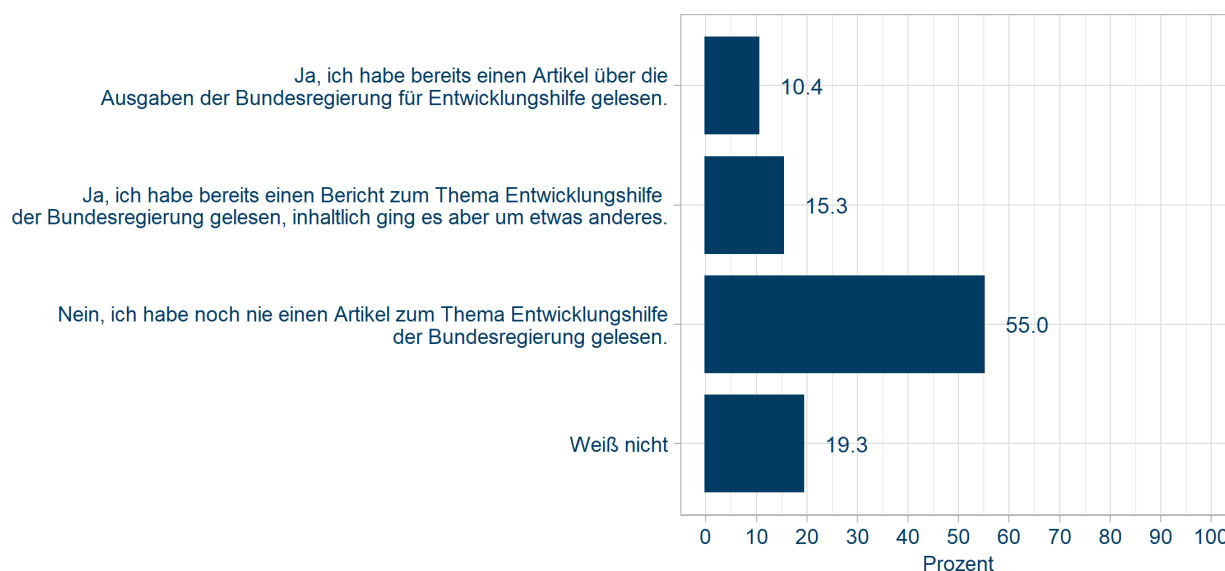
Darüber hinaus wurde analysiert, ob der Effekt der verschiedenen Argumente davon abhängt, wie hoch die Wirksamkeit der EZ eingeschätzt wird beziehungsweise wie stark das Interesse am Thema EZ ist. Hier sind jedoch keine statistisch signifikanten Zusammenhänge erkennbar. Es ist davon auszugehen, dass die Wirkung der Argumente nicht von diesen beiden Faktoren abhängt.

3.2 Exkurs: Anteil der Personen, die über die Medien mit dem Thema Entwicklungspolitik in Kontakt kommen

Um einordnen zu können, welche Wirkung die mediale Berichterstattung hat, ist neben der Wirkung der dargestellten Argumente entscheidend, ob die Befragten überhaupt über die Medien mit dem Themenfeld Entwicklungspolitik in Berührung kommen. Abbildung 25 stellt dar, wie viele der Befragten in der Vergangenheit bereits einen Artikel zum Entwicklungs-Etat gelesen haben.⁴² Rund 25 Prozent aller Befragten gaben an, einen Artikel zum Thema Entwicklungshilfe gelesen zu haben; bei 10 Prozent aller Befragten ging es dabei auch um die Ausgaben der Bundesregierung für Entwicklungshilfe. 55 Prozent der Befragten haben im Gegensatz dazu nach eigener Auskunft noch nie bewusst einen Zeitungsartikel zum Thema gelesen, knapp 19 Prozent wissen es nicht. Dies steht in Einklang mit den Ergebnissen aus Kapitel 2, die zeigen, dass das Angebot an Zeitungsartikeln mit Bezug zu Entwicklungspolitik und EZ in Relation zur Gesamtzahl der veröffentlichten Artikel gering ausfällt. Es dürfte demnach eher selten der Fall sein, dass die Bürger*innen zufällig auf einen solchen Beitrag stoßen.

Welche Faktoren damit zusammenhängen, ob in der Vergangenheit bereits ein Artikel zum EZ-Etat oder zur EZ generell gelesen wurde, wird im Folgenden beschrieben.

⁴² Details zu dieser Analyse finden sich in *Abschnitt 3.3 im Onlineanhang*. Die Teilnehmenden, die EZ-bezogene Informationen oder ein Argument erhielten, wurden gefragt, ob sie bereits einen ähnlichen Artikel wie den vorgelegten gelesen haben. Die Befragten in der Kontrollgruppe, die keinen Artikel mit Informationen beziehungsweise einem EZ-bezogenen Argument erhielten, wurden direkt ohne Verweis auf eine Stelle im Frageverlauf danach gefragt, ob sie bereits einen Artikel zum EZ-Etat im Bundshaushalt oder zumindest zu EZ gelesen haben.

Abbildung 25 Anteil der Befragten, die bereits einen Artikel zum Themenfeld EZ gelesen haben

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 04.09. – 10.09.2020. N = 3.008.

Eine multivariate Zusammenhangsanalyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, bereits einen Artikel zu EZ gelesen zu haben, mit dem Interesse am Thema steigt.⁴³ Dies überrascht wenig, macht jedoch deutlich, dass EZ-bezogene Inhalte vor allem bei denen ankommen, die sich für das Thema interessieren. Etwas weitergehend interpretiert, könnte dies darauf hindeuten, dass sowohl EZ-kritische als auch EZ-befürwortende Argumente vor allem jene erreichen, die ohnehin einen Bezug zum Thema haben. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, bereits einen Artikel zum Thema gelesen zu haben, bei Personen, die sich weit links oder weit rechts auf der politischen Links-rechts-Skala verorten, höher als bei Personen, die sich nach eigenen Angaben im politischen Mittelfeld befinden. Auch deuten die Daten darauf hin, dass besonders Personen, die entweder EZ stark unterstützen oder diese ablehnen, bereits einen solchen oder ähnlichen Artikel gelesen haben. Zusammengefasst deuten die Befunde zur politischen Orientierung und Unterstützung der EZ darauf hin, dass eher Personen mit ausgeprägter Meinung zur EZ über Zeitungen vermittelte EZ-bezogene Informationen aufnehmen. Des Weiteren zeigt die Analyse, dass die Wahrscheinlichkeit, einen EZ-bezogenen Artikel gelesen zu haben, unter Personen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen größer ist. Unter Berücksichtigung aller weiteren Faktoren geben Frauen – im Vergleich zu Männern – seltener an, bereits einen entsprechenden Artikel gelesen zu haben.

3.3 Zusammenfassung

Medien dürften für die meisten Menschen in Deutschland und in anderen EZ-Geberstaaten der wichtigste Kontaktpunkt zu entwicklungspolitisch relevanten Inhalten sein – auch wenn der Anteil der Berichterstattung mit direktem Bezug zu EZ gering ausfällt (siehe Kapitel 2 sowie Schneider et al., 2019). Trotz der geringen Präsenz von entwicklungspolitischen Inhalten in traditionellen Medien stellt sich die Frage, ob die Berichterstattung – beziehungsweise darin enthaltene Argumente für und gegen EZ – die öffentliche Meinung beeinflussen kann. Zu bedenken ist zudem, dass die in diesem Kapitel untersuchten Argumente den Bürger*innen

⁴³ Hierfür wurde eine logistische Regression berechnet, deren abhängige Variable eine Dummy-Variable ist, die den Wert 1 annimmt, wenn die Person bereits einen Artikel zum Etat der Entwicklungspolitik oder EZ allgemein gelesen hat. Hat sie dies nicht oder hat sie die Option „weiß nicht“ gewählt, erhält die Variable den Wert 0. Als unabhängige Variablen wurden Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Interesse an EZ, politische Orientierung (Links-rechts-Skala) und Unterstützung der EZ in die Analyse aufgenommen. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse nicht kausal interpretiert werden dürfen, es handelt sich lediglich um statistische Zusammenhänge. Die Regressionsanalyse findet sich in [Tabelle 30 im Onlineanhang](#).

unabhängig von Medienberichten auch in anderen Kontexten begegnen könnten, zum Beispiel in der Kommunikation mit politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen, dass hauptsächlich Argumente gegen die EZ auf die Einstellung der Bevölkerung zur EZ wirken. So können Argumente bezüglich Korruption oder mangelnder Wirksamkeit der EZ die Zustimmung der Bürger*innen, aber auch ihre Einschätzung zur Wirksamkeit von EZ senken. Diese negativen Effekte sind allerdings nicht umstandslos auf die gesamte Bevölkerung übertragbar. Besonders Personen, die EZ unterstützen, reagieren schwächer auf kritische Argumente hinsichtlich der EZ-Wirksamkeit. Ihre Unterstützung für die EZ sinkt also durch den Kontakt mit solchen Argumenten kaum. Kritische Argumente, die beispielsweise Korruption in den Vordergrund rücken, können ferner dadurch abgeschwächt werden, dass sie in den Kontext gestellt werden. Dies kann gelingen, indem die generelle Relevanz der EZ für die Bewältigung globaler Herausforderungen – etwa Klimawandel und Fluchtbewegungen – betont wird.

Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass Argumente, die die Wirksamkeit und Relevanz von EZ betonen, die Einstellung zum Themenfeld nicht oder nur wenig beeinflussen. In diesem Punkt unterscheiden sich die Ergebnisse klar von vorherigen Studien, die positiven Argumenten eine positive Wirkung zuschreiben (Hurst et al., 2017).⁴⁴ Somit zeigen die Ergebnisse, dass es in Deutschland nur schwer möglich ist, die Bevölkerung mit Hilfe von „Pro“-Argumenten von der EZ zu überzeugen. Dies gilt zumindest für die in diesem Experiment getesteten Argumente.

Für die entwicklungspolitische Kommunikation deuten die vorliegenden Ergebnisse auf ein Spannungsfeld hin: Aufgabe der entwicklungspolitischen Kommunikation ist es, der Bevölkerung transparente Informationen über die EZ zur Verfügung zu stellen und deren Zielsetzungen und Wirkungen, aber auch Misserfolge und Herausforderungen zu thematisieren. Eine transparente Kommunikation über Herausforderungen und Fehlschläge – zum Beispiel im Hinblick auf Korruption in den Partnerländern oder auf die Wirksamkeit von EZ – könnte allerdings bei manchen Bevölkerungsgruppen zu einer sinkenden Unterstützung für EZ führen. Bürger*innen mit positiver Einstellung zu EZ sind davon nicht oder kaum betroffen. Umgekehrt implizieren die Befunde, dass Argumente, die auf die Bedeutung der EZ und auf den Bedarf in Entwicklungsländern hinweisen, die Bevölkerung kaum überzeugen können. Allerdings weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die negative Wirkung, die Hinweise auf Korruption oder auf die Wirkungslosigkeit der EZ entfalten können, möglicherweise zumindest abgefedert werden können, wenn auf die Relevanz der EZ bei der Bewältigung globaler Herausforderungen verwiesen wird. Ebenso legen die Ergebnisse nahe, dass Personen mit geringer Unterstützung für die EZ durch die Betonung des Bedarfs in den Partnerländern zu einer positiveren Einschätzung der EZ-Wirksamkeit gelangen.

Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass die Studie keine Aussage darüber trifft, welche Wirkung es hat, wenn Personen wiederkehrend mit Argumenten konfrontiert werden. Ebenso wurde nicht untersucht, welche Rolle die Quelle der Information spielt. Beispielsweise könnte es einen Unterschied machen, ob sich Politiker*innen, Wissenschaftler*innen oder Vertreter*innen einer NGO für oder gegen die EZ aussprechen.⁴⁵ Ob und inwiefern sich unter diesen Umständen eine Einstellungsänderung ergeben würde, kann aus den vorliegenden Informationen nicht geschlussfolgert werden; diese Fragestellung muss als Aufgabe zukünftiger Forschung betrachtet werden.

⁴⁴ Hurst et al. (2017) verwenden zwei unterschiedliche Vorgehensweisen: In einem Szenario präsentieren sie ein Argument, in einem weiteren das Argument mit Untermauerung durch Daten (zum Beispiel in Form von Statistiken). Dabei zeigt sich, dass Argumente nur dann eine Wirkung entfalten, wenn sie mit Daten untermauert werden.

⁴⁵ Zu Faktoren, die die Wirkung von Informationen wie beispielsweise medial vermittelter Argumente beeinflussen, siehe zum Beispiel die Überblicksartikel von Chong und Druckman (2007) und Wood (2000).

4. WELCHE WIRKUNG HABEN
INFORMATIONEN ÜBER DIE
WIRKSAMKEIT VON EZ AUF
DIE EINSTELLUNG
GEGENÜBER DER EZ?

Kasten 9 Zentrale Ergebnisse Kapitel 4

- Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten können dazu beitragen, dass die Bevölkerung solche Projekte positiver bewertet. Informationen zu Outputs und Outcomes scheinen dabei wichtiger zu sein als Informationen zu Inputs.
- Für die Einschätzung der allgemeinen Wirksamkeit von EZ deuten die Ergebnisse darauf hin, dass jegliche Informationen zu EZ-Projekten zu einer höheren Wirksamkeitseinschätzung beitragen können.
- Auf die EZ-Unterstützung wirken sich Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes nicht aus.
- Informationen zu Zielgruppen und Wirkungen bewerten die Bürger*innen als besonders relevant für die Bewertung eines EZ-Projekts.

Wenngleich die Bevölkerung in zahlreichen Befragungen und Studien große Unterstützung für EZ zeigt, sind Zweifel an der Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen weit verbreitet (zum Beispiel Eurobarometer, 2019; Riddell, 2007, Kapitel 7; Schneider und Gleser, 2018). Im Sommer 2017 schätzten rund 25 Prozent der Bevölkerung die EZ als unwirksam ein (Schneider und Gleser, 2018, S. 28). Demgegenüber stehen lediglich 10 Prozent der Bevölkerung, die EZ explizit als wirksam einstufen. Hinzu kommen Befürchtungen, dass ein großer Teil der EZ-Mittel durch Korruption in den Partnerländern verloren geht. Gleichzeitig zeigt sich ein statistischer Zusammenhang zwischen der subjektiven Einschätzung der EZ-Wirksamkeit und der Unterstützung für EZ (Burkot und Wood, 2017; Schneider und Gleser, 2018, S. 28–30). Je höher die Zweifel an der Wirksamkeit von EZ, desto geringer die Unterstützung für EZ. Daher hat bereits der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 geschlussfolgert, dass die weit verbreitete Unterstützung für EZ auf einem unsicheren Fundament stehe und die bestehenden Zweifel durch eine transparente Kommunikation angegangen werden müssten.

Innerhalb der Diskussion zur EZ spielt das Thema Wirksamkeit (Stichwort: *aid effectiveness*) seit den 1990er-Jahren ebenfalls eine wichtige Rolle (Riddell, 2007). Die OECD-Konferenzen (OECD High Level Fora on Aid Effectiveness) von Rom (2002), Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011) sind die prominentesten Beispiele für das Problembewusstsein und die hohe Priorisierung der Wirksamkeitsthematik. Auch Korruptionsbekämpfung stellt in der EZ ein Dauerthema dar; es steht spätestens seit der Verabschiedung der UN-Konvention gegen Korruption (United Nations Convention against Corruption, UNCAC) im Jahre 2003 auf der internationalen Agenda und spiegelt sich ebenfalls in den aus den zuvor genannten Konferenzen entstandenen Erklärungen zur Steigerung der Wirksamkeit der EZ wider. Beiden Themen wurde auch im Rahmen des Reformprozesses „BMZ 2030“ eine hohe Priorität eingeräumt (BMZ, 2020a). So gibt es im BMZ inzwischen eine eigene Unterabteilung „Daten und Wirksamkeit“, und Korruptionsprävention wurde als eines der zentralen Qualitätsmerkmale der deutschen EZ definiert.

Kritik an der EZ setzt oftmals an deren Wirksamkeit an (Riddell, 2007, S. 165–166). Es überrascht deshalb kaum, dass sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche EZ-Akteure bemüht sind, der Öffentlichkeit Informationen über die Wirksamkeit von EZ-Maßnahmen bereitzustellen (siehe Bodem-Schrötgens und Becker, 2020; Da Costa, 2009). Beispielhaft sei die 2019 initiierte und vom BMZ geförderte Kampagne „Entwicklung wirkt“ erwähnt, für die sich verschiedene NGOs zusammengeschlossen haben, um der Bevölkerung Deutschlands mit Unterstützung von Prominenten das Thema „*aid effectiveness*“ näherzubringen und Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit von EZ zu reduzieren.⁴⁶

Ähnlich wie in anderen Politikfeldern und Bereichen von Staat und Zivilgesellschaft (dazu zum Beispiel Grimmelikhuijsen, 2012; Meijer et al., 2012) soll mit Informationen zu aufgewendeten Mitteln (Inputs), durchgeführten Maßnahmen (Outputs) und erzielten Wirkungen (Outcomes) Transparenz geschaffen und das Vertrauen der Bevölkerung in die EZ sowie ihre Unterstützung für diese gesteigert werden. Für Hilfsorganisationen kommt als Motiv das Fundraising über Spenden hinzu (Bodem-Schrötgens und Becker, 2020). Politikwissenschaftlich betrachtet ist der grundlegende Gedanke dabei, durch die Darstellung von Wirksamkeit Informationsasymmetrien zwischen Akteuren (Staat, NGOs) und Öffentlichkeit zu reduzieren und so Unsicherheit über

⁴⁶ Für weitere Informationen zur Kampagne „Entwicklung wirkt“ siehe www.entwicklung-wirkt.de (letzter Zugriff: 2. September 2020).

die Leistungen der handelnden Akteure abzubauen (Bodem-Schrötgens und Becker, 2020, S. 319). Vor allem bei Spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen dürfte es für die meisten Spender*innen entscheidend sein, dass mit den eigenen Spenden auch konkrete Wirkungen verbunden sind (Bekkers und Wiepking, 2011). Aber auch im staatlichen Bereich dürfte seitens der Steuerzahler*innen die Erwartung vorherrschen, dass steuerfinanzierte Maßnahmen wirksam sein sollten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Bevölkerung auf Informationen zur Wirksamkeit von EZ reagiert. Der Einfluss entsprechender Informationen ist bisher noch wenig erforscht. Hurst et al. (2017) beobachteten in einem Online-Experiment diesbezüglich zwar einen positiven Effekt auf die EZ-Unterstützung, jedoch ist dieser Effekt statistisch nicht signifikant. Auch wurde in dieser Studie nicht zwischen Inputs, Outputs und Outcomes von EZ-Maßnahmen differenziert. Für die USA und das Vereinigte Königreich deuten Studien auf einen positiven Effekt hin, wenn betont wird, wie gering der Anteil von EZ-Mitteln an den Staatsausgaben – eine hochaggregierte Darstellung des Inputs – ist (Gilens, 2001; Hurst et al., 2017; Scotto et al., 2017).⁴⁷ In diesem Fall wurden die Aufwendungen jedoch nicht in Bezug zu konkreten Wirkungen von EZ gesetzt.

Zum Spendenverhalten gibt es mehr Untersuchungen. Hier lautet der generelle Befund experimenteller Studien, dass wirksamkeitsbezogene Informationen die Spendenbereitschaft und -tätigkeit erhöhen (Bekkers und Wiepking, 2011). Dabei erhöhen sowohl Informationen zu Outcomes als auch solche zu Impacts die Spendentätigkeit signifikant; bei Output-Informationen ist dies nicht der Fall (Bodem-Schrötgens und Becker, 2020).⁴⁸

4.1 Die Wirkung von Wirksamkeitsinformationen – ein Umfrageexperiment

Um die skizzierte Forschungslücke zu verkleinern, wurde ein weiteres Online-Umfrageexperiment (siehe dazu auch Kasten 7 in Kapitel 3) durchgeführt. Dabei erhielten rund 4.000 Personen, die nach dem Zufallsprinzip in etwa gleich große Gruppen von rund 250 Befragten eingeteilt worden waren, jeweils Informationen zu Input, Output oder Outcomes eines EZ-Projekts beziehungsweise Kombinationen dieser Indikatoren (Feldzeit: 28.07. bis 11.08.2020). Bei den Informationen über Inputs handelte es sich zwar nicht um klassische Wirkungsindikatoren, sie verdeutlichten jedoch die Relevanz beziehungsweise das Potenzial eines Projekts. Zudem sind inputbezogene Informationen wichtig, um Transparenz zu entwicklungspolitischen Maßnahmen zu schaffen. Für das Befragungsexperiment wurden reale Projektbeschreibungen der KfW Entwicklungsbank genutzt (siehe KfW Entwicklungsbank, 2017, 2018). Um die Vergleichbarkeit sicherzustellen, wurden Projekte aus dem gleichen regionalen Kontext (Ostafrika) ausgewählt. Zur Überprüfung von Effekten des thematisierten EZ-Sektors wurde ein Projekt aus dem Bereich Bildung und eines aus dem Bereich Gesundheit herangezogen. Damit der Informationsgehalt und die Verständlichkeit in etwa gleich ausfallen, wurden die Projektbeschreibungen geringfügig angepasst und gekürzt. In Tabelle 4 sind die Informationen dargestellt, die den Befragten im Experiment vorgelegt wurden.

⁴⁷ In einer australischen Stichprobe findet sich dieser Effekt nicht (Wood, 2018).

⁴⁸ Die Autorinnen schreiben dazu: "Outputs refer to immediate effects, outcomes reflect the intermediate effects, and impacts describe the long-term, intended and unintended effects of a program on beneficiaries and overall society" (Bodem-Schrötgens und Becker, 2020, S. 317).

Tabelle 4 Experimentalgruppen zur Wirkung von Informationen zur Wirksamkeit von EZ

EZ-Sektor des Projekts	Bildung	Gesundheit
Kontrollgruppe	Erhält weder Projektbeschreibung noch experimentell variierte Informationen.	
Projektbeschreibung	<p><i>Lesen Sie bitte in Ruhe den folgenden Bericht über ein Projekt der deutschen Entwicklungshilfe. Wir werden Ihnen anschließend dazu Fragen stellen.</i></p> <p>Die Bundesregierung finanziert ein Entwicklungshilfe-Projekt in Kenia. Das Projekt unterstützt das Schulwesen in zwei kenianischen Flüchtlingslagern. Die Kinder in den Lagern leiden unter den Folgen ihrer Flucht und der schwierigen Lebensbedingungen in den Lagern. Das Projekt soll ihnen die Möglichkeit einer Grundbildung sowie eines geregelten Tagesablaufs bieten. Das Projekt wird von der KfW-Entwicklungsbank als Teil der sogenannten Finanziellen Zusammenarbeit mit Kenia finanziert.</p>	<p><i>Lesen Sie bitte in Ruhe den folgenden Bericht über ein Projekt der deutschen Entwicklungshilfe. Wir werden Ihnen anschließend dazu Fragen stellen.</i></p> <p>Die Bundesregierung finanziert ein Entwicklungshilfe-Projekt in Tansania. Das Projekt unterstützt die Direktgesundheitsversorgung in einer ländlichen Region in Tansania. Ziel des Projekts ist es, zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung von rd. 1 Mio. überwiegend ärmerer Menschen im Süden Tansanias beizutragen. Das Projekt wird von der KfW-Entwicklungsbank als Teil der sogenannten Finanziellen Zusammenarbeit mit Tansania finanziert.</p>
Input	Über die KfW-Entwicklungsbank beteiligt sich Deutschland mit rund 1 Million Euro an dem Projekt.	Über die KfW-Entwicklungsbank beteiligt sich Deutschland mit rund 1,7 Millionen Euro an dem Projekt.
Output	In diesem Vorhaben wurden über 100.000 verschiedene Lernmaterialien, wie Lehrbücher und Übungshefte, sowie ca. 10.000 Schuluniformen und 300 Schließfächer beschafft und verteilt.	In diesem Vorhaben wurden bauliche Maßnahmen an vier Krankenhäusern und 23 Gesundheitseinrichtungen durchgeführt. Außerdem wurden der Bau und die Renovierung von 19 Personalhäusern und die Beschaffung von Medikamenten bei finanziellen Engpässen und Notsituationen finanziert.
Outcome	Das Vorhaben hat dazu beigetragen, dass die Schulabschlussrate in den kenianischen Flüchtlingslagern auf 84 % gestiegen ist. Diese Schulabschlussrate ist höher als die durchschnittliche Schulabschlussrate in Kenia.	Die durchschnittliche Nutzungsrate in den Gesundheitseinrichtungen ist um 34 % gestiegen. Die Bettenbelegungsrate in den Distriktkrankenhäusern konnte ebenfalls um 16% gesteigert werden und auch die Qualität der Gesundheitsdienste konnte deutlich verbessert werden.
Input + Output	[Input] + [Output]	[Input] + [Output]
Output + Outcome	[Output] + [Outcome]	[Output] + [Outcome]
Input + Outcome	[Input] + [Outcome]	[Input] + [Outcome]
Input + Output + Outcome	[Input] + [Output] + [Outcome]	[Input] + [Output] + [Outcome]

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Materialien der KfW Entwicklungsbank (2017, 2018).

Anschließend wurden die Befragten nach

1. der Wirksamkeit des beschriebenen Projekts;
2. ihrer Unterstützung für die staatliche EZ sowie
3. ihrer Einschätzung der Wirksamkeit von EZ insgesamt gefragt.

Die Effekte der zufällig variierten Informationen auf diese drei Merkmale werden im Folgenden analysiert.

Am Ende des Fragebogens wurden die Befragten gebeten zu benennen, welche Informationen sie für die Beurteilung von EZ-Projekten als wichtig erachten, unabhängig davon, ob sie ein Projekt bewerten sollten oder nicht.

4.1.1 Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes führen zu einer besseren Bewertung des beschriebenen Projekts

In der Gesamtstichprobe wird die Wirkung des beschriebenen Projekts unabhängig von der vorgelegten Information positiv bewertet. Mit einem Mittelwert von 6,56 und einer Standardabweichung von 2,35 wird das beschriebene Projekt im Durchschnitt aller Befragten als eher positiv wahrgenommen.

Unter den Befragten, die ein Projekt aus dem Sektor Bildung vorgelegt bekamen, weisen die Gruppen „Outcome“, „Output + Outcome“, „Input + Outcome“ sowie „Input + Output + Outcome“ statistisch signifikante positive Unterschiede zur Kontrollgruppe, die lediglich die kurze Projektbeschreibung las, auf (Abbildung 26, linke Grafik).⁴⁹ Das bedeutet, dass diese Gruppen das beschriebene Projekt positiver bewerteten. Die übrigen drei Gruppen – „Input“, „Output“ und „Input + Output“ – unterscheiden sich hingegen nicht signifikant von der Kontrollgruppe.

Unter den Befragten, die Informationen zu einem Projekt aus dem Gesundheitssektor erhielten, weichen bis auf die Gruppe „Input“ alle Gruppen positiv von der Kontrollgruppe „nur Projektbeschreibung“ ab (Abbildung 26, rechte Grafik).⁵⁰ Auffällig ist im Vergleich zum Bildungsprojekt, dass der Faktor „Output“ einen positiven Effekt hat. Dieser Unterschied könnte darauf zurückzuführen sein, dass die im Gesundheitsbereich kommunizierten Outputs (der Bau von Krankenhäusern) als relevanter wahrgenommen werden als die im Bildungsbereich kommunizierten Outputs (Bereitstellung von Lernmaterialien und Schuluniformen).

Die Wirkung der Informationen zu „Input“, „Output“ und „Outcome“ hängt dabei nur teilweise mit dem Interesse am Themenfeld EZ zusammen. Die *Treatment-Effekte* variieren lediglich im Bildungsprojekt in Abhängigkeit vom Interesse der Befragten an EZ. Vier der insgesamt sieben Moderationseffekte sind negativ und statistisch signifikant (siehe *Tabelle 44 im Onlineanhang*).⁵¹ Dies deutet darauf hin, dass sich die vorgelegten Informationen bei Personen, die sich stärker für EZ interessieren, schwächer auf die Projektbewertung auswirken.

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen der Wirkung der Informationen und dem subjektiven EZ-bezogenen Wissen der Befragten. Die Ergebnisse zeigen, dass im Bildungsprojekt die Wirkung von Informationen zu „Outcome“ sowie zu „Output + Outcome“ von dem subjektiv geschätzten Wissen der Befragten abhängt. Bei Personen, die ihr Wissen eher hoch einschätzen, ist der Effekt signifikant geringer als bei Personen mit eher niedrigem Wissen (siehe *Tabelle 43 im Onlineanhang*).⁵²

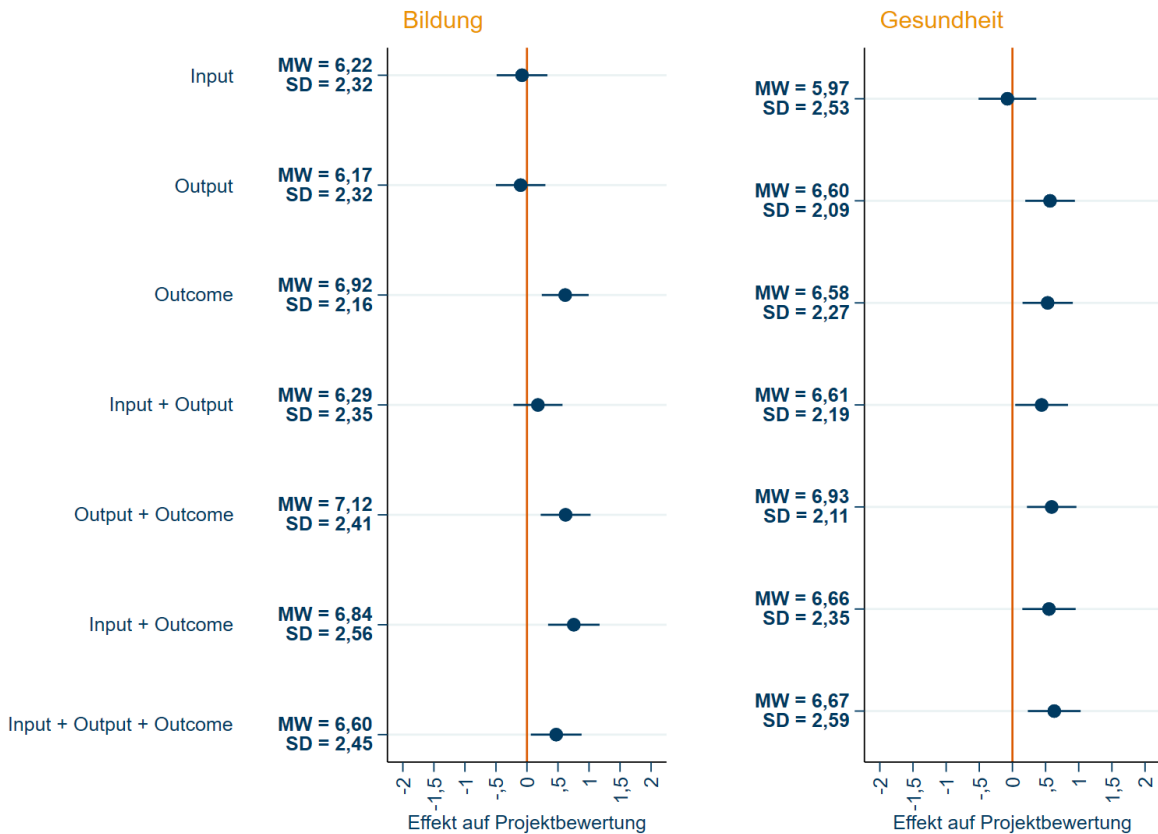
⁴⁹ Alle Unterschiede sind mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Mit einem Unterschied von circa 0,5 Punkten oder mehr auf der Skala von 0 bis 10 sind diese Unterschiede auch inhaltlich bedeutsam.

⁵⁰ Bis auf die Gruppe „Input“ sind dabei alle Unterschiede auch auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Mit einer Größe zwischen etwa 0,45 und 0,60 sind diese Unterschiede in der Bewertung auch substantiell bedeutsam.

⁵¹ Konkret sind dies die Gruppen „Input“ ($p < 0,05$), „Outcome“ ($p < 0,05$), „Output + Outcome“ ($p < 0,1$) und „Input + Output + Outcome“ ($p < 0,001$). Im Gesundheitsprojekt sind ebenfalls alle Koeffizienten negativ, allerdings erfüllt nur der Interaktionsterm für die Gruppe „Output + Outcome“ das 10-Prozent-Signifikanzniveau.

⁵² Die beiden Interaktionsterme zwischen den genannten Gruppen und dem subjektiven Wissen über EZ sind jeweils auf 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Die übrigen Interaktionsterme sind ebenfalls alle negativ, was auf schwächere Effekte der Informationen mit steigendem Wissen hindeutet. Jedoch sind diese Moderationseffekte nicht signifikant. Im Gesundheitsprojekt sind mit Ausnahme von „Input + Output“ ebenfalls alle Koeffizienten negativ und nicht signifikant.

Abbildung 26 Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die Projektbewertung



Quelle: eigene Darstellung. ResponDi-Befragung im Zeitraum 28.07 – 11.08.2020. $N = 4.268$. OLS-Regression mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Abhängige Variable: additiver Index, der 5 Aussagen zur Einschätzung des Projekts (Relevanz, Effektivität, Impact, Effizienz, Nachhaltigkeit) zusammenfasst und auf den Wertebereich 0–10 skaliert wurde (Cronbach’s Alpha: 0,93). Das Modell enthält zusätzlich folgende Kontrollvariablen: politische Orientierung (Links-rechts-Skala), Vertrauen in die Bundesregierung, Unterstützung EZ (vor dem Experiment erhoben), Wirksamkeitseinschätzung EZ (vor dem Experiment erhoben), subjektive Einschätzung des Wissens über EZ, Interesse am Thema EZ, Bildung, Geschlecht und Alter. Abgetragen sind die unstandardisierten Treatment-Effekte der Experimentalgruppen im Vergleich zur Gruppe, die lediglich die Projektbeschreibung ohne weitere Informationen zu „Input“, „Output“ und „Outcome“ erhalten hat (95-Prozent-Konfidenzintervalle). MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalyse findet sich in Tabelle 38 im Onlineanhang.

Die politische Orientierung auf der Links-rechts-Skala, das Vertrauen in die Bundesregierung, die vor dem Experiment erhobene Unterstützung für EZ und die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ spielen hingegen keine systematische Rolle.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Bereitstellung projektspezifischer Informationen die Bewertung des jeweiligen Projekts verbessern kann. Nun stellt sich die Frage, ob die vermittelten Informationen auch die generelle Einschätzung zur Wirksamkeit der EZ beeinflussen.

4.1.2 Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes führen zu einer besseren Einschätzung der Wirksamkeit von EZ

Die Wirksamkeit der EZ wird im Mittel über alle Gruppen hinweg als durchschnittlich beurteilt (Mittelwert 5,15; Standardabweichung 2,52). Die Ergebnisse zeigen, dass die Wirksamkeitseinschätzung von EZ in allen Gruppen, die Informationen zu einem Projekt aus dem Bildungssektor erhalten hatten, signifikant positiver ausfällt als in der Kontrollgruppe, die keine Informationen erhielt (Abbildung 27).⁵³ Besonders sticht dabei hervor, dass sich die Gruppe, der lediglich eine Projektbeschreibung vorgelegt wurde, nicht sonderlich von den Gruppen unterscheidet, die Details zu Input („Wie viel Geld wurde aufgewendet?“), Output („Welche Maßnahmen wurden durchgeführt?“) und Outcomes („Welche Wirkungen wurden erzielt?“) erhalten haben. Das gleiche Bild zeigt sich für die Gruppen, die Informationen zu einem Gesundheitsprojekt erhalten haben. Auch hier ist die Wirksamkeitseinschätzung in allen Gruppen, die Informationen zu „Input“, „Output“ oder „Outcome“ erhalten haben, signifikant positiver als in der Kontrollgruppe. Die Unterschiede sind im Durchschnitt sogar etwas größer als im Bildungsprojekt (Abbildung 27, rechte Grafik).⁵⁴

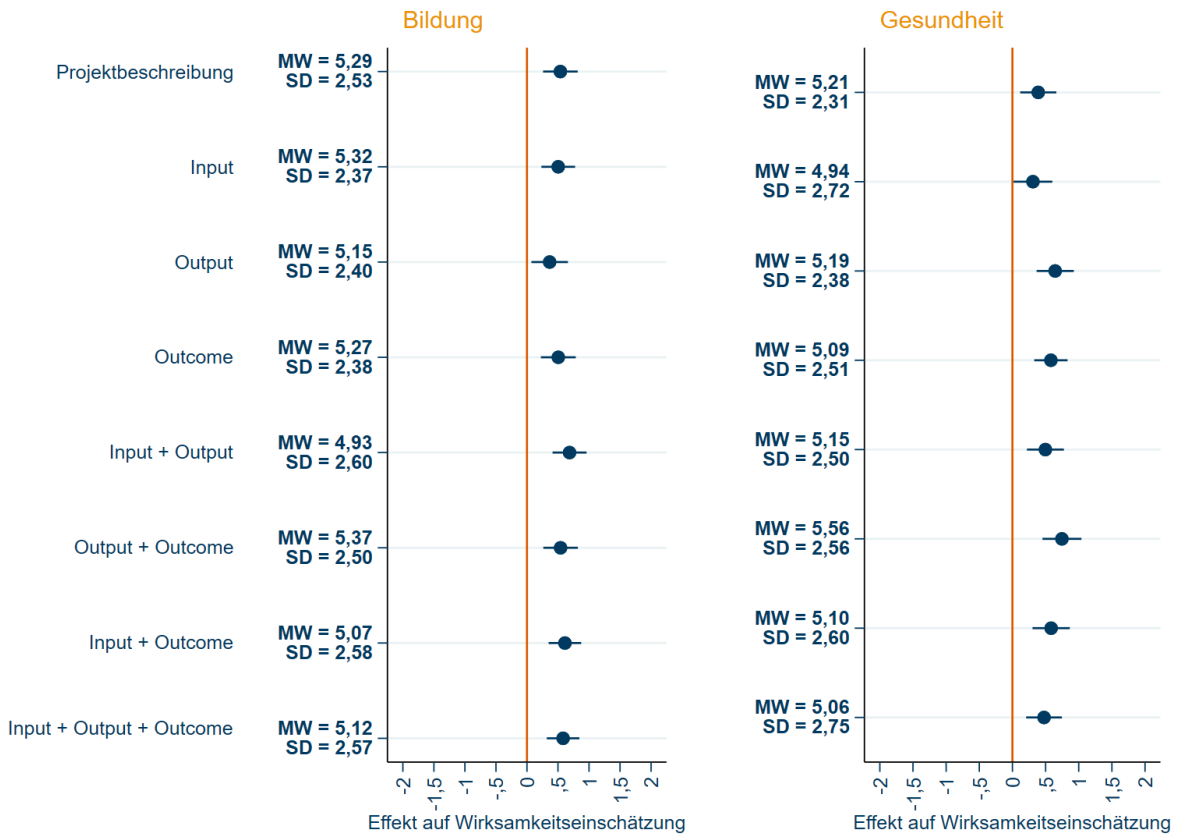
Für die Einschätzung der Wirksamkeit der EZ wiederholt sich bei der Moderationsanalyse das Muster, das bereits für die Projektbewertung gefunden wurde: Auch hier hängt die Wirkung der Informationen zum Gesundheitsprojekt vom subjektiv eingeschätzten Wissen der Befragten ab. Personen, die ihr subjektives Wissen über EZ als hoch einstufen, reagieren tendenziell signifikant schwächer auf die Informationen zum Gesundheitsprojekt. Fünf der insgesamt acht Moderationseffekte sind statistisch signifikant.⁵⁵ Für das Bildungsprojekt lässt sich diese Tendenz ebenfalls erkennen, auch hier hängt die Wirkung der Informationen vom subjektiv eingeschätzten Wissen der Befragten ab. In diesem Fall sind jedoch nur zwei der Moderationseffekte signifikant.⁵⁶ Für die politische Orientierung (Links-rechts-Skala), das Vertrauen in die Bundesregierung, die vor dem Experiment abgefragte Unterstützung der EZ sowie das Interesse am Thema EZ lassen sich keine Moderationseffekte feststellen (siehe *Tabellen 46 bis 51 im Onlineanhang*).

⁵³ Die Koeffizienten bewegen sich zwischen 0,5 und 0,7 und sind mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Einzig die Gruppe „Output“ weist mit 0,37 einen etwas geringeren Unterschied auf. Letzteres könnte wiederum darauf zurückzuführen sein, dass die Outputs im Bildungsprojekt (Lernmaterialien, Schuluniformen) als weniger relevant wahrgenommen werden als die Outputs im Gesundheitsprojekt.

⁵⁴ Die Koeffizienten haben in der Regel Werte zwischen 0,50 und 0,75, sie fallen lediglich für „Nur Projektbeschreibung“ und „Input“ mit einem Wert von 0,39 beziehungsweise 0,31 etwas geringer aus. Alle Unterschiede erfüllen mindestens ein Signifikanzniveau von 5 Prozent.

⁵⁵ Konkret sind dies die Gruppen „Nur Projektbeschreibung“ ($p < 0,1$), „Output“ ($p < 0,05$), „Outcome“ ($p < 0,05$), „Output + Outcome“ ($p < 0,05$) sowie „Input + Outcome“ ($p < 0,1$). Alle Koeffizienten der Interaktionsterme zwischen Treatment-Gruppen und subjektivem Wissen über EZ zur Erfassung der Moderationsterme sind negativ.

⁵⁶ Konkret sind dies die Gruppen „Outcome“ ($p < 0,05$) und „Output + Outcome“ ($p < 0,05$). Bis auf die Gruppe „Input + Output + Outcome“ (Koeffizient: 0,00) sind darüber hinaus alle Koeffizienten der Interaktionsterme zwischen Treatment-Gruppen und subjektivem Wissen über EZ zur Erfassung der Moderationsterme negativ.

Abbildung 27 Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ

Quelle: eigene Darstellung. ResponDi-Befragung im Zeitraum 28.07. – 11.08.2020. $N = 4.268$. OLS-Regression mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Abhängige Variable: additiver Index, der zwei Aussagen zur Einschätzung der EZ-Wirksamkeit zusammenfasst und auf den Wertebereich 0–10 skaliert wurde (Pearson-Korrelation: 0,81). Das Modell enthält zusätzlich folgende Kontrollvariablen: politische Orientierung (Links-rechts-Skala), Vertrauen in die Bundesregierung, Unterstützung EZ (vor dem Experiment erhoben), Wirksamkeitseinschätzung EZ (vor dem Experiment erhoben), subjektive Einschätzung des Wissens über EZ, Interesse am Thema EZ, Bildung, Geschlecht und Alter. Abgetragen sind die unstandardisierten Treatment-Effekte der Experimentalgruppen im Vergleich zur Gruppe, die keine Information zu einem EZ-Projekt erhalten hat (95-Prozent-Konfidenzintervalle). MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalysen finden sich in Tabelle 45 im Onlineanhang.

4.1.3 Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes haben keine relevanten Effekte auf die EZ-Unterstützung

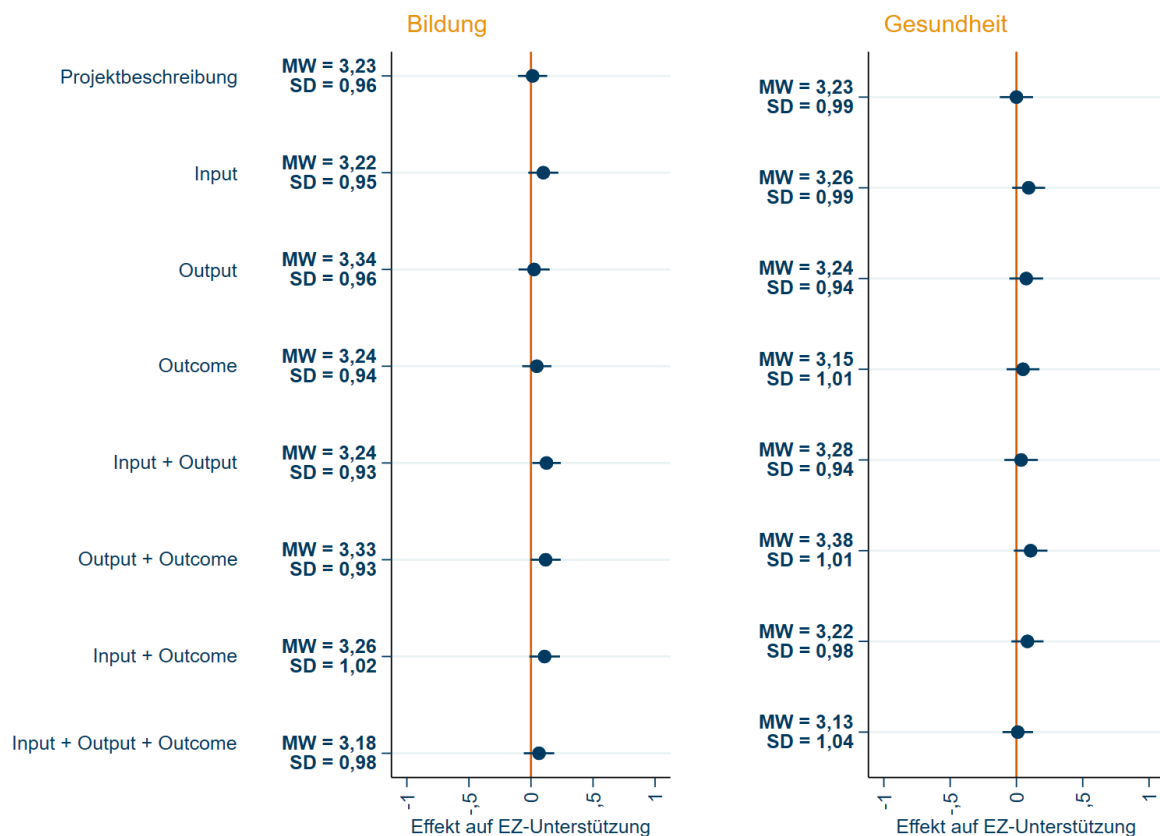
An die Fragen nach den Effekten der vorgelegten Informationen auf die direkte Projektbewertung sowie die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ schließt die Frage an, ob sich die Informationen zu „Input“, „Output“ und „Outcome“ auch in der allgemeinen (projektunabhängigen) EZ-Unterstützung der Befragten widerspiegeln. Die Unterstützung der EZ fällt in der untersuchten Stichprobe mit einem Mittelwert von 3,25 und einer Standardabweichung von 0,97 mittelmäßig aus (Skala von 1 = „niedrig“ bis 5 = „hoch“).

Wie Abbildung 28 zeigt, haben für das Bildungsprojekt lediglich vorgelegte Informationen zu „Input + Output“, „Output + Outcome“ sowie „Input + Outcome“ signifikant positive Effekte auf die generelle Unterstützung der EZ. Das heißt, die Unterstützung fällt in diesen Gruppen im Vergleich zur Kontrollgruppe, die weder eine Projektbeschreibung noch Informationen zu Input, Output oder Outcome erhalten hat, höher aus (Abbildung 28,

linke Grafik).⁵⁷ Die Unterschiede sind jedoch nur schwach. Für das Gesundheitsprojekt weist nur die Gruppe „Output + Outcome“ einen signifikant positiven Unterschied zur Kontrollgruppe auf (Abbildung 28, rechte Grafik).⁵⁸ Die übrigen Informationen haben keinen signifikanten Effekt auf die EZ-Unterstützung. Insgesamt deuten die Daten nicht darauf hin, dass die vorgelegten Informationen die Unterstützung der EZ in der Bevölkerung substantiell erhöhen.

Auch für die EZ-Unterstützung wurde anschließend geprüft, ob die Wirkung der im Experiment gebotenen Informationen mit einschlägigen Einflussfaktoren auf die Einstellung zur EZ variiert. Die Analysen ergaben allerdings keine systematischen Muster (siehe *Tabellen 53 bis 58 im Onlineanhang*).

Abbildung 28 Effekte der Wirksamkeitsinformationen auf die EZ-Unterstützung



Quelle: eigene Darstellung. Respondi-Befragung im Zeitraum 28.07. – 11.08.2020. N = 4.268. OLS-Regression mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Abhängige Variable: additiver Index, der drei Aussagen zur Unterstützung der EZ zusammenfasst und auf den Wertebereich 1–5 skaliert wurde (Cronbach’s Alpha 0,76). Das Modell enthält zusätzlich folgende Kontrollvariablen: politische Orientierung (Links-rechts-Skala), Vertrauen in die Bundesregierung, Unterstützung EZ (vor dem Experiment erhoben), Wirksamkeitseinschätzung EZ (vor dem Experiment erhoben), subjektive Einschätzung des Wissens über EZ, Interesse am Thema EZ, Bildung, Geschlecht und Alter. Abgetragen sind die unstandardisierten Treatment-Effekte der Experimentalgruppen im Vergleich zur Gruppe, die keine Information zu einem EZ-Projekt erhalten hat (95-Prozent-Konfidenzintervalle). MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung. Die Regressionsanalysen finden sich in Tabelle 52 im Onlineanhang.

⁵⁷ Der Unterschied für die Gruppe, die für das Bildungsprojekt Informationen zu „Input + Output“ erhalten hat, erfüllt das 5-Prozent-Signifikanzniveau, die Unterschiede für die Gruppen „Output + Outcome“ und „Input + Outcome“ zumindest das 10-Prozent-Niveau.

⁵⁸ Lediglich der Unterschied für die Gruppe „Output + Outcome“ ist für das Gesundheitsprojekt auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

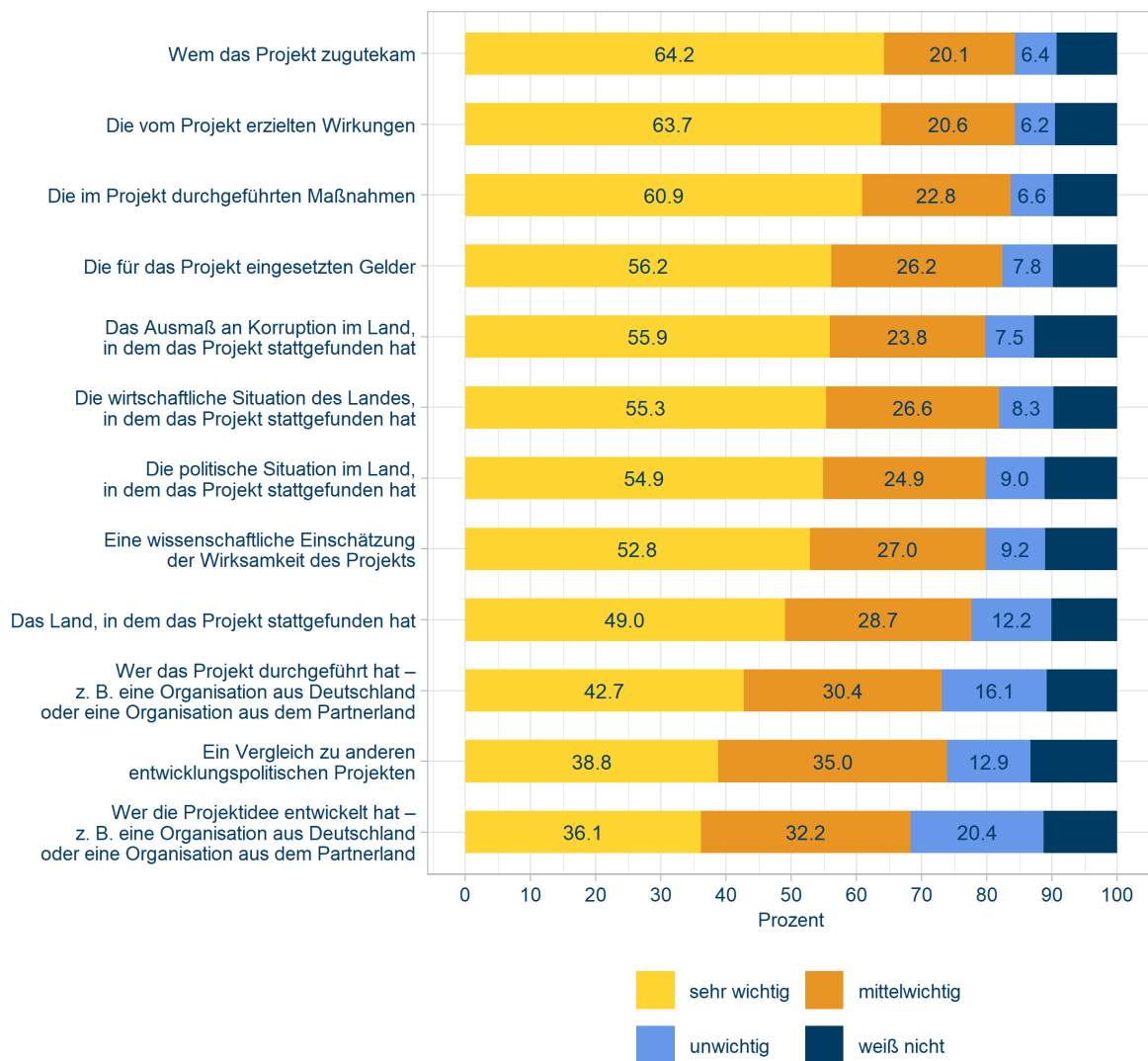
4.2 Relevanz von Informationen zu EZ-Projekten

An die Frage nach den Effekten verschiedener Informationen zum Aufwand und zur Wirkung von EZ-Projekten schließt die Frage an, welche Informationen die Bürger*innen als wichtig erachten, um entwicklungspolitische Projekte beurteilen zu können. Ihnen wurde dazu folgende Frage gestellt: „Wenn Sie über das Projekt sowie Ihre Bewertung nachdenken: Wie wichtig sind die folgenden Informationen für Ihre Bewertung? Auf der Skala von 0 bis 10 bedeutet 0 ‚überhaupt nicht wichtig‘ und 10 ‚sehr wichtig‘.“⁵⁹ Abbildung 29 gibt einen Überblick. Aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit wurde die Antwortskala in drei Gruppen eingeteilt. Ein erster Blick auf die abgetragenen Anteilswerte verdeutlicht, dass keine Information mehrheitlich als unwichtig eingestuft wird (hellblaue Balken).

Am wichtigsten wurde eingestuft, wem das Projekt zugutekam und welche Wirkungen durch das Projekt erzielt wurden (jeweils 65 Prozent der Befragten antworteten hier mit „sehr wichtig“). Auf diese Kriterien folgen mit circa 61 Prozent Informationen zu den im Projekt durchgeführten Maßnahmen. Die für das Projekt eingesetzten Gelder und das Ausmaß der Korruption im Partnerland wurden von jeweils etwa 56 Prozent der Befragten in die Kategorie „sehr wichtig“ eingestuft. Als weniger wichtig wurden hingegen Informationen über die Organisationen gesehen, die die Projektidee entwickelt und das Projekt durchgeführt haben (36 beziehungsweise 43 Prozent „sehr wichtig“). Auch ein Vergleich zu anderen entwicklungspolitischen Projekten ist am unteren Ende der Rangfolge platziert (39 Prozent „sehr wichtig“). Dazwischen rangieren eine wissenschaftliche Einschätzung der Wirksamkeit des Projekts sowie weitere Informationen zum Land, in dem ein Projekt durchgeführt wurde und zur dortigen politischen und wirtschaftlichen Situation.

⁵⁹ Den Befragten in der Kontrollgruppe, die weder eine Projektbeschreibung noch Informationen zu Input, Output und Outcome erhielten, wurde folgende alternative Version der Frage präsentiert: „Wenn Sie über Projekte in der Entwicklungshilfe nachdenken: Wie wichtig sind die folgenden Informationen für Ihre Bewertung dieser Projekte? Auf der Skala von 0 bis 10 bedeutet 0 ‚überhaupt nicht wichtig‘ und 10 ‚sehr wichtig‘.“

Abbildung 29 Relevanz der Informationen zu EZ-Projekten für die Befragten



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 28.07. – 11.08.2020. N = 4.268. Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wurde die Antwortskala (0 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 10 = „sehr wichtig“) in „unwichtig“ (0–3), „mittelwichtig“ (4–6) und „sehr wichtig“ (7–10) recodiert. Für Details siehe Abschnitt 4.3 im Onlineanhang.

4.3 Zusammenfassung

Aufgrund bestehender Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit von EZ-Maßnahmen stehen EZ-Akteure vor der Frage, wie die Wirkungen der EZ an die Bevölkerung vermittelt werden können beziehungsweise wie die Bürger*innen auf Informationen zur Wirksamkeit von EZ reagieren. Mittels eines Umfrageexperiments wurde deshalb untersucht, wie sich Informationen zu Input („Wie viel Geld wurde für ein Projekt aufgewendet?“), Outputs („Welche konkreten Maßnahmen wurden in einem Projekt umgesetzt?“) und Outcomes („Welche Wirkungen hat ein Projekt erzielt?“) von EZ-Projekten auf deren Bewertung, auf die Einschätzung der EZ-Wirksamkeit und auf die Unterstützung der EZ auswirken. Zusätzlich wurde in der Umfrage danach gefragt, welche Informationen zu EZ-Projekten den Bürger*innen wichtig sind.

Die Ergebnisse des Experiments haben Folgendes gezeigt:

1. Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten (Outputs und Outcomes) und Informationen über die finanziellen Aufwendungen (Inputs) führen dazu, dass die Befragten das beschriebene Projekt besser bewerten. Outputs und Outcomes spielen hierfür eine wichtigere Rolle als Inputs.
2. Jegliche vorgelegte Information zu Inputs, Outputs und Outcomes führt dazu, dass die Wirksamkeit von EZ positiver eingeschätzt wird.
3. Es finden sich kaum positive beziehungsweise nur sehr geringe Effekte dieser Wirkungen auf die generelle Unterstützung der EZ. Diese dürfte stärker durch grundsätzlichere Faktoren wie etwa die politische Orientierung, Wertorientierungen, moralische Überzeugungen oder aber langfristige Veränderungen in der Wirksamkeitswahrnehmung von EZ beeinflusst werden (Hudson und van Heerde-Hudson, 2012; Milner und Tingley, 2013, siehe auch Kapitel 5 in diesem Bericht). Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Wirksamkeitseinschätzung in einem positiven Zusammenhang mit der Unterstützung der EZ steht: Je wirksamer die EZ wahrgenommen wird, desto stärker ist auch die generelle Unterstützung für EZ (siehe Burkot und Wood, 2017; Schneider und Gleser, 2018, S. 27–30). Das heißt, die Informationen zur Wirksamkeit der EZ-Projekte könnten die Unterstützung auch indirekt beeinflussen, indem sie zu einer positiveren Einschätzung von EZ-Projekten beziehungsweise der EZ-Wirksamkeit führen.

Analog dazu legt die Bevölkerung am meisten Wert auf Informationen zu den Begünstigten und den Wirkungen von EZ-Projekten. Dies stützt die gegenwärtige Praxis bei der Kommunikation von EZ-Wirkungen. Die Ergebnisse zeigen ebenfalls, dass auch die reine Kommunikation von Aufwendungen (Inputs) zumindest keinen negativen Effekt auf die Bewertung von Projekten hat. Für die Einschätzung der Wirksamkeit von EZ lassen sich für diesen Fall sogar positive Effekte beobachten. Informationen zu den Organisationen, die diese Projekte planen und durchführen, werden als weniger wichtig eingestuft.⁶⁰

Bei allen Bemühungen, Informationen über die Wirksamkeit der EZ zu vermitteln und Transparenz zu diesem Handlungsfeld zu schaffen, sollte nicht vergessen werden: Es darf nicht grundsätzlich von einem positiven Zusammenhang zwischen der Bereitstellung von Informationen und einer positiven Wahrnehmung der EZ ausgegangen werden (Hudson und van Heerde-Hudson, 2012, S. 18). So ist nicht auszuschließen, dass Transparenz in Teilen der Bevölkerung eher Misstrauen weckt, insbesondere, wenn in der Kommunikationsarbeit auch Fehlschläge der EZ oder Herausforderungen durch Korruption oder schwache staatliche Strukturen in den Partnerländern thematisiert werden (siehe dazu auch Kapitel 3 und 6 in diesem Bericht). Im vorliegenden Kapitel wurde die Wirkung solch kritischer beziehungsweise negativer Informationen über EZ-Projekte jedoch nicht untersucht.

⁶⁰ Eine Studie aus Großbritannien weist allerdings in eine andere Richtung: Erfahrene Bürger*innen, dass die britische Regierung für ein Projekt verantwortlich ist, haben sie zum einen eher den Eindruck, dass das Geld für ein Projekt sinnvoll ausgegeben wurde als in Fällen, in denen andere Organisationen als Projektverantwortliche auftreten (Dietrich et al., 2019). Auch zeigen Bürger*innen mit konservativer politischer Orientierung in diesem Fall eine höhere Unterstützung für EZ. Dieses sogenannte *aid branding* zeigt, dass Informationen zu den durchführenden Organisationen nicht unterschätzt werden sollten.

5. WIE WIRKEN MORALISCHE APPELLE, UND WELCHE ROLLE SPIELEN MORALISCHE ÜBERZEUGUNGEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG VON EZ?

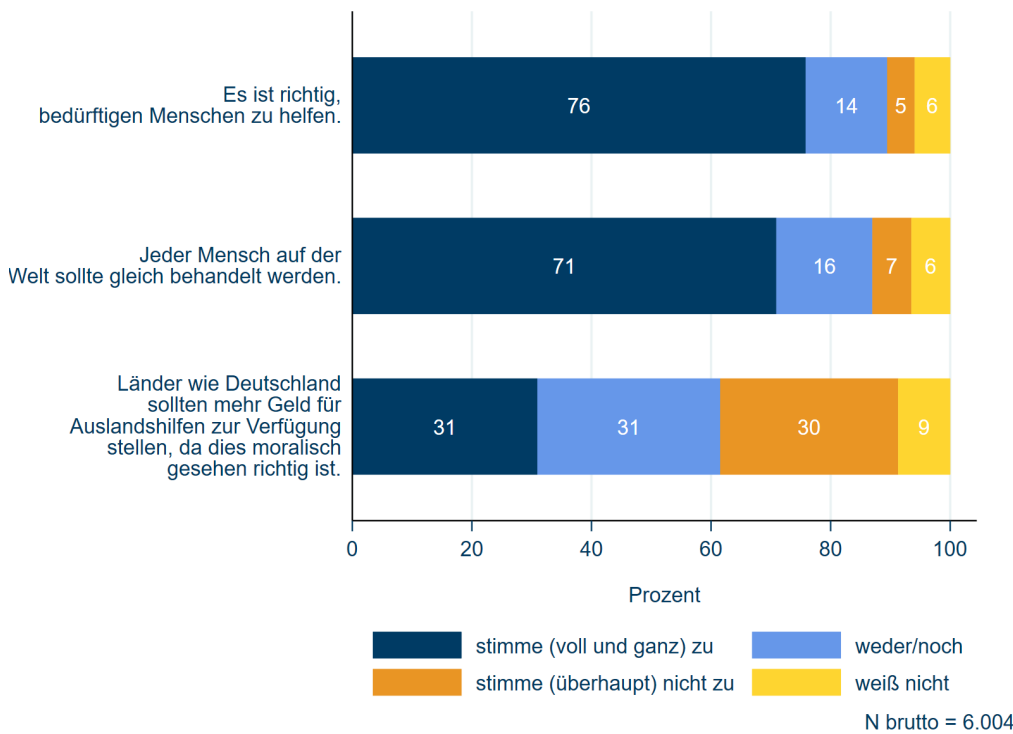
Kasten 10 Zentrale Ergebnisse Kapitel 5

- EZ-bezogene moralische Appelle können die Unterstützung für EZ beeinflussen; sie haben aber auch nicht-intendierte Wirkungen und sollten deshalb reflektiert eingesetzt werden.
- Ob und wie moralische Appelle wirken, hängt (teilweise) von den vorhandenen moralischen Überzeugungen der Bürger*innen ab.
- Ein differenzierter Blick auf die moralischen Überzeugungen der Bürger*innen lohnt sich: Fürsorge und Fairness stehen in einem positiven, Autorität und Loyalität in einem negativen Zusammenhang mit EZ-Unterstützung.
- Auch innerhalb der „liberalen“ Dimensionen Fürsorge und Fairness zeigt sich ein Unterschied: Fürsorge hängt stärker mit EZ-Unterstützung zusammen als Fairness.

5.1 Moral als Fundament der Unterstützung von EZ

Inwiefern Menschen EZ unterstützen, hängt eng damit zusammen, ob sie sich gegenüber Ländern des globalen Südens moralisch verpflichtet fühlen (Schneider und Gleser, 2018). Dieser Zusammenhang gilt auch für ehrenamtliches EZ-bezogenes Engagement (Hudson et al., 2020), die Bereitschaft, für entwicklungspolitische NGOs zu spenden, und den nachhaltigen Konsum der Bürger*innen: Je größer das Gefühl einer moralischen Verpflichtung, desto eher unterstützen die Bürger*innen die EZ und desto eher sind sie persönlich aktiv, um die Lage im globalen Süden zu verbessern.

Abbildung 30 beleuchtet den Zusammenhang zwischen moralischen Überzeugungen und EZ-Unterstützung genauer. Dabei zeigt sich, dass Hilfeleistungen für Bedürftige grundsätzlich unterstützt werden und dass innerhalb der Bevölkerung ein globales Gerechtigkeitsempfinden weit verbreitet ist. Jeweils rund 70 Prozent der Bürger*innen stimmen den Aussagen „Es ist richtig, bedürftigen Menschen zu helfen“ und „Jeder Mensch auf der Welt sollte gleich behandelt werden“ zu. Die Unterstützung für konkrete Hilfsleistungen fällt allerdings geringer aus: So stimmen nur rund 30 Prozent der Bürger*innen der Aussage „Länder wie Deutschland sollten mehr Geld für Auslandshilfe zur Verfügung stellen, da dies moralisch gesehen richtig ist“ zu. Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem ausgeprägten Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber Menschen im globalen Süden einerseits und einer eher verhaltenen Zustimmung, diese tatsächlich in Unterstützungsleistungen umzusetzen, andererseits. Dies könnte darauf hinweisen, dass Menschen die abstrakten moralischen Überzeugungen zwar teilen, konkrete moralische Handlungen, die auch entsprechende Kosten verursachen, aber nicht zwingend selbst umsetzen möchten (Tanyi und Bruder, 2014).

Abbildung 30 Zustimmung zu moralischen Aussagen in Bezug auf EZ

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: DEL-Panel, Welle 1 vom 04.09. – 10.10.2019. N = 6.004. Es handelt sich um eine fünfstufige Skala: Die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“ wurden in der Darstellung in Dunkelblau zusammengefasst, „weder/noch“ wird in Hellblau dargestellt, „stimme nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ wurden in Orange zusammengefasst. Die Kategorie „weiß nicht“ ist in Gelb abgebildet.

Aus der Diskrepanz zwischen globalem Gerechtigkeitsempfinden und moralisch begründeter Unterstützung für EZ ergibt sich die Frage, ob auch die Menschen von EZ überzeugt werden können, die zwar ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden aufweisen, dieses aber bisher nicht mit einer Unterstützung von EZ verknüpfen. Moralische Appelle bieten das Potenzial, im Kontext entwicklungspolitischer Maßnahmen das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger*innen anzusprechen und so potenziell Unterstützende zu gewinnen. Gleichzeitig ist Vorsicht geboten: Denkbar ist, dass zu starke moralische Appelle zu Überforderung, Ablehnung und Abwehr führen (sogenannte moralische Reaktanz; Berkowitz, 1973). Solche Reaktionen lassen sich beispielsweise in aktuellen Debatten über Klima- und Umweltschutz beobachten. Diese moralische Überforderung könnte solidarisches Verhalten im globalen Kontext hemmen, weil der moralische Appell als Versuch der Fremdbestimmung wahrgenommen wird. Der Vorwurf eines angeblich elitären und gegenüber dem eigenen Lebensmodell übergriffigen „Gutmenschentums“ bietet ein Beispiel für entsprechende Mechanismen.

Im Folgenden wird deshalb untersucht, ob und wie moralische Appelle die Einstellung zu EZ beeinflussen können. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf dem Zusammenhang zwischen moralischen Überzeugungen der Bevölkerung und ihrer Einstellung zur EZ einerseits und möglicherweise auftretender Reaktanz im Sinne einer ablehnenden Haltung andererseits. Dementsprechend wurden im Meinungsmonitor Entwicklungspolitik drei Ziele verfolgt:

- Die Wirkung moralischer Appelle zu verstehen;
- ein differenziertes Verständnis des Zusammenhangs von grundlegenden Dimensionen von Moral und EZ-Unterstützung zu entwickeln;
- herauszufinden, ob sich gezielte moralische Appelle eignen, auch Personen, die bisher nicht erreicht wurden, mit Blick auf EZ anzusprechen.

Damit tragen die Analysen zu einem besseren Verständnis von Moral und deren Rolle für die Unterstützung von EZ bei.

5.2 Die Wirkung moralischer Appelle

Um die Wirkung moralischer Appelle sowie die Rolle grundlegender Dimensionen der Moral mit Blick auf EZ-Einstellungen besser zu verstehen, wurden zwei Umfrageexperimente (siehe dazu Kasten 7 in Kapitel 3) mit 2.017 (Experiment 1) beziehungsweise 2.030 (Experiment 2) Befragten durchgeführt.⁶¹ Im ersten Experiment wurden alle Befragten einer von sechs Gruppen zugeteilt. Jede Gruppe erhielt Informationen über absolute Armut beziehungsweise über den Klimawandel in Ländern des globalen Südens und die Folgen für die Betroffenen. Die Informationen endeten mit einem Spendenaufruf, der je nach Gruppe variierte: Es sollten jeweils 1 Prozent, 20 Prozent oder 70 Prozent des Einkommens gespendet werden. Nachdem die Teilnehmenden die Appelle gelesen hatten, wurden sie zu ihrer Einschätzung des Appells befragt. Diese moralische Bewertung wurde anhand von vier Fragen (zum Beispiel „Sind Sie moralisch verpflichtet, dieser Aufforderung zu folgen?“) mit jeweils den Antwortmöglichkeiten auf einer Skala von 0 = „nein, auf keinen Fall“ bis 10 = „ja, auf jeden Fall“ erhoben (Tanyi und Bruder, 2014).⁶² In der moralischen Bewertung der Appelle zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen: Der 1-Prozent-Appell wurde durchschnittlich mit 5,06 bewertet (Standardabweichung 3,82), der 20-Prozent-Appell mit 2,26 deutlich negativer (Standardabweichung 2,93); mit einem Durchschnittswert von 1,64 zeigt sich für den 70-Prozent-Appell die negativste Bewertung (Standardabweichung 2,6).

Neben unterschiedlichen Bewertungen der Appelle zeigen die Ergebnisse einer multivariaten Analyse ein paralleles Muster in Bezug auf die EZ-Unterstützung. Außerdem führen stärkere Appelle (Appelle mit Aufrufen zu höheren Spenden) zu einer erhöhten Reaktanz und somit zu einer Art Abwehrreaktion (siehe Tabelle 5).⁶³

Tabelle 5 Wirkung der Appelle auf moralische Bewertung, EZ-Unterstützung und Reaktanz

	Moralische Bewertung	EZ-Unterstützung	Reaktanz
Unabhängige Variablen	Zusammenhang		
Appell [20 %]	Negativ ***	Negativ ***	Positiv ***
Appell [70 %]	Negativ ***	Negativ *	Positiv ***
Beobachtungen (N)	1.988	1.988	1.988
R ²	0.218	0.044	0.103

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 23.01. – 06.02.2020 (Experiment 1). N = 1.988. Die Angaben sind auf Grundlage einer Regressionsanalyse (Typ HC3) entstanden. Das Modell enthält zusätzlich folgende Kontrollvariablen: Geschlecht, Bildung und Alter. *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$.

Für entwicklungspolitische Akteure bedeuten diese Ergebnisse, dass moralische Appelle mit Aufrufen zur finanziellen Unterstützung nur reflektiert eingesetzt werden sollten. Insbesondere die Höhe des Spendenaufrufs sollte gezielt gewählt werden, um moralische Reaktanz zu vermeiden.⁶⁴

⁶¹ Das Umfrageexperiment entspricht in der Verteilung von Alter, Geschlecht, Bildung und Region der Bevölkerung Deutschlands.

⁶² Cronbach's Alpha = 0,95. Für weitere Details und die Operationalisierung der additiven Indexvariable siehe [Abschnitt 5.1 im Onlineanhang](#).

⁶³ Des Weiteren zeigt sich, dass sowohl die Bewertung des Appells als auch die durch den Appell erzeugte Reaktanz in einem signifikanten Zusammenhang mit den Einstellungen zum Themenfeld EZ stehen (siehe [Tabelle 71 im Onlineanhang](#)).

⁶⁴ Die im Experiment gewählten Höhen der Spendenappelle sind dabei in der Realität sicher selten. Sie zeigen jedoch das grundlegende Phänomen des Zusammenhangs höherer Spendenappelle mit verstärkter Reaktanz. Zudem sind auch in der Realität beispielsweise Erbüberlassungen an entwicklungspolitische NGOs zumindest denkbar.

5.2.1 Die Wirkung moralischer Appelle hängt von grundlegenden Dimensionen von Moral ab

Die Ergebnisse zeigen, dass moralische Appelle keine pauschal positive oder negative Wirkung haben. Daraus ergibt sich die Frage, von welchen Faktoren die Wirkung moralischer Appelle abhängt. Dieser Abschnitt befasst sich deshalb mit der Frage, ob grundlegende Dimensionen der moralischen Überzeugungen der Bürger* innen die Wirkung moralischer Appelle beeinflussen.

Entsprechend neuerer moralpsychologischer Forschung (Graham et al., 2013; Haidt, 2012; Haidt und Joseph, 2004) wird zwischen fünf grundlegenden Dimensionen der Moral – den sogenannten moralischen Grundlagen – differenziert, an denen sich moralische Bewertungen ausrichten: Fürsorge, Fairness, Reinheit, Autorität und Loyalität (siehe Tabelle 6). Die beiden ersten Dimensionen entsprechen der vorherrschenden Konzeption von Moral, wonach deren Basis insbesondere in empathischen Reaktionen auf das Leid anderer sowie in Gerechtigkeitsüberlegungen liegt (Graham et al., 2011; Haidt und Graham, 2007). Die letzten drei Dimensionen beziehen bisher weniger beachtete Dimensionen mit ein und ermöglichen so einen differenzierten Blick auf Moral (für eine detaillierte Herleitung der Dimensionen siehe Kasten 11).

Tabelle 6 Moraldimensionen in der Theorie der moralischen Grundlagen (TMG)

Dimension	Inhalt
Fürsorge (<i>care</i>)	Der Fokus liegt darauf, sich um Schutzbedürftige zu kümmern und Leid zu mildern.
Fairness (<i>fairness</i>)	Es besteht eine Sensibilität für Ungleichheit und eine Motivation zur Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit.
Loyalität (<i>in-group</i>)	Bindung an Werte und Einstellungen einer Bezugsperson oder Bezugsgruppe; Schutz der Interessen der eigenen Gruppenmitglieder.
Autorität (<i>authority</i>)	Unterordnung und Akzeptanz von Verhaltensanweisungen; Wunsch nach hierarchischen Strukturen und Respekt für die Höhergestellten.
Reinheit (<i>purity</i>)	Freisein von „Verschmutzungen“ physischer und psychischer Art; Unberührtheit.

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Graham et al. (2011).

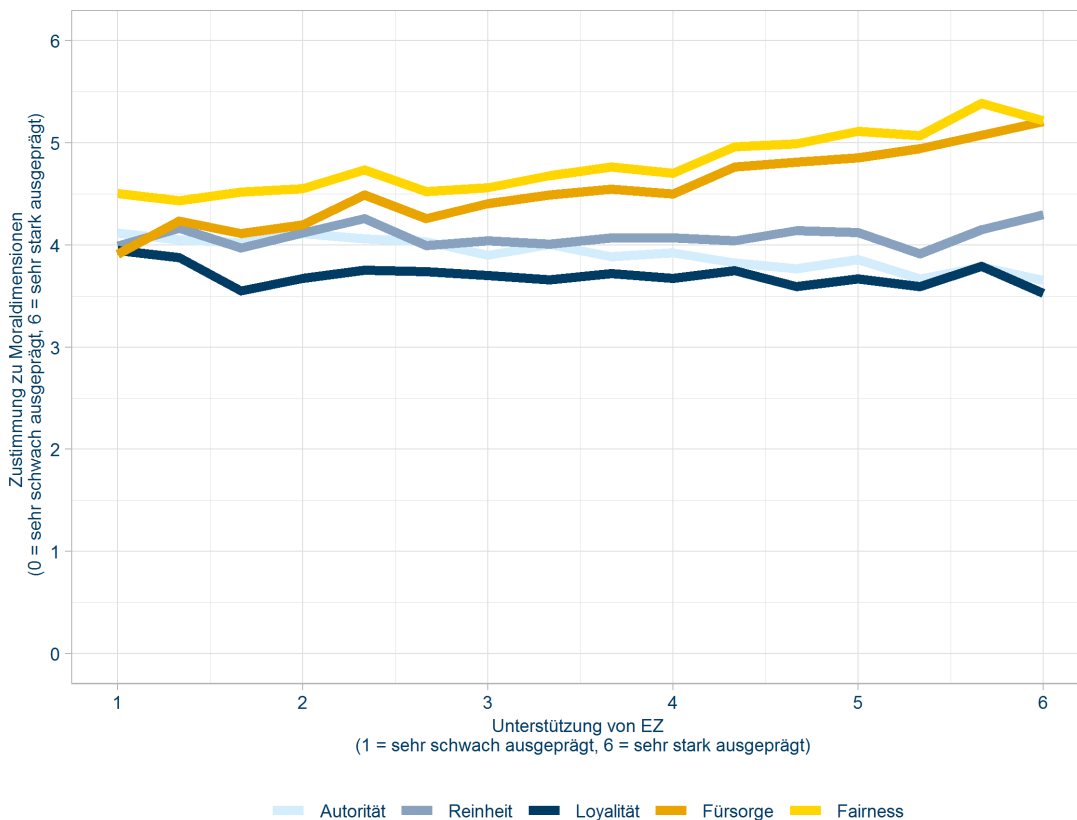
Kasten 11 Theorie der moralischen Grundlagen – ein differenzierter Blick auf Moral

Selten wird bei der Diskussion des Zusammenhangs zwischen Moral und EZ-Einstellungen zwischen verschiedenen grundlegenden Dimensionen der moralischen Bewertung differenziert, wodurch ein vertieftes Verständnis des Zusammenhangs nicht möglich ist (Hudson und van Heerde-Hudson, 2012, S. 13). So treten im Narrativ zur EZ zwei bekannte, aber nicht immer klar voneinander getrennte moralische Grundlagen auf: Zum einen zeigt sich ein Verständnis von EZ als „Hilfe“, um das Leid betroffener Menschen zu verringern (zum Beispiel Vossen et al., 2016); zum anderen wird EZ auf Basis von Gerechtigkeitsüberlegungen in Anbetracht globaler Herausforderungen begründet (zum Beispiel Kesselring, 2003). Auch die in Abbildung 30 dargestellten Fragen spiegeln diese unterschiedlichen moralischen Grundverständnisse von EZ als Hilfe („Es ist richtig, bedürftigen Menschen zu helfen“) und als Beitrag zur globalen Gerechtigkeit („Jeder Mensch auf der Welt sollte gleich behandelt werden“) wider.

Einen prominenten neueren Beitrag zu dieser Debatte leistet die Theorie der moralischen Grundlagen (TMG; Haidt, 2012; Graham et al., 2013; Haidt und Joseph, 2004), die diesem Kapitel zugrunde liegt. Als „pluralistische“ Moraltheorie versucht sie nicht, Moral auf eine zentrale Dimension oder ein Prinzip (zum Beispiel Gerechtigkeit oder Verminderung von Leid) zu reduzieren, sondern geht über die Unterscheidung der beiden genannten Dimensionen von Fürsorge/Hilfe und Fairness/Gerechtigkeit hinaus. Die Theorie besagt, dass auch Überlegungen zur Loyalität gegenüber der eigenen Gruppe, zum Respekt vor Autorität sowie zur inhärenten Reinheit von Menschen und Dingen wichtige Grundlagen für moralische Bewertungen bilden (siehe Tabelle 6). Neben den eher „liberalen“ oder im „linken“ politischen Spektrum verankerten Dimensionen der Fürsorge und Fairness argumentiert die TMG, dass andere, eher im konservativen oder „rechten“ politischen Spektrum verankerte Dimensionen nicht außer Acht gelassen werden sollten, wenn die Grundlagen der menschlichen Moral umfassend konzipiert werden. Die TMG geht somit davon aus, dass verschiedene Grundlagen moralischen Handelns existieren, die teilweise auch in Konflikt zueinander stehen können. Für die jeweils andere Gruppe kann so der Eindruck entstehen, dass Meinungen und Handlungen „unmoralisch“ seien. Tatsächlich basieren diese abweichenden Bewertungen auf anderen, aber nicht per se weniger moralischen Grundlagen. Dies bedeutet nicht, dass moralische Überzeugungen nicht im politischen Diskurs stehen und auch kritisch bewertet werden sollten. Die Theorie wendet sich aber dagegen, die Bewertungen des jeweils anderen politischen Lagers als „amoralisch“ oder „unmoralisch“ zu disqualifizieren und sich der jeweiligen Begründung damit zu entziehen.

Abbildung 31 stellt dar, in welchem Zusammenhang die jeweiligen Moraldimensionen mit der Einstellung zum Themenfeld EZ stehen. Die Ergebnisse zeigen einerseits einen positiven Zusammenhang zwischen den Moraldimensionen „Fürsorge“ und „Fairness“ und der Unterstützung für EZ: Je wichtiger Fürsorge und Fairness für eine Person sind, desto stärker unterstützt sie – im Durchschnitt – EZ. Andererseits zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen den Moraldimensionen „Autorität“ und „Loyalität“ und der Unterstützung für EZ: Je wichtiger diese beiden Moraldimensionen für eine Person sind, desto weniger unterstützt sie EZ. „Reinheit“ weist keinen Zusammenhang mit EZ-Unterstützung auf. Überprüft man diese Zusammenhänge in einer multivariaten Regression, zeigt sich, dass „Fürsorge“ einen stärkeren Zusammenhang mit der EZ-Unterstützung aufweist als „Fairness“.⁶⁵ „Fürsorge“ ist damit hinsichtlich der Vorhersage von EZ-Unterstützung die bedeutendere der beiden im „liberalen“ politischen Spektrum angesiedelten Moraldimensionen.

⁶⁵ Zu beachten ist dabei jedoch, dass auch Fürsorge und Fairness in einem Zusammenhang stehen. Obgleich gängige Diagnostiken für Multikollinearität auf keine Probleme für die Analyse hindeuten, sollte dieser Zusammenhang bei der Interpretation bedacht werden. Für die detaillierten und weiterführenden Analysen siehe Abschnitt 9.2 im Anhang.

Abbildung 31 Unterstützung von EZ je nach Zustimmung zu den fünf Moraldimensionen

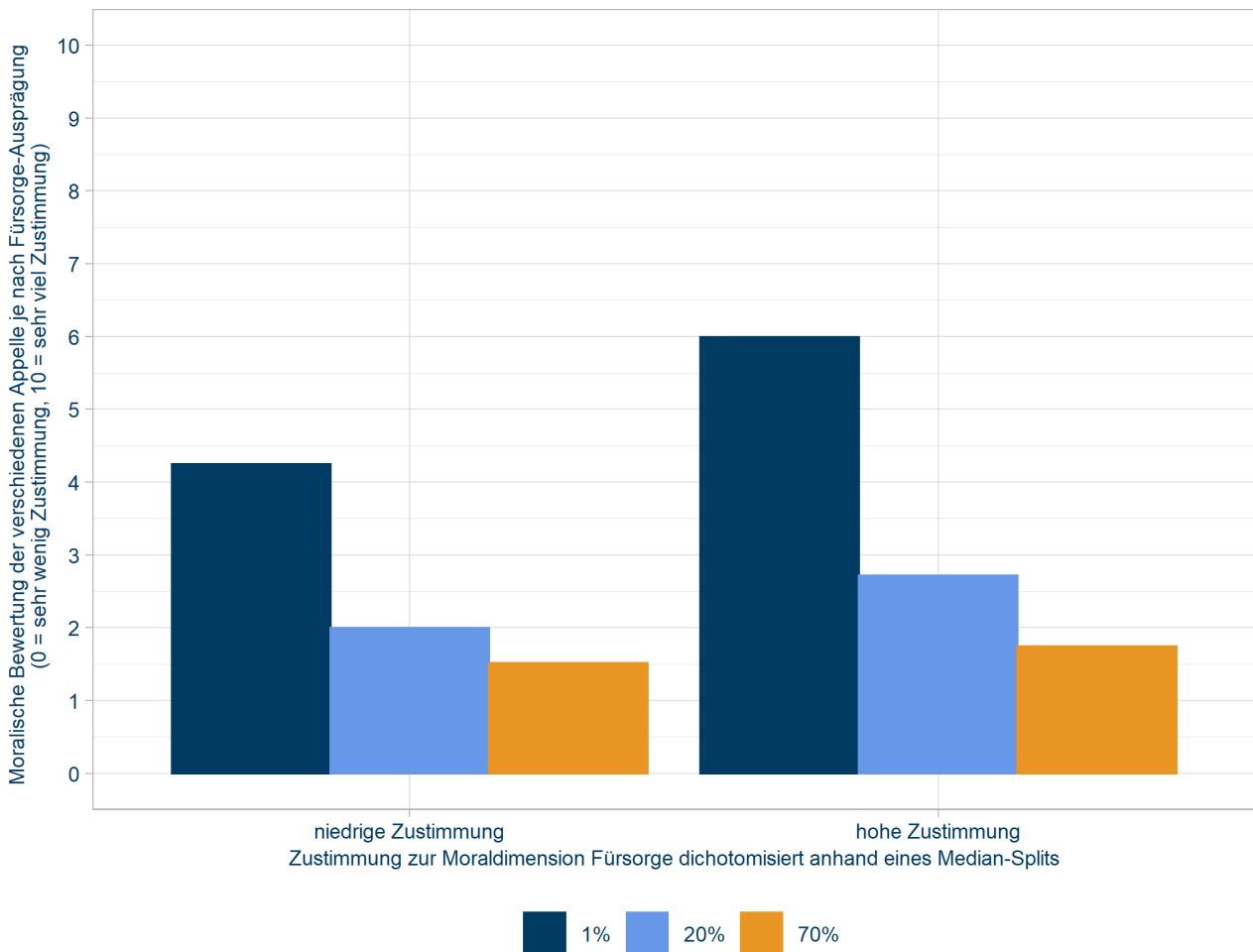
N brutto = 2.030

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 27.04. – 12.05.2020 (Experiment 2). Dargestellt ist der Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu den jeweiligen Moraldimensionen und der Unterstützung von EZ (vor dem Treatment). Abhängige Variable: Index Unterstützung der EZ (drei Items; Cronbach's Alpha = 0,66). Beide Werte stellen Mittelwerte der Gesamtstichprobe dar.

Nachdem sich also ein Zusammenhang zwischen Moraldimensionen und EZ-Unterstützung zeigt, ergibt sich die Frage, ob und inwieweit die Wirkung der moralischen Appelle von den moralischen Überzeugungen der Bürger*innen abhängt. Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse, in der diese Frage untersucht wurde, zeigt, dass Fürsorge, Fairness und Loyalität relevante Faktoren dafür sind, wie die Befragten auf die Appelle reagieren.⁶⁶ Die drei Moraldimensionen weisen signifikante Interaktionen mit den Appellen auf. Zunächst zeigen die Ergebnisse, dass Personen, denen Fürsorge wichtig ist, signifikant positiver auf den 1-Prozent-Appell reagieren als Personen, denen Fürsorge weniger wichtig ist. Dieser Effekt wird grafisch in Abbildung 32 dargestellt (siehe hellblauer Balken). Gleichzeitig nimmt die positiv moderierende Wirkung von Fürsorge mit steigender Höhe der Appelle signifikant ab. Die Bewertung der moralischen Appelle mit den Forderungen, 20 Prozent und 70 Prozent des Einkommens zu spenden, fällt in der Gruppe der Menschen, denen Fürsorge wichtig ist, nur geringfügig höher aus als in der Gruppe derer, denen Fürsorge weniger wichtig ist. Für die Moraldimension „Fairness“ zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang. Auch hier reagieren Personen mit hohen Zustimmungswerten für Fairness positiver auf den 1-Prozent-Appell, dieser positive Effekt nimmt jedoch mit steigenden Anforderungen der Appelle ab. Für „Loyalität“ zeigt sich ein umgekehrter Zusammenhang: Während Personen mit hoher Loyalität eher negativ auf den 1-Prozent-Appell reagieren, zeigen die Ergebnisse, dass hohe Zustimmungswerte zu Loyalität einen positiven Effekt auf die Bewertung der 20- und 70-Prozent-Appelle haben.

⁶⁶ Für die detaillierten Analysen siehe *Tabelle 74 im Onlineanhang*.

Abbildung 32 Wirkung der Appelle in Abhängigkeit von Fürsorge-Ausprägung auf die moralische Bewertung der Appelle



N netto = 1.988

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 23.01. – 06.02.2020 (Experiment 1). N = 1.988. Abgebildet ist die moralische Bewertung je nach Appell (dunkelblau = 1 Prozent, hellblau = 20 Prozent, orange = 70 Prozent des Einkommens spenden) und Zustimmung zur Moraldimension Fürsorge. Mittels eines Median-Splits wurde je eine Gruppe mit wenig Zustimmung und eine mit viel Zustimmung erstellt.

5.2.2 Spezifische Appelle eignen sich nur begrenzt, um Bürger*innen gezielt zu erreichen

Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, dass moralische Appelle vielfältige und komplexe Wirkungen haben können. Ob und wie moralische Appelle wirken, hängt dabei davon ab, welche grundlegenden moralischen Überzeugungen die Bürger*innen haben. Daraus ergibt sich die Frage, ob Bürger*innen – und insbesondere diejenigen, die bisher der EZ gegenüber negativ eingestellt sind – mit spezifischen Appellen angesprochen werden können. Unterstützen nur Menschen EZ, deren Moral vor allem auf den Grundlagen von Fairness und Fürsorge aufbaut (wie Abbildung 31 vermuten lässt), oder finden Personen, für die das nicht gilt, bisher im EZ-Diskurs lediglich keine Argumente, die auf ihre moralischen Grundlagen Bezug nehmen? Besteht in der Analyse der Einstellung dieser Bürger*innen eine Chance für die entwicklungspolitische Bildungs- und Kommunikationsarbeit, diese Gruppen besser zu erreichen?

Um die Wirkung spezifischer Appelle zu überprüfen, wurde ein zweites Umfrageexperiment durchgeführt. Dazu wurden die an der Befragung teilnehmenden Personen wieder per Zufall einer von sechs Gruppen zugeteilt. Eine der Gruppen – die Kontrollgruppe – erhielt wie im ersten Experiment Informationen über absolute Armut in Ländern des globalen Südens und ihre Folgen für die Betroffenen. Die fünf weiteren Gruppen erhielten ebenfalls die Informationen der Kontrollgruppe. Zusätzlich wurden ihnen Texte vorgelegt, die darauf abzielten, jeweils entlang des zentralen Themas einer der fünf Moraldimensionen die Dringlichkeit einer Spende deutlich zu machen. So betonte der Text zu Fairness, dass Armut unverschuldet und damit unfair sei; der Text

zu Fürsorge betonte das Leid der Menschen und ihre Hilfsbedürftigkeit; der Text zu Loyalität beschrieb die möglichen Auswirkungen auf Deutschland und das nationale Interesse; der Text zu Reinheit betonte die Besonderheit jedes einzelnen menschlichen Lebens, und der Text zur Autorität verwies auf die Zusagen, die die Bundesrepublik Deutschland bereits in der Vergangenheit zur Armutsbekämpfung gemacht hat (siehe Tabelle 7 für die Formulierungen der unterschiedlichen Appelle). Die Informationen endeten für alle mit demselben Spendenaufruf. Nachdem sie die Appelle gelesen hatten, wurden die Teilnehmenden zu ihrer Unterstützung von EZ, operationalisiert als Spendenbereitschaft und Spendenhöhe, befragt.⁶⁷

Die Ergebnisse zeigen, dass die Spendenbereitschaft in der Gesamtstichprobe unabhängig von den Appellen hoch ist. Rund 53 Prozent der Befragten gaben eine hohe, 23 Prozent eine mittlere und 24 Prozent eine niedrige Bereitschaft zu spenden an (Mittelwert auf der Indexvariable 1 bis 6: 3,60; Standardabweichung: 1,32).⁶⁸ Bei der Frage, wie viel sie von 100 Euro, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, für eine entwicklungspolitische Initiative spenden würden, wurden durchschnittlich 40,20 Euro angegeben.⁶⁹ Allerdings unterscheidet sich das Spendenverhalten der einzelnen Befragten stark (Standardabweichung = 32,97). Unterteilt man die Spendenhöhe in drei Gruppen, umfasst die erste Gruppe mit der niedrigsten angegebenen Spendenhöhe 49 Prozent der Stichprobe bei einem Mittelwert von 9,54 Euro (Standardabweichung = 9,87); die zweite Gruppe umfasst 26 Prozent der Stichprobe mit einem Mittelwert von 50,02 Euro (Standardabweichung = 5,11), und die dritte Gruppe umfasst 24 Prozent der Befragten, die im Durchschnitt bereit sind, 92,03 Euro zu spenden (Standardabweichung = 10,76).

⁶⁷ Die Unterstützung für EZ wird in diesem Fall durch die Spendenbereitschaft der Befragten operationalisiert. Spenden werden dabei als Unterstützung der EZ auf der Verhaltensebene angesehen, die durch den vorausgehenden moralischen Appell beeinflusst werden können. Aufgrund des mit einer Spende verknüpften finanziellen Aufwands stellen sie eine anspruchsvollere Form der Unterstützung dar. Darüber hinaus stehen die Einstellungsdimension „Unterstützung für staatliche EZ“ und die Spendenbereitschaft beziehungsweise Spendenhöhe in einem statistischen Zusammenhang. Dies bekräftigt das Argument, dass es sich um zwei eng verknüpfte Ausdrucksformen der Unterstützung von EZ handelt.

⁶⁸ Die Indexvariable zur Erfassung der Spendenbereitschaft (1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 6 = „stimme voll und ganz zu“) wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit in drei Gruppen eingeteilt: ≤ 2,5 „niedrig“, > 2,5 und ≤ 3,5 „mittel“, > 3,5 „hoch“. Zur Operationalisierung der Indexvariable siehe *Abschnitt 5.1 im Onlineanhang*.

⁶⁹ Die Variable zur Erfassung der Spendenhöhe fragt danach, wie viel die Person von den ihr zur Verfügung gestellten 100 Euro für die Bekämpfung extremer Armut spenden würde und wie viel sie davon für sich selbst behalten würde. Zur Übersichtlichkeit wurden die Befragten auch hier anhand folgender Schwellenwerte in drei Gruppen eingeteilt: ≤ 33 Euro, > 33 und ≤ 66, > 66 Euro. Zur genaueren Operationalisierung der Indexvariable siehe *Abschnitt 5.1 im Onlineanhang*.

Tabelle 7 Formulierungen des Umfrageexperiments zur Wirkung moralischer Appelle

Gruppe	Treatment-Formulierung
Kontrollgruppe	Ca. 10 % der Weltbevölkerung leben in extremer Armut. Menschen in extremer Armut müssen mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskommen. Das heißt, dass sie nicht in der Lage sind, sich täglich die Menge an Waren und Gütern zu kaufen, die – umgerechnet in ihre lokale Währung – 1,90 US-Dollar kosten würde. Menschen in extremer Armut fehlt es an Essen, Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Häufig bedeutet Armut aber auch mangelhafte Bildungschancen, keine angemessene Gesundheitsversorgung und Gewalterfahrungen.
Am Ende jeden Appells	Es fehlt bisher an ausreichend Geld zur Bekämpfung extremer Armut. Spenden auch Sie, um extreme Armut zu bekämpfen!
Loyalität	Es ist im Interesse Deutschlands, Armut und Hunger zu bekämpfen. (Text der Kontrollgruppe). Dass Menschen anderswo in extremer Armut leben, gefährdet mittelfristig auch unseren Wohlstand – sei es durch Flucht und Migration, durch soziale Unruhen oder durch Krankheiten, die sich in Armutsgebieten verbreiten können. Wir müssen deshalb im Interesse Deutschlands und unserer Familien etwas gegen extreme Armut unternehmen.
Fürsorge	Manche Menschen leiden sehr und sind auf Hilfe angewiesen. (Text der Kontrollgruppe). Wir müssen uns um Menschen in extremer Armut kümmern und ihr Leid lindern.
Fairness	In welchem Land wir geboren werden, können wir uns nicht aussuchen. Deswegen geht es manchen Menschen viel schlechter als uns, ohne dass sie etwas dafür können. (Text der Kontrollgruppe). Dass Menschen in extremer Armut leben müssen, die dafür nichts können, ist unfair und ungerecht. Wir müssen diese Ungerechtigkeit zumindest abmildern.
Reinheit	Jeder Mensch ist etwas Besonderes und Wunderbares. Jeder Einzelne ist einmalig. Diese Einzigartigkeit auch zu leben, wird jedoch durch Armut und Hunger unmöglich. (Text der Kontrollgruppe). Wir müssen die Besonderheit menschlichen Lebens respektieren und verhindern, dass extreme Armut Menschenleben zerstört.
Autorität	Bisherige deutsche Bundesregierungen haben sich klar dazu bekannt, dass sie sich im Kampf gegen Armut und Hunger engagieren. (Text der Kontrollgruppe). Die verschiedenen Regierungskoalitionen der Bundesrepublik haben für Deutschland zugesagt, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung in der Bekämpfung extremer Armut nachkommt. Wir müssen diese Zusagen einhalten und uns entsprechend engagieren.

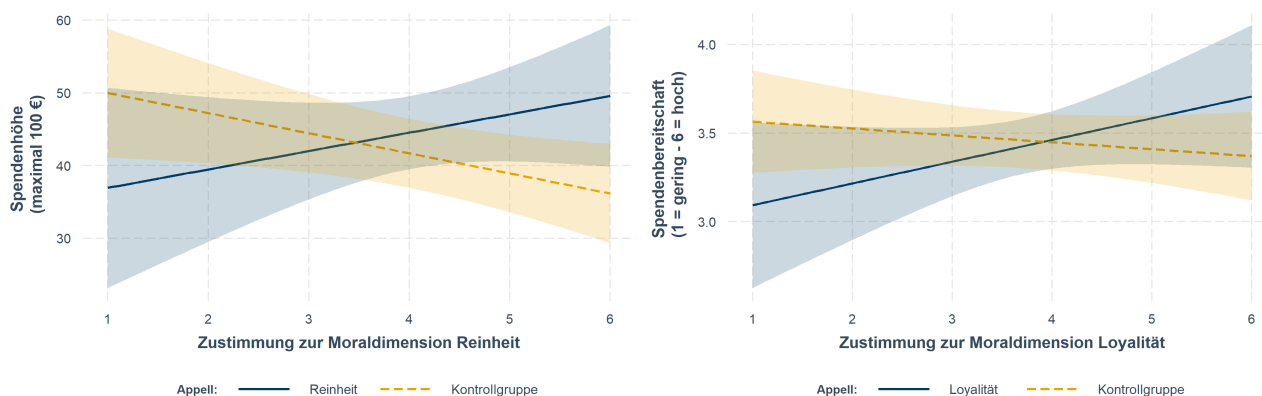
Quelle: eigene Darstellung.

Die Frage ist nun, ob Personen, die starke Überzeugungen in einer der fünf Dimensionen von Moral haben, stärker auf den entsprechenden Appell reagieren. Beispielsweise könnte eine Person, für die Loyalität sehr wichtig ist, durch einen Appell, der diese Überzeugung anspricht, zu mehr EZ-Unterstützung motiviert werden. Demgegenüber könnte eine Person, für die Fürsorge besonders wichtig ist, nicht oder nur wenig auf den Loyalitäts-Appell reagieren. Die Ergebnisse des Umfrageexperiments ergeben zwar kein durchgängig konsistentes Muster, zeigen aber in der Tendenz, dass in manchen Fällen die moralischen Grundlagen durch die entsprechenden Appelle besonders angesprochen werden können. Das heißt, dass sich manche moralischen Appelle in Abhängigkeit von der Ausprägung der Moraldimension auf die Spendenbereitschaft und Spendenhöhe auswirken. Abbildung 33 zeigt beispielsweise, dass die Wirkung des auf Loyalität fokussierten Appells auf

die Spendenbereitschaft tendenziell davon abhängt, wie wichtig den Befragten Loyalität ist.⁷⁰ Befragte, denen Loyalität wichtig ist, reagieren tendenziell positiver auf den moralischen Appell als diejenigen, denen Loyalität weniger wichtig ist. Ein paralleles Muster zeigt sich für den auf die Moraldimension der Reinheit fokussierten Appell mit Blick auf seine Auswirkungen auf die Spendenhöhe. Hier reagierten Befragte, denen Reinheit wichtiger ist, signifikant positiver auf den moralischen Appell als Befragte, denen diese Moraldimension weniger wichtig ist. Bei den jeweils verbleibenden vier Appellen zeigten sich keine signifikanten Zusammenhänge.

Während also hohe Werte in den Dimensionen „Fürsorge“ und „Fairness“ unabhängig vom konkreten Appell mit hoher EZ-Unterstützung einhergehen, führen bei den Dimensionen Loyalität und Reinheit die jeweils zugehörigen Appelle im Vergleich zum allgemeinen Appell tendenziell zu mehr EZ-Unterstützung – und das, obwohl Loyalität in einem negativen und Reinheit weder in einem positiven noch in einem negativen Zusammenhang zu EZ-Unterstützung stehen (siehe Abbildung 31 und Abbildung 32).

Abbildung 33 Einfluss der Moraldimension auf die Wirkung des entsprechenden moralischen Appells



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 27.04. – 12.05.2020 (Experiment 2). N = 2.030. Aufbauend auf einer Regressionsanalyse mit robusten Standardfehlern (Typ HC3). Linke Grafik: Dargestellt ist der Zusammenhang zwischen Spendenhöhe und Zustimmung zur Moraldimension Reinheit für die Gruppen, die den Reinheits-Appell (blaue Linie) beziehungsweise Kontroll-Appell (gestrichelte Linie) gelesen haben. Rechte Grafik: Dargestellt ist der Zusammenhang zwischen Spendenbereitschaft und Zustimmung zur Moraldimension Loyalität für die Gruppen, die den Loyalitäts-Appell (blaue Linie) beziehungsweise Kontroll-Appell (gestrichelte Linie) gelesen haben. Im Regressionsmodell wurden sowohl die anderen Appelle und die weiteren Moraldimensionen als auch die Kontrollvariablen Bildung, Alter und Geschlecht kontrolliert. Die Überkreuzung der Linien zeigt, dass die Personen, denen Reinheit (Loyalität) wichtig ist, positiv auf den Reinheits-Appell (Loyalitäts-Appell) reagieren. Das heißt, dass sie mehr spenden (eine höhere Spendenbereitschaft aufweisen) als Personen, die einen Kontroll-Appell gelesen haben. Das Umgekehrte zeigt sich bei einer niedrigen Zustimmung zu Reinheit (Loyalität). Das heißt, dass diejenigen, die den Reinheits-Appell (Loyalitäts-Appell) gelesen haben, weniger spenden (eine niedrigere Spendenbereitschaft aufweisen) als solche, die einen Kontroll-Appell gelesen haben.

Als zusätzliche Herausforderung zeigt sich, dass gezielte moralische Appelle auch nicht-intendierte Wirkungen haben können. So hat beispielsweise der Fairness-Appell auf Menschen, denen Autorität sehr wichtig ist, eine negative Wirkung – sie spenden weniger. Hingegen hat der Reinheits-Appell bei Menschen, denen Autorität wichtig ist, einen positiven Effekt; er geht also mit mehr Spenden einher.⁷¹ Moralische Appelle, die versuchen, spezifische Grunddimensionen der Moral anzusprechen, können also – selbst, wenn sie die angesprochene Gruppe erreichen – auf Personen, denen eine jeweils andere moralische Grunddimension besonders wichtig ist, positive oder negative Effekte haben.

⁷⁰ Für weitere Analysen und die exakten p-Werte siehe *Tabelle 75 im Onlineanhang*.

⁷¹ Für weitere Analysen und die exakten p-Werte siehe *Tabelle 76 im Onlineanhang*.

5.3 Zusammenfassung

Die Ergebnisse dieses Kapitels verdeutlichen, dass sich ein differenzierter Blick auf die moralischen Grundlagen der Bevölkerung und auf die Wirkung moralischer Appelle lohnt. Es zeigt sich, dass moralische Appelle das Potenzial haben, EZ-relevante Einstellungen zu beeinflussen. Gleichzeitig sind sie mit Vorsicht zu genießen. So erfährt zwar der Appell, 1 Prozent des Einkommens zur Bekämpfung von Armut oder Klimawandel zu spenden, vergleichsweise großen Zuspruch; Spendenappelle, die sich auf 20 oder 70 Prozent des Einkommens beziehen, stoßen jedoch auf relativ starke Ablehnung.

Für die generelle Unterstützung von EZ verdeutlichen die Ergebnisse die hohe Relevanz moralischer Grundlagen, die signifikant mit der Unterstützung von EZ zusammenhängen: Fürsorge und Fairness stehen in einem positiven Zusammenhang, Loyalität und Autorität in einem negativen Zusammenhang mit der Unterstützung von EZ. Für Reinheit findet sich kein signifikanter Zusammenhang. Die differenzierte Betrachtung hilft dabei, die moralischen Hintergründe der Einstellungen der Bürger*innen besser zu verstehen. Dabei legen die Daten nahe, dass Fürsorge die höchste Relevanz für EZ-Einstellungen hat. Die Moraldimension der Fürsorge sollte deshalb trotz aller inhaltlichen Problematik in ihrer Bedeutung für EZ-Unterstützung nicht unterschätzt werden.

Letztlich zeigt sich, dass auch die Wirkung moralischer Appelle von den moralischen Überzeugungen der Befragten abhängt. So haben die Moraldimensionen Fairness, Fürsorge und Loyalität einen Einfluss auf die Wirkung moralischer Appelle. Eine gezielte inhaltliche Ansprache der Dimensionen erweist sich aber als schwierig – es gibt nur vereinzelt Hinweise darauf, dass dies gelingen könnte und so durch gezielte Appelle der negative Zusammenhang von beispielsweise Loyalität und EZ-Unterstützung umgekehrt werden könnte. Für die Ansprache neuer Zielgruppen in der EZ könnte es also zielführend sein, auch kreativer, als das in diesem Experiment möglich war, auf „atypische Zielgruppen“ zuzugehen. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass eine zielgruppenspezifische Ansprache zwar auf positiven Zuspruch in der anvisierten Gruppe stoßen könnte, zugleich aber bei anderen Zielgruppen zu negativen Reaktionen führen kann.

6. WAS ERWARTET DIE BEVÖLKERUNG VON DER EZ?

Kasten 12 Zentrale Ergebnisse Kapitel 6

- Hohe Armut, geringe Korruption und eine mehrheitlich christliche Bevölkerung im Partnerland sind entscheidende Faktoren dafür, ob die EZ mit diesem Land unterstützt wird.
- Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo werden von der Bevölkerung als besonders unterstützenswert wahrgenommen; Saudi-Arabien, Irak, China und die Ukraine werden als am wenigsten unterstützenswert wahrgenommen.
- Ernährungssicherung und Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit sind die als am unterstützenswertesten eingeschätzten Sektoren; Wirtschaftsförderung und Klimawandel werden als am wenigsten unterstützenswert eingeschätzt.
- Personen, die sich für EZ interessieren oder die EZ unterstützen, legen besonderen Wert auf Bedarfsorientierung und stellen Eigeninteressen in den Hintergrund.
- Im Hinblick auf die Bereitstellung öffentlicher Leistungen gelten fragile Staaten als besonders unterstützenswert; die fehlende Anerkennung der Regierung durch die Bevölkerung sowie ein fehlendes staatliches Gewaltmonopol hingegen mindern den Willen zur Unterstützung.

Um bei Planungs- und Entscheidungsprozessen die öffentliche Meinung zu berücksichtigen und somit die Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung für politische Entscheidungen zu gewährleisten (siehe zum Beispiel Dahl, 1998; Easton, 1975), benötigen entwicklungspolitische Entscheidungsträger*innen präzises Wissen über die Erwartungen der Bevölkerung. Dies stellt jedoch eine besondere Herausforderung dar, da sich Entwicklungspolitik und EZ häufig unter der Wahrnehmungsschwelle der Bevölkerung bewegen und kaum öffentliche Aufmerksamkeit erfahren (siehe Kapitel 2 und Kapitel 7; Riddell, 2007). Entscheidungsträger*innen dürften somit nur selten oder gar kein direktes Feedback zu einzelnen Politikentscheidungen aus der Breite der Bevölkerung erhalten. Daher ist für die Entwicklungspolitik von besonderer Bedeutung, systematisch zu erfassen, was die Bürger*innen von Entwicklungspolitik erwarten.

Ein zentrales Element der Entwicklungspolitik ist die Auswahl von und Zusammenarbeit mit Partnerländern im globalen Süden. Hierzu gibt es zum Teil kontroverse Meinungen. Im Sommer 2019 wurde das BMZ beispielsweise in den Medien scharf für Zahlungen von EZ-Mitteln an China kritisiert, auch wenn es sich bei den Zahlungen hauptsächlich um zinsgünstige Kredite handelte (siehe beispielsweise Focus, 2019). Ähnliche Kritik kam im Herbst 2011 auf, als trotz beginnendem Bürgerkrieg in Syrien weiterhin EZ-Mittel in das Land flossen (siehe beispielsweise Süddeutsche Zeitung, 2011).

Es stellt sich die Frage, welche Partnerländer die Bürger*innen als besonders unterstützenswert erachten, an welchen Kriterien sie unterstützenswerte Partnerländer festmachen und welche Rolle dabei die wahrgenommene politisch-gesellschaftliche Situation in diesen Ländern spielt. Die Ergebnisse des Meinungsmonitors Entwicklungspolitik 2018 haben gezeigt, dass die Unterstützung für EZ dann besonders hoch ist, wenn die eingesetzten Mittel als wirksam wahrgenommen werden (Schneider und Gleser, 2018, S. 27–30). Gleichzeitig besteht die Befürchtung, dass EZ-Mittel durch Korruption in den Partnerländern verloren gehen. Ein effizienter Einsatz der Mittel kann besonders in Ländern mit fragiler Staatlichkeit nicht immer gewährleistet werden (Zürcher, 2012).⁷² Daher ist insbesondere die Frage, welche Erwartungen die Bürger*innen an EZ im Kontext fragiler Staatlichkeit haben, für die Verwendung von EZ-Mitteln und die entsprechende Kommunikation von hoher Relevanz. Sollen fragile Staaten in besonderer Weise berücksichtigt werden, um der Fragilität und damit einhergehenden besonderen Bedarfen Rechnung zu tragen, oder sollen die Länder weniger stark berücksichtigt werden, um den effizienten Einsatz der Mittel nicht zu gefährden?

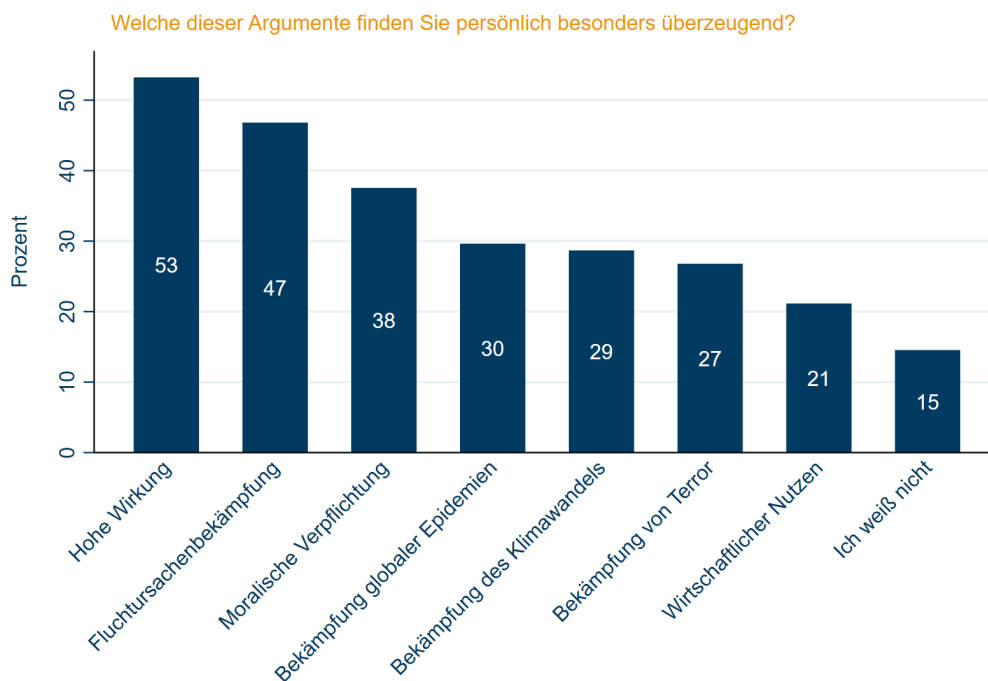
⁷² Zürcher (2012) identifiziert drei zentrale Probleme in der Zusammenarbeit mit fragilen Staaten: Erstens verfolgten Geber- und Partnerland in fragilen Kontexten nur selten die gleichen Interessen, beispielsweise die Absicht, Reformen zu implementieren. Zweitens sei ein Mangel an grundlegender Sicherheit eines der Haupthindernisse für die Wirksamkeit von EZ, und Projekte mit dem Ziel, die Sicherheit zu erhöhen, hätten in der Regel nur eine geringe Wirkung. Drittens argumentiert Zürcher, dass finanzielle Mittel in fragilen Staaten oftmals durch Korruption verloren gingen und somit kaum Wirkung erzielten.

6.1 Hohe Wirkung und EZ als Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung als überzeugende Argumente für EZ

Um zu verstehen, welche Erwartungen die Bürger*innen an EZ haben, muss zunächst erfasst werden, welche grundlegende Funktion die Bevölkerung der EZ jenseits der Verbesserung der sozioökonomischen Lage in den Partnerländern zuschreibt. Bereits der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 (Schneider und Gleser, 2018) hat für die Unterstützung der EZ durch die Bevölkerung Deutschlands vier zentrale Motive identifiziert: EZ als Wirtschaftsförderung (für Deutschland), EZ als Fluchtursachenbekämpfung, EZ als moralische Verpflichtung und EZ als sicherheitspolitisches Instrument.

Abbildung 34 greift diese Unterteilung auf und bietet zusätzlich ein differenzierteres Bild der Motive für die Unterstützung von EZ. Die Ergebnisse zeigen, dass besonders die hohe Wirkung von EZ und ihr Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung – mit jeweils rund 50 Prozent Zustimmung – überzeugende Argumente sind. Auch die moralische Verpflichtung zu helfen (38 % Zustimmung) wird als überzeugendes Argument wahrgenommen. Als etwas weniger überzeugend werden EZ als Mittel zur Bekämpfung von globalen Epidemien (30 % Zustimmung), EZ zur Bekämpfung des Klimawandels (29 %), EZ zur Förderung der deutschen Wirtschaft (21 %) und EZ zur Bekämpfung von Terrorismus (27 %) wahrgenommen.

Abbildung 34 Zustimmung zu Motiven für EZ



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: DEL-Tracker, Welle 2 (Zeitraum 03.06. – 07.06.2020). N= 1.025. Dargestellt ist die Zustimmung zum jeweiligen Motiv.

Auch wenn die Ergebnisse zeigen, dass einige Argumente für EZ auf mehr Zustimmung stoßen als andere, verdeutlichen sie gleichermaßen, dass es sehr unterschiedliche und sich sogar teilweise widersprechende Gründe für die Unterstützung von EZ gibt. Die Unterstützung von EZ aus dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung heraus spricht beispielsweise für eine hohe Armutsorientierung in der EZ, da das Gefühl der moralischen Verpflichtung insbesondere aus einer wahrgenommenen Bedürftigkeit von Menschen in Partnerländern (Fürsorgemotiv) und einer Ungerechtigkeit zwischen Geber- und Partnerland (Gerechtigkeitsmotiv) entsteht (Hudson und van Heerde-Hudson, 2012; Lumsdaine, 1993; siehe Kapitel 5 in diesem Bericht zu der Rolle von Moral für die Unterstützung von EZ). Die Unterstützung aufgrund hoher Wirkung spricht wiederum dafür, dass die Bürger*innen sichergehen möchten, dass die steuerfinanzierten Maßnahmen effektiv und effizient durchgeführt werden. Diese Wirkungsorientierung steht allerdings im Konflikt zu einer umfassenden

Armutsorientierung, da insbesondere in besonders armen Ländern die staatlichen Strukturen einen effizienten Einsatz der Mittel häufig erschweren und Korruption oftmals weit verbreitet ist (Bauhr et al., 2013).

Aus diesem Zielkonflikt ergeben sich zwei Fragen: Welche Länder erachten die Bürger*innen als besonders unterstützenswert? Und wie wägt die Bevölkerung Deutschlands in solchen Situationen zwischen vermuteten Bedürfnissen der Partnerländer, dem soziopolitischen Kontext in diesen Ländern sowie nationalen Eigeninteressen ab?

6.2 Die Erwartungen der Bevölkerung an EZ – ein *Conjoint*-Experiment

Geld ist ein knappes Gut. Die Bundesregierung beziehungsweise das BMZ sowie alle kirchlichen und zivilgesellschaftlichen EZ-Organisationen haben ein Budget, das zwischen potenziellen Partnerländern und verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten der Zusammenarbeit aufgeteilt werden muss. Die Wahl der Partnerländer ist dabei eine zentrale Herausforderung. Sie spielt auch im Reformkonzept „BMZ 2030“ (BMZ, 2020a) eine entscheidende Rolle. Durch eine gezielte und selektive Auswahl sollen die Maßnahmen und Mittel der Entwicklungspolitik noch wirksamer und effizienter eingesetzt werden als bisher. Die Wahl der Partnerländer ist auch Gegenstand des politischen und parlamentarischen Diskurses. So gab es im Sommer 2020 beispielsweise eine kleine Anfrage der AfD mit dem Titel „Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2020“, in der die Kriterien für die Wahl der Partnerländer hinterfragt wurden (Deutscher Bundestag, 2020a, für die Antwort der Bundesregierung siehe Deutscher Bundestag 2020b).

Aus Geberperspektive stellt sich die Frage, in welchen Ländern die finanziellen Mittel besonders benötigt werden und zugleich besonders wirksam und ressourcenschonend eingesetzt werden können. Gleichzeitig sind staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Unterstützung der Bürger*innen angewiesen.⁷³ Besonders NGOs finanzieren sich häufig neben staatlichen Mitteln (siehe Dreher et al., 2012a; Verbrugge und Huyse, 2020) zu einem erheblichen Anteil durch Spenden und setzen ehrenamtlich Engagierte ein. Vor diesem Hintergrund ist es für NGOs von großem Interesse, ob potenzielle Spender*innen entwicklungspolitische Maßnahmen in Partnerländern unterstützen und als förderungswürdig erachten.

Bisherige Studien haben gezeigt, dass die Kapazitäten des Partnerlandes, die Entwicklungshilfe wirksam einzusetzen, einen stärkeren Einfluss darauf haben, ob Bürger*innen die EZ unterstützten, als der Bedarf der Länder (Feeny et al., 2019). Auch mit EZ verbundene Eigeninteressen des Geberlandes spielen für die Bürger*innen nur eine untergeordnete Rolle (Hansen et al., 2014). Die höchste Unterstützung erfahren Länder, in denen sowohl der Bedarf an EZ hoch ist als auch die Sicherheit, dass die Mittel effektiv eingesetzt werden können (Cunningham et al., 2017). Hohen Bedarf sehen die Bürger*innen in einem Land dabei eher bei einer schlechten gesundheitlichen Situation als bei hoher Armut (Grépin et al., 2018).

Kasten 13 Aufbau des *Conjoint*-Experiments

Sogenannte *Choice-based-Conjoint*-Experimente erlauben es, Abwägungsentscheidungen der Bürger*innen abzubilden, indem sie gebeten werden, sich zwischen verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Merkmalen zu entscheiden (Raghavarao et al., 2011; für eine Anwendung in den Politikwissenschaften siehe zum Beispiel Hainmueller et al., 2014). So kann erfasst werden, welche Länder als besonders unterstützenswert wahrgenommen werden und welche soziopolitischen Länderfaktoren die Unterstützung beeinflussen. Gleichzeitig bilden *Conjoint*-Experimente auch die politische Entscheidungsrealität ab, in der angesichts knapper Ressourcen zwischen einzelnen Optionen gewählt werden muss.⁷⁴

⁷³ Eine ausführliche Erklärung der Relevanz der öffentlichen Meinung für die EZ findet sich im Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 (Schneider und Gleser, 2018, S.2–3).

⁷⁴ Dies stellt einen bedeutenden Vorteil gegenüber der Erfassung von Präferenzen mit sogenannten Rating-Skalen dar. Wird beispielsweise eine Reihe an Sektoren vorgelegt, können bei Verwendung solcher Skalen prinzipiell alle Sektoren als wichtig erachtet werden, es muss nicht zwischen ihnen abgewogen werden.

In diesem Experiment wurden den Befragten zunächst einige generelle soziodemographische Fragen zu ihrer Person sowie zu ihren generellen Einstellungen zum Themenfeld Entwicklungspolitik (zum Beispiel Unterstützung der EZ, Einschätzung der Wirksamkeit von EZ, Wissen über und Interesse an EZ) gestellt. Anschließend sollten die Befragten zunächst fünfmal zwei Länder anhand verschiedener Charakteristika bewerten beziehungsweise jeweils das Land wählen, das sie als unterstützenswerter erachten. Die Beschreibung der Länder enthielt dabei jeweils sechs (von insgesamt zehn) zufällig gewählte Charakteristika. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Charakteristika findet sich in Abschnitt 6.2.2. Im Anschluss sollten die Befragten erneut fünfmal angeben, welches von je zwei zufällig gewählten konkreten Ländern sie als unterstützenswerteres EZ-Partnerland erachten.

Hierbei wurde bewusst auf die Antwortoptionen „keines von beiden“ und „beide gleichermaßen“ verzichtet, da die Wahl dieser Ausweichmöglichkeiten bei sehr „knappen“ Entscheidungen zur Folge hätte, dass geringfügige Unterschiede in den Präferenzen nicht sichtbar werden.

Abbildung 35 Beispiel des durchgeführten Conjoint-Experiments

1) Welches der beiden beschriebenen Länder sollte die Bundesregierung mit Entwicklungshilfe unterstützen?

	Land 1	Land 2
Politischer Partner:	Wichtiger politischer Partner Deutschlands	Kein wichtiger politischer Partner Deutschlands
Korruption im Land:	Hohes Korruptionsniveau	Geringes Korruptionsniveau
Staatliche Autorität:	Staat kann weitestgehend für Recht und Ordnung sorgen	Staat kann nur eingeschränkt für Recht und Ordnung sorgen
Handel mit Deutschland:	Niedriges Handelsvolumen	Hohes Handelsvolumen
Inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit:	Klimawandel	Ernährungssicherung und Landwirtschaft
Religion der Bevölkerung:	Mehrheit muslimisch	Mehrheit christlich

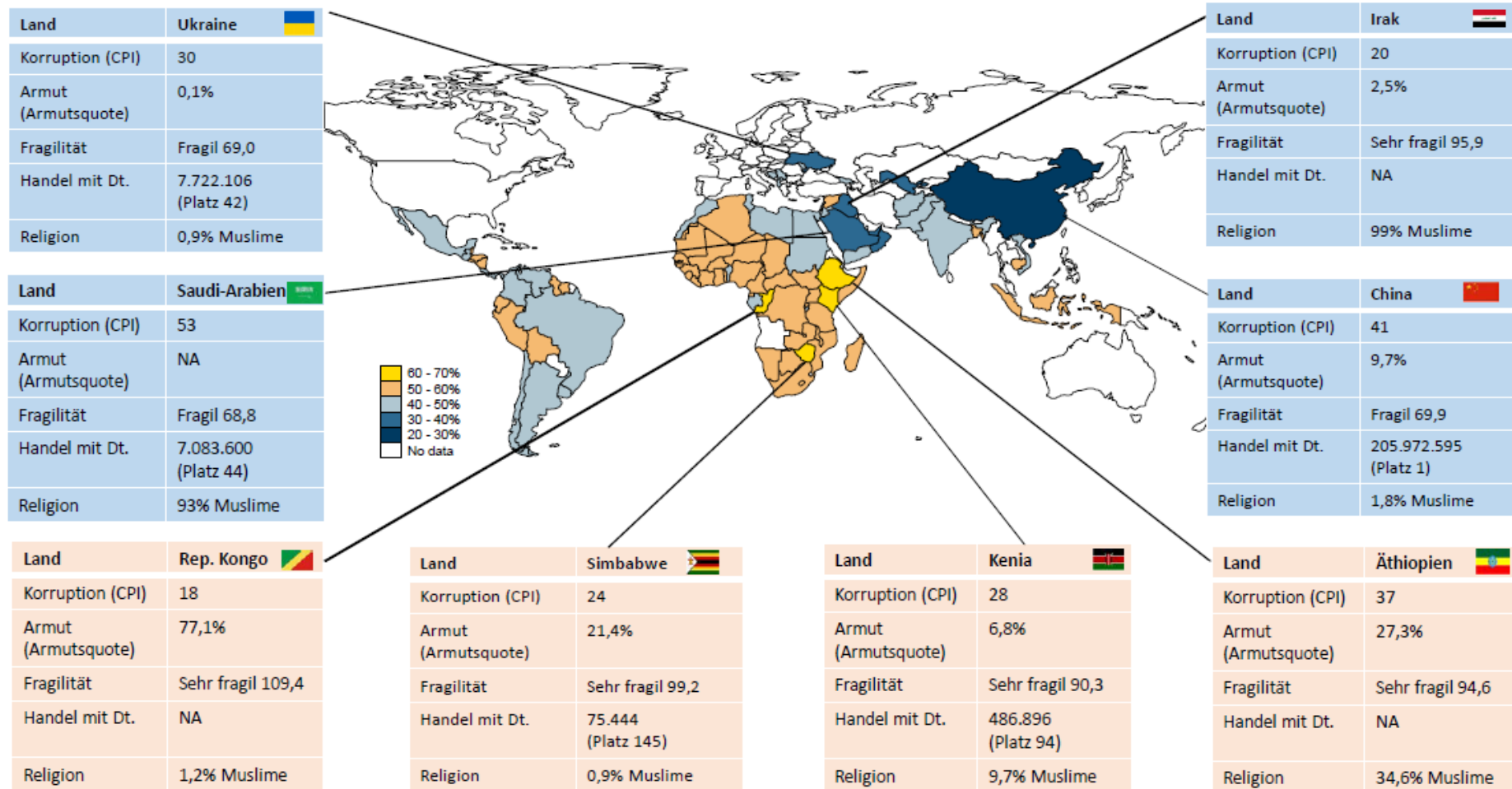
Quelle: eigene Darstellung. Die Abbildung zeigt die erste Komponente des Conjoint-Experiments. Die Befragten haben jeweils fünf dieser Paare vorgelegt bekommen.

Die vorhandenen Studien haben sich jeweils auf Teilaspekte der Unterstützung konzentriert und somit die Präferenzen für Bedarf, Wirkungsorientierung und Eigeninteresse nur unverknüpft erfasst. Ziel der vorliegenden Studie ist es, entwicklungspolitischen Akteuren ein differenziertes Bild der Präferenzen und Erwartungen zu ermöglichen, in dem ein *Choice-based-Conjoint-Experiment* durchgeführt wurde (siehe dazu Kasten 13). Außerdem erlaubt diese Studie einen Abgleich zwischen Länderpräferenzen (also der Einschätzung, welche konkreten Länder als besonders unterstützenswert gelten) und den Präferenzen für einzelne Ländercharakteristika (wie beispielsweise das Armuts- und Korruptionsniveau). So kann ermittelt werden, ob einzelne Länder basierend auf ihrem Namen anders eingeschätzt werden beziehungsweise eine höhere oder niedrigere Unterstützung erfahren als basierend auf ihren landesspezifischen Eigenschaften (Armuts- und Korruptionsniveau, Fragilität etc.). Auf diese Weise können Informationslücken und Fehlwahrnehmungen identifiziert und anschließend durch gezielte Informationsarbeit geschlossen beziehungsweise korrigiert werden.

6.2.1 Länderpräferenzen – Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo gelten als besonders unterstützenswert, Saudi-Arabien, Irak, China und die Ukraine als am wenigsten unterstützenswert

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass insbesondere Länder in Subsahara-Afrika als unterstützenswert wahrgenommen werden (siehe Abbildung 36). Partnerländer in Osteuropa und Asien hingegen werden als am wenigsten unterstützenswert bewertet. Südamerikanische Länder liegen dazwischen.

Abbildung 36 Weltkarte zur Unterstützung von EZ mit Partnerländern



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. N = 3.001. Die Abbildung zeigt, wie häufig die einzelnen Länder in einem Choice-based Conjoint-Experiment als unterstützenswerter gewählt wurden als ein zufällig gewähltes zweites Land. Ein Wert von 50 Prozent stellt den Durchschnitt und somit den Erwartungswert dar. Länder, die häufiger als in 50 Prozent der Fälle gewählt wurden, sind orange oder gelb dargestellt. Länder, die seltener gewählt wurden, sind in einem Blauton dargestellt. Zusätzlich enthält die Grafik Steckbriefe zu den vier am häufigsten (gelb) und den vier am wenigsten häufig (blau) gewählten Ländern. Die in den Steckbriefen enthaltenen Informationen wurden aus verschiedenen Quellen zusammengetragen, u. a. Corruption Perception Index (CPI) zu Korruption, Weltbank zu Armutsquote, Fragile States Index (FSI) zu Fragilität, Destatis zum Handel mit Deutschland und Pew-Forum zu Religion. Details dazu finden sich in Kapitel 6 im Onlineanhang.

Auf Länderebene werden besonders Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo als unterstützenswert wahrgenommen – sie wurden in mehr als 60 Prozent der Entscheidungen einem anderen zufällig gewählten Land vorgezogen. Im Gegensatz dazu werden China, Saudi-Arabien, Ukraine und Irak als am wenigsten unterstützenswert wahrgenommen. Diese Länder wurden jeweils in weniger als 40 Prozent der Entscheidungen gewählt. Beim Vergleich dieser beiden Gruppen fällt auf, dass die „unterstützenswerten“ Länder deutlich höhere Armutsquoten – und somit einen höheren Bedarf an finanzieller Unterstützung – aufweisen als die „weniger unterstützenswerten“ Länder (siehe Steckbriefe in Abbildung 36). Auch das Handelsvolumen der „unterstützenswerten“ Länder ist deutlich geringer als das der „weniger unterstützenswerten“. Außerdem zeigen die in Abbildung 36 dargestellten Ländersteckbriefe, dass die Bevölkerung der „unterstützenswerten“ Länder jeweils mehrheitlich christlich ist. In zwei der „weniger unterstützenswerten“ Länder (Saudi-Arabien und Irak) ist die Mehrheit der Bevölkerung hingegen muslimischen Glaubens. In allen weiteren Kategorien sind keine auffallenden Unterschiede ersichtlich.

6.2.2 Hohe Armut, geringe Korruption und eine mehrheitlich christliche Bevölkerung sind entscheidende Faktoren dafür, ob EZ mit einem Land unterstützt wird

Basierend auf diesen Ergebnissen stellt sich die Frage, warum einzelne Länder als mehr und andere als weniger unterstützenswert eingeschätzt werden. Um dieser Frage nachzugehen, wurde in einem weiteren *Choice-based Conjoint*-Experiment untersucht, welchen Einfluss verschiedene – aus der Literatur zur Allokation von Entwicklungsgeldern bekannte (Berthélemy und Tichit, 2004; Neumayer, 2003) – Merkmale und deren unterschiedliche Ausprägungen auf die Unterstützung eines Landes haben. Hierfür wurden den Befragten jeweils zwei Beschreibungen von Ländern vorgelegt, deren Eigenschaften nach dem Zufallsprinzip variiert wurden. Auch in früheren Studien wurden *Conjoint*-Experimente genutzt, um zu erfassen, welche Ländermerkmale von Befragten als besonders unterstützenswert erachtet werden (Blackman, 2018; Doherty et al., 2020; Feeny et al., 2019). Diese Experimente haben sich jedoch entweder auf einzelne Ländercharakteristika konzentriert (siehe Blackman, 2018) oder die einzelnen Ländercharakteristika eher als Konzepte (beispielsweise die Fähigkeit, EZ produktiv aufzunehmen; Feeny et al., 2019) denn als konkrete Charakteristika abgebildet. Für die vorliegende Studie wurde ein umfassenderer Ansatz gewählt, um so der Komplexität der Länderwahl, mit der sich die Entwicklungspolitik konfrontiert sieht, gerecht zu werden. Daher wurden jeweils zufällig sechs der folgenden zehn Eigenschaften berücksichtigt:

1. Inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit
2. Armut im Land
3. Leistungsfähigkeit des Staates (Fragilitätsdimension I)⁷⁵
4. Legitimität der Regierung (Fragilitätsdimension II)
5. Staatliche Autorität (Fragilitätsdimension III)
6. Korruption im Land
7. Anzahl der Geflüchteten aus dem Land
8. Handel mit Deutschland
9. Religion der Bevölkerung
10. Politische Partnerschaft mit Deutschland.

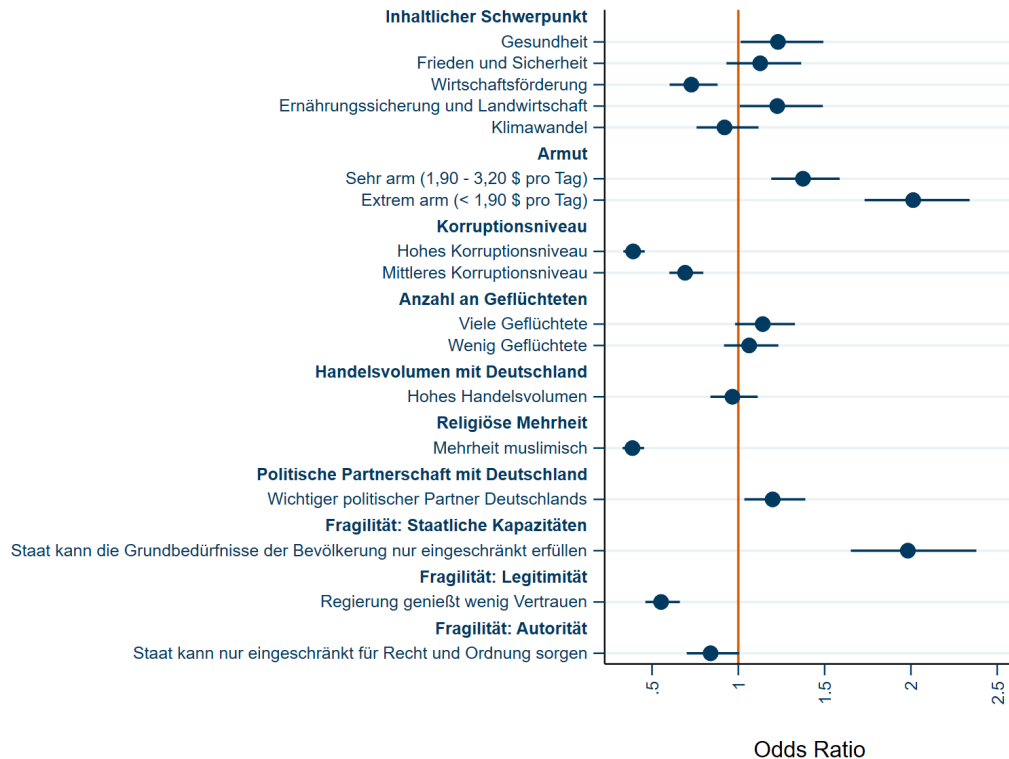
Das Armutsniveau variiert beispielsweise zwischen „extrem arm“ (<1,90 US-Dollar pro Tag), „sehr arm“ (1,90–<3,20 US-Dollar pro Tag) und „arm“ (3,20–5,50 US-Dollar pro Tag).⁷⁶ Die anderen Faktoren variieren beispielsweise zwischen Ländern mit (a) einem geringen, mittleren oder hohen Korruptionsniveau, (b) vielen, wenigen oder keinen Geflüchteten, die aus dem entsprechenden Land kommen, (c) einem hohen oder niedrigen Handelsniveau mit Deutschland und (d) wichtigen und weniger wichtigen politischen Partnern Deutschlands. Die Befragten sollten entscheiden, welches Land sie wählen würden – und damit, welches Projekt sie durchführen würden.

⁷⁵ Siehe Kasten 14 für detaillierte Informationen zu den jeweiligen Fragilitätsdimensionen.

⁷⁶ Eine ausführliche Beschreibung des Experiments befindet sich in *Abschnitt 6.1 im Onlineanhang*.

Anschließend konnte, basierend auf der jeweiligen Entscheidung der Befragten und der Variation der einzelnen Faktoren, ermittelt werden, wie relevant die einzelnen Faktoren für die Entscheidung und somit für die Unterstützung von EZ mit den jeweiligen Partnerländern sind. Die Ergebnisse stellen dar, welche Charakteristika der Partnerländer als besonders unterstützenswert wahrgenommen werden.

Abbildung 37 Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land



Quelle: eigene Darstellung. Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. N = 3.001. Die Abbildung zeigt die Odds Ratio und die jeweiligen Konfidenzintervalle der einzelnen Faktoren einer logistischen Regression. Eine Odds Ratio beschreibt das Chancenverhältnis – im Vergleich zur jeweiligen Referenzgruppe –, dass eine Option gewählt wird, wenn die Variable der angezeigten Ausprägung entspricht. Der Wert von circa 2,4 für extrem arm (< 1,90 \$ pro Tag) sagt beispielsweise aus, dass es mehr als doppelt so wahrscheinlich ist, dass ein hypothetisches Land gewählt (beziehungsweise unterstützt) wird, wenn es extrem arm (< 1,90 \$ pro Tag) ist im Vergleich zur Referenzkategorie „arm“ (3,20–5,50 \$ pro Tag). Werte über 1 zeigen somit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit und Werte unter 1 eine verminderte Wahrscheinlichkeit dafür an, dass das jeweilige Land gewählt wird. Die folgenden Referenzkategorien wurden verwendet (nicht in Abbildung dargestellt): inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit: Bildung; Armut: arm (3,20–5,50 \$ pro Tag); Korruption: niedriges Korruptionsniveau; Flucht: keine Geflüchteten; Handel: niedriges Handelsvolumen; Religion: mehrheitlich christlich; politischer Partner: kein wichtiger politischer Partner Deutschlands; staatliche Kapazitäten: Staat kann die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zuverlässig erfüllen; Legitimität: Regierung genießt viel Vertrauen; Autorität: Staat kann weitestgehend für Recht und Ordnung sorgen. Das Modell enthält zusätzlich folgende Kontrollvariablen: politische Orientierung (Links-rechts-Skala), Vertrauen in die Bundesregierung, Unterstützung EZ (vor dem Experiment erhoben), Wirksamkeitseinschätzung EZ (vor dem Experiment erhoben), subjektive Einschätzung des Wissens über EZ sowie Interesse am Thema EZ.

Die Ergebnisse in Abbildung 37 zeigen, dass besonders das Armuts- und Korruptionsniveau entscheidend für die Unterstützung eines hypothetischen Partnerlandes sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass extrem arme Länder (< 1,90 \$ pro Tag) unterstützt werden, ist im Vergleich zu armen Ländern (3,20–5,50 \$ pro Tag) mehr als doppelt so hoch (Odds Ratio von 2,4). Für Länder mit einem hohen Korruptionsniveau wiederum ist die Wahrscheinlichkeit, unterstützt zu werden, weniger als halb so hoch (Odds Ratio von 0,35) wie für Länder mit niedrigem Korruptionsrisiko.

Ein etwas schwächer positiver – aber trotzdem statistisch signifikanter – Zusammenhang zeigt sich zwischen mangelnden staatlichen Kapazitäten und der Unterstützung für EZ. Länder, in denen die Regierung nicht die

Kapazitäten hat, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, werden als unterstützenswerter wahrgenommen. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass Regierungen, denen von der eigenen Bevölkerung nur wenig Vertrauen entgegengebracht wird und Länder, in denen der Staat nur eingeschränkt für Recht und Ordnung sorgen kann, als weniger unterstützenswert angesehen werden.

Kasten 14 Dimensionen von Fragilität

Besondere Aufmerksamkeit gilt in dieser Untersuchung der Rolle von Fragilität im Partnerland. Diese wird anhand von drei Fragilitätsdimensionen operationalisiert (Gravingholt et al., 2015) und ebenfalls zufällig variiert. Die **Kapazitätsdimension** (Leistungsfähigkeit des Staates) misst die Fähigkeit des Staates, seiner Bevölkerung grundlegende öffentliche Dienstleistungen – wie ein funktionierendes Gesundheits- und Bildungssystem – anzubieten. Unterschieden wird hier zwischen (a) Staaten, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zuverlässig erfüllen können und (b) Staaten, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nur eingeschränkt erfüllen können. Die **Legitimitätsdimension** bezeichnet die Fähigkeit des Staates, die Zustimmung der Bevölkerung zur Dominanz des Staates einzuholen. Hierbei wird unterschieden zwischen (a) Regierungen, die viel Vertrauen in der eigenen Bevölkerung genießen, und (b) Regierungen, die wenig Vertrauen genießen. Die **Autoritätsdimension** misst die Fähigkeit des Staates, die Anwendung physischer Gewalt in seinem Hoheitsgebiet zu kontrollieren. Unterschieden wird hier zwischen (a) Staaten, die weitestgehend für Recht und Ordnung sorgen können und (b) Staaten, die nur eingeschränkt für Recht und Ordnung sorgen können.

Eigeninteressen Deutschlands haben für die Bürger*innen bei der Wahl eines unterstützenswerten Partnerlandes nur eine untergeordnete Bedeutung. Politische Partner von Deutschland werden etwas häufiger unterstützt. Das Handelsvolumen mit dem hypothetischen Land spielt hingegen keine Rolle. Ob und wie viele Geflüchtete aus dem jeweiligen Land kommen, ist auch nur untergeordnet relevant, wobei Länder mit mehr Geflüchteten etwas häufiger unterstützt werden.

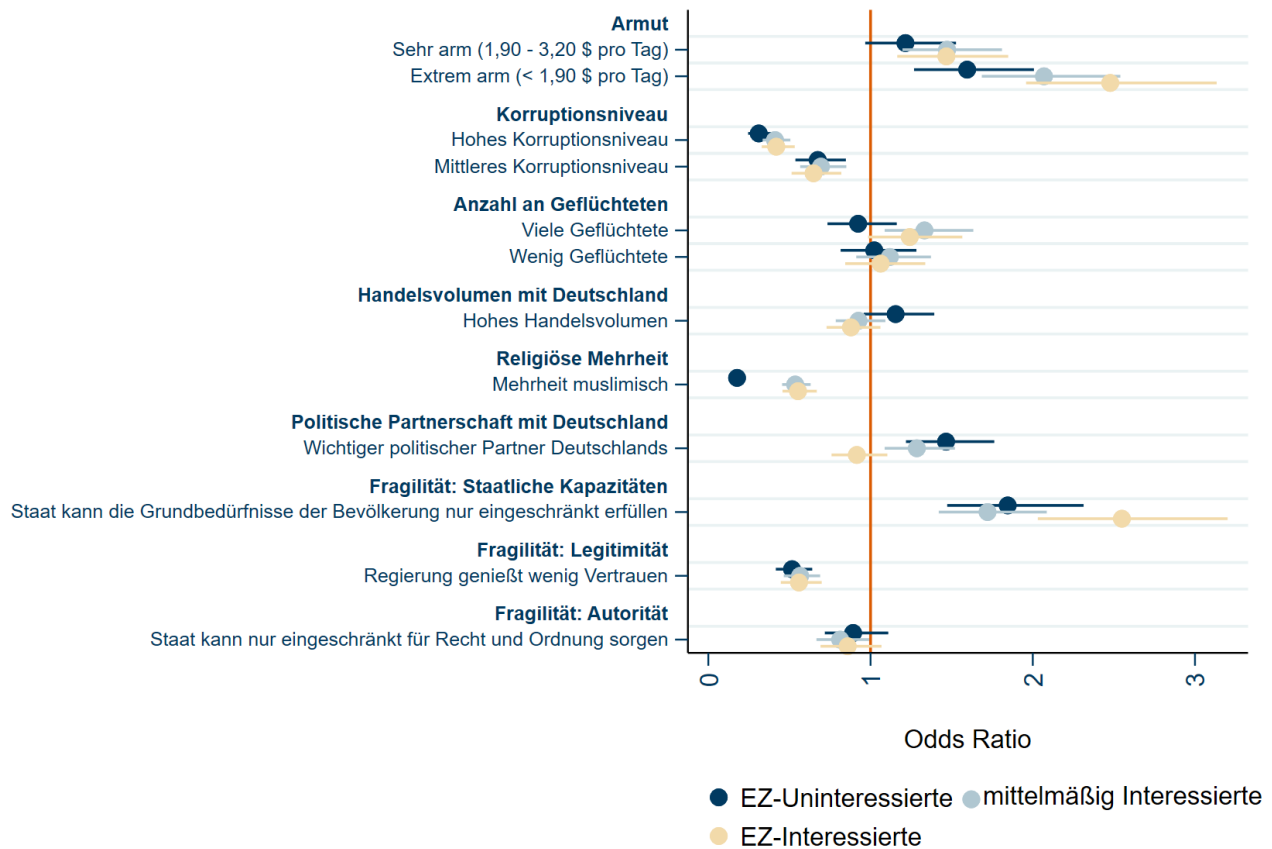
Heraus kristallisiert hat sich zudem ein sogenannter *Muslim bias*: Die Ergebnisse zeigen einen negativen Zusammenhang zwischen dem Ländermerkmal „Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch“ und der Wahl des jeweiligen Landes. Länder mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit werden – im Vergleich zu Ländern mit einer christlichen Mehrheit – nur in einem Drittel der Fälle unterstützt (*Odds Ratio* von 0,34). Der *Muslim bias* spielt beispielsweise auch für die Einstellung zur Aufnahme von Geflüchteten eine Rolle (Bansak et al., 2016) und findet sich auch in Studien zu EZ-Präferenzen in den USA (Blackman, 2018).

6.2.3 EZ-Interessierte und EZ-Unterstützende legen besonderen Wert auf Bedarfsorientierung und stellen Eigeninteressen in den Hintergrund

Für viele EZ-Akteure ist nicht die gesamte Bevölkerung Adressat entwicklungspolitischer Kommunikation; oft richten sich Kommunikationskonzepte spezifisch an einzelne Zielgruppen (siehe auch Kapitel 3.1.3). Vor diesem Hintergrund bietet die folgende Analyse eine differenzierte Darstellung der Präferenzen je nach Stärke des Interesses am Themenfeld EZ und der generellen Unterstützung von EZ.

Die Ergebnisse zeigen, dass EZ-Interessierte besonderen Wert auf den vorhandenen Bedarf an EZ legen (Abbildung 38). Dies drückt sich in dem etwas größeren Koeffizienten dieser Gruppe für „extrem arm“ und „sehr arm“ aus. Korruption hingegen spielt für alle Bürger*innen eine ähnlich starke Rolle. Hier sind keine signifikanten Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen ersichtlich. Dasselbe gilt für die drei untersuchten Dimensionen von Fragilität: Auch hier zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen, wobei die staatlichen Kapazitäten des Partnerlandes eine etwas größere Rolle für EZ-Interessierte spielen.

Abbildung 38 Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land – eine Subgruppenanalyse in Abhängigkeit von Interesse an EZ



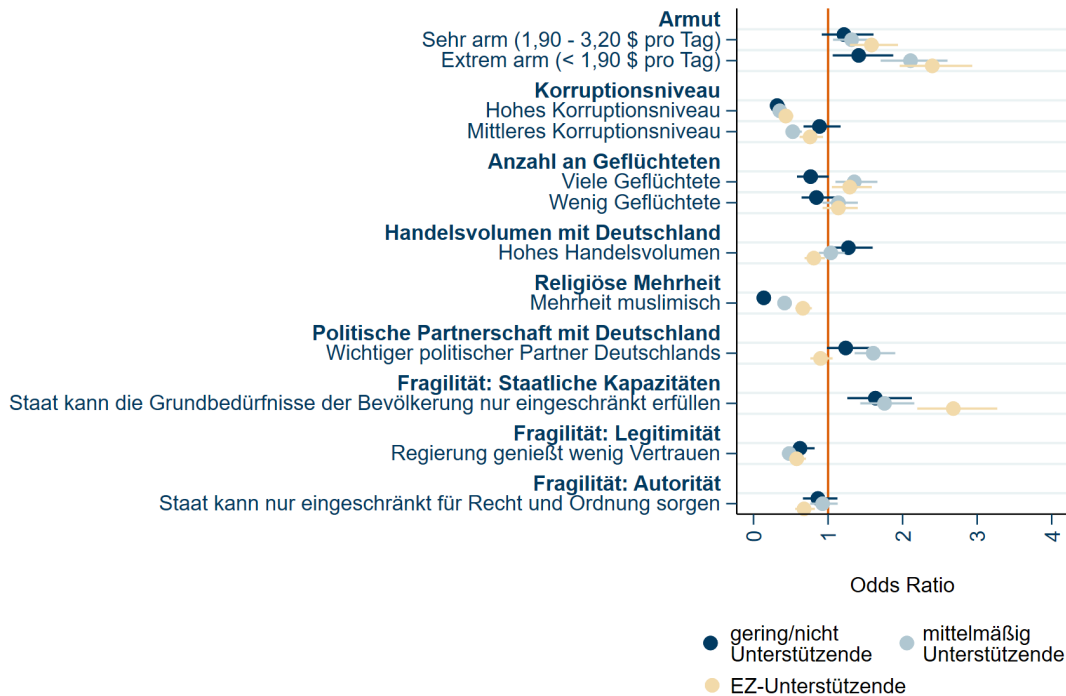
Quelle: eigene Darstellung. Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. N = 3.001. Gelb dargestellt sind die Odds Ratios für die Gruppe der EZ-Interessierten, grau dargestellt sind an EZ mittelmäßig Interessierte und blau EZ-Uninteressierte. Die Kategorisierung basiert auf der Frage „Wie stark interessieren Sie sich persönlich für das Themenfeld Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik und weltweite Armut?“, beantwortet auf der Skala 0 = „Das Thema interessiert mich überhaupt nicht“ bis 10 = „Das Thema interessiert mich sehr“. Als EZ-Interessierte wurden Personen mit einer Antwort zwischen 7 und 10 kategorisiert, als EZ-Uninteressierte Personen mit einer Antwort zwischen 0 und 3. Personen mit einer Antwort zwischen 4 und 6 wurden als mittelmäßig interessiert kategorisiert. Für weitere Informationen zu den abgebildeten Koeffizienten, den jeweiligen Referenzkategorien und den im Modell enthaltenen Kontrollvariablen siehe Abbildung 37.

Stärkere Unterschiede zeigen sich in der Relevanz des Eigeninteresses für die Unterstützung eines Partnerlandes. Für EZ-Interessierte spielt dieses Kriterium nur eine untergeordnete Rolle. Besonders im Vergleich zu EZ-Uninteressierten ist auffällig, dass das Handelsvolumen und auch das Niveau der politischen Partnerschaft nur geringe Relevanz haben. Länder, aus denen viele Geflüchtete stammen, werden von EZ-Interessierten hingegen etwas häufiger unterstützt als von EZ-Uninteressierten. Besonders auffällig ist, dass unabhängig vom Interesse am Themenfeld EZ alle Befragten eine Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern weniger unterstützen. Dieser negative Effekt ist jedoch deutlich geringer bei Bürger*innen, die sich für das Themenfeld interessieren.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen Bürger*innen, die EZ generell unterstützen, und solchen, die EZ eher nicht unterstützen (siehe Abbildung 39). Für Personen, die EZ generell unterstützen (gelb), hat der Bedarf an EZ im Partnerland einen hohen Stellenwert. Dies ist ersichtlich durch die etwas größeren Effekte bei der Kategorisierung „extrem arm“ und „sehr arm“. Auch unterstützten diese Personen Länder mit vielen Geflüchteten etwas mehr als Länder mit wenig Geflüchteten oder Länder, aus denen keine Geflüchteten kommen. Für Personen, die EZ generell weniger unterstützen, sind hingegen Länder, aus denen Geflüchtete kommen, weniger unterstützenswert als Länder, aus denen keine Geflüchteten kommen. Auch bei der

Relevanz des Handelsvolumens zeigen sich signifikante Unterschiede. So bevorzugen EZ-Unterstützende Länder, die ein niedriges Handelsvolumen mit Deutschland aufweisen, während Personen, die EZ weniger unterstützen, Länder mit einem höheren Handelsvolumen mit Deutschland präferieren; deutsche Eigeninteressen sind für Letztere von größerer Bedeutung.

Abbildung 39 Wirkung von Informationen über ein Partnerland auf die Unterstützung von EZ mit diesem Land – eine Subgruppenanalyse in Abhängigkeit von Unterstützung für EZ



Quelle: eigene Darstellung. Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. N = 3.001. Gelb dargestellt sind die Odds Ratios für die Gruppe der EZ-Unterstützenden, grau dargestellt sind mittelmäßig Unterstützende und blau Personen, die EZ nur gering oder gar nicht unterstützen. Die Kategorisierung basiert auf der Frage „Wenn es um die Entwicklungshilfe für arme Länder geht – in welchem Maße sollte Ihrer Meinung nach die Bundesregierung dort finanzielle Unterstützung leisten, wenn die 0 auf der folgenden Skala bedeutet ‚Sollte gar keine Unterstützung leisten‘ und die 10 bedeutet ‚Sollte sehr großzügig Unterstützung leisten‘? Wo siedeln Sie Ihre Meinung auf dieser Skala an?“ Als EZ-Unterstützende wurden Personen mit einer Antwort zwischen 7 und 10 kategorisiert, als Personen, die EZ nicht unterstützen, Personen mit einer Antwort zwischen 0 und 3. Personen mit einer Antwort zwischen 4 und 6 wurden als mittelmäßig unterstützend kategorisiert. Für weitere Informationen zu den abgebildeten Koeffizienten und den jeweiligen Referenzkategorien siehe Abbildung 37.

Ein signifikanter Unterschied zeigt sich bei Ländern, die mehrheitlich muslimisch sind. Unabhängig vom generellen Ausmaß der Unterstützung für EZ zeigen die Ergebnisse, dass alle Gruppen durchschnittlich Länder mit einer muslimischen Mehrheit weniger unterstützen als Länder mit einer christlichen Mehrheit. Dieser negative Effekt ist jedoch deutlich geringer bei Menschen, die EZ generell unterstützen.

Auch die Kapazitäten der Staaten, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, spielen für EZ-Unterstützende eine größere Rolle als für andere Gruppen.

Bei den verbleibenden Faktoren zeigen sich keine signifikanten Unterschiede, das heißt, hier unterscheiden sich die Präferenzen der drei Gruppen nicht oder nur geringfügig.

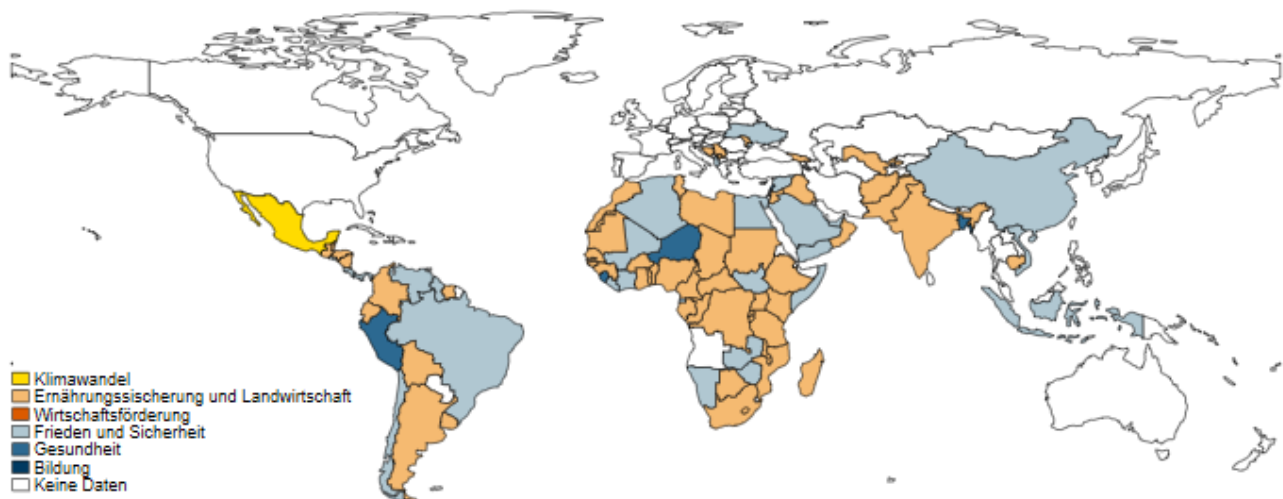
6.2.4 Ernährungssicherung, Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit sind die als am unterstützenswert eingeschätzten Sektoren

Neben der Entscheidung, welche Länder unterstützt werden sollen, ist die zweite entwicklungspolitische Frage mit Blick auf die Verteilung finanzieller Ressourcen, welche inhaltlichen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit gesetzt werden sollen. Diese Entscheidung hängt gleichzeitig eng mit der Wahl der Partnerländer

zusammen und orientiert sich an den jeweiligen länderspezifischen Bedarfen und Gegebenheiten. Auch für diese Entscheidung kann eine Analyse der Bevölkerungseinstellungen wichtiges Orientierungswissen für staatliche und nicht-staatliche Akteure bieten. Besonders die Information, welche Sektoren in welchen Ländern als besonders unterstützenswert gelten, erlaubt es den jeweiligen Akteuren abzuschätzen, welche länderspezifischen Bedarfe stärker kommuniziert werden müssen beziehungsweise wo Informationsdefizite und Fehlwahrnehmungen bestehen könnten und gegebenenfalls aufgegriffen werden sollten.

Die Befragung hat ergeben, dass entwicklungspolitische Maßnahmen in den Sektoren Ernährungssicherung und Landwirtschaft (63,5 %) sowie Frieden und Sicherheit (58,7 %) besonders große Zustimmung erfahren. Maßnahmen in den Sektoren Wirtschaftsförderung (35,9 %) und Klimawandel (42,5 %) werden hingegen als deutlich weniger unterstützenswert wahrgenommen.

Abbildung 40 Weltkarte zu Unterstützung von EZ in einzelnen Sektoren nach Partnerländern



Quelle: eigene Darstellung. Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. N = 3.001. Die Grafik zeigt (farblich markiert) jeweils den Sektor pro Land mit den höchsten Zustimmungswerten. Genaue Zustimmungswerte sind in Tabelle 8 im Anhang ersichtlich.

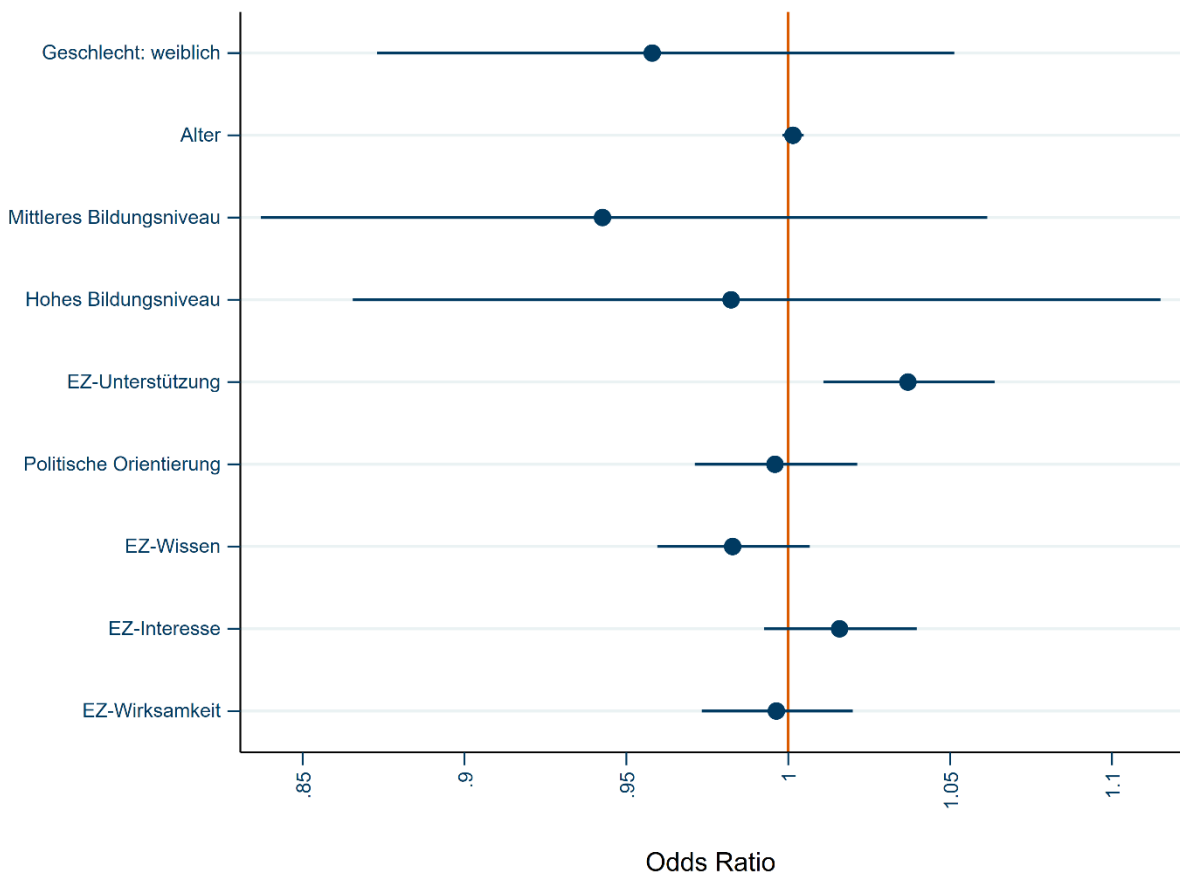
Abbildung 40 zeigt, dass sich die Präferenzen für einen inhaltlichen Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit je nach Länderkontext unterscheiden. In den meisten Ländern werden die Sektoren „Frieden und Sicherheit“ oder „Ernährungssicherheit und Landwirtschaft“ am häufigsten unterstützt. In einigen wenigen Ländern wird Gesundheit als der wichtigste Sektor betrachtet (Niger, Peru und Bangladesch). Klimawandel wird lediglich in Mexiko als wichtigster Sektor identifiziert.

6.2.5 Fragile Staaten gelten als besonders unterstützenswert

EZ bewegt sich in einem Spannungsfeld verschiedener Prinzipien: Einerseits beinhaltet die Agenda 2030 das zentrale Versprechen, „Niemanden zurückzulassen“ (*Leave no one behind*). Armut soll in all ihren Formen reduziert und schließlich ganz beseitigt werden (Vereinte Nationen, 2015). Gleichzeitig sollen die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Besonders in fragilen Kontexten stehen beide Konzepte in einem Zielkonflikt. Einerseits ist Armut in fragilen Staaten häufig weit verbreitet, denn es fehlt beispielsweise an sozialen Absicherungssystemen, um die Armut abzufangen. Andererseits erschweren schwache Governance-Strukturen den effektiven Einsatz von Entwicklungsgeldern (Zürcher, 2012).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwieweit fragile Staaten von der Bevölkerung als unterstützenswert angesehen werden. Um dieser Frage nachzugehen, wurden in Tabelle 8 im Anhang alle Länder – basierend auf dem *Fragile State Index* (FSI, 2019) – in die Kategorien „sehr fragil“, „fragil“ und „stabil“ eingeordnet. Die Ergebnisse zeigen, dass sehr fragile Staaten (53 %) gegenüber fragilen (49 %) und stabilen (44 %) Staaten im Durchschnitt leicht präferiert werden.

Abbildung 41 Zusammenhang zwischen persönlichen Eigenschaften der Befragten und der Unterstützung von EZ mit fragilen Staaten



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 24.08. – 02.09.2020. $N = 7.642$. Die Abbildung zeigt den Effekt der abgebildeten Variablen auf die Unterstützung von als fragil klassifizierten Staaten. Die Analyse beinhaltet lediglich Länder, die als sehr fragil klassifiziert werden und erfasst den Effekt der betrachteten Wahl für oder gegen ein als sehr fragil klassifiziertes Land. Für weitere Informationen zu den abgebildeten Koeffizienten, den jeweiligen Referenzkategorien und den im Modell enthaltenen Kontrollvariablen siehe Tabelle 90 im Onlineanhang.

Auffällig ist, dass besonders in Ländern wie Südsudan, Somalia, Syrien, Liberia und Venezuela, die von der Öffentlichkeit als sehr fragil wahrgenommen werden, die Unterstützung für EZ im Sektor „Frieden und Sicherheit“ sehr hoch ist. Dies gilt allerdings nicht für alle als sehr fragil einzustufenden Länder. Außerdem zeigen die Ergebnisse in Tabelle 8, dass auch in einigen Ländern, die als nicht oder nur wenig fragil einzustufen sind, die Unterstützung für EZ im Sektor „Frieden und Sicherheit“ am höchsten ist.

Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse (Abbildung 41) zeigen außerdem, dass die Unterstützung für EZ in fragilen Staaten (im Vergleich zu weniger fragilen Staaten) umso höher ist, je höher die generelle Unterstützung der Personen für EZ ist. Dies ist ersichtlich am signifikant positiven Effekt von EZ-Unterstützung auf die Wahl eines fragilen Landes – das Konfidenzintervall überschreitet die senkrechte orangefarbene Nulllinie nicht.

Das Wissen über EZ, die Wirksamkeitseinschätzung von EZ sowie das Interesse an EZ haben hingegen keinen direkten Effekt auf die Unterstützung von fragilen Staaten. Auch die politische Orientierung sowie verschiedene andere soziodemografische Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort) beeinflussen die Unterstützung fragiler Staaten nicht direkt.

6.3 Zusammenfassung

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürger*innen differenzierte Präferenzen für einzelne Partnerländer haben. Im Einklang mit früheren Studien (siehe beispielsweise Blackman, 2018; Doherty et al., 2020; Feeny et al., 2019) sind das Armuts- und das Korruptionsniveau die entscheidenden Faktoren für die Unterstützung von Partnerländern. Gleichzeitig wird EZ mit Ländern, in denen die Bevölkerung mehrheitlich muslimischen Glaubens ist, weniger unterstützt. Dieser sogenannte *Muslim bias* ist bereits aus früheren Studien bekannt (Blackman, 2018). Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen jedoch, dass der negative Effekt bei Menschen, die sich für das Themenfeld Entwicklungspolitik interessieren, deutlich geringer ist als bei Menschen mit wenig Interesse an EZ. Auch das Niveau der Fragilität in Partnerländern ist ein entscheidender Faktor dafür, ob EZ mit diesen Ländern unterstützt wird. Hierbei gehen die Ergebnisse deutlich über die Ergebnisse früherer Studien hinaus, welche beispielsweise gezeigt haben, dass die Fähigkeiten eines Partnerlandes, EZ effektiv zu verwenden, ein entscheidender Faktor für die Unterstützung von EZ ist (Feeny et al., 2019). Während Fragilität in Form von schwachen Kapazitäten eines Staates, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, dazu führt, dass EZ mit Partnerländern eher unterstützt wird, hat es einen negativen Effekt, wenn die Bevölkerung des Partnerlandes ihrer Regierung nicht vertraut (fehlende Legitimität der Regierung) oder wenn die Regierung nicht das Gewaltmonopol hat (fehlende Autorität).

Bei einer Betrachtung auf Länderebene zählen Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo zu den Ländern, mit denen eine Zusammenarbeit am stärksten befürwortet wird. Saudi-Arabien, der Irak, China und die Ukraine sind die Länder, die am wenigsten Unterstützung finden. Sektoral werden Ernährungssicherung und Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit als am unterstützenswertesten bewertet. Die Sektoren Wirtschaftsförderung und Klimawandel werden als weniger unterstützenswert wahrgenommen. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass die Befragten die Entwicklungszusammenarbeit mit sehr fragilen Staaten häufiger unterstützen als die EZ mit weniger fragilen Staaten.

7. WAS IMPLIZIEREN DIE ERGEBNISSE FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK UND EZ?

Die Ergebnisse dieses Berichts geben entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen Feedback und Orientierungswissen zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber Entwicklungspolitik an die Hand. Was bedeuten die Ergebnisse der empirischen Analysen nun für die strategische Ausrichtung der Entwicklungspolitik und EZ sowie für die Kommunikations- und Bildungsarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher EZ-Akteure? Welche handlungsrelevanten Schlussfolgerungen können aus ihnen gezogen werden? Dieses Kapitel bietet Interpretationsansätze zu den Befunden und vier mögliche Handlungsimplikationen als Beitrag zum (selbst-)kritischen Diskurs der EZ-Akteure über Entwicklungspolitik und EZ-Praxis in einer komplexen Gesellschaft.

7.1 Implikationen

Implikation 1:

Entwicklungspolitik hat in den Medien und im Alltag der Menschen nur eine vergleichsweise geringe Sichtbarkeit. So lange dies so ist, ist ein Wandel vorhandener Einstellungen zum Positiven wie zum Negativen unwahrscheinlich. Es gibt jedoch vielversprechende Wege, die Sichtbarkeit von Entwicklungspolitik im Alltag zu steigern; diese werden von EZ-Akteuren bereits in unterschiedlicher Intensität genutzt. Mögliche Wege sind (1) eine verstärkte Zusammenarbeit mit Influencern, (2) die Verknüpfung von EZ mit „Megathemen“ wie Klimawandel, Flucht oder Covid-19, (3) eine verstärkte Verknüpfung des Kaufverhaltens der Bevölkerung mit EZ-Themen im Bereich des nachhaltigen Konsums sowie (4) eine Kommunikation über EZ, die vor allem auch in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Informationen zu Umfang und Wirksamkeit von EZ-Vorhaben mit persönlichen Erfahrungen verknüpft.

Die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse in Kapitel 2 zeigen, dass Entwicklungspolitik ein Nischenthema in der medialen Berichterstattung ist. Dies steht im Einklang mit bisherigen Studien (Bieth, 2012; Brunswick Consulting, 2018; Fohrbeck et al., 1983). Die Intensität der medialen Berichterstattung liegt dauerhaft unterhalb der sogenannten öffentlichen Wahrnehmungsschwelle (zum Zusammenhang zwischen Medienberichterstattung und öffentlicher Wahrnehmung siehe zum Beispiel Neuman, 1990). Wollen EZ-Akteure eine etwas höhere öffentliche Sichtbarkeit für entwicklungspolitische Themen schaffen, bieten sich mehrere Ansatzpunkte an.

Erstens zeigen die Analysen zum Kurznachrichtendienst Twitter in Kapitel 2, dass reichweitenstarke Kanäle punktuell eine hohe Sichtbarkeit für entwicklungspolitisch relevante Inhalte schaffen können, auch wenn sie selbst keinen direkten Bezug zum Thema aufweisen. Zwar handelt es sich oftmals um zugespitzte Kritik politischer Akteure an der EZ, und nur selten werden die Themen Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltige Entwicklung in einem positiven Kontext präsentiert. Es gibt aber auch positive Beispiele für reichweitenstarke und somit auch potenziell wirkungsvolle Beiträge, etwa die BMZ-Kampagne mit Modeblogger*innen für faire Produktionsbedingungen in der Textilindustrie; die Zusammenarbeit des BMZ mit dem Schauspieler Tom Wlaschiha; die durch das BMZ finanzierte Kampagne „Entwicklung wirkt“ deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen; oder die Zusammenarbeit zwischen Unicef und der koreanischen Band BTS.⁷⁷ Letztere hat mit ihren Beiträgen zu einer Unicef-Kampagne gegen Gewalt an Kindern („LOVE MYSELF Global Campaign“) eine Reichweite im Millionenbereich erzielt; damit dürfte die Kampagne auch ein Publikum erreichen, das ansonsten kaum mit entwicklungspolitischen Inhalten in Berührung kommt.⁷⁸ Vertrauenswürdige und reichweitenstarke Akteure im Feld der sozialen Medien als möglichst langfristige Partner für gemeinsame Informationskampagnen zu gewinnen, erscheint somit als eine zielführende Strategie, um Aufmerksamkeit für Entwicklungspolitik zu schaffen.

⁷⁷ Zur Kampagne „Entwicklung wirkt“ siehe <https://www.entwicklung-wirkt.de/home>.

⁷⁸ Zur Kampagne der Band BTS siehe <https://www.love-myself.org/eng/home/>. Diese wird auf diversen Plattformen – unter anderem YouTube und Instagram – vermittelt.

Zweitens besteht die Möglichkeit, sich an den jeweils aktuell intensiv diskutierten globalen Herausforderungen wie Flucht und Migration, Klimawandel oder auch der Corona-Pandemie zu orientieren (sogenannte Megathemen). Diese eignen sich dazu, die Bevölkerung über die Relevanz entwicklungspolitischer Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu informieren. Die aktuelle Corona-Situation verdeutlicht jedoch, dass das Thema Entwicklungspolitik in den Medien noch weiter in den Hintergrund rückt, wenn die Aufmerksamkeit verstärkt auf die aktuelle Lage in Deutschland gerichtet ist.⁷⁹ Auch in dieser Situation gilt es, internationale Interdependenzen zu verdeutlichen und den Beitrag von Entwicklungspolitik und EZ zu einer globalen Entwicklung zu betonen. Darüber hinaus zeichnen sich für eine solche Strategie zwei Risiken ab: Zum einen werden „Megathemen“ auch von Akteuren, die der Entwicklungspolitik und EZ kritisch gegenüberstehen, aufgegriffen. Dadurch könnten sich entwicklungspolitische Akteure in kontrovers und polarisiert geführte öffentliche Debatten begeben (zum Beispiel beim Thema Migration). Hier muss im Vorfeld abgeschätzt werden, inwiefern ein Beitrag zur Versachlichung dienlich ist und das Potenzial hat, gehört zu werden. Zum anderen sollten die übergreifenden entwicklungspolitischen Ziele der Agenda 2030 nicht aus den Augen verloren werden. Ein einseitiger Fokus auf das jeweils aktuelle Megathema kann dazu führen, dass der Beitrag und die übergeordnete Rolle von Entwicklungspolitik und EZ verzerrt wahrgenommen werden und EZ verstärkt an kurzfristigen Erfolgen mit Blick auf das entsprechende Megathema und nicht an ihren langfristigen und nachhaltigen Beiträgen gemessen wird.

Drittens besteht ein vielversprechender und verstärkt genutzter Ansatzpunkt für die Kommunikations- und Bildungsarbeit zu Entwicklungspolitik darin, die Relevanz des alltäglichen Konsumverhaltens der Bürger*innen für Fragen der nachhaltigen globalen Entwicklung zu verdeutlichen und damit ein Nachdenken, geänderte Einstellungen und letztlich eine Änderung des Konsumverhaltens anzuregen. Es besteht zumindest das Potenzial, dass hierdurch nicht nur konsumspezifische Einstellungen im engeren Sinn angesprochen werden, sondern Einstellungen mit Blick auf eine nachhaltige globale Entwicklung generell verstärkt in den Fokus rücken – selbst wenn die SDGs als solche nicht bekannt sind (Schneider und Gleser, 2018, S.50). Die Initiative des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) zum Grünen Knopf – dem Siegel für fair produzierte Kleidung – stellt ein sichtbares Beispiel für einen Ansatz aus der EZ dar, der auf eine Stärkung nachhaltigen Konsums abzielt. Aber auch der steigende Umsatz mit Fairtrade-Produkten weltweit zeigt die wachsende Relevanz dieses Ansatzes (siehe zum Beispiel Forum Fairer Handel e.V., 2020). Auch hier besteht allerdings möglicherweise das Risiko der moralischen Reaktanz, wenn etwa die angeregten Verhaltensänderungen als zu weitgehend und in diesem Sinn „übergriffig“ wahrgenommen werden. Die Frage, welche Kapazitäten und Ressourcen in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen notwendig sind, damit sie sich nachhaltigen Konsum leisten können, sollte ebenfalls im Vorfeld reflektiert werden.

Viertens kann es schließlich sinnvoll sein, sich in der Kommunikations- und insbesondere in der Bildungsarbeit zu Entwicklungspolitik und EZ nicht nur auf den Umfang und die Wirksamkeit von EZ-Vorhaben zu konzentrieren, sondern diese Informationen in stärker personalisierte Berichte einzubetten (zur Wirksamkeit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Bergmüller et al., 2019; zur Bedeutung von Sendercharakteristika in der entwicklungspolitischen Kommunikation siehe Hudson et al., 2020). Dieser Ansatz wird beispielsweise in der Kommunikation mit (potenziellen) Spender*innen durch NGOs häufig genutzt (am stärksten im Rahmen von Patenschaftsprogrammen; zum Beispiel Orgad und Vella, 2012). Letztlich hat auch solch eine stärker personalisierte Berichterstattung das Potenzial, Entwicklungspolitik erfahrbarer und damit alltagsrelevanter zu machen. Allerdings sollte dies nur ein Teil einer Kommunikationsstrategie sein; andernfalls besteht das Risiko, dass die strukturellen Aspekte von Entwicklungspolitik und EZ nicht transportiert werden, sondern ein Verständnis von EZ als individuelle „Hilfe“ verstärkt wird.

⁷⁹ Generell fokussieren Nachrichten stärker auf Deutschland. In der Auslandsberichterstattung dominieren laut älteren Studien ohnehin europäische Staaten und die USA, während Afrika und Lateinamerika wenig Beachtung finden (Maurer und Reinemann, 2006, S. 144–151). Dieser Fokus könnte sich in nationalen Krisenlagen noch verstärken.

Implikation 2:

Argumente zu Korruption und mangelnder Wirksamkeit von EZ können die Unterstützung für EZ senken. Positive Argumente, Informationen und moralische Appelle zeigen hingegen kaum Potenzial, die generelle Unterstützung für EZ zu erhöhen. Um mittelfristig Chancen auf eine Steigerung der Unterstützung zu haben und Gegenargumenten möglichst vorzubeugen, erscheint eine Kommunikationsarbeit zielführend, die Wirkungen der EZ in den Vordergrund stellt und ihre übergeordnete Rolle in der Bewältigung globaler Herausforderungen – wie der von der Bevölkerung geringer unterstützten Bekämpfung des Klimawandels – betont. Gleichzeitig sollten insgesamt – und vertieft in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit – Risiken und Herausforderungen der EZ transparent benannt werden.

Ein Fokus dieses Berichts lag darauf zu untersuchen, wie die Bevölkerung auf EZ-bezogene Informationen, die beispielsweise über die Medien oder von EZ-Akteuren vermittelt werden, reagiert. Die Analysen im vorliegenden Bericht legen nahe, dass sich die grundlegende Unterstützung der EZ mittels medial vermittelter Argumente für die EZ (Kapitel 3), Informationen zu Inputs, Outputs und Outcomes von EZ-Projekten (Kapitel 4) oder moralischen Appellen (Kapitel 5) nicht oder nur sehr vereinzelt erhöht. Gleichzeitig zeigen die Analysen zur Wirkung medial verbreiteter Argumente (Kapitel 3) und zu den Erwartungen der Bevölkerung an EZ (Kapitel 6), dass die Bevölkerung sensibel auf Informationen zu Korruption, mangelnder Wirksamkeit von EZ, einzelnen Dimensionen staatlicher Fragilität und der religiösen Mehrheit in den Partnerländern reagiert. Generell zeigen die Untersuchungen, dass die Unterstützung der EZ wesentlich stärker von grundlegenden Überzeugungen (politische Orientierung, moralische Vorstellungen) beeinflusst wird als von punktuell bereitgestellten Informationen. Es ist somit unwahrscheinlich, dass sich Einstellungen aufgrund von einmalig zur Verfügung gestellten Informationen ändern. Einstellungsänderungen sind, wie in jedem anderen Politikfeld, langfristige Prozesse.

Allerdings zeigen die Analysen auch, dass Informationen zu Inputs („Was wird für eine Maßnahme ausgegeben?“), Outputs („Was wurde im Rahmen einer Maßnahme umgesetzt?“) und Outcomes („Was wurde durch eine Maßnahme erreicht?“) zu einer positiveren Bewertung konkreter EZ-Maßnahmen sowie zu einer verbesserten Einschätzung der EZ-Wirksamkeit beitragen können (Kapitel 4). Die Analysen zeigen ferner, dass die Bevölkerung stärkeres Interesse an Informationen darüber hat, welche Maßnahmen für welche Zielgruppe mit welcher Wirkung durchgeführt wurden.

Über fundierte und glaubwürdige Informationen zur Wirksamkeit der EZ, die auch einer breiteren Bevölkerungsgruppe in verständlicher Sprache zugänglich gemacht werden, könnte somit zumindest der skeptischen Einschätzung der EZ-Wirksamkeit in der Bevölkerung begegnet werden – und dadurch mittelfristig potenziell auch die generelle EZ-Unterstützung gestärkt werden. Die Konzentration der neuen strategischen Ausrichtung des BMZ im Rahmen der Strategie „BMZ 2030“ (BMZ, 2020a) auf Aspekte der Wirksamkeit weist ebenso in diese Richtung wie der Fokus der Zivilgesellschaft auf wirksame Projektarbeit (VENRO, 2020).

In der Kommunikation zur Wirksamkeit von EZ sollten jedoch nicht allein deren Erfolge benannt werden. Auch Fehlschläge und Herausforderungen in den Partnerländern (wie Korruption, fragile Staatlichkeit) sollten transparent kommuniziert werden. Damit kann nicht zuletzt meinungswirksamen Gegenargumenten schon im Vorfeld begegnet werden (siehe Kapitel 3 und 4). Um durch den transparenten Umgang mit Fehlern jedoch nicht selbst die öffentliche Kritik erst hervorzurufen (siehe Hudson und van Heerde-Hudson, 2012, S.18), sollten solche Informationen mit Angaben zum Ausmaß und der Dringlichkeit globaler Herausforderungen verbunden und entsprechend eingeordnet werden. Die Analysen der vorliegenden Studie legen nahe, dass sich negative Auswirkungen kritischer Informationen abmildern lassen, wenn auf die komplexe Rolle von EZ in diesen herausfordernden Kontexten verwiesen wird (siehe Kapitel 3). Die entwicklungspolitische Bildungs-

arbeit bietet aufgrund der im Vergleich zur medialen Vermittlung intensiveren Interaktion mit den Zielgruppen besondere Chancen, ein realistisches Bild der EZ und der Bedingungen in den Partnerländern zu vermitteln (siehe zum Beispiel Yanguas, 2018).⁸⁰

Implikation 3:

Es besteht ein Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Bevölkerung an die EZ, die von einem Narrativ der Fürsorge und Hilfe geprägt sind, und dem Selbstverständnis vieler EZ-Akteure, bei dem eine partnerschaftliche globale Entwicklung und das Lösen globaler Probleme im Mittelpunkt stehen. Die Herausforderung besteht nun darin, Anknüpfungspunkte an das vorhandene Narrativ zu schaffen, ohne die mit dem eigenen Selbstverständnis verknüpften Zielsetzungen zu vernachlässigen. Konsistent die Zusammenhänge zu betonen, die zwischen Armutsbekämpfung einerseits und der Bewältigung globaler Herausforderungen sowie der Schaffung stabiler staatlicher Strukturen andererseits bestehen, könnte mittelfristig dazu beitragen.

Die Bevölkerung hat insgesamt ein Bild von EZ als „Entwicklungshilfe“, das vor allem von der Fürsorge für leidende und arme Menschen geprägt ist und weniger von Überlegungen zu nachhaltiger globaler Entwicklung oder einem gerechten globalen Ausgleich (siehe Kapitel 5). Entsprechend stellen sich auch die Erwartungen an die handelnden EZ-Akteure dar (siehe Kapitel 6). Bürger*innen ziehen das Ausmaß der Armut in den Partnerländern als wichtigstes Kriterium heran, wenn es um die Frage geht, wo EZ stattfinden soll. Ebenso befürworten sie entwicklungspolitisches Engagement eher in den Sektoren Ernährungssicherung und Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit als beispielsweise in der Wirtschaftsförderung oder der Bewältigung des Klimawandels. Zugleich verdeutlicht die Analyse, dass die vorhandenen Risiken der EZ deren Akzeptanz senken: Die Bevölkerung zeigt Bedenken gegenüber EZ-Maßnahmen, wenn diese in Ländern mit hohem Ausmaß an Korruption, fehlender Legitimität der Regierung oder eingeschränktem staatlichen Gewaltmonopol (das heißt geringer Autorität des Staates) durchgeführt werden. Hinzu kommen Vorbehalte gegenüber der Zusammenarbeit mit Ländern, in denen die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist.

Viele EZ-Akteure verstehen Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen und zu einer partnerschaftlichen nachhaltigen Entwicklung (siehe zum Beispiel BMZ, 2020a). Dabei geht es nicht primär um die Fürsorge gegenüber den Menschen in den Partnerländern, sondern vor allem um die Zusammenarbeit mit gleichberechtigten Partnern und deren Unterstützung dabei, Herausforderungen vor Ort selbst zu bewältigen. In der Praxis stellen somit auch Themen wie Klimafolgenabschwächung und -anpassung, Wirtschaftsförderung in den Partnerländern oder auch die Förderung staatlicher Strukturen wichtige Aufgaben der EZ dar. Mit Blick auf die von der Bevölkerung kritisch betrachteten Risiken agiert EZ häufig unter komplexen Rahmenbedingungen, zu denen auch Korruption, fragile staatliche Strukturen oder inner- und zwischenstaatliche Konflikte gehören.

Für die strategische Planung der EZ bedeutet dieses Spannungsfeld unter anderem, dass Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung einen hohen Stellenwert genießen. Gleiches gilt auch für Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die angestrebten Wirkungen auch unter schwierigen Kontextbedingungen erzielt und nachgewiesen werden. Der aktuelle Fokus auf der Nutzung von Evidenz und der Umsetzung rigoroser Wirkungsevaluierungen gerade auch im Bereich der Übergangshilfe stellt somit einen zielführenden Ansatz dar (siehe zum Beispiel Faust, 2020).

Besonders für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit implizieren diese Ergebnisse, dass den Bürger*innen das aktuelle Selbstverständnis der EZ konsistent vermittelt werden sollte, ohne ihr bestehendes Vorverständnis zu ignorieren. Dabei sollten die Zusammenhänge zwischen globalen Herausforderungen wie Flucht, Migration und Klimawandel auf der einen Seite und Armut und Unterernährung auf der anderen veranschaulicht

⁸⁰ Yanguas (2018) argumentiert, dass EZ nicht als eine Art Maschine verstanden und kommuniziert werden sollte, in die Inputs eingespeist werden und die am Ende in einfachen Maßzahlen zu beurteilende „Entwicklung“ auswirft.

werden. Gleiches gilt für den Zusammenhang zwischen lokalen beziehungsweise globalen Herausforderungen und den strukturellen Problemen der Partnerländer. So können beispielsweise Hunger und Armut durch den Klimawandel dauerhaft verschärft werden. Zielführend – aber in der Kommunikation herausfordernd – erscheint es zu vermitteln, dass EZ die Partnerländer dabei unterstützen kann, robuste staatliche Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, Korruption effektiv einzudämmen und die staatliche Leistungsfähigkeit zu erhöhen (siehe Bauhr et al., 2013, S. 577-587). Damit werden die Partnerländer zumindest mittelfristig in die Lage versetzt, die Fürsorgepflicht gegenüber ihrer Bevölkerung zu erfüllen.

Dasselbe gilt für die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit: Auch hier sollte der Beitrag von EZ zur Bewältigung globaler Herausforderungen stets betont werden. Gleichzeitig müssen entwicklungspolitische Inhalte auf einfach verständliche Zusammenhänge heruntergebrochen werden, was in der Praxis jedoch an Grenzen stößt.

Kasten 15 Rolle und Limitationen von Befunden zur öffentlichen Meinung

Die Aussagekraft von Meinungsumfragen bezüglich der bestehenden Wirkungszusammenhänge ist häufig begrenzt. Ob beispielsweise EZ weniger unterstützt wird, weil Zweifel an ihrer Wirksamkeit bestehen, oder ob diejenigen, die EZ weniger unterstützen, auch Zweifel an ihrer Wirksamkeit haben, kann mit Querschnittsdaten nicht geklärt werden. Für die Ableitung möglicher Kommunikations- und Bildungsstrategien sind diese Zusammenhänge aber relevant. In diesem Bericht finden sich deshalb viele Umfrageexperimente, die darauf abzielen, die Wirkungszusammenhänge durch die Nutzung „rigoroser“ experimenteller Methoden zu überprüfen und dadurch verlässliche Aussagen zu den Einflussfaktoren auf die Meinungsbildung und die zugrundeliegenden psychologischen Mechanismen zu erlauben. Allerdings hat auch diese Methodik Grenzen: Beispielsweise kann ein Experiment, das den Einfluss ausgewählter Informationen zur Wirksamkeit von EZ-Projekten auf die EZ-Unterstützung untersucht, nicht ausschließen, dass inhaltlich abweichende, aber nicht im Experiment getestete Informationen einen geringeren oder stärkeren Einfluss auf die Meinungsbildung hätten. Auch bleibt unklar, wie lange die jeweiligen Wirkungen anhalten. Hinzu kommt, dass die Bürger*innen bestimmte Informationsangebote in der Realität zunächst wahrnehmen müssen, bevor diese auf Einstellungen und Verhalten wirken können. Dabei ist zu beachten, dass zahlreiche Informationsquellen um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung konkurrieren. Mit Blick auf diesen komplexen Kontext könnten die Wirkungen von Informationen auf entwicklungspolitische Meinungen mittelfristig besser über die Zusammenschau vieler Studien beantwortet werden; solche systemischen Analysen liegen für die hier behandelten Fragen jedoch noch nicht vor.

Mögliche Alternativen – beispielsweise „Expert*innen-Meinungen“ oder eigene Intuition – mögen zwar subjektiv ein höheres Maß an Sicherheit vermitteln und den Eindruck von zu hoher Komplexität reduzieren; dafür, dass sie einer ernsthaften und kritischen Auseinandersetzung mit empirischen Befunden sozialwissenschaftlicher Arbeit in ihrem Ergebnis überlegen wären, gibt es jedoch keine Belege. Insofern gliedert sich die Nutzung der hier dargestellten Ergebnisse in eine breitere Diskussion zur Rolle (angewandter) Wissenschaft in gesellschaftlichen Diskursen und Entscheidungsprozessen ein, die besonders im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie an Prominenz gewonnen hat. Gerade auch im Verlauf der Pandemie wurde deutlich, dass wissenschaftliche Evidenz widersprüchlich, komplex und in ihrer Aussagekraft begrenzt ist; gleichzeitig illustriert der intensive gesellschaftliche Diskurs zu Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, dass die Alternativen zu evidenzbasierten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht zu einer sachgerechteren Reaktion auf die bestehenden Herausforderungen beitragen.

Implikation 4:

Informationen zu Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger globaler Entwicklung wirken häufig auf verschiedene Gruppen in der Bevölkerung unterschiedlich. Was bei einer Bevölkerungsgruppe den gewünschten Effekt hat, kann bei einer anderen Gruppe nicht-intendierte Wirkungen hervorrufen. Quantitative und qualitative empirische Daten können helfen, Fehler zu vermeiden und die Wirksamkeit von entwicklungspolitischer Kommunikations- und Bildungsarbeit zu steigern.

Die Befunde dieses Berichts liefern immer wieder Hinweise darauf, dass Informationen über Entwicklungspolitik und EZ nicht in gleicher Weise auf alle Gruppen in der Bevölkerung wirken (Kapitel 3, 4, 5, 6). Selbst dort, wo eine Information im Durchschnitt gar keine Wirkung hat, kann es sein, dass manche Bevölkerungsgruppen in ihrer EZ-Unterstützung bestärkt werden, während andere eher stärker auf Distanz zur EZ gehen. Es gibt also häufig keine pauschal wirksame Kommunikationsstrategie. Ähnliches gilt vermutlich für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit (dazu Bergmüller et al., 2019).

Die Wirkungen von Kommunikations- und Bildungsarbeit sind vielmehr von bereits bestehenden Einstellungsmustern und Merkmalen abhängig. Beispielsweise führt Kritik an der Wirksamkeit der EZ im Kontext globaler Herausforderungen bei Menschen, die sich im politischen Spektrum „rechts“ verorten, dazu, dass sie den EZ-Etat eher kritisch sehen; bei Menschen im „linken“ politischen Spektrum hingegen bewirken sie eine erhöhte Unterstützung für den EZ-Etat (Kapitel 3). Im Bereich der moralischen Appelle führt ein Appell, der die Moraldimension Loyalität anspricht – also letztlich den Nutzen von EZ für Deutschland betont – tendenziell zu einer höheren EZ-Unterstützung, je wichtiger Loyalität generell für die moralischen Urteile dieser Person ist (Kapitel 5).

Für Praktiker*innen in der entwicklungspolitischen Kommunikations- und Bildungsarbeit weisen diese Befunde auf einen wesentlichen Aspekt hin: Bei der zielgenauen Ansprache bestimmter Bevölkerungssegmente sollten sie so weit wie möglich berücksichtigen, welche nicht-intendierten Wirkungen die jeweiligen Maßnahmen bei anderen Zielgruppen haben könnten. Zur Illustration: Soll die Gruppe der EZ-Unterstützenden mit transparenten Informationen zum Thema Korruption und deren Bekämpfung erreicht werden, um sie in ihrer Multiplikator*innen-Rolle für ein realistisches Bild der EZ in der Gesellschaft zu stärken, könnten Personen, die diesbezüglich Vorbehalte gegenüber der EZ haben, sich in ihren negativen Voreinstellungen bestärkt sehen. Hinzu kommt, dass eine zielgruppenspezifische Ansprache in der Kommunikation über Massenmedien generell schwierig ist; hier bietet die entwicklungspolitische Bildungsarbeit hingegen großes Potenzial.

Um die genannten nicht-intendierten Wirkungen möglichst zu vermeiden oder zu korrigieren, empfiehlt es sich in der entwicklungspolitischen Kommunikations- und Bildungsarbeit – vor allem, wenn es um finanzintensive Maßnahmen geht –, im Vorfeld zu prüfen, wie die jeweilige Zielgruppe auf die geplanten Maßnahmen reagiert und ob diese Reaktion zwischen verschiedenen Zielgruppen variiert. Sowohl quantitative (beispielsweise Umfrageexperimente) als auch qualitative Methoden (beispielsweise Fokusgruppeninterviews) sind geeignet, die empirische Basis für die Beurteilung entsprechender Maßnahmen in einem durch Diversität gekennzeichneten Zielgruppenumfeld zu verbessern.

Abschließend sollte jedoch bedacht werden, dass EZ-Akteure in ihrer Kommunikationsarbeit kaum den Meinungen aller Bevölkerungsgruppen gerecht werden können. Vor allem überzeugte EZ-Gegner dürften sich nicht oder nur sehr schwer überzeugen lassen. Angesichts dieser Tatsache erscheint es sinnvoll zu versuchen, starke „Nebenwirkungen“ von Kommunikationsmaßnahmen im Vorfeld zu ermitteln und so schwere öffentliche Reputationsrisiken zu vermeiden. Die eigenen normativen Überzeugungen beziehungsweise das eigene Selbstverständnis sollten jedoch weiterhin Grundlage der Kommunikationsarbeit bleiben.

7.2 Ausblick

Die Corona-Pandemie wird die finanzielle Lage der EZ-Geberstaaten in den kommenden Jahren maßgeblich beeinflussen und auch Entwicklungs- und Schwellenländer vor große Herausforderungen stellen. Gleichzeitig bleiben neben den damit verbundenen Themen der öffentlichen Gesundheit und der wirtschaftlichen Erholung auch Klimawandel, Flucht und Migration, Krieg und Konflikt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Hunger und Armut weiterhin akute Probleme – Probleme, die durch die Pandemie ebenfalls beeinflusst und in vielen Fällen verstärkt werden. Die EZ wird auch weiter gefordert sein, zur Lösung dieser globalen Herausforderungen beizutragen. Dabei bleibt es wichtig, die Bevölkerung und deren Einstellungen zu Entwicklungspolitik, EZ und nachhaltiger globaler Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren. Der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik wird daher auch in Zukunft staatliche und zivilgesellschaftliche EZ-Akteure über die öffentliche Meinung in diesem Themenfeld informieren. Der nächste Bericht ist für 2022 geplant.

8. LITERATUR

- Ajzen, I. und M. Fishbein (2005)**, „The Influence of Attitudes on Behavior“, in Albarracín, D. et al. (Hrsg.), *The Handbook of Attitudes*, Erlbaum, Mahwah, S. 173–271.
- Andersen, J. J. et al. (2020)**, „Elite Capture of Foreign Aid: Evidence from Offshore Bank Accounts“, World Bank Policy Research Working Paper, No. 9150, 18.02.2020.
- Backhaus, K. et al. (2011)**, *Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung*, Springer, Berlin, Dordrecht, London, New York.
- Bae, S.-S. und S. Kim (2016)**, „A Mile Wide and an Inch Deep: Analyzing Europeans’ Attitudes toward Development Aid by Using a Multilevel Model“, *International Review of Public Administration*, Vol. 21, Nr. 3, S. 185–198.
- Baker, A. (2015)**, „Race, Paternalism, and Foreign Aid: Evidence from U.S. Public Opinion“, *American Political Science Review*, Vol. 109, Nr. 1, S. 93–109.
- Balde, R. et al. (2020)**, „Labour Market Effects of COVID-19 in Sub-Saharan Africa: An Informality Lens from Burkina Faso, Mali and Senegal“, MERIT Working Papers 2020-022, United Nations University - Maastricht Economic and Social Research Institute on Innovation and Technology (MERIT), 25.05.2020.
- Bansak, K. et al. (2016)**, „How Economic, Humanitarian, and Religious Concerns Shape European Attitudes toward Asylum Seekers“, *Science*, Vol. 354, Nr. 6309, S. 217–222.
- Barberá, P. und G. Rivero (2015)**, „Understanding the Political Representativeness of Twitter Users“, *Social Science Computer Review*, Vol. 33, Nr. 6, S. 712–729.
- Bauhr, M. et al. (2013)**, „Does Corruption Cause Aid Fatigue? Public Opinion and the Aid-Corruption Paradox“, *International Studies Quarterly*, Vol. 57, Nr. 3, S. 568–579.
- Baum, M. A. und P. B. K. Potter (2008)**, „The Relationships Between Mass Media, Public Opinion, and Foreign Policy: Toward a Theoretical Synthesis“, *Annual Review of Political Science*, Vol. 11, Nr. 1, S. 39–65.
- Bayram, B. und M. Holmes (2019)**, „Feeling their Pain: Affective Empathy and Public Preferences for Foreign Development Aid“, *European Journal of International Relations*, Vol. 26, Nr. 3, S. 820–850.
- Beierlein, C. und A. Burger (2019)**, „Prozesse der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen“, in Faas, T. et al. (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, Nomos, Baden-Baden, S. 91–120.
- Bekkers, R. und P. Wiepking (2011)**, „A Literature Review of Empirical Studies of Philanthropy: Eight Mechanisms That Drive Charitable Giving“, *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 40, Nr. 5, S. 1–49.
- Bergmüller, C. et al. (2019)**, *Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit*, Erziehungswissenschaft und Weltgesellschaft, Waxmann, Münster, New York.
- Berkowitz, L. (1973)**, „Reactance and The Unwillingness to Help Others“, *Psychological Bulletin*, Vol. 79, Nr. 5, S. 310–317.
- Berthélemy, J.-C. und A. Tichit (2004)**, „Bilateral Donors’ Aid Allocation Decisions—A Three-Dimensional Panel Analysis“, *International Review of Economics & Finance*, Vol. 13, Nr. 3, S. 253–274.
- Bieth, T. (2012)**, *NGOs und Medien: eine empirische Studie zum Verhältnis von Public Relations und Journalismus*, Springer, Wiesbaden.
- Blackman, A. D. (2018)**, „Religion and Foreign Aid“, *Politics and Religion*, Vol. 11, Nr. 3, S. 522–552.
- BMZ (2020a)**, *Gemeinsam weiter Zukunft denken. BMZ 2030*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/sMaterialie485_bmz_2030.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.

- BMZ (2020b)**, *Minister Müller: Entwicklungshaushalt 2021 bleibt stabil - stärken damit Krisen- und Flüchtlingsregionen*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ Pressemitteilung, <http://www.bmz.de/20200318-1>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Bodem-Schrötgens, J. und A. Becker (2020)**, „Do You Like What You See? How Nonprofit Campaigns With Output, Outcome, and Impact Effectiveness Indicators Influence Charitable Behavior“, *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 49, Nr. 2, S. 335.
- Bohner, G. und M. Wänke (2009)**, *Attitudes and attitude change*, Social Psychology, Psychology Press, Hove.
- Brunswick (2018)**, *Understanding ODA Media Coverage in the UK, Germany, and France. European Media Analysis for Bill & Melinda Gates Foundation*, Brunswick, Abu Dhabi, Beijing, Berlin.
- Bryman, A. (2016)**, *Social Research Methods*, Oxford University Press, Oxford.
- Burkot, C. und T. Wood (2017)**, „Is Support for Aid Related to Beliefs About Aid Effectiveness in New Zealand?“, *Development Policy Centre Discussion Paper No. 63*.
- Calderon, C. et al. (2020)**, *Assessing the Economic Impact of COVID-19 and Policy Responses in Sub-Saharan Africa*, Africa's Pulse, Band 21, World Bank, Washington D.C.
- Chong, D. und J. N. Druckman (2007)**, „Framing Theory“, *Annual Review of Political Science*, Vol. 10, Nr. 1, S. 103–126.
- Coffey, C. et al. (2020)**, „Time to Care: Unpaid and Underpaid Care Work and the Global Inequality Crisis“, *Briefing Paper*, Oxfam International, Oxford, Januar 2020.
- Copelovitch, M. et al. (2020)**, „Challenges to the Contemporary Global Order. Cause for Pessimism or Optimism?“, *Journal of European Public Policy*, Vol. 27, Nr. 7, S. 1114–1125.
- Cunningham, H. et al. (2017)**, „Bilateral Foreign Aid: How Important is Aid Effectiveness to People for Choosing Countries to Support?“, *Applied Economics Letters*, Vol. 24, Nr. 5, S. 306–310.
- Czaplinska, A. (2007)**, „Building Public Support for Development Cooperation“, *Policy Paper*, Instituto Complutense de Estudios Internacionales, Madrid, Februar 2007, <http://eprints.ucm.es/11859/1/PP02-07.pdf>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Da Costa, P. (2009)**, *Study on Communicating Development Results*, OECD DAC Development Cooperation Directorate & DevCom Network, Paris, 18.05.2009, www.oecd.org/development/development-philanthropy/44836250.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- Dahl, R. A. (1998)**, *On Democracy*, Yale University Press, New Haven.
- Deutscher Bundestag (2020a)**, *Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD - Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2020*, Drucksache 19/20423, 26.06.2020, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/204/1920423.pdf>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Deutscher Bundestag (2020b)**, *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD - Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2020*, Drucksache 19/21201, 22.07.2020, <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/212/1921201.pdf>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Dietrich, S. et al. (2019)**, „Overseas Credit Claiming and Domestic Support for Foreign Aid“, *Journal of Experimental Political Science*, Vol. 6, Nr. 3, S. 159–170.
- Dietrich, S. und M. S. Winters (2015)**, „Foreign Aid and Government Legitimacy“, *Journal of Experimental Political Science*, Vol. 2, Nr. 02, S. 164–171.
- Doğruyol, B. et al. (2019)**, „The Five-Factor Model of the Moral Foundations Theory is Stable Across WEIRD and Non-WEIRD Cultures“, *Personality and Individual Differences*, Vol. 151, 109547.

- Doherty, D. et al. (2020)**, „The Public’s Foreign Aid Priorities: Evidence from a Conjoint Experiment“, *American Politics Research*, Vol. 48, Nr. 5, S. 635–648.
- Dreher, A. et al. (2012a)**, „Financial Dependence and Aid Allocation by Swiss NGOs: A Panel Tobit Analysis“, *Economic Development and Cultural Change*, The University of Chicago Press, Vol. 60, Nr. 4, S. 829–867.
- Dreher, A. et al. (2012b)**, „Aid Allocation by German NGOs: Does the Degree of Official Financing Matter?“, *The World Economy*, Vol. 35, Nr. 11, S. 1448–1472.
- Druckman, J. N. et al. (2011)**, „Experiments: An Introduction to Core Concepts“, in Druckman, J. N. et al. (Hrsg.), *Cambridge Handbook of Experimental Political Science*, Cambridge University Press, S. 15–26.
- Eagly, A. H. und S. Chaiken (1993)**, *The Psychology of Attitudes*, Harcourt Brace Jovanovich College Publishers.
- Easton, D. (1975)**, „A Re-assessment of the Concept of Political Support“, *British Journal of Political Science*, Vol. 5, Nr. 04, S. 435.
- Entman, R. M. (1993)**, „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, *Journal of Communication*, Vol. 43, Nr. 4, S. 51–58.
- Erikson, R. S. und K. L. Tedin (2011)**, *American Public Opinion*, Longman, Boston.
- Eurobarometer (2019)**, „EU-Bürger und Entwicklungszusammenarbeit. Spezial Eurobarometer 494“, *Europäische Kommission*, Brüssel, https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/eurobarometer-2019-ebis-494-summary_en.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- Faust, J. (2016)**, „Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik“, in Lauth, H.-J. und C. Wagner (Hrsg.), *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Schöningh, Paderborn, S. 322–356.
- Faust, J. (2020)**, „Rigorese Wirkungsevaluierung – Genese, Debatte und Nutzung in der Entwicklungszusammenarbeit“, *Der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, Vol. 13, Nr. 1, S. 61–80.
- Feeny, S. et al. (2019)**, „Donor Motives, Public Preferences and the Allocation of UK Foreign Aid: A Discrete Choice Experiment Approach“, *Review of World Economics*, Vol. 155, Nr. 3, S. 511–537.
- Ferreira, I. A. (2017)**, „Measuring State Fragility: A Review of the Theoretical Groundings of Existing Approaches“, *Third World Quarterly*, Vol. 38, Nr. 6, S. 1291–1309.
- Focus (2019)**, „630 Millionen Euro: Warum Deutschland Entwicklungshilfe an Weltmacht China zahlt“, *Focus Online*, www.focus.de/politik/ausland/630-millionen-euro-allein-im-jahr-2017-fast-10-milliarden-euro-seit-1979-darum-zahlt-deutschland-entwicklungshilfe-an-china_id_10817274.html, zugegriffen am 15.01.2021.
- Fohrbeck, K. et al. (1983)**, „Dritte Welt und Medienwelt: Entwicklungspolitik und das Bild der Dritten Welt in Presse, Hörfunk, Fernsehen. Eigenerhebungen und Sekundäranalysen des Zentrums für Kulturforschung / Bonn“, Bonn.
- Forum Fairer Handel e.V. (2020)**, „Aktuelle Entwicklungen im Fairen Handel“, Forum Fairer Handel e.V., Berlin, August 2020, www.forum-fairer-handel.de/fileadmin/user_upload/dateien/publikationen/materialien_des_ffh/2020_Aktuelle-Entwicklungen_im_FH_web.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- FSI (2019)**, *Fragile States Index*. <https://fragilestatesindex.org/>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Gaines, B. J. et al. (2007)**, „The Logic of the Survey Experiment Reexamined“, *Political Analysis*, Vol. 15, Nr. 1, S. 1–20.
- Gangl, M. (2010)**, „Causal Inference in Sociological Research“, *Annual Review of Sociology*, Vol. 36, Nr. 1, S. 21–47.

- Gilens, M. (2001)**, „Political Ignorance and Collective Policy Preferences“, *The American Political Science Review*, Vol. 95, Nr. 2, S. 379–396.
- Goodman, S. (2008)**, „A Dirty Dozen: Twelve P-Value Misconceptions“, *Seminars in Hematology*, Vol. 45, Nr. 3, S. 135–140.
- Graham, J. et al. (2013)**, „Moral Foundations Theory: The Pragmatic Validity of Moral Pluralism“, *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol. 47, S. 55–130.
- Graham, J. et al. (2011)**, „Mapping the Moral Domain“, *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 101, Nr. 2, S. 366–385.
- Grävingsholt, J. et al. (2015)**, „Disaggregating State Fragility: A Method to Establish a Multidimensional Empirical Typology“, *Third World Quarterly*, Vol. 36, Nr. 7, S. 1281–1298.
- Grépin, K. A. et al. (2018)**, „Allocating External Financing for Health: A Discrete Choice Experiment of Stakeholder Preferences“, *Health Policy and Planning*, Vol. 33, S. i24–i30.
- Grimmelikhuijsen, S. (2012)**, „Linking Transparency, Knowledge and Citizen Trust in Government: An Experiment“, *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 78, Nr. 1, S. 50–73.
- Grimmer, J. und B. M. Stewart (2013)**, „Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts“, *Political Analysis*, Vol. 21, Nr. 3, S. 267–297.
- Haidt, J. (2012)**, *The Righteous Mind. Why Good People Are Divided by Politics and Religion*, Pantheon Books, New York.
- Haidt, J. und J. Graham (2007)**, „When Morality Opposes Justice: Conservatives Have Moral Intuitions That Liberals May Not Recognize“, *Social Justice Research*, Vol. 20, Nr. 1, S. 98–116.
- Haidt, J. und C. Joseph (2004)**, „Intuitive Ethics: How Innately Prepared Intuitions Generate Culturally Variable Virtues“, *Dædalus*, S. 55–66.
- Hainmueller, J. et al. (2014)**, „Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments“, *Political Analysis*, Vol. 22, Nr. 1, S. 1–30.
- Hansen, P. et al. (2014)**, „Developing Countries in Need: Which Characteristics Appeal Most to People When Donating Money?“, *Journal of Development Economics*, Vol. 50, Nr. 11, S. 1494–1509.
- heute-show (2020)**, „Einem Prozent der Menschheit gehören laut #Oxfam 45 Prozent des globalen Vermögens. Das ist der Moment, an dem man das Monopoly-Brett für gewöhnlich vom Tisch fegt.“ *Tweet vom 20. Januar 2020, 11.09 Uhr*, <https://twitter.com/heuteshow/status/1219200158778511366>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Hoewe, J. und C. Peacock (2020)**, „The Power of Media in Shaping Political Attitudes“, *Current Opinion in Behavioral Sciences*, Vol. 34, S. 19–24.
- Hölig, S. (2018)**, „Eine meinungsstarke Minderheit als Stimmungsbarometer?! Über die Persönlichkeitseigenschaften aktiver Twitterer“, *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Vol. 66, Nr. 2, S. 140–169.
- Hölig, S. und U. Hasebrink (2020)**, „Reuters Institute Digital News Report 2020 - Ergebnisse für Deutschland. Unter Mitarbeit von Julia Behre“, *Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts*, Projektergebnisse Nr. 50, Verlag Hans-Bredow-Institut, Hamburg, https://hans-bredow-institut.de/uploads/media/default/cms/media/66q2yde_AP50_RIDNR20_Deutschland.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- Hu, M. (2020)**, „Cambridge Analytica’s Black Box“, *Big Data & Society*, Vol. 7, Nr. 2, S. 1–6.
- Hudson, D. und J. van Heerde-Hudson (2012)**, „„A Mile Wide and an Inch Deep“: Surveys of Public Attitudes towards Development Aid“, *International Journal of Development Education and Global Learning*, Vol. 4, Nr. 1, S. 5–23.

- Hudson, J. et al. (2020)**, „Not One, But Many “Publics”: Public Engagement with Global Development in France, Germany, Great Britain, and the United States“, *Development in Practice*, Vol. 30, Nr. 6, S. 795–808.
- Hurst, R. et al. (2017)**, „Down the Rathole? Public Support for US Foreign Aid“, *International Studies Quarterly*, Vol. 61, Nr. 2, S. 442–454.
- IFEM (2020)**, „Corona-NewsMonitor. 31. Mai 2020“. Institut für empirische Medienforschung. www.ifem.de/aktuelles/jahr-2020/corona-newsmonitor, zugegriffen am 15.01.2021.
- ILO (2020)**, *COVID-19 and the World of Work. Second Edition. Updated Estimates and Analysis*, ILO Monitor, International Labour Organization (ILO), 07.04.2020, www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/briefingnote/wcms_740877.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- Jost, J. T. et al. (2009)**, „Political Ideology: Its Structure, Functions, and Elective Affinities“, *Annual Review of Psychology*, Vol. 60, S. 307–337.
- Jungherr, A. (2019)**, „Kommunikation auf sozialen Netzwerkplattformen“, in Faas, T., O. W. Gabriel und J. Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, Nomos, Baden-Baden, S. 184–206.
- Kesselring, T. (2003)**, *Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung*, C.H. Beck, München.
- KfW Entwicklungsbank (2017)**, „Ex-post-Evaluierung – Kenia“. www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Evaluierung/Ergebnisse-und-Publikationen/PDF-Dokumente-E-K/Kenia_Grundbildung_2017_D.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- KfW Entwicklungsbank (2018)**, „Ex-post-Evaluierung – Tansania“. www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Evaluierung/Ergebnisse-und-Publikationen/PDF-Dokumente-R-Z/Tansania_Distriktgesundheitsversorgung_2018_D.pdf, zugegriffen am 15.01.2021.
- Krüger, U. M. (2013)**, „InfoMonitor 2012: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1“, *Media Perspektiven*, S. 62–92.
- Krüger, U. M. (2014)**, „InfoMonitor 2013: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1“, *Media Perspektiven*, S. 62–93.
- Krüger, U. M. (2015)**, „InfoMonitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung“, *Media Perspektiven*, S. 75–104.
- Krüger, U. M. und T. Zapf-Schramm (2016)**, „InfoMonitor 2015: Europa und Deutschland rücken ins Zentrum globaler Krisen“, *Media Perspektiven*, S. 70–97.
- Krüger, U. M. und T. Zapf-Schramm (2017)**, „InfoMonitor 2016: Nachrichtenprofile langfristig stabil“, *Media Perspektiven*, S. 62–90.
- Krüger, U. M. und T. Zapf-Schramm (2018)**, „InfoMonitor: Bundestagswahl und Donald Trump waren Topthemen 2017“, *Media Perspektiven*, S. 59–87.
- Lakemann, T. et al. (2020)**, „Africa After the COVID-19 Lockdowns: Economic Impacts and Prospects“, GIGA Focus Africa, No. 6, German Institute for Global and Area Studies, Oktober 2020, www.giga-hamburg.de/en/publication/africa-after-the-covid-19-lockdowns-economic-impacts-and-prospects, zugegriffen am 15.01.2021.
- Lakuma, C. P. und N. Sunday (2020)**, „Impact of COVID-19 on Micro, Small, and Medium Businesses in Uganda“, *Africa in Focus*, 19.05.2020, www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2020/05/19/impact-of-covid-19-on-micro-small-and-medium-businesses-in-uganda/, zugegriffen am 15.01.2021.
- Likert, R. (1932)**, „A Technique for the Measurement of Attitudes“, *Archives of Psychology*, Vol. 22, Nr. 1, S. 5–55.

- Lumsdaine, D. H. (1993)**, *Moral Vision in International Politics - The Foreign Aid Regime, 1949 - 1989*, Princeton University Press, New Jersey.
- Maio, G. R. und G. Haddock (2009)**, *The Psychology of Attitudes and Attitude Change*, Sage Social Psychology Program Series, Sage, Los Angeles.
- Maurer, M. und C. Reinemann (2006)**, *Medieninhalte. Eine Einführung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Mbow, M. et al. (2020)**, „COVID-19 in Africa: Dampening the Storm?“, *Science*, Vol. 369, Nr. 6504, S. 624–626.
- Meijer, A. J. et al. (2012)**, „Open Government: Connecting Vision and Voice“, *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 78, Nr. 1, S. 10–29.
- Mellon, J. und C. Prosser (2017)**, „Twitter and Facebook Are Not Representative of the General Population: Political Attitudes and Demographics of British Social Media Users“, *Research & Politics*, Vol. 4, Nr. 3.
- Meuthen, J. (2019)**, „Deutschland leistet dem Land, dessen Panzer hier unten rollen, nach wie vor „Entwicklungshilfe““, *Tweet vom 01. Oktober 2019, 16.31 Uhr*, https://twitter.com/Joerg_Meuthen/status/1179041124373143555, zugegriffen am 15.01.2021.
- Milner, H. V. und D. Tingley (2013)**, „Public Opinion and Foreign Aid: A Review Essay“, *International Interactions*, Vol. 39, Nr. 3, S. 389–401.
- Mimikama (2019)**, „Faktencheck: Wurde der Gründer der UNICEF wegen Kindesmissbrauchs festgenommen?“, www.mimikama.at/aktuelles/gruender-unicef-festgenommen/, zugegriffen am 15.01.2021.
- Moosbrugger, H. und A. Kelava (2012)**, *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion: mit 66 Abbildungen und 41 Tabellen*, Springer, Berlin, Heidelberg.
- Mutz, D. C. (2011)**, *Population-Based Survey Experiments*, Princeton University Press.
- Nelson, T. E. et al. (2011)**, „Media and Politics“, in Druckman, J. N. et al. (Hrsg.), *Cambridge Handbook of Experimental Political Science*, Cambridge University Press, Cambridge, S. 201–213.
- Neuman, W. R. (1990)**, „The Threshold of Public Attention“, *Public Opinion Quarterly*, Vol. 54, Nr. 2, S. 159–176.
- Neumayer, E. (2003)**, „The Determinants of Aid Allocation by Regional Multilateral Development Banks and United Nations Agencies“, *International Studies Quarterly*, Vol. 47, Nr. 1, S. 101–122.
- Nickerson, R. S. (1998)**, „Confirmation Bias: A Ubiquitous Phenomenon in Many Guises“, *Review of General Psychology*, Vol. 2, Nr. 2, S. 175–220.
- Nothias, T. (2018)**, „How Western Journalists Actually Write About Africa“, *Journalism Studies*, Vol. 19, Nr. 8, S. 1138–1159.
- Orgad, S. und C. Vella (2012)**, „Who Cares? Challenges and Opportunities in Communicating Distant Suffering: A View From the Development and Humanitarian Sector“, POLIS, June 2012, <https://core.ac.uk/download/pdf/8792475.pdf>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Pepinsky, T. B. (2018)**, „Visual Heuristics for Marginal Effects Plots“, *Research & Politics*, Vol. 5, Nr. 1.
- Politbarometer (2020)**, *Wichtige Probleme in Deutschland seit 01/2000*, Forschungsgruppe Wahlen e.V., www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1, zugegriffen am 15.01.2021.
- Raatz, S. (2016)**, *Entwicklung von Einstellungen gegenüber verantwortungsvoller Führung*, Springer, Wiesbaden.
- Raghavarao, D. et al. (2011)**, *Choice-Based Conjoint Analysis: Models and Designs*, CRC Press, Boca Raton.

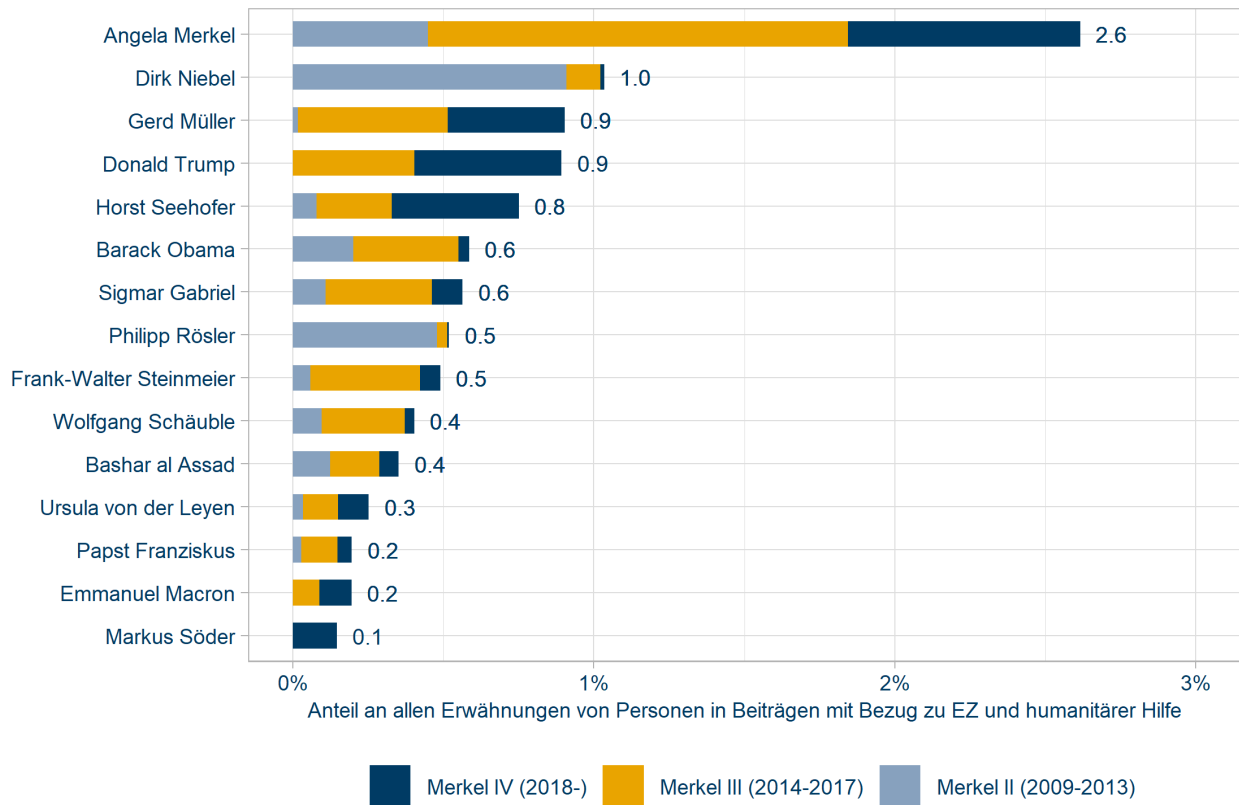
- Rauh, C. (2018)**, „Validating a Sentiment Dictionary for German Political Language — A Workbench Note“, *Journal of Information Technology & Politics*, Vol. 15, Nr. 4, S. 319–343.
- Riddell, R. (2007)**, *Does Foreign Aid Really Work?*, Oxford University Press, Oxford.
- Schneider, S. et al. (2020)**, „Öffentliche Meinung zu internationaler Solidarität in der Corona-Pandemie“, DEval Policy Brief Nr. 4/2020, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn.
- Schneider, S. H. et al. (2021)**, „Does the COVID-19 Pandemic Threaten Global Solidarity? Evidence from Germany“, *World Development*, Vol. 140.
- Schneider, S. H. et al. (2019)**, „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019 - Medien, Mediennutzung und Berichterstattung zu weltweiter Armut“, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn.
- Schneider, S. H. und S. H. Gleser (2018)**, „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung“, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn.
- Scott, M. (2015)**, „The Myth of Representations of Africa“, *Journalism Studies*, Vol. 18, Nr. 2, S. 191–210.
- Scotto, T. J. et al. (2017)**, „We Spend How Much? Misperceptions, Innumeracy, and Support for the Foreign Aid in the United States and Great Britain“, *Journal of Experimental Political Science*, Vol. 4, Nr. 2, S. 119–128.
- Soroka, S. et al. (2019)**, „Cross-national Evidence of a Negativity Bias in Psychophysiological Reactions to News“, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 116, Nr. 38, S. 18888–18892.
- Spiegel Online (2019)**, „Clemens Tönnies empört mit rassistischen Aussagen“. 02.08.2019, www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/clemens-toennies-empoert-mit-rassistischen-aussagen-ueber-afrikaner-a-1280178.html, zugegriffen am 15.01.2021.
- Stockmann, R. (2016)**, „Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit“, in Stockmann, R., U. Menzel und F. Nuscheler (Hrsg.), *Entwicklungspolitik: Theorien – Probleme – Strategien*, De Gruyter Oldenbourg, Berlin, Boston, S. 425–616.
- Süddeutsche Zeitung (2011)**, „Berlin zahlt weiter Entwicklungshilfe für Assad“, 05.09.2011, <https://www.sueddeutsche.de/politik/trotz-gewalt-gegen-die-bevoelkerung-berlin-zahlt-weiter-entwicklungshilfe-fuer-assad-1.1138979>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Taber, C. S. und M. Lodge (2006)**, „Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs“, *American Journal of Political Science*, Vol. 50, Nr. 3, S. 755–769.
- Tanyi, A. und M. Bruder (2014)**, „Consequentialism and Its Demands: A Representative Study“, *The Journal of Value Inquiry*, Vol. 48, Nr. 2, S. 293–314.
- Transue, J. E. et al. (2009)**, „Treatment Spillover Effects across Survey Experiments“, *Political Analysis*, Vol. 17, Nr. 2, S. 143–161.
- UNICEF (2019)**, „Wir danken dir für dein tolles Engagement und deinen Einsatz. Tweet UNICEF Deutschland“, *Tweet vom 29.05.2019, 16.48 Uhr*, <https://twitter.com/UNICEFgermany/status/1133746935892987904>, zugegriffen am 15.01.2021.
- VENRO (2020)**, „Wie aus guten Absichten wirksame Projekte werden. Handreichung zur Umsetzung der VENRO-Leitlinien für entwicklungspolitische Projekt- und Programmarbeit“. Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen, Berlin, Juni 2020, <https://venro.org/publikationen/detail/wie-aus-guten-absichten-wirksame-projekte-werden>, zugegriffen am 15.01.2021.
- Verbrugge, B. und H. Huyse (2020)**, „Civil Society Funding by OECD-DAC Governments: No More Politics as Usual?“, *Development in Practice*, Vol. 30, Nr. 6, S. 751–762.

- Vereinte Nationen (2015)**, „*Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*“, Resolution der UN Generalversammlung, Nr. A/RES/70/1, New York.
- Vossen, M. et al. (2016)**, „In Search of the Pitiful Victim: A Frame Analysis of Dutch, Flemish and British Newspapers and NGO-Advertisements“, *Journal of International Development*, Vol. 30, Nr. 4, S. 643–660.
- Welthungerhilfe (2019)**, „Frust und bittere Enttäuschung: #COP25 Weltklimakonferenz in Madrid geht fast ergebnislos zu Ende“, *Tweet vom 15.12.2019, 14.40 Uhr*, <https://twitter.com/Welthungerhilfe/status/1206207452024385536>, zugegriffen am 15.01.2021.
- WHO (2020)**, „UN Agencies Issue Urgent Call to Fund the Global Emergency Supply System to Fight COVID-19. Joint Statement“, World Health Organization, 20.04.2020, www.who.int/news-room/detail/20-04-2020-un-agencies-issue-urgent-call-to-fund-the-global-emergency-supply-system-to-fight-covid-19, zugegriffen am 15.01.2021.
- Wimmer, J. (2003)**, „Das Ende der „Dritten Welt“? Ein Vergleich der Berichterstattung über Afrika in der deutschen Presse 1991 und 2001“, *Communicatio Socialis*, Vol. 36, Nr. 4, S. 337–352.
- Wood, T. (2018)**, „Can Information Change Public Support for Aid?“, *The Journal of Development Studies*, Vol. 55, Nr. 10, S. 2162–2176.
- Wood, T. und C. Hoy (2018)**, „Helping Us or Helping Them? What Makes Aid Appeal to Australians?“, Discussion Paper 75, Development Policy Centre.
- Wood, W. (2000)**, „Attitude Change: Persuasion and Social Influence“, *Annual Review of Psychology*, Vol. 51, Nr. 1, S. 539–570.
- Yanguas, P. (2018)**, *Why We Lie About Aid: Development and the Messy Politics of Change*, Zed Books, London.
- Zhao, W. X. et al. (2011)**, „Comparing Twitter and Traditional Media Using Topic Models“, in Clough, P., C. Foley, C. Gurrin, G. J. F. Jones, W. Kraaij, H. Lee und V. Mudoch (Hrsg.), *Advances in Information Retrieval*, Lecture Notes in Computer Science, Springer, Berlin, Heidelberg, S. 338–349.
- Zürcher, C. (2012)**, „Conflict, State Fragility and Aid Effectiveness: Insights from Afghanistan“, *Conflict, Security & Development*, Vol. 12, Nr. 5, S. 461–480.

9. ANHANG

9.1 Anhang Kapitel 2

Abbildung 42 Personen in der Berichterstattung der Printmedien



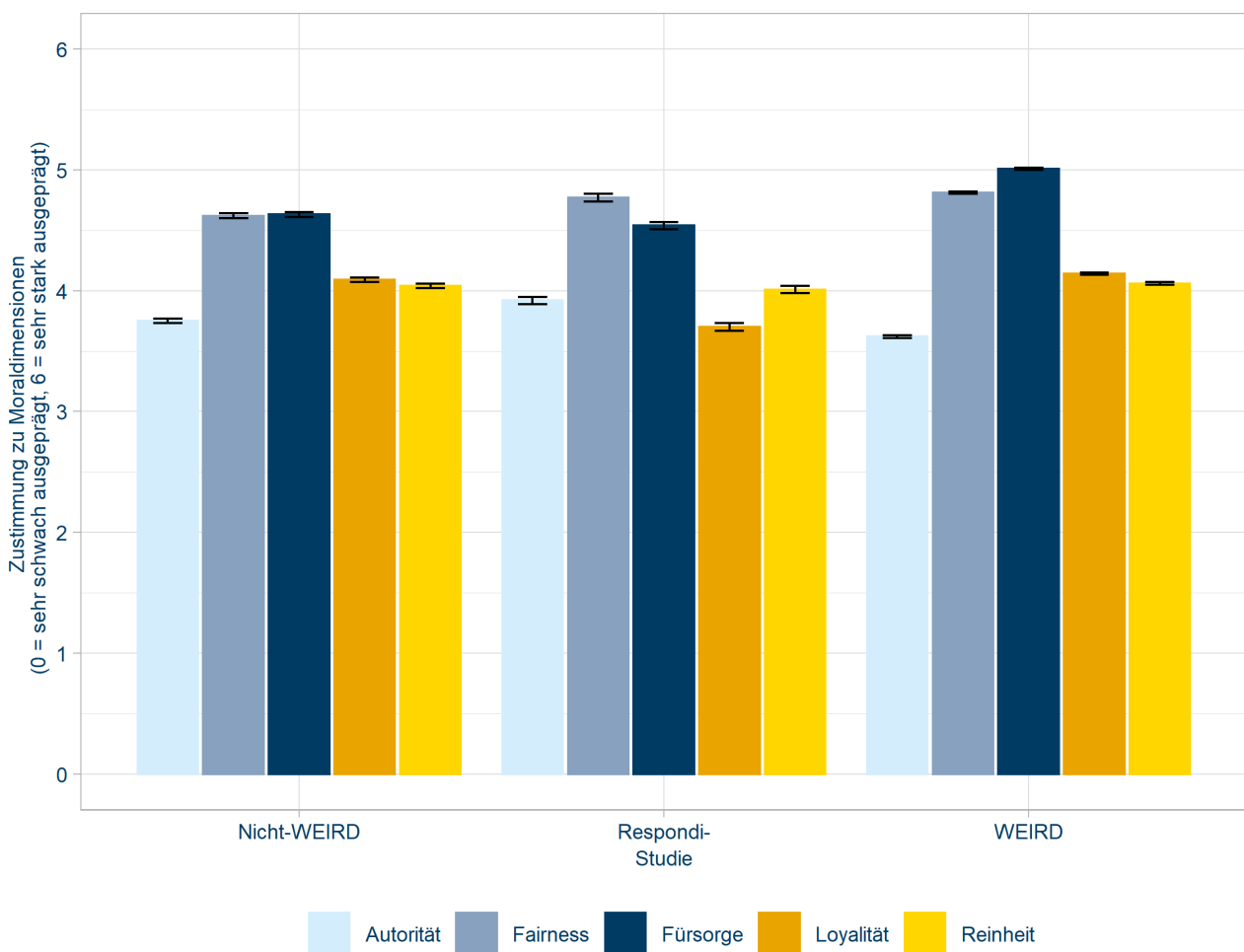
Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: suchwortgestützte Abfrage der LexisNexis-Pressedatenbank für den Zeitraum 1.1.2012 bis 30.6.2020. Die Personen wurden mittels des Pakets spacyR in der Softwareumgebung R aus den zum Themenfeld Entwicklungspolitik/EZ identifizierten Artikeln extrahiert. Für Details zu den enthaltenen Printmedien, den für diese zur Verfügung stehenden Zeiträumen sowie den verwendeten Suchwörtern siehe Kapitel 2 im Onlineanhang. Um die unterschiedliche Prominenz der Akteure im Zeitverlauf sichtbar zu machen, wurden die Legislaturperioden der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel farblich kenntlich gemacht.

9.2 Anhang Kapitel 5

9.2.1 Dimensionen der Moral in der deutschen Bevölkerung

Abbildung 43 zeigt die Zustimmung zu den fünf Moral-Dimensionen in der deutschen Bevölkerung. So weisen die Befragten im Durchschnitt hohe Zustimmungswerte zu den Dimensionen „Fürsorge“ und „Fairness“ und etwas weniger hohe, aber konsistent über dem Skalenmittelwert von 3,5 liegende Zustimmungswerte zu den Dimensionen „Autorität“, „Loyalität“ und „Reinheit“ auf. Die moralischen Grundlagen scheinen dabei universell zu sein: Es zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen westlichen Industriestaaten – die auch als WEIRD-Länder („westlich, ausgebildet, industrialisiert, reich und demokratisch“) bezeichnet werden – und den Staaten, die nicht zu dieser Gruppe zählen – den sogenannten Nicht-WEIRD-Ländern (Doğruyol et al., 2019). Zu den WEIRD-Ländern gehören beispielsweise Deutschland und die USA, zu den Nicht-WEIRD-Ländern beispielsweise Indien und Brasilien. Bei genauerer Betrachtung der Unterschiede zeigt sich, dass die deutsche Bevölkerung im Vergleich zu anderen WEIRD-Ländern den Dimensionen Loyalität und Fürsorge weniger Gewicht gibt. Stattdessen ist die Dimension Autorität etwas stärker ausgeprägt.

Abbildung 43 Moraldimensionen in der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich

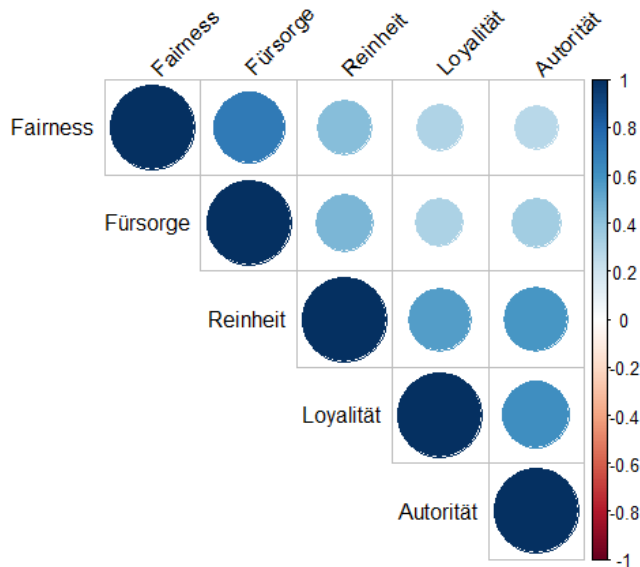


N Respondi = 2.030, N Nicht-Weird = 1.997, N WEIRD = 4.971

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Respondi-Befragung im Zeitraum 27.04 – 12.05.2020 (Experiment 2) sowie Daten einer Meta-Analyse von Doğruyol et al. (2019). Abgetragen sind Mittelwerte der Gesamtstichprobe.

Abbildung 44 zeigt eine insgesamt hohe positive Korrelation zwischen den einzelnen Dimensionen. Dies könnte darauf hinweisen, dass manche Menschen moralische Überzeugungen aller Dimensionen stärker vertreten. Gleichzeitig zeigen sich Unterschiede zwischen den Zusammenhängen der verschiedenen Dimensionen: Bürger*innen, die Fairness-Aspekten zustimmen, stimmen mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit auch Fürsorge-Aspekten zu; Bürger*innen, die Autorität zustimmen, stimmen besonders stark auch Loyalität und Reinheit zu.

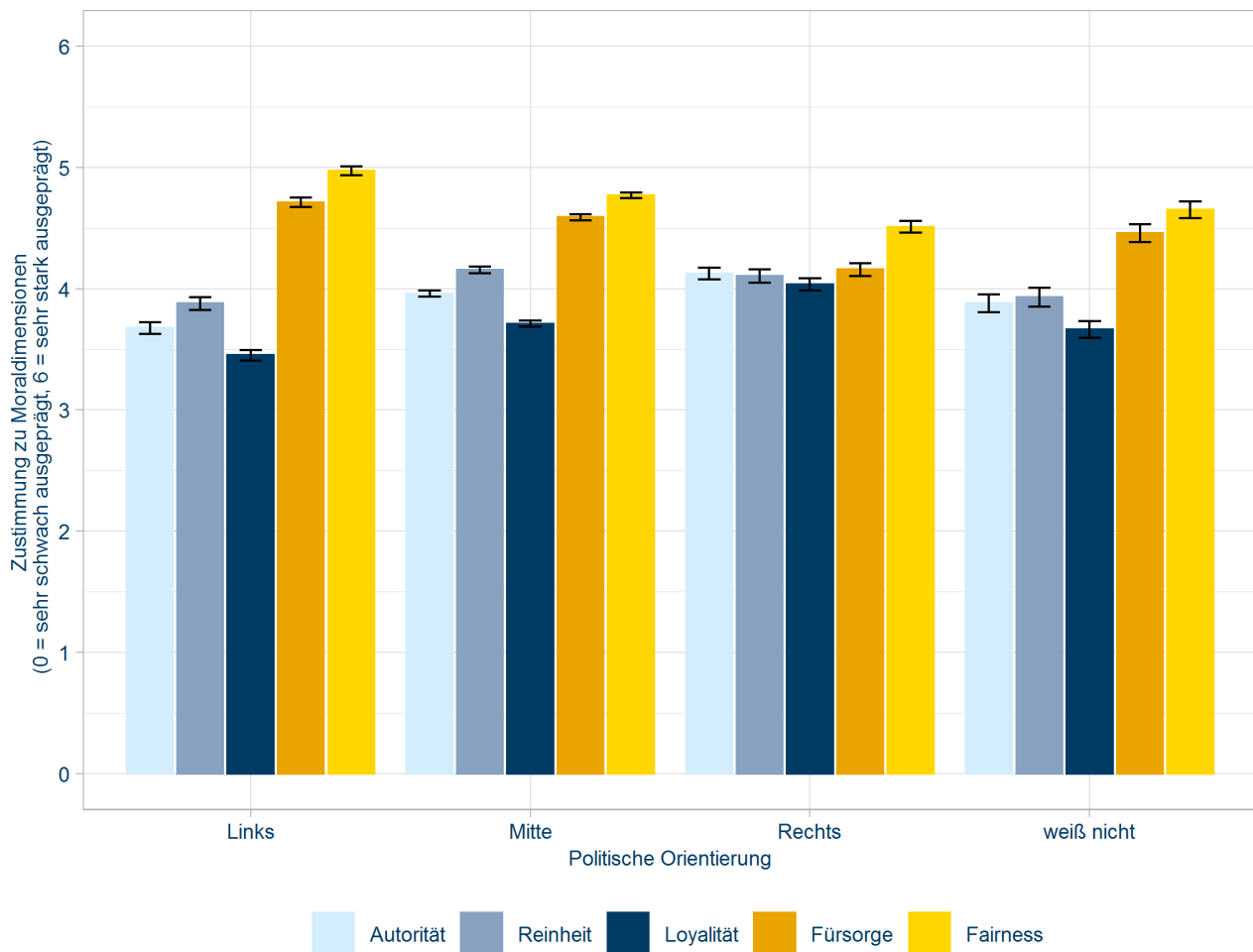
Abbildung 44 Interkorrelation der einzelnen Moraldimensionen



Quelle: Eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 27.04 – 12.05.2020 (Experiment 2). Dargestellt ist die Korrelation der einzelnen Moraldimensionen miteinander. Eine Korrelation beschreibt den Zusammenhang zwischen Variablen. Rechts ist der Korrelationskoeffizient abgetragen: 0 steht für keinen Zusammenhang zwischen den Dimensionen; Blau steht für einen positiven Zusammenhang, das heißt, wenn die Zustimmung zu einer Dimension steigt, steigt auch die zur anderen. Rot steht für einen negativen Zusammenhang, das heißt, wenn die Zustimmung zu einer Dimension steigt, sinkt die Zustimmung zur anderen Dimension. Je dunkler das Blau (Rot) und je größer der Kreis, desto stärker positiv (negativ) ist der Zusammenhang.

Mit Blick auf die politische Orientierung (also die Selbstverortung eher rechts oder eher links im politischen Spektrum) zeigen sich in Abbildung 45 die erwarteten Unterschiede zwischen den Moraldimensionen. Es wird deutlich, dass im linken politischen Spektrum die Dimensionen Fürsorge und Fairness bestimmend sind, wenn es um eine moralische Bewertung geht. Demgegenüber werden im rechten politischen Spektrum moralische Überlegungen hinsichtlich Loyalität, Autorität und Reinheit als ebenso wichtig erachtet. Was als moralisch geboten erachtet wird, kann folglich variieren, je nachdem, ob sich eine Person eher links oder eher rechts im politischen Spektrum verortet.

Abbildung 45 Zustimmung zu den fünf Moraldimensionen nach politischer Orientierung



N brutto = 2.030

Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: ResponDi-Befragung im Zeitraum 27.04 – 12.05.2020 (Experiment 2). Auf der Skala von 0 = links bis 10 = rechts wurden die Werte 0–3 zu „links“, 4–6 zu „Mitte“ und 7–10 zu „rechts“ zusammengefügt.

9.3 Anhang Kapitel 6

Tabelle 8 Erwartungen an EZ im Kontext fragiler Staatlichkeit – Zustimmungswerte

Fragilität Stufe	Land	Ø – alle Sektoren	Bildung	Gesundheit	Frieden und Sicherheit	Wirtschaftsförderung	Ernährungssicherung und Landwirtschaft	Klimawandel
	Ø - Alle	50,0	44,9	54,2	58,7	35,9	63,5	42,5
	Ø – Sehr fragil	53,2	48	57,6	62,9	39	67,3	43,2
4 – Sehr Fragil	Sudan	48,9	45,6	48,3	53,8	39,3	70	38,8
	Äthiopien	63,6	60,4	68,4	68,3	51,2	77,8	52,5
	Mosambik	59,7	45,3	62,1	62,2	55,4	80,3	52,4
	Zentralafrikanische Republik	59,2	53,2	68,6	61,8	43,1	77,5	44,8
	Südsudan	57,2	59,7	58,9	74,1	45,3	72,5	32,6
	Somalia	59,9	46,3	69,5	75,5	47,4	70,9	50,8
	Kenia	60,3	49,1	66,7	66,1	43,2	80,7	50,8
	Guinea	54,3	49,2	64,8	65,2	32	66	47,4
	Libyen	47,3	53,1	49,2	55,2	44,8	57,7	24,1
	Jemen	48	44,9	48,3	66,7	34,3	50,7	42,6
	Pakistan	44,1	41	51,7	50,8	28,3	60	30,4
	Demokratische Republik Kongo	51,6	50	50	62,5	36,5	66,7	43,1
	Nigeria	54,9	48,1	64,3	58,9	36	78,8	40,4
Irak	38,7	26,7	33,3	49,3	26,4	56,1	37,3	
Kongo	60,7	55,6	70,8	68,8	46,6	71,4	50,8	

Fragilität Stufe	Land	Ø – alle Sektoren	Bildung	Gesundheit	Frieden und Sicherheit	Wirtschaftsförderung	Ernährungssicherung und Landwirtschaft	Klimawandel
	Guinea-Bissau	52,2	42,9	51,1	68,5	35,8	78,6	40,4
	Liberia	50,5	49,1	57,8	66,1	26	61	40,4
	Syrien	50,7	39,7	54	67,8	36,2	66,7	34,8
	Mali	51,3	39,1	54	62,1	39,3	60,6	49,2
	Burundi	50	49,1	50,8	54,5	27,1	67,2	52,5
	Simbabwe	60,6	49	65,1	74,5	53,2	62,1	57,1
	Tschad	51,6	50,9	47,7	57,6	36,7	65,8	43,5
	Uganda	55,3	51,7	67,3	61	32,1	68,9	55,6
	Kamerun	58,7	52,6	65,1	58,8	59,2	77,2	39,1
	Afghanistan	44,3	50,8	40,4	51,7	32,8	56,4	35,4
	Niger	56,6	55,1	72,9	68,9	41,5	61,9	39,1
	Venezuela	47	39	53,2	68	24,4	53,7	41,4
	Ø - Fragil	49,5	44,6	53,8	57,4	35,6	62,5	43,1
3 - Fragil	Ecuador	53,9	50,9	54,2	53,4	42,9	63	60
	Indonesien	50,4	42,9	62,3	66,7	40,7	58,1	29,8
	Madagaskar	52,4	50,9	63,5	52,7	26,9	73,8	57,4
	Sambia	57,1	63,6	53,3	68,3	35,2	66,7	53,6
	Tansania	57,6	53,6	61,8	59,4	46,6	78,9	47,4
	Marokko	42,5	36,5	36,2	53,7	27	60	42,6
	Algerien	50,3	50,9	56,1	57,7	44,4	57,4	34
	Ghana	55,8	63,6	56,4	69,4	44,8	72,5	33,3

Fragilität Stufe	Land	Ø – alle Sektoren	Bildung	Gesundheit	Frieden und Sicherheit	Wirtschaftsförderung	Ernährungssicherung und Landwirtschaft	Klimawandel
	Namibia	59,2	55,7	52,7	76,5	39	74,5	52,5
	Ruanda	56,1	62,2	58,9	62,1	41,3	65,7	47,3
	Kambodscha	52,7	37,5	63	61,8	36,2	69,8	49,2
	Libanon	47,6	43,2	60,7	58,6	32,9	56,9	31,8
	Guyana	51,2	41,5	62,3	66	27,7	65,1	45,1
	Suriname	55,1	52,5	62,3	56,9	39,7	77,8	46,7
	Ukraine	37,3	25,8	38,8	53,5	34	44,1	32,7
	Bangladesch	53,6	50	66,1	57,6	38,2	62,8	47,5
	Tunesien	40,6	35,8	41,2	49,1	30,8	56,6	31,7
	Ägypten	45,3	37,2	35	55,2	38,9	54,3	50,9
	Sierra Leone	54,5	44,4	72,6	62,7	33,3	67,3	43,2
	Mauretanien	52,8	47,5	51,9	59	23,9	67,1	58,2
	Indien	49,6	33,3	59,6	57,4	38,2	62,9	43,6
	Togo	54,4	51,6	49,1	68,4	41,8	73,3	41,7
	Südafrika	51,3	46,2	60,3	50	43,4	70,2	36,4
	Peru	53,4	57,1	66,1	64	32,9	63,6	46
	Saudi-Arabien	31	14,9	34,5	42,9	13,7	40	40,4
	Mexiko	42,7	37,5	43,9	46,7	36,2	46,7	46,8
	Kolumbien	48	40,4	57,4	50	22	71,2	40,6
	Burkina Faso	55,6	52,6	61,2	58,9	45,1	62,5	50,9
	Moldau	44,5	28,6	45,3	55,9	31,9	66	42,4

Fragilität Stufe	Land	Ø – alle Sektoren	Bildung	Gesundheit	Frieden und Sicherheit	Wirtschaftsförderung	Ernährungssicherung und Landwirtschaft	Klimawandel
	Nicaragua	55,5	50,8	60,7	56,9	45,1	70,5	47,4
	Brasilien	47,6	45,3	57,1	64,3	39,3	51,9	29,8
	El Salvador	52,2	47,7	46,4	67,2	38,1	66,7	42,3
	Honduras	57,7	54,2	64,4	62,3	39,7	69,6	56
	Bolivien	54,3	54,9	57,6	51,1	45,5	67,2	51
	Guatemala	50	47	52,4	54,1	35,2	64,5	45,5
	Benin	49	55,2	48	58,5	32,4	61,4	42,6
	Jordanien	44,5	48,1	50	56,9	27,6	58,1	27,4
	Bosnien und Herzegowina	42,4	36,5	50,9	40	30,5	60	40,3
	Malawi	55,5	45,7	56,6	60	40,7	82,8	47,6
	Côte d'Ivoire	53	45,5	57,8	66,7	32,6	62,3	52
	Usbekistan	37,6	37,7	41,5	42,9	28,1	43,3	31,7
	Serbien	40,7	34	40	56,7	31,4	56,9	24,5
	Äquatorialguinea	55,3	45,9	66,1	67,2	39	60,4	50
	Gabun	49,7	36,9	53,1	51,1	52,2	69,5	35,8
	Vietnam	41,4	32,7	44,8	50,8	28,3	49,1	40,3
	China	24,3	19,4	24,1	33,3	15,1	27,5	26,8
	Senegal	59,1	61,1	68,2	69,1	35	76,4	41,7
	Georgien	45,5	34,8	51,8	50,7	40	53,3	44,3
	Belize	52,6	45,5	58,8	57,1	41,5	64,2	53,8
	Ø- stabil	44,5	38,4	48,6	55,3	29,3	57,6	37,7

Fragilität Stufe	Land	Ø – alle Sektoren	Bildung	Gesundheit	Frieden und Sicherheit	Wirtschaftsförderung	Ernährungssicherung und Landwirtschaft	Klimawandel
2 – stabil	Albanien	44,9	32,1	46,7	62,9	26	61	34,7
	Uruguay	46,4	45,8	53,6	49,3	32,1	60,9	33,3
	Botsuana	56,5	46,8	55,8	72,5	38,9	75	51
	Argentinien	41,5	40,3	39	56,9	20,4	57,8	36,2
	Costa Rica	49,4	50,7	54	63,3	28,6	57,1	43,1
	Vereinigte Arabische Emirate	30	26,6	34,9	38,6	24,5	37	21,3
	Oman	39,2	38,6	44,1	32,1	34,6	51,5	32,3
	Panama	45,9	36,5	52,1	55,9	28,3	53,8	47,6
Chile	46,8	27,9	57,6	66,7	30,8	64,2	39,6	

9.4 Studienteam und Mitwirkende

Kernteam	Funktion
Jens Eger	Evaluator
Caroline Orth	Projektadministratorin
Nora Sassenhagen	Evaluatorin
Dr. Sebastian H. Schneider	Evaluator und Teamleiter

Mitwirkende	Funktion
Jörg Faust	Interner Peer-Reviewer
Luisa Sarro	Studierende Beschäftigte
Prof. Dr. Bernd Schlipphak	Externer Peer-Reviewer
Jonas Volle	Studierender Beschäftigter
Line Winterhoff	Interne Peer-Reviewerin

9.5 Zeitplan der Studie

Zeitraumen	Aufgaben
12/2018-2/2019	Erstellung des Studienkonzepts für den Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019 und 2021
3/2019	1. Referenzgruppentreffen zur Diskussion des Studienkonzepts
4/2019	Überarbeitung und Finalisierung des Studienkonzepts
5/2019	Vorbereitung der Mediennutzungsstudie
6/2019–8/2019	Analyse und Verschriftlichung, Peer Review
9/2019	2. Referenzgruppentreffen zur Diskussion des Berichtsentwurfs
12/2019	Abschluss der Mediennutzungsstudie Studie nach Layout und Drucklegung
1/2020-9/2020	Arbeit am Studienbericht „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021“
3/2020	Veröffentlichung „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2019“ (Mediennutzungsstudie)
4/2020-9/2020	Beiträge des Meinungsmonitor-Teams zum Thema „Einstellungen der Bevölkerung zu EZ in der Corona-Pandemie“
10/2020	Peer-Review „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021“
11/2020	3. Referenzgruppensitzung
12/2020-3/2021	Fertigstellung des Berichts nach Lektorat und Layout